

Tages- protokoll

**32. Bundesparteitag
10. Mai 1984
Stuttgart**

2.Tag

CDU



***Aufwärts mit
Deutschland.
Mit uns für Europa.***



Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Gesamtherstellung:

Weiss-Druck+Verlag GmbH & Co. KG
Industriestraße
5108 Monschau-Imgenbroich
Telefon 0 24 72 / 82 - 0

Bestell-Nr.: **3566/2**

**32. Bundesparteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Stuttgart, 9. - 11. Mai 1984

2. Tag

Zweiter Verhandlungstag

Donnerstag, 10. Mai 1984

3. Plenarsitzung

Beginn: 9.19 Uhr

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 3. Plenarsitzung des Parteitages und hoffe, daß Sie sich alle gestern abend gut erholt haben. Manche scheinen diese Erholung noch nicht abgeschlossen zu haben. Wir haben einen langen Arbeitstag vor uns, auf den ich vorsorglich hinweisen möchte. Die Zahl der Wortmeldungen und der Anträge schwillt in ungewöhnlichem Maße an.

Ich müßte jetzt eigentlich die Tagesordnungspunkte 8 und 11 aufrufen. Da aber nicht nur noch nicht alle Zuhörer anwesend sind, sondern auch noch nicht alle Redner, greife ich zum Äußersten und lasse Grußtelegramme verlesen.

(Heiterkeit und Beifall)

Das kürzeste davon verlese ich selbst; es ist ein Grußwort von Alois Mock von der ÖVP, der uns herzlich grüßen läßt und diesem Parteitag und Ihnen allen Erfolg wünscht.

(Beifall)

Das zweite Telegramm stammt von José Napoleon Duarte,

(Beifall)

der seinen großen Wahlsieg errungen hat. Er hat dieses Telegramm unserem Freund Lamers mitgegeben. Weil er es überbracht hat, schlage ich vor, daß er es auch vortragen soll.

Karl Lamers: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Am Sonntag haben in El Salvador die Stichwahlen um die Präsidentschaft stattgefunden, und unser Freund Napoleon Duarte ist der Sieger.

(Beifall)

Lassen Sie sich auch bitte nicht durch Meldungen irremachen, daß sein Gegenkandidat d'Aubuisson die Wahl anfechten wird. Ich sage das in der Überzeugung, die ich ohne jeden Zweifel an Ort und Stelle gefunden habe, daß nämlich das Ergebnis unzweideutig ist und eben Napoleon Duarte als Sieger ausweist. Er hat mich gebeten, Ihnen folgende Botschaft zu übermitteln:

An den 32. Bundesparteitag der CDU. Liebe Freunde! Anlässlich des 32. Bundesparteitages übermittle ich Ihnen im Namen der Christlichen Demokraten von El Salvador und in meinem eigenen Namen einen brüderlichen Gruß. Mit Genugtuung kann ich Ihnen Mitteilung davon machen, daß die Christlichen Demokraten bei den Wahlen am 6. Mai, in denen die absolute Mehrheit der Salvadorener unsere Partei unterstützte, einen triumphalen Sieg errungen haben. Dieser Sieg ist ein Triumph der Demokraten in unserem Lande und auch das Ergebnis der großzügigen Solidarität der Christlichen Demokraten in der ganzen Welt, wobei die deutsche CDU an erster Stelle zu nennen ist.

(Beifall)

Der Bundeskanzler Helmut Kohl hat wie viele andere deutsche Christliche Demokraten Anteil an unserem demokratischen Triumph in El Salvador. Unsere Partei, alle salvadorensischen Demokraten und ich danken Ihnen für Ihr Vertrauen.

Der Kampf der Christlich Demokratischen Partei für Freiheit wie für soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit für alle überschreitet die Grenzen meines Landes und bedeutet einen Triumph für die Demokratie in Mittelamerika und ganz Lateinamerika. Demokratie bedeutet auf unserem lateinamerikanischen Kontinent und besonders in El Salvador tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Reformen, Sicherheit für die Bürger in einem Rechtsstaat und vor allem Freiheit. Nur in Freiheit können die Ursachen des Konfliktes, unter dem wir heute leiden, beseitigt werden. Nur in Freiheit können die Rechte aller garantiert werden. Nur in Freiheit können wir eine friedliche Lösung für die derzeitige Lage finden.

Meine Regierung wird alle Anstrengungen unternehmen, diejenigen in den demokratischen Prozeß einzugliedern, die den Weg der Gewalt gewählt haben. Ihnen reichen wir großzügig die Hand, damit sie sich beim Aufbau eines demokratischen Staates in El Salvador beteiligen und dazu beitragen, daß der von allen ersehnte Friede erreicht wird. Selbstbestimmung und Respekt vor dem Willen des Volkes sind Ziele meiner Politik. Dies bedeutet Demokratie nach innen und Unabhängigkeit nach außen. Deshalb fordern wir alle demokratischen Kräfte Mittelamerikas auf, uns auf dem Weg in eine gerechtere Zukunft für unsere Region zu begleiten. Dies wird unser Beitrag für die Sache der Freiheit und den Frieden sein. Wir sind bereit, bei einer friedlichen Lösung mitzuwirken und entsprechende regionale Initiativen, die auf den Prinzipien der Selbstbestimmung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten beruhen, zu unterstützen.

Ich weiß, die Aufgabe, vor der wir stehen, ist schwierig. Und um Erfolg zu haben, bedürfen wir der Solidarität der europäischen Länder, mit denen wir demokratische Ideale gemeinsam haben und mit denen wir uns gemeinsam dem Westen verbunden fühlen. Vor allem benötigen wir die Hilfe der Bundesrepublik Deutschland wie auch die Solidarität der CDU Deutschlands.

Jose Napoleon Duarte

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Herr Lamers.

Ich rufe nunmehr auf TAGESORDNUNGSPUNKT 8:

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER
CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS
BUNDESMINISTER DR. HEINER GEISSLER

und TAGESORDNUNGSPUNKT 11:
LEITANTRAG DES BUNDESVORSTANDES
EINFÜHRUNG DURCH DEN GENERALSEKRETÄR DER CDU
BUNDESMINISTER DR. HEINER GEISSLER

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst ein paar geschäftsleitende Bemerkungen zu der anschließenden Debatte machen, für die wir diesen Arbeitstag

im wesentlichen vorgesehen haben. Es ist beabsichtigt, daß eine Reihe von Kollegen, die auch in dieser Kommission mitgearbeitet hatten, in der Generaldebatte ihre Standpunkte noch einmal darlegen. Ich schlage deshalb vor, daß wir nach der Einbringung, nach der Rede des Generalsekretärs, in eine Art Generaldebatte eintreten und ohne allzu große Zeitbeschränkung diese grundsätzlichen Positionen diskutieren. Meine Bitte für diese Generaldebatte ist, daß niemand in die Details geht, also in die Details von Steuerreform, in die Details sozialpolitischer Fragen, in die Details von Technologiepolitik, sondern daß wir nur die generelle Linie diskutieren und dann anschließend, zwischen den Anträgen, wenn sich zeigt, daß eine Grundsatzdebatte über einen Problembereich entsteht, jeweils spezielle Debatten einschieben. Dies ist eine Empfehlung, an die wir uns zu halten versuchen sollten. Wir werden dann sehen, wie sich der weitere Ablauf gestaltet. - Es gibt keinen Widerspruch, zumindest so zu beginnen? -

Ich darf jetzt alle bitten, die Wortmeldungen abgeben wollen, auf ihrer Wortmeldung zu vermerken, ob sie in der Generaldebatte sprechen wollen oder ob sie zu einem bestimmten Punkt der Leitsätze sprechen wollen, damit wir das gleich ordnen können.

Nun erteile ich unserem Generalsekretär, Heiner Geißler, das Wort.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie sehr herzlich an diesem frühen Morgen nach dem Europaabend.

Der Bundesparteitag der CDU hier in Stuttgart hat sozusagen einen Vorläufer, nämlich den Stuttgarter Parteitag von 1956. Es gibt da einige Parallelen und auch ganz bemerkenswerte Tatsachen zu verzeichnen. Im Tagungspräsidium saß damals ein junger Nachwuchspolitiker, 26 Jahre alt: Gerhard Stoltenberg. Die Begrüßungsansprache hielt der damalige Ministerpräsident Gebhard Müller. Die Themen bezogen sich auch auf die Arbeitszeitverkürzung. Der Vater unseres Freundes Lenz hatte dazu Ausführungen gemacht. Konrad Adenauer hatte seine ersten Probleme mit den Rheinländern und mit den Westfalen, die als vierten stellvertretenden Parteivorsitzenden den Ministerpräsidenten Karl Arnold durchgesetzt hatten, und zwar zu Recht; das kann man im nachhinein feststellen. Er sagte zwei ganz interessante Sachen. Er sagte damals: Unsere Partei ist so frisch und so kräftig und so verantwortungsbewußt wie am ersten Tage, da sie ins Leben trat. - Also, ich glaube, das können wir von unserer Partei heute auch sagen. Aber er sagte noch etwas: Unsere Partei leidet an einem Fehler. Das ist die Frage der Organisation. Auf diesem Gebiete müssen wir sehr viel Versäumtes nachholen. - Ich glaube, wir können Konrad Adenauer heute melden: Wir haben seinen Auftrag erfüllt.

(Vereinzelter Beifall)

Wir sind eine große, ich würde sogar sagen: die modernste große Partei in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa geworden.

Nun, die CDU ist nie eine Schönwetterpartei gewesen. Als wir im Oktober 1982 die Regierung übernommen hatten, gab es ja eine Fülle von Ratschlägen. Viele haben gesagt: Sofort wählen, sonst geht die Sache schief. Wir haben uns für den schwierigeren Weg entschieden und haben gesagt: Wir treten mit einem klaren Programm vor den Wähler. Und wir haben recht behalten. Und viele haben gesagt: Es

funktioniert nicht, mit diesem Programm, das ja Opfer vorsah und keine großen Versprechungen, einen Wahlkampf führen zu wollen; das geht auch schief. Wir haben den schwierigeren Weg gewählt und haben das Vertrauen der Wähler gewonnen. Es war der richtige Weg.

Und wie wars denn eigentlich im letzten Jahr? Die Sozialdemokraten haben sich verbündet mit der sogenannten Friedensbewegung, mit Riesendemonstrationen, Aufmärschen. Sie haben den Versuch unternommen, uns die moralische Legitimation für unsere Friedenspolitik abzusprechen. Wir sind bei unserem Standpunkt geblieben. Wir haben wie in den 50er Jahren gegen die Sozialdemokraten unsere Friedenspolitik durchsetzen müssen. Dies war auch nicht der einfache Weg, sondern es war der schwierigere Weg. Und es war der richtige Weg.

Wir befinden uns auch heute in diesen Wochen nicht gerade in einer leichten Situation. Aber wir haben uns für eine richtige Entscheidung entschieden, z. B. gestern. Und ich glaube, dies wird sich auch durchsetzen.

Wir haben - und das muß vermerkt werden, wenn ich eine Bilanz in einem Rechenschaftsbericht ziehe - mit den "10 000 Friedenstagern" im letzten Jahr Millionen von Menschen erreicht. Wir sind und waren die Friedensbewegung der Argumente, der Hoffnung und des Vertrauens in die Zukunft - im Gegensatz zu der sogenannten Friedensbewegung der Massenaufmärsche, der Demonstrationen, der Angstmache und der Verweigerung. Wir können heute eine eindeutige Bilanz ziehen: Die außen- und friedenspolitische Auseinandersetzung des letzten Jahres hat die Christlich Demokratische Union eindeutig gewonnen.

(Vereinzelter Beifall)

Unser Dank gilt der gesamten Partei, vor allem aber den 10 000 Ortsverbänden, den Kreis- und den Landesverbänden.

Und wir haben uns als Regierungspartei bewährt. Wir haben nicht wie die SPD gegen den Kanzler, sondern für den Kanzler gekämpft.

(Vereinzelter Beifall)

Nun haben wir ja in den letzten Wochen einige Kommentare gelesen; da stand drin, die CDU laufe Gefahr, daß sie sich zu einem Kanzlerwahlverein entwickle. Also, zunächst einmal: Ich bin der Auffassung, die CDU als Regierungspartei hat die Aufgabe, die Regierung zu unterstützen, und nicht, die Regierung zu bekämpfen. Wo es landet, wenn man es anders macht, haben die Sozialdemokraten uns ja vorexerziert.

Aber ich glaube, es liegt in dieser Bemerkung, in diesen Kommentaren auch ein Mißverständnis begründet. Die CDU des Jahres 1984 ist nicht mehr die CDU des Jahres 1964. Wir haben auch in der Zeit der Opposition einen Prozeß der geistigen und der politischen Erneuerung durchgemacht. Die CDU hat Selbstbewußtsein gewonnen, auch als Programmpartei. Und in diesem Selbstbewußtsein werden wir selbstverständlich auch die Kraft haben, über den Regierungsaltag hinaus die grundlegenden Probleme unseres Landes richtig zu analysieren und die mittel- und langfristigen Perspektiven zu erarbeiten.

Und wir müssen eine offene und dialogfähige Partei bleiben. Der gestrige Tag war

dafür auch ein Beweis, aber auch z. B. die intensive Diskussion in der Partei über unser Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, unser Einsatz bei den 10 000 Friedenstagen, aber auch die Diskussion zur Vorbereitung dieses Parteitag der Stuttgarter Leitsätze. In zwei schweren Landtagswahlkämpfen haben unsere Mitglieder gezeigt, daß die CDU die SPD an Fleiß, an Schwung und an Tatkraft um Längen geschlagen hat.

Das war ja im übrigen, glaube ich, auch - das kann man dem Tagungspräsidenten, dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, auch noch einmal sagen - eine Grundlage für den großen Wahlerfolg der Baden-Württemberger bei der letzten Landtagswahl!

Wenn man allerdings am Wahlabend auf den Bildschirm geguckt und das Fernsehen angesehen hat, dann hat man zumindest bei der ARD-Berichterstattung einen anderen Eindruck gewinnen müssen. Beim WDR, der dafür verantwortlich war, wurden die GRÜNEN mit 7,9 % zu den eindeutigen Wahlsiegern erklärt. Die CDU hatte ja nur knapp 53 % gekriegt und damit lediglich die absolute Mehrheit und konnte infolgedessen nach dem ARD-Einmaleins ja auch nicht die Wahl gewonnen haben. Und die Herren Rezzo Schlauch, Morlok und Lang sind da groß vorgeführt worden. Der Lothar Späth mußte hinten anstehen, bis er mal das Wort bekam. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, was sich da abgespielt hat, ist nach meiner Auffassung nicht fairer Journalismus, sondern WDR-Mengenlehre, ist übler Meinungsjournalismus, der hier betrieben worden ist.

(Beifall)

Nun stehen wir vor der Europawahl. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben hier ganz klare Positionen. Wir haben ein Sachprogramm.

Erstens. Wir wollen die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit in Europa. Zweitens. Wir wollen europäische Umweltschutzpolitik. Es macht nur einen halben Sinn, wenn die Bundesregierung wichtige umweltschutzpolitische Maßnahmen beschließt, die über die Großfeuerungsanlagenverordnungen, die TA-Luft, wenn wir bleifreies Benzin einführen wollen, und wenn dann die anderen europäischen Regierungen eben nicht mitziehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann ist das eigentlich das Gegenteil von dem, was wir unter europäischer Zusammenarbeit verstehen.

Das muß hinzukommen: Europäische Umweltpolitik.

Wir wollen drittens offene Grenzen. Viertens wollen wir freie Fahrt in Europa. Wir wollen bei uns keine Autobahngebühren einführen, sondern wir wollen zusammen mit den anderen Parteien in der EVP durchsetzen, daß die Autobahngebühren dort, wo es sie noch gibt, schleunigst abgeschafft werden.

(Beifall)

Nun höre ich, daß die Sozialdemokraten - sie haben ihren Wahlkampf insoweit umgestellt - eine Denkmittelwahl veranstalten wollen, was die Europawahl betrifft. Wer zu Europa nichts zu sagen hat und eine Denkmittelwahl veranstalten will, macht doch einen Wahlkampf zum Nulltarif. Die Sozialdemokraten haben auch in der Europapolitik keine Alternativen, keine Konzepte. Herr Vogel hat einmal von sich gesagt, er sei ein bescheidener Mann. Ich füge hinzu: das nicht ohne Grund.

(Beifall)

Wenn Herr Vogel keine Alternativen vorlegt, so gilt für uns: Wir haben eine klare Alternative und äußern uns in der Auseinandersetzung anlässlich der Europawahl zur Sache.

Meine lieben Parteifreunde, im Vorfeld des Parteitages gab es auch eine Diskussion um die Stuttgarter Leitsätze. Der Bundesvorstand schlägt Ihnen hier kein neues Grundsatzprogramm vor, sondern eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Orientierung, wobei wir uns am Grundsatzprogramm orientieren mit dem Ziel, die Zukunft Deutschlands als moderne und humane Industrienation zu sichern. In den Kommentaren gab es unter anderem die Bemerkung, diese Stuttgarter Leitsätze seien der typische Ausdruck einer Volkspartei. Meine lieben Parteifreunde, ich habe diese Kommentare, die ja als herbe Kritik gemeint waren, immer als ein großes Lob verstanden; denn wir unterscheiden uns von anderen Parteien ja dadurch, daß wir um 50 % der Wähler kämpfen und nicht um 5 %.

Wir haben nie von der Marktwirtschaft, von der freien Marktwirtschaft oder von etwas anderem geredet. Vielmehr war das Programm der Christlich Demokratischen Union immer die Soziale Marktwirtschaft. Das ist etwas anderes als Kapitalismus, Neoliberalismus oder was man darunter sonst vielleicht verstehen könnte.

(Beifall)

Die wichtigste innen- und gesellschaftspolitische Aufgabe ist sicherlich die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Um hier erfolgreich zu sein, brauchen wir erstens für die Betriebe eine Verbesserung des Verhältnisses von Erlösen und Kosten. Darüber werden wir heute ganz sicher debattieren.

Angesichts geringerer Wachstumsraten als in den 50er und 60er Jahren, angesichts eines hohen Produktivitätsfortschritts und der geburtenstarken Jahrgänge, angesichts der Verringerung der Aufnahmekapazität im öffentlichen Dienst ist zweitens aber auch klar, daß es zwar ohne wirtschaftliches Wachstum nicht geht, wir es jedoch mit wirtschaftlichem Wachstum allein eben auch nicht schaffen. Vielmehr brauchen wir darüber hinaus Maßnahmen, die von der Verbesserung der Ausbildung, der beruflichen Bildung bis hin zur Verkürzung der Arbeitszeit reichen. Hier steht für uns vor allem im Vordergrund die Verkürzung der Lebensarbeitszeit.

Was im übrigen das Wachstum anbelangt: Ich habe gerade gesagt, ohne Wachstum geht es nicht. Deswegen müssen wir noch einmal klar feststellen - das ist wichtig für die Diskussion -, daß wir die Regierung im Jahre 1982 übernommen haben. 1981 und 1982 hatte die Bundesrepublik Deutschland zum erstenmal seit 1949 - das kann man von der politischen Farbe her jetzt auch wörtlich nehmen - beim Bruttosozialprodukt rote Zahlen: minus 0,8%, minus 1,8 %. Wir sind, nachdem wir die Regierung übernommen hatten - das kann man von der Farbe her politisch auch wieder wörtlich nehmen -, wieder in die schwarzen Zahlen gekommen: plus 1 % und in diesem Jahr mindestens 2,5 %.

Wirtschaftliches Wachstum ist notwendig, aber darüber hinaus brauchen wir zusätzliche Maßnahmen. Die Frage jedoch, ob es uns gelingt, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, hängt letztendlich von der Beantwortung der noch wichtigeren Frage ab, ob es uns gelingt, in den kommenden Jahren den großen technologischen Fortschritt, der auf der ganzen Welt vorhanden ist, anzunehmen, für unsere Wirtschafts-

politik einzusetzen, um dadurch zu erreichen, daß die Bundesrepublik Deutschland als Industrienation auch in der Zukunft in der Lage ist, technologische Spitzenprodukte auf dem Weltmarkt abzusetzen. Wir müssen in der Zukunft eine führende Position in der Technologie behalten.

Jeder spürt, daß wir uns in einer Zeit des Umbruchs und des Wandels befinden. Nicht wenige sprechen ja von der "dritten industriellen Revolution". Der Soziologe und Harvard-Professor Daniel Bell - um einen herauszunehmen, dessen Begriffe sich in der Auseinandersetzung durchgesetzt haben - sieht die Menschheit auf dem Weg in die sogenannte "nachindustrielle Gesellschaft". Ich will diesen Begriff, weil er mißverständlich ist, gar nicht übernehmen. Aber er sagt etwas Richtiges aus: auf dem Weg in die Wissensgesellschaft, in die Informationsgesellschaft.

Das Wissen wird zu einem immer entscheidenderen und knapperen Faktor neben Kapital und Arbeit. Mit Mikrochips, Bildschirmtext, Bildtelefon, Verkabelung, Nachrichtensatelliten befinden wir uns mitten auf dem Weg in die Informationsgesellschaft.

Nun haben Zeiten des Umbruchs ja auch immer ihre falschen Propheten gehabt. Wenn man einmal unvoreingenommen gehört hat, was z. B. am 1. Mai 1984 in der Bundesrepublik Deutschland gesagt worden ist, mußte man feststellen, daß Sozialisten in der SPD und Teile der Gewerkschaften als Antwort auf diese großen Herausforderungen das Ende der Sozialen Marktwirtschaft, eine sozialistische Wirtschaftsordnung mit Investitionslenkung gefordert haben.

Herr Hensche und andere sprachen von der Notwendigkeit einer Verstaatlichung der Banken und der Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum. Wir wollen hier einmal festhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren: Überall dort, wo Privateigentum an Produktionsmitteln verstaatlicht wurde, in sogenanntes Gemeineigentum überführt wurde, hat diese politische Entscheidung nicht zu mehr Freiheit für die Arbeitnehmer, nicht zu mehr sozialer Gerechtigkeit für die Arbeitnehmer, sondern zu einer Ausbeutung der Arbeitnehmer geführt, deretwegen Karl Marx sich heute schämen würde.

(Beifall)

Wir geben auf diese Herausforderungen der modernen Zeit eine andere Antwort. Die Sozialdemokraten leben von einer permanenten Krisenbeschwörung. Herr Glotz hat uns in seinem Buch "Die Zuspitzung der 80er Jahre" die "härtesten sozialen und politischen Kämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" vorausgesagt, als ob es alle zehn Jahre darum ginge, irgendwelche revolutionären Entwicklungen einzuleiten, Ausschau zu halten nach revolutionären Ufern, als ob es nicht im Gegenteil darum ginge, eine ordentliche Politik zu machen, die die Herausforderungen annimmt, sie nicht fatalistisch wegsteckt, sondern konkrete Lösungen erarbeitet, um die Dinge zu bessern.

Die Sozialdemokraten - das wollen wir einmal festhalten - reiten heute auf einer Angstwelle, die sie selber produziert haben.

(Beifall)

Dabei ist es so: Sie produzieren die Krisen und überlassen deren Bewältigung uns. Und wenn sie nicht an der Regierung, sondern in der Opposition sind und Krisen

nicht mehr produzieren können, dann müssen sie diese wenigstens herbeireden oder prognostizieren.

(Beifall)

Natürlich - das weiß jeder von uns - gibt es Gründe, Angst zu haben. Es gibt große Probleme, die die Menschheit bedrohen. Aber die Frage ist doch, ob man diese Angst schürt oder ihre Ursachen bekämpft. Angst vor der Zukunft ist kein gangbarer Weg für unser Land und für unser Volk.

Auch die Angst vor der Technik hat es immer gegeben. Heute laufen Leute in der Gegend herum, die sagen, das Fernsehen und die Verkabelung machten die Leute dumm, und der Computerterminal zu Hause mache den Buchhalter zum "KAPOVAZ-Knecht" der Unternehmer. Wenn unsere Vorfahren so gedacht, geredet und gehandelt hätten, gäbe es heute kein Telefon, keinen elektrischen Strom, keine Eisenbahn und auch keine Autos.

(Beifall)

Das alles, meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen wir. Natürlich hat die Technik ein Janusgesicht. Nicht die Technik als solche ist gut oder böse, sondern das, was die Menschen daraus machen.

Die Ammoniaksynthese war eine wichtige, die entscheidende Voraussetzung für die Düngemittelproduktion, ohne die heute der Hunger in der Welt überhaupt nicht mehr bekämpft werden könnte. Aber sie war gleichzeitig natürlich auch die Voraussetzung für die massenweise Herstellung von Salpetersäure und damit auch für die Möglichkeit, Sprengstoff herzustellen. Aber mit Sprengstoff kann man wiederum Unterschiedliches machen: Man kann damit Tunnels bauen, man kann Bergwerke anlegen, und ich kann damit natürlich auch Waffen bauen und die Menschheit zerstören. Es kommt immer auf das an, was der Mensch mit der Technik macht.

Wer heute aus Angst vor der Technik den Fortschritt verhindert, der handelt verantwortungslos gegenüber der kommenden Generation. Der englische Staatsmann Lloyd George hat dazu festgestellt:

Eine Generation hat ihren Tagesmarsch auf der Straße des Fortschritts zu vollenden. Eine Generation, die auf schon gewonnenem Grund wieder rückwärts schreitet, verdoppelt den Marsch für ihre Kinder.

Wir müssen den Öko-Paxen, den Wirtschaftspessimisten, den Alternativen, den Grünen und anderen, die aus politischen Gründen den Bürgern Angst machen, empfehlen, auch einmal zur Kenntnis zu nehmen, daß z.B. der Club of Rome, der ja eine große Bedeutung gehabt hat, in wesentlichen Punkten längst widerlegt ist, nämlich was die Substitution knapper Rohstoffe durch Innovationen anbelangt. Er ist z.B. durch die Substitution von Kupfer durch Sand, die Substitution der Kupferkabel durch die moderne Glasfaser und vieles andere mehr widerlegt worden. Man hat eben damals übersehen, daß der Markt durchaus funktioniert, wenn er nicht durch Bürokraten behindert wird. Die Verknappung von Rohstoffen führt zwar zu steigenden Preisen; das ist richtig. Aber diese stimulieren Erfinderfindungen sowie energie- und rohstoffsparende Verfahren.

Natürlich kosten Innovationen Geld. Die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer

dient ganz sicher der Rückgabe von heimlichen Steuererhöhungen, dient dazu, daß sich Leistung wieder lohnt. Aber dadurch schaffen wir auch eine wichtige Bedingung für konjunkturgerechte Lohnabschlüsse. Das ist auch eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die Unternehmen, auch lohnintensive Unternehmen, Gewinne machen können, die sie brauchen, um investieren zu können. Was machen hier die Sozialdemokraten? Sie lehnen die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer ab, sie treten für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ein, erhöhen dadurch die Kosten für Tausende von Betrieben und fordern staatliche Beschäftigungsprogramme, die weder moderne noch dauerhafte Arbeitsplätze schaffen, und glauben, daß staatliche Investitionen, über Steuern finanziert, produktiver als private Investitionen seien. Die Sozialdemokraten beweisen immer wieder aufs neue: Sie verstehen nichts von der Wirtschaft, und sie haben nichts dazugelernt.

(Beifall)

Im übrigen ist es interessant, sich unter wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten einmal die neue Strategie der Sozialdemokraten vorzunehmen. Willy Brandt hat seiner Partei ja empfohlen, eine Mehrheit diesseits oder jenseits der Union zu suchen. Aber was ist denn das für eine Mehrheit? Das kann doch nur eine Koalition der Sozialdemokraten mit den Grünen, den alternativen Maschinenstürmern - "Chaoten", wie Herr Börner gesagt hat - sein. Wir müssen den Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland einmal klarmachen, welche Auswirkungen diese Koalition für ihre eigenen Arbeitsplätze eines Tages haben wird.

Wir müssen sie darauf aufmerksam machen, was es mit der Glaubwürdigkeit der Sozialdemokraten auf sich hat. Sie alle wissen, was Herr Börner vor der hessischen Landtagswahl über die GRÜNEN gesagt hat. Ich zitiere hier einmal wörtlich: "Dieses Land darf nicht in die Hände von Anarchisten und Chaoten fallen." Jetzt geht er mit den GRÜNEN, mit diesen "Anarchisten und Chaoten" - das sind nicht meine Worte - ein Bündnis ein. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann muß er einmal die Frage beantworten, wie er mit diesen Leuten für die Zukunft Arbeitsplätze für die Arbeitnehmer schaffen will.

(Beifall)

Es ist doch ganz ausgeschlossen, daß er mit einer solchen Koalition die modernen Herausforderungen bestehen kann. Jetzt erklärt er, daß die hessische und die nordrhein-westfälische Landesregierung ein Wächteramt gegenüber der Bundesregierung in Bonn hätten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Herr Börner hat kein Wächteramt; er ist höchstens ein Nachtwächter.

(Beifall)

Ich füge aber hinzu: ein politischer Nachtwächter. Denn wahrscheinlich würde er bei der Wach- und Schließgesellschaft gar keine Anstellung finden. Ich muß das sagen, weil ich die Wach- und Schließgesellschaft nicht beleidigen will.

(Heiterkeit und Beifall)

Übrigens noch eine Bemerkung: Dies gilt natürlich für Nordrhein-Westfalen; aber dies gilt auch für Berlin. Jetzt erklärt Herr Apel, daß eine Koalition mit den GRÜNEN nicht in Frage käme. Aber davon können die Berliner genausoviel halten wie die Hessen von den Aussagen des Herrn Börner. Herr Apel hat ja einmal von sich

gesagt: Wenn man so ist wie ich, muß man ab und zu einen draufkriegen. Ich sage: Dem Mann kann bei den Berliner Wahlen geholfen werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Parteifreunde, mehr als andere Länder ist die Bundesrepublik Deutschland vom Export abhängig. Jeder dritte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik Deutschland - in Japan nur jeder fünfte, in den Vereinigten Staaten jeder zehnte - ist vom Export abhängig. Wer die Technologie verweigert, der stellt sich gegen die Interessen der Arbeitnehmer. Heute sind über zwei Millionen Arbeitslose die Opfer der Technologieverweigerung der Sozialdemokraten in den 70er Jahren. Ich nenne nur die Stichworte Verkabelungsstopp und Atomenergieblockade. Eine Nation, die keine Rohstoffe hat und sich dann auch noch von der technologischen Entwicklung abkoppelt, verabschiedet sich aus der modernen Wirtschaftsgeschichte.

Wenn Johannes Rau in Nordrhein-Westfalen rechtzeitig die Politik von Lothar Späth in Baden-Württemberg betrieben hätte, dann wäre Nordrhein-Westfalen heute nicht das Land mit der größten Strukturkrise und der höchsten Zunahme der Staatsverschuldung.

(Beifall)

Rau ist Sozialdemokrat. Er kann es infolgedessen nicht besser. Er hat sich jetzt für 2,4 Milliarden DM ein Denkmal gesetzt: das Aachener Klinikum. Das Aachener Klinikum ist die Summe von Parteibuchwirtschaft, Inkompetenz und der Neuen Heimat.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe nicht den Eindruck, daß diese Leute in der Lage sind, Nordrhein-Westfalen in eine wirtschaftlich sichere Zukunft zu führen, auch nicht im Interesse der Arbeitnehmer.

Nun sagen heute viele zu Recht: Die Technik zerstört doch Arbeitsplätze und macht die Zukunft unmenschlich. Solche Argumente kann man hören. Dafür gibt es auch Gründe. Natürlich werden Arbeitsplätze vernichtet. Möglicherweise werden in einer Übergangszeit sogar mehr Arbeitsplätze vernichtet - ich gebrauche einmal diesen Ausdruck -, als neue geschaffen werden können. Aber was ist denn die Alternative? Wenn wir aus der Technologie aussteigen, werden auch alte Arbeitsplätze zerstört. Aber es werden keine neuen geschaffen. Es gibt zur Akzeptanz der Technologie für unsere Wirtschaftspolitik keine Alternative. Wir wissen, daß langfristig mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. In den 70er Jahren sind allein durch die technologische Akzeptanz in den Vereinigten Staaten fünf Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

Die moderne Technologie garantiert unsere Zukunft als moderne Industrienation. Aber wir haben als Überschrift für die Stuttgarter Leitsätze nicht nur "moderne Industrienation" gesagt, sondern auch "humane Industrienation". Wir sollten unsere Mitbürger auch darauf aufmerksam machen, daß uns die Technologie hilft, die Arbeits- und Lebensbedingungen menschlicher und inhumane Arbeit überflüssig zu machen. Moderne Maschinen und Roboter können eben keine Staublungse bekommen und leiden nicht unter giftigen Dämpfen, monotonem Lärm oder Fließbandarbeit.

Der Bundeskanzler hat gestern zu Recht darauf hingewiesen, daß die modernen Informationstechniken uns ermöglichen, berufliche Tätigkeiten auch zu Hause auszuüben, daß der technische Fortschritt dazu beitragen kann, die alte Arbeitsteilung aufzuheben, daß Lebens- und Arbeitsrhythmen, Familie und Beruf wieder miteinander versöhnt werden können.

Auch daran muß man erinnern: Mikroprozessoren ermöglichen den Bau von Herzschrittmachern, die Leben erhalten. Dank dieser kleinsten Steuerungselemente können Menschen wieder hören, die taub gewesen sind, Gelähmte wieder eher gehen, als wenn wir die moderne Technologie nicht hätten. Modernste Notrufergeräte ermöglichen es alten Menschen, ohne Angst vor Hilflosigkeit bei einem Unfall in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben. Moderne Technologien helfen, Behinderte in die Gesellschaft einzugliedern. Auch das ist Ergebnis einer fruchtbaren Kombination von Industrie- und Sozialpolitik.

Nun ist es ja ebenfalls unbestritten - das möchte ich unter die Überschrift "humane Industrieration" fassen -, daß der verstärkte Einsatz von modernen Technologien auch eine Flexibilisierung der Arbeitsabläufe und der Arbeitszeiten ermöglicht und langfristig natürlich auch eine Verkürzung der Tages- und der Wochenarbeitszeit erlaubt. Um so bemerkenswerter ist es, daß Teile des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die IG Metall und die IG Druck und Papier an vorderster Stelle, an starren Arbeitszeitregelungen, wie z.B. der generellen Verkürzung der Wochenarbeitszeit, festhalten und eine auf die individuellen und betrieblichen Bedürfnisse abgestellte flexible Arbeitszeitregelung ablehnen.

Wir müssen doch aber einmal die Frage stellen: Warum sollen eigentlich alle Unternehmen, alle Arbeitgeber, alle Arbeitnehmer von Flensburg bis nach Berchtesgaden in Groß- und Kleinbetrieben im Gleichschritt marschieren?

(Zustimmung)

Ist es denn in einer modernen Gesellschaft nicht umgekehrt notwendig, daß wir unsere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik an die Bedürfnisse der Menschen anpassen? Was steckt denn eigentlich hinter der Haltung der IG Metall oder der IG Druck? Offenbar haben führende Funktionäre der IG Metall und der IG Druck - im übrigen in Übereinstimmung mit Teilen der Sozialdemokraten und den Jungsozialisten - eine andere Vorstellung von der Zukunftsgesellschaft. Sie haben offenbar ein anderes Zukunftsmodell im Auge, in dem Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen, mehr Mitverantwortung des einzelnen und mehr Vielfalt im Arbeitsleben keinen Platz haben. Wer zu Hause morgens fünf Stunden am Bildschirm arbeitet und nachmittags in der Sozialstation hilft oder als Übungsleiter arbeitet, wer am Nachmittag Schaltrelais zusammenbaut und am Vormittag seine Landwirtschaft betreibt oder wer vormittags arbeitsteilig arbeitet und nachmittags seine Kinder erzieht, der entzieht sich eben dem angeblich alles dominierenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Solche Leute stehen für den Klassenkampf nicht mehr zur Verfügung.

(Beifall)

Ich finde, daß die Gewerkschaften - und viele in die Zukunft denkende Gewerkschaften im DGB sehen dies genauso - erkennen müssen, daß am Ende des 20. Jahrhunderts die Arbeitsverhältnisse nicht allein dadurch verbessert werden können, daß Löhne und Arbeitszeiten kollektiv und starr geregelt und die Menschen gezwungen werden, sich diesen kollektiven und starren Regeln anzupassen. Die neue

Entwicklung gibt uns die Chance - davon bin ich überzeugt -, die alten Konflikte zu überwinden und an Stelle dieses angeblich unüberwindlichen Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit eine neue solidarische Gesellschaftsordnung zu schaffen: statt Klassenkampf Partnerschaft, statt Konfrontation Information, statt Gleichschritt Vielfalt, statt kollektiver Regeln individuelle Wahlmöglichkeiten. Das ist ja der eigentliche Hintergrund der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche. Die Christlich Demokratische Union spricht sich doch nicht gegen die Verkürzung der Arbeitszeit aus. Sie hat es früher gegeben, und sie wird es selbstverständlich auch in Zukunft geben. Wogegen wir uns wehren und wogegen wir uns in den Stuttgarter Leitsätzen aussprechen, ist die generelle Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, weil man eine solche Lösung auch unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der Arbeitsplätze nicht in einem Einheitstarif allen Unternehmen gleichmäßig verordnen kann.

(Beifall)

Was BMW in München mit 36 Stunden tun kann, können eben viele mittelständische Unternehmen und Betriebe nicht tun.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier liegt ein gesellschaftspolitischer Ansatz. Eine solche Forderung ist eine politische Forderung gegen den Mittelstand. Die mittelständischen Unternehmen sind in Wirklichkeit die Träger auch des technologischen Fortschritts; dies ist nicht allein die Großindustrie. Das sagen wir in unseren Stuttgarter Leitsätzen.

(Zustimmung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Aussage hat auch etwas mit der humanen Industrienation zu tun, hat etwas mit einer menschlichen Gesellschaftsordnung zu tun. Wir wollen den Menschen nicht eine Wirtschaftsordnung verpassen, bei der es dann in Deutschland eines Tages nur noch einige wenige Großunternehmen gibt und die Leute verurteilt werden, über 100 oder 150 km zu fahren, damit sie einen Arbeitsplatz haben. Wir wollen eine mittelständische Ordnung mit vielen mittelständischen Unternehmen, und zwar auch aus humanen Gründen, weil wir eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung für richtig halten, in der die Menschen dort, wo sie wohnen, oder wenigstens in der Nähe einen Arbeitsplatz finden können. Der Sozialismus will im Grunde genommen den entwurzelten Menschen, damit er ihn besser manipulieren kann. Wir wollen, daß die Menschen ihre Wurzeln behalten können, daß sie ihre Heimat behalten können.

(Zustimmung)

Dazu trägt eine Wirtschaftsordnung nicht bei, in der die Großindustrie und Großorganisationen wie die IG Metall bestimmend sind. Wir können das von uns gewünschte Ziel vielmehr nur erreichen, wenn wir eine Wirtschaftsordnung haben, in der wir neben der Großindustrie eine große Anzahl von kleinen und mittleren Betrieben haben, die die Arbeitsplätze sichern - über 60 % der Arbeitsplätze gibt es im Bereich des Mittelstands - und die gleichzeitig garantieren, daß die Menschen ihre Wurzeln behalten können und daß sie dort, wo sie wohnen, auch einen Arbeitsplatz finden.

(Beifall)

Das ist die gesellschaftspolitische Perspektive. Wir sollten, wenn wir über Mittelstandspolitik sprechen, nicht nur von der wirtschaftspolitischen Notwendigkeit reden, sondern gleichzeitig darauf aufmerksam machen, daß unsere Mittelstandspolitik eine Politik ist, die zugleich eine Gesellschaft mit einem menschlichen Gesicht ermöglicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, daß dies wichtig ist. Ich wage die Prognose - dies ist zugleich ein Appell an die Gewerkschaften -: Wenn die Gewerkschaften ihre Rolle in der Gesellschaft nicht bald neu überdenken und finden, werden sie über kurz oder lang im Abseits stehen. Die 80er und 90er Jahre des 20. Jahrhunderts werfen neue soziale Fragen auf, die man nicht mit den Vorstellungen und den Grundsätzen des 19. Jahrhunderts beantworten kann. Wir fordern die Gewerkschaften auf, an der Lösung dieser neuen Aufgaben verantwortlich mitzuarbeiten, denn auch wir, die Christlichen Demokraten, wollen keine schwachen Gewerkschaften, sondern wir wollen starke Gewerkschaften. Wir brauchen aber Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeitnehmer und nicht die Interessen einer bestimmten Partei oder einer bestimmten Ideologie vertreten.

(Beifall)

Genauso, wie durch die zukünftige technologische, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Entwicklung der Gegensatz von Kapital und Arbeit überwunden werden kann, kann es uns gelingen, durch den Einsatz moderner Technologie den Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie zu überwinden. Ohne Technologie gibt es auch keinen wirksamen Umweltschutz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, was soll denn in den 80er Jahren, am Ende dieser Legislaturperiode, aber auch in der Zeit danach eigentlich das Ergebnis unseres Regierens sein? Ganz sicher sind Konsolidierung der Staatshaushalte, wirtschaftlicher Aufschwung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Grundaufgaben des Regierungsauftrages. Hinzukommen muß aber eine grundlegende Verbesserung der sozialen und natürlichen Lebensbedingungen der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Wir müssen erreichen, daß wir am Ende dieser Legislaturperiode, in diesen 80er Jahren sagen können: Wir haben erstens die Grundlage unserer Gesellschaft erneuert, nämlich die Familie. Wir müssen zweitens sagen können, daß der Raubbau an der natürlichen Umwelt unter unserer Regierungsverantwortung gestoppt und eine Wende zum Besseren eingeleitet worden ist.

(Beifall)

Deswegen sollte von diesem Parteitag auch eine Ermutigung an die Adresse des Bundesinnenministers ausgehen, ab 1. Januar 1986 die Einführung von bleifreiem Benzin durchzusetzen.

(Beifall)

Eine humane Industriegesellschaft - dies ist ebenfalls eine Aussage der Stuttgarter Leitsätze - ist ohne die Familie nicht denkbar. Wir werden da am nächsten Sonntag ja große Demonstrationen kriegen; vielleicht, höchstwahrscheinlich sind sie aber gar nicht so groß, wie sich die Urheber, die Initiatoren dies vorstellen, die gegen unsere Vorstellungen der Familienpolitik und der Politik für die Frauen Agitation betreiben wollen. Wir haben hier keinen Nachholbedarf und auch keinen Belehrungsbedarf. Wir wollen Wahlfreiheit für die Frauen, partnerschaftliche Vereinbarungen über die

Aufgabenteilung zwischen Beruf und Familie. Deswegen brauchen wir Erziehungsgeld, Anerkennung von Erziehungsjahren, moderne Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzteilung und Teilzeitarbeit. Millionen von jungen Frauen haben sich ihren Beruf erarbeitet und wollen ihn auch ausüben. Niemand hat das Recht, ihnen deswegen ein schlechtes Gewissen einzureden.

(Beifall)

Aber wenn es wahr ist, was z.B. Helge Pross empirisch nachgewiesen hat, daß 75 % bis 80 % der Frauen, die sich entschieden haben, ihre Aufgabe in der Familie und bei der Erziehung ihrer Kinder zu erfüllen, mit dieser selbstgewählten Aufgabe zufrieden sind, dann verbitten es sich diese Frauen, daß Redakteure und Redakteurinnen über die öffentlich-rechtlichen Medien jeden Morgen von 6 bis 12 Uhr in den Hörfunksendungen ihren Frust und ihre Gewissensbisse in die Wohnungen der Hausfrauen und Mütter kippen,

(Beifall)

sie als minderwertig diskriminieren und ihnen beibringen wollen, sie müßten eigentlich ein schlechtes Gewissen haben. Wir wollen bestimmt nicht das Patriarchat wieder einführen, aber wir wollen auch kein Diktat verklemmter Feministinnen in den öffentlich-rechtlichen Medien.

(Beifall)

Natürlich steckt da System dahinter, nämlich die Ideologie derjenigen, die völlig zu Recht erkannt haben, daß eine Veränderung unserer Gesellschaftsordnung mit der Zerstörung der Familie beginnen muß. Wo die Familie verschwindet, kommt der Staat.

Weder die Nazis noch die Kommunisten haben es geschafft, die Familie in direktem Zugriff zu erledigen. Aber es gibt einen schleichenden und wirksamen Prozeß der Zerstörung der Familie, nämlich den Prozeß der sozialen Verelendung, den Prozeß, der darin besteht, daß eine Gesellschaftsordnung angestrebt wird, in der diejenigen, die Familie haben, die Kinder haben, in einer massiven Weise sozial benachteiligt werden. Das ist der schleichende Prozeß der Zerstörung der Familie, verbunden mit der ideologischen Bewußtseinsmanipulierung über die Medien. Wir sind nicht an die Regierung gekommen, um dem tatenlos zuzusehen.

(Beifall)

Natürlich kommt es nicht nur auf das Geld an; das ist doch ganz klar. Aber welchen Stellenwert Staat und Gesellschaft der Familie beimessen, erweist sich letztendlich nicht in Worten, sondern erweist sich in konkreten steuer- und haushaltspolitischen Entscheidungen für die Familie. Das ist unsere Aufgabe, die wir uns gestellt haben, wie der Bundeskanzler sie in der Regierungserklärung auch klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Christliche Demokraten sind wir ja keine blinden Fortschrittsgläubige. Genausowenig sagen wir, die Leistung ist alles. Vielmehr sagen wir, daß die Leistung eine moralische Komponente hat. Wir sind nicht der Auffassung, daß wir leben, um zu arbeiten, sondern wir vertreten die Auffassung, daß wir arbeiten, um mit unseren Familien glücklich leben zu können.

Auch wissen wir sehr wohl um die Grenzen des technischen Fortschritts. Wir wissen, daß nicht alles, was dem Menschen möglich ist, auch das dem Menschen Gemäße ist.

Der technische Fortschritt verändert unser Leben in einem wörtlichen, manchmal vielleicht auch in einem unheimlichen Sinne. Wir haben in den vergangenen Tagen wieder entsprechende Informationen bekommen. Medizin und Biotechnik haben dem Menschen die Möglichkeit zu Entscheidungen über Leben und Tod in die Hand gegeben. Ich nenne hier nur die Stichworte: Manipulation der Gene, Biotechnik, Babies aus der Retorte, Sterbehilfe. Wir wissen immer mehr, was wir können, aber offenbar immer weniger, so scheint es, was wir sollen und was wir dürfen.

Ärzte in Australien haben kürzlich ein gesundes Baby aus einem Embryo entwickelt, der vier Monate tiefgefroren in flüssigem Stickstoff gelegen hatte. Die amerikanische Zeitschrift "life" meinte, die australischen Ärzte behandelten Embryos - ich zitiere - "mit ebenso viel Respekt wie gefrorene Erbsen". Das Medizinerteam in Melbourne hat nach eigenen Angaben noch weitere Embryos bei 196 Grad minus auf Lager. Ich sage hier ganz deutlich: Solange die Christlich Demokratische Union regiert und solange ich ein dafür mit zuständiges Mitglied der Bundesregierung bin, darf es so etwas in der Bundesrepublik Deutschland nicht geben.

(Beifall)

Wir wollen den medizinischen Fortschritt nutzen, um Ehepaaren, die keine Kinder bekommen können, ein eigenes Kind zu ermöglichen. Aber wir werden uns entschieden dagegen wehren, daß mit tiefgefrorenen Embryos und Leihmüttern üble Geschäfte gemacht werden.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben ausdrücklich gesagt - lassen Sie mich das am Ende noch anfügen -, wir wollen Deutschlands Zukunft als moderne Industrienation, aber auch als eine humane Industrienation. Die Technologie - das habe ich dargelegt - kann die Arbeits- und Lebensbedingungen in einer großartigen Weise menschlicher gestalten und verändern. Aber es ist auch Aufgabe der Politik - lassen Sie mich das über die Stuttgarter Leitsätze hinaus sagen -, an jene Gruppen zu denken und auch die Interessen jener Menschen zu vertreten, die nicht im Produktionsprozeß stehen, die keine Droh- und Störpotentiale entfalten können, die nicht die Möglichkeit des Streiks und des Arbeitskampfes haben, die auch nicht laut schreien und laut streiken können, weil sie keine Lobby, keine Interessenverbände hinter sich haben: Familien mit Kindern, alte Menschen, Behinderte, Arbeitslose. Die Neue Soziale Frage, die wir in Mannheim entwickelt haben, bleibt die Aufgabe; sie zu lösen, bleibt die Aufgabe der Christlich Demokratischen Union in der Regierungsverantwortung.

Wir haben bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen vieles machen müssen, was uns schwerfiel. Ich nenne hier z. B. das Mutterschaftsgeld. Wir haben gesagt, wir würden in dieser Legislaturperiode - nicht in den ersten zwölf Monaten - diese grundsätzliche Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen der Familie realisieren. Wir werden auch in dieser Legislaturperiode das von der SPD geschaffene Zweiklassenrecht für die Mütter abschaffen

(Beifall)

- das Mutterschaftsgeld, das nur die unselbständig erwerbstätigen Frauen bekommen - und deswegen das Erziehungsgeld für alle Frauen einführen.

Lassen Sie mich folgendes auch einmal sagen. Wir haben nicht wie die Sozialdemokraten das Kindergeld für alle gekürzt, ob es sich um den Generaldirektor, um den Hilfsarbeiter oder die alleinstehende Mutter handelt. Kein Arbeiter und keine alleinstehende Frau hat von uns auch nur einen Pfennig weniger Kindergeld bekommen. Aber wir haben mit einem anderen Grundsatz Ernst gemacht: daß wir endlich die sozialen Hilfen auf diejenigen konzentrieren, die die Hilfen wirklich auch brauchen. Wer mehr als brutto 62 000 DM verdient, der kann einmal auf 30 DM Kindergeld verzichten. Das ist unsere Auffassung.

(Beifall)

Das haben die Sozialdemokraten nicht geschafft.

Zu der neuen Solidarität der Zukunftsgesellschaft von morgen gehört nicht nur die Überwindung des Konfliktes von Kapital und Arbeit, die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie, sondern auch eine solidarische Ordnung, eine neue Solidarität zwischen den Generationen, eine neue Solidarität zwischen denen, die Arbeit haben, und denen, die keine Arbeit haben, eine neue Solidarität mit den Familien, mit den Kindern, auch den ungeborenen Kindern,

(Beifall)

für die wir eine soziale Umwelt schaffen wollen - dies ist auch ein Ziel unserer Familienpolitik -, die so beschaffen ist, daß in der Bundesrepublik Deutschland niemand mehr sagen kann, wenn eine Frau ein Kind auf die Welt bringt, werde es in eine sozial ungeborgene, nicht heile Welt hineingeboren. Wir sind der Auffassung: In einem Land mit einem Bruttosozialprodukt von über 1,5 Billionen DM kann und darf die Vernichtung werdenden Lebens nicht mit wirtschaftlichen oder sozialen Argumenten begründet werden,

(Beifall)

sondern wir haben als Christliche Demokraten den Auftrag - das ist der entscheidende Punkt -, eine soziale Umwelt zu garantieren, die dafür sorgt, daß Kinder auch sozial gesichert sind, wenn sie auf die Welt kommen. Dies ist auch eine neue Solidarität, die wir fordern.

Nicht zuletzt brauchen wir eine Solidarität mit der Natur und auch mit den anderen Geschöpfen Gottes. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben den Mut gehabt, Gott in unser Grundsatzprogramm hineinzuschreiben. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir, die wir politische Verantwortung tragen, auch einmal Rechenschaft darüber werden ablegen müssen, was wir im guten oder im schlechten mit der Schöpfung Gottes gemacht haben.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine lieben Freunde, wir danken Heiner Geißler für seinen Bericht und diese richtungweisende Rede. Wir danken ihm auch für allen Einsatz, den er als Generalsekretär für unsere Sache der Union leistet. Vielen herzlichen Dank, lieber Heiner Geißler!

(Beifall)

Viel Glück und Erfolg für die Wahrnehmung dieses wichtigen Amtes für unsere CDU auch in den kommenden Monaten!

Nun, meine Damen und Herren, liebe Freunde, treten wir in die Generalaussprache über die "Stuttgarter Leitsätze" ein, wie wir es heute morgen vereinbart haben. Wir haben jetzt eine Reihe von Wortmeldungen. Als ersten Redner rufe ich Dr. Bernhard Worms, den Landesvorsitzenden Rheinland, auf. Ihm folgt Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg. - Bitte schön, Herr Dr. Worms!

Dr. Bernhard Worms: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Unser heutiger Bundesparteitag ist, wie wir gelesen haben, hinsichtlich dessen, was auf ihm geschieht, diskutiert und beschlossen wird, der öffentlichen Betrachtung ausgesetzt. Die Entscheidung von heute, die Entscheidung dieses Bundesparteitages ist auch für meine Freunde aus Nordrhein-Westfalen das Fundament, mit dem wir am 12. Mai nächsten Jahres in unserem Lande eine 20jährige sozialistische Herrschaft beenden wollen, und zwar mit doppeltem Ziel: Zum einen muß unser Land wieder den Anschluß an andere CDU-geführte Bundesländer finden. Zum anderen, liebe Freunde, wollen wir mit einer CDU-Regierung in Nordrhein-Westfalen die Politik von Helmut Kohl und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützen.

(Beifall)

Es gibt einige Kommentatoren, die im Vorfeld dieses Parteitages die Meinung vertreten haben, die Union befinde sich auf dem Rückzug von einer Volkspartei zu einem Kanzlerwahlverein. Liebe Freunde, wer das Vorurteil verbreitet, in der Union unterbliebe seit dem Zeitpunkt der Regierungsübernahme eine ernsthafte programmatische Erörterung, der wird sich durch die heutige Debatte enttäuscht sehen. Eine Vielfalt von ergänzenden, in der Sache zum Teil kontroversen Vorschlägen ist ja wohl der aktuellste Beweis dafür, daß unsere Union zwei Fähigkeiten besitzt: sie kann regieren und diskutieren.

(Beifall)

Lassen Sie mich als Vorsitzenden der rheinischen CDU zu den Äußerungen unseres Generalsekretärs drei Grundgedanken beisteuern. Die Leitsätze beschäftigen sich vor allem mit den wirtschafts- und strukturpolitischen Aspekten unserer Marktwirtschaft. Aber die soziale Marktwirtschaft bleibt auch das Feld der sozialen Partnerschaft, des Systems sozialer Sicherung und sozialer Dienste. Die CDU des Rheinlandes wird - nicht zuletzt aus ihrer programmatischen Tradition heraus - der Gesamtpartei Vorschläge zur Neuorientierung der sozialen Dimensionen innerhalb der sozialen Marktwirtschaft vorlegen.

Dabei gehen wir davon aus, liebe Freunde, daß Sozialpolitik nie die Fortschreibung alter Strukturen mit neuen Zahlen bedeuten kann. Sozialpolitische Aussagen sind in sich schon fragwürdig, wenn sie lediglich dazu dienen sollen, feierlich die Unantastbarkeit von Besitzständen zu proklamieren. In der Sozialpolitik geht es immer auch um die Notwendigkeit des Austausches von Leistungen. Vor allem geht es darum, das für uns fundamentale Prinzip der Subsidiarität wieder freizulegen und die Erstverantwortung des einzelnen sowie die Solidarität der Bürger untereinander

gegenüber der Gefahr professionell vermarkteter Mitmenschlichkeit zu betonen.

Meine Freunde! Ich will hier nichts vereinfachen oder einfach beiseite schieben. Eine in der Regierungsverantwortung stehende Partei muß sicherlich in der Lage sein, sich immer auch neuen Themen zu stellen und neue Probleme zu sehen. Nur, das ist die eine Seite der gleichen Medaille. Eine in der Regierungsverantwortung stehende Partei muß allerdings auch fähig sein, Fragen zu beantworten und - wie wir es gestern getan haben - Entscheidungen herbeizuführen. Wer als Partei seine Aufgabe nur noch darin sieht, Probleme aufzugreifen, aber unfähig ist, diese Probleme zu lösen, der - in der Tat - gefährdet unter anderem auch die soziale Stabilität des Gemeinwesens und führt gleichzeitig politische Erstarrung herbei.

(Beifall)

Einer der großen Erfolge der Christlich Demokratischen Union erklärt sich doch dadurch, daß die Union nicht nur die Fragen der politischen Gegenwart angesprochen hat, sondern glaubhaft vermitteln kann, und daß wir die Partei sind, die die Kraft, die Zuverlässigkeit und Perspektiven besitzt, unsere Republik in das Jahr 2000 zu führen. Hinter dieser Aussage, liebe Freunde, steckt eine fundamentale Perspektive, nämlich der heutigen Generation deutlich zu machen, daß Politik immer auch die Aufgabe hat, Tradition und Zukunft mit der Gegenwart zu verbinden.

Ich möchte uns alle an einen sehr interessanten Vorgang erinnern. 1957 ist unsere Partei mit dem Slogan angetreten "Keine Experimente". 1969 hatte die SPD den Slogan "Wir schaffen das moderne Deutschland". Meine Freunde! Ich habe den Eindruck, daß sich ein von vielen noch unbemerkter Rollenaustausch - allerdings heute mit einem anderen Hintergrund - zwischen diesen beiden Parteien vollzogen hat. Es sind die Sozialdemokraten, die für politische Stagnation und für den Vormarsch auf dem Wege zurück stehen.

(Beifall)

Es ist unsere Politik, liebe Freunde, die auf Zukunftsbewältigung ausgerichtet ist. Diese Politik der Zukunftsbewältigung beweist sich daran, daß wir es sind, die die innovativen Fähigkeiten der Sozialen Marktwirtschaft insbesondere im Bereich der Beschäftigungsmöglichkeiten zu mobilisieren bereit sind, während die SPD auf ihr altes Konzept bloßer Umverteilung des Vorhandenen zurückgreift.

Zukunftsbewältigung, das ist die Erkenntnis, daß Energie- und Umweltressourcen knapp bleiben, daß bestimmte Energien die Umwelt belasten und daß die Kernenergie zusammen mit anderen Energieformen notwendig ist, um Arbeit und Natur zu versöhnen. Zukunftsbewältigung ist ein Umweltschutz, der nicht gegen, sondern auf der Grundlage einer dynamischen Ordnungspolitik folgt. Zukunftsbewältigung ist Konsolidierung der öffentlichen Haushalte heute zur Sicherung des sozialen Systems für morgen. Zukunftsbewältigung ist aber auch die Einsicht, daß Bildung und Ausbildung, Schule und Erziehung, Gegenwartsverständnis und Geschichtsbeußtheit nicht auseinandergerissen werden dürfen. Und schließlich: Zukunftsbewältigung gilt insbesondere auch für die Erkenntnisse der Chancen des technischen Fortschritts.

Liebe Freunde! Diese Zukunftsbewältigung bringt nicht eine Gegenregierung in Nordrhein-Westfalen zu Bonn zustande, sondern dies erfordert dort: Bonn und Düsseldorf müssen von gleichen Kräften regiert werden.

(Beifall)

Für unser Land gilt um so mehr: Wir sind auf den technischen Fortschritt angewiesen. Er trägt dazu bei, unsere Position als Industrieland mit hoher wirtschaftlicher und sozialer Stabilität zu sichern. Die These, die neuen Technologien seien Jobkiller, greift zu kurz. Sie ist nur richtig, wenn damit ausgedrückt werden soll, daß ein Teil alter Arbeitsplätze an Bedeutung verloren haben, dafür aber neue Tätigkeitsfelder entstehen. Die Biotechnik, die Solartechnik und der Umweltschutz, die Technologien zum Energiesparen, die Informationstechnik sind die besten Beispiele dafür, daß hier keine Arbeitsplätze weggenommen, sondern neue und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Liebe Freunde! Aus einer uns vorliegenden Studie von Prognos wissen wir, daß in der Zeit von 1980 bis zum Jahre 2000 zwar in landwirtschaftlichen und industriellen Bereichen 1,3 Millionen Arbeitsplätze weniger werden. Wir wissen aber auch, daß in anderen Sektoren 1,7 Millionen Arbeitsplätze mehr geschaffen werden. Um dies zu erreichen - und das müssen wir der jungen Generation heute sagen -, brauchen wir in unserem Lande eine große und hohe Mobilität. Bei den Jüngeren muß diese Bereitschaft, sich dem Neuen zu stellen, gefördert werden, damit der ältere Teil der arbeitenden Erwerbsgesellschaft sichere Arbeitsplätze behält. Ich finde, daß sich hier ein neuer Aspekt, ein neues Verständnis des Generationenvertrages abzeichnet.

Liebe Freunde! Wer aussteigt, ist unsozial, weil er andere in die Gefährdung des Arbeitsplatzverlustes bringt. Wer bereit ist umzusteigen, der sichert sich und anderen die Zukunft.

(Beifall)

Aussteigen, liebe Freunde, ist Aufkündigung der Zukunft. Umsteigen ist Bewältigung der Zukunft.

(Beifall)

Meine lieben Freunde! Blinde Techniqueuphorie und Technikfeindlichkeit führen beide in die Gefahr großer Gedankenlosigkeit. Es ist richtig: Zum technischen Fortschritt gibt es keine Alternative. Aber ebenso ist richtig, daß es innerhalb des technischen Fortschrittsprozesses Alternativen gibt. Technischer Fortschritt ist ja nicht nur die Antwort auf die Befriedigung vorhandener Bedürfnisse und die Anforderung an eine internationale Wettbewerbsgesellschaft. Technische und naturwissenschaftliche Fortschrittsprozesse haben auch ihre eigene Dynamik mit der Gefahr, daß der technische Fortschritt gegenüber dem Humanen indifferent werden kann. Ich sage "kann" und nicht "muß". Dabei denke ich vor allem - wie Heiner Geißler es eben gesagt hat - an die Gentechnologie, die ja einen besonders sensiblen Bereich des technischen und naturwissenschaftlichen Fortschritts darstellt. Die Gentechnologie oder die Biotechnik hat eine Fülle heilender Aufgaben. So müssen wir sie verstehen. Dennoch, liebe Freunde, dürfen wir Nebenfolgen nicht übersehen, die darin bestehen können, daß in die Harmonie eines ganzen menschlichen Daseins eingegriffen und der Mensch selbst verändert und manipuliert werden kann.

Immer müssen wir fragen, inwieweit technische Prozesse mit der Wohlfahrt des einzelnen wie der Gemeinschaft und insbesondere wie sie mit unserem Menschenbild in Übereinstimmung zu bringen sind.

Diesen Gedanken, liebe Freunde, hat der Landesverband Rheinland zum Gegenstand der Ergänzung des Leitantes des Bundesvorstandes gemacht. Unsere vordringliche Aufgabe besteht also darin, an einer Ethik der technischen, wissenschaftlichen Zivilisation mitzuwirken. Von daher werde ich dem Bundesvorstand den Vorschlag unterbreiten, baldmöglichst eine Kommission zur Frage der Ethik der Technik einzurichten.

(Beifall)

Diese Kommission, liebe Freunde, sollte sich mit der Frage befassen, in welcher Weise etwa die Gentechnologie Auswirkungen auf das individuelle gesellschaftliche und politische Leben hat und welche anthropologischen Maßstäbe auf dem Fundament unseres christlichen Menschenbildes zu entwickeln sind, um Fortschritt und Humanität miteinander in Einklang zu bringen.

Liebe Freunde! Ich schließe mit einem Satz. Im Herrenchiemsee-Entwurf für das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gab es einen faszinierend formulierten Artikel 1: "Die Menschen sind nicht für den Staat da, sondern der Staat ist für die Menschen da." Dies gilt nach meiner Überzeugung heute für den technischen Fortschritt.

Die Menschen sind eben nicht für den technischen Fortschritt da, sondern der technische Fortschritt ist für die Menschen da. Dies, liebe Freunde, ist die geistige Grundlage der Christlich Demokratischen Union, aus der wir die Kraft und den Mut schöpfen, unsere Bürger in ein menschliches Jahr 2000 zu führen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank an Bernhard Worms.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich darf Ihnen folgende Mitteilung machen: Das Wortprotokoll der Plenarsitzungen vom 9. Mai, also von gestern, kann ab sofort beim Tagungsbüro abgeholt werden. Sie müssen dazu bitte den Gutschein mitnehmen, der sich bei Ihren Tagungsunterlagen befindet.

Meine Damen und Herren, wir fahren jetzt in der allgemeinen Aussprache fort. Als nächster hat Gerhard Stoltenberg das Wort.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Mit den Stuttgarter Leitsätzen zur Zukunft unseres Landes als moderner und humaner Industrienation stellen wir nach meiner Überzeugung die zentrale Frage unseres Lebens, unseres Selbstverständnisses, unserer Situation als Bundesrepublik Deutschland, weit über das nächste Jahrzehnt hinaus, in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion, die zentrale Frage zumindest für die innere Situation, nachdem wir im vergangenen Jahr, auch eingeleitet durch eine große und bedeutende Diskussion zuvor auf dem Hamburger Parteitag, die andere Lebensfrage, die der außenpolitischen Grundorientierung unserer Politik für Frieden und Freiheit nicht nur diskutiert, sondern in einer kämpferischen Auseinandersetzung entschieden hatten. Wir müssen klar begreifen: Unsere wirtschaftliche Zukunft in einer sich dynamisch und dramatisch verändernden Welt, das ist mehr als Ökonomie oder Wirtschaftspolitik im klassischen Verständnis. Die Frage, wie wir die Modernisierung

unseres Landes meistern, Forschung, Technik und ihre verantwortungsvolle Anwendung, Wiederherstellung und Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit, Ausgleich zwischen Wirtschaft und Umweltschutz, das berührt die Existenzprobleme, in den Bereichen des Arbeitsmarktes, der Überwindung der Arbeitslosigkeit, in der langanhaltenden Aufgabe, die erschütterten Grundlagen sozialer Sicherung wieder fest und verlässlich zu machen.

Ich glaube schon, daß dies immer mehr Menschen in unserem Lande erkennen. Aber vieles bleibt für uns noch zu tun, die Größe der uns gestellten Aufgabe voll bewußt zu machen, neue Prioritäten zu formulieren und verständlich zu machen, ein solidarisches Bewußtsein für diese Gemeinschaftsaufgabe, die ja die Verantwortung von Parlamenten und Regierungen überschreitet, zu wecken. Ich sagte, daß die Erkenntnis dieser Aufgabe größer geworden sei.

Seit Jahren diskutieren wir über Japan. Wir haben den schmerzlichen Verlust von Wettbewerbsanteilen, d. h. von Arbeitsplätzen, in bestimmten Bereichen erlebt - durch veränderte und verschlechterte Wettbewerbsbedingungen. Es ist ein Thema der Betroffenheit geworden. Aber es geht nicht nur in Japan. Ich will darauf aufmerksam machen, daß in großen Teilen des Erdballs, im ganzen südostasiatischen Raum, im Pazifik, aber auch in anderen Teilen der Erde, Völker sich rüsten, um aus dem Elend herauszukommen und durch Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit ihre eigenen Probleme zu lösen. Und dies ist eine Chance, aber es ist auch eine Herausforderung, nicht zuletzt für uns. Dies gilt, meine Freunde, auch für andere große Industrienationen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika vollzieht sich eine grundlegende Neuorientierung. Es gibt neue Kräfte und Impulse, weit stärker als bei uns, an den Hochschulen und Bildungseinrichtungen, in Forschung, Entwicklung und in Zukunftsindustrien. Zur Bilanz der letzten 12, 13 Jahre gehört doch auch, daß wir unter den Vorzeichen sogenannter sozialliberaler Politik schon vor der Rezession über anderthalb Millionen Arbeitsplätze, im wesentlichen in der gewerblichen Wirtschaft, verloren haben und daß zu derselben Zeit in den Vereinigten Staaten von Amerika über 10 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Wir haben Grund, uns eindringlicher zu fragen, warum dies geschehen ist, und daraus Konsequenzen zu ziehen,

(Beifall)

wenn Arbeitsmarktpolitik nicht eine Formel für Sonntagsreden und gute Absichtserklärungen bleiben soll, an denen es nicht fehlt.

Ich will darauf hinweisen, daß auch in unserer Nachbarschaft bedeutende Partner, ein konservativ regiertes Land wie Großbritannien, aber jetzt in der schmerzhaften Veränderung der Prioritäten auch eine sozialistische Regierung in Frankreich, diese Frage in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns gerückt haben. Wir müssen das als schöpferische Herausforderung annehmen. Wir müssen Bewußtsein prägen und die politischen Folgerungen nicht nur beschreiben, sondern in der Regierungsverantwortung vollziehen.

Das ist eine nationale Aufgabe, und es ist zugleich eine europäische Aufgabe; denn hier liegt eine sehr prinzipielle Rechtfertigung für die Politik zur Überwindung der Krise der Europäischen Gemeinschaft, für die neuen Impulse, die Helmut Kohl, die wir gemeinsam der EG geben wollen. Auch hier erfordert die Überwindung der Krise manche schwierigen Anpassungsprozesse. Ich will das nicht bagatellisieren, was mit

den notwendigen Entscheidungen für manche Mitbürger und Berufsgruppen verbunden ist. Ich weise darauf hin - weil auch das ein Thema dieses Parteitagtes sein muß -, daß etwa unsere Landwirte in Verbindung mit den getroffenen Entscheidung in tiefer Sorge über ihre berufliche und persönliche Zukunft erfüllt sind. Wir haben das auch im Vorfeld dieses Parteitages erlebt. Wir haben darauf mit den nationalen Ausgleichsmaßnahmen bestimmte Antworten gegeben. Und wir werden weitergehende Fragen, etwa auch in der Markt- und Preispolitik, zu diskutieren haben; denn auch diese Mitbürger, eine soziologisch tragende und bedeutende Gruppe unseres ganzen ländlichen Raumes von Flensburg bis Konstanz, müssen die Gewißheit haben, daß sie nicht Opfer einer Entwicklung werden, sondern in schwierigen Anpassungsprozessen eine Zukunftsperspektive durch die europäische und nationale Politik erhalten.

(Beifall)

Aus dem, was hier in wenigen Sätzen angesprochen ist, was unser Leit Antrag in großer Klarheit zu formulieren versucht hat, ergeben sich Konsequenzen auch für die Finanz- und Steuerpolitik. Es ist ja gut, meine Freunde, wenn wir eine gewisse Zeit in der Koalition und in unserer Partei - das zeigen auch vorliegende Anträge - über Alternativen offen diskutieren. Aber es ist nach der Diskussion der letzten sechs Wochen auch notwendig, daß wir bald zu begründeten Ergebnissen kommen, die wir dann gemeinsam - Bund und Länder, CDU, CSU und FDP - gegenüber den deutschen Bürgern und der Öffentlichkeit vertreten können.

(Vereinzelter Beifall)

Man kann diese Ergebnisse aber nur erzielen, wenn wir uns über die zugrunde liegenden Aufgaben und Prioritäten verständigen. Wir müssen auch hier sehen, daß es in der sogenannten sozialliberalen Ära zu tiefgreifenden Verwerfungen und Belastungen gekommen ist, deren Wirkungen weit über die Finanzpolitik vor allem im Sektor der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts bis heute spürbar sind.

Die erste Priorität ist die Rückführung einer weit überhöhten Staatsquote. Der Staatsanteil - das, was die öffentliche Hand an der wirtschaftlichen Leistung der Bürger in Anspruch nimmt - ist dramatisch gestiegen: von 38 % im Jahr 1969 auf 50 % im Jahr 1982. Wir werden, wie uns die Fachleute sagen, mit unserer neuen Finanzpolitik diesen Anteil zurückführen: voraussichtlich schon 1984 auf 47 bis 48 %. Und wenn wir die Politik einer konsequenten Ausgabendisziplin, eines niedrigeren Zuwachses bei den öffentlichen Ausgaben fortsetzen, kann der Staatsanteil in dieser Wahlperiode auf 45 % zurückgehen.

Das ist mehr als Statistik. Denn dies ist die Voraussetzung dafür, daß wir endlich zu einer deutlichen Begrenzung der Steuer- und Abgabenlast vor allem für die berufstätigen Menschen kommen. Und dies ist wiederum eine zentrale Voraussetzung dafür, daß wir die großen Probleme der Arbeitsmarktpolitik meistern können.

Alle Industrieländer - es sind nicht viele -, die heute eine deutlich bessere Arbeitsmarktsituation als wir haben, haben einen wesentlich geringeren Staatsanteil: die Vereinigten Staaten von Amerika, Japan und die Schweiz - um die drei Vorbilder zu nennen - deutlich unter 40 %.

Die zweite zentrale Aufgabe von größter aktueller Bedeutung ist, die Politik der Konsolidierung, der Gesundung der öffentlichen Finanzen weiterzuführen und zum Erfolg zu bringen.

Wir haben - und eine breite Öffentlichkeit erkennt das an - einen ersten wichtigen Teilerfolg errungen. Aber das Ziel ist in keiner Weise erreicht. Die Neuverschuldung, die Nettokreditaufnahme von Bund, Ländern und Gemeinden betrug im Jahr 1983 55 Milliarden und 300 Millionen. 55 Milliarden und 300 Millionen in zwölf Monaten Neuverschuldung! Und die Maßstäbe der Union müssen sich schon sehr verschoben haben, wenn es den einen oder anderen gibt, der jetzt meint, damit sei das Ziel gemeistert und jetzt könnten wir wieder eine umfassende Verteilungsdiskussion beginnen.

(Beifall)

Nein. Wenn wir durch Wirtschafts- und Finanzpolitik das Ziel eines mehrjährigen Wachstums erreichen, müssen wir die Neuverschuldung bei Bund, Ländern und Gemeinden bis 1987 auf jährlich etwa 20 Milliarden zurückführen.

(Vereinzelter Beifall)

Wir lägen dann immer noch im Anteil des Bruttosozialprodukts höher als bei der hervorragenden Bilanz, die Franz Josef Strauß einmal 1969 seinen sozialdemokratischen Nachfolgern hinterlassen hat und die von ihnen in schlimmer Weise zum Schaden unseres Landes verwirtschaftet wurde.

(Vereinzelter Beifall)

Vergessen wir nicht die Lehren einer jüngeren Vergangenheit, wenn wir die Maßstäbe formulieren. Und so ist Konsolidierung die Aufgabe der ganzen Wahlperiode.

Und zum dritten will ich hier sagen: Unter diesen Maßstäben ist der Rahmen für die Steuerpolitik und die Steuerentlastung festzusetzen.

Meine lieben Freunde, ich will das hier noch einmal sagen. Wir disputieren ein Jahr nach der Bundestagswahl über Steuerentlastungen. Ich habe nicht den Eindruck, daß jeder, der sich in den letzten sechs Wochen auf eigene Rechnung dazu geäußert hat, die Größe des Erfolgs richtig dargestellt hat. Daß wir überhaupt so schnell nach dem Regierungswechsel in Bonn über konkrete Steuerentlastungen reden können, das ist eine großartige Sache, die nicht zerredet werden darf.

(Beifall)

Wir waren in unserem Wahlprogramm - jeder kann es noch einmal nachlesen - zu diesem Punkt behutsam und vorsichtig. Wir waren auch in der Koalitionsvereinbarung behutsam. Wir haben den Zeitpunkt und den Umfang offen gelassen, weil wir vor 18 oder 12 Monaten nicht wissen konnten, ob der wirtschaftliche Aufschwung so deutlich in Gang kommt, ob die Steuereinnahmen so sichtbar zunehmen, ob wir mit der Politik der Konsolidierung, die im vergangenen Jahr schmerzlich war, ein so gutes Zwischenergebnis erreichen können.

Wir haben das erreicht. Und das ist eine große Gemeinschaftsleistung.

Sie gibt uns die Grundlage, jetzt über Steuersenkungen zu reden. Natürlich - ich sagte es - muß eine gewisse Zeit offen in den Argumenten pro und kontra debattiert werden. Das ist klar.

Aber es wird auch Zeit für die Ergebnisse. Und ich bin dafür, daß wir im Mai - in diesem Monat - oder, wenn es nach Meinung unserer Partner noch ein paar Wochen länger dauern muß, spätestens im Juni die Entscheidung treffen.

Einkommen- und Lohnsteuer, das ist nach der Vorentscheidung das erste Thema. Auch mit gutem Grund! Es geht um die gezielte Entlastung der Familie. Und es geht um eine Verbesserung des Tarifs. Wir wollen beides. Hier gibts gar keine Alternative. Es geht darum, in der sorgfältigen Debatte die Gewichte und die Lösung noch einmal abzuwägen. Aber beides ist das Ziel.

Und wir haben das Thema Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer deshalb mit der Priorität ausgestattet, weil diese Steuerlast ja zweifellos am stärksten wächst. Und es ist unverkennbar, daß die Grenzbelastung für die große Mehrzahl der berufstätigen Menschen zu drückend geworden ist: für den Facharbeiter genauso wie für die Selbständigen. Und die Senkung, die dauerhafte Senkung der Grenzbelastung ist für mich in der Abwägung der Prioritäten schon eine besonders vorrangige Zielsetzung.

Aber wir haben zu entscheiden, wie weit wir gehen wollen und können. Die Steuerreform, von der Helmut Kohl gestern geredet hat, die große Steuerreform, die qualitative Verbesserung des Steuersystems, sie ist das Gesamtkonzept. Der Leittrag zum Parteitag sagt das klar.

Die Antragskommission und das Präsidium haben hinzugefügt: Eine erste Entlastung bei der Einkommen- und Lohnsteuer nach den genannten Grundsätzen soll zum 1. Januar 1986 erfolgen.

Das große Ziel der Steuerreform werden und müssen wir in mehreren konsequent einander folgenden Schritten erreichen.

Nun gilt es, den Schritt zu bemessen, der jetzt ansteht. Werden wir die große Lösung, eine Steuerentlastung von über 20 Milliarden DM schon zum 1. Januar 1986, erreichen mit der entscheidenden Verbesserung des Tarifs, einem wirklich reformerischen Ziel, mit der spürbaren Entlastung? Wenn wir uns dafür entscheiden, sind Ausgleichsmaßnahmen unvermeidbar. Ich sage das nach gewissenhafter Prüfung. Ich sage das auch nach den intensiven Diskussionen im Präsidium unserer Partei, aus eigener Überzeugung, aber vor allem unter Beachtung der Argumente unserer Freunde, die in den Bundesländern und Gemeinden Verantwortung tragen.

Einkommen- und Lohnsteuer ist ein Rückgrat der Finanzen der Länder und ein wesentlicher Teil der Finanzen der Gemeinden. Es liegt in der Natur der Sache - nicht nur im partnerschaftlichen Verständnis der Union -, daß wir diese Entscheidung nur im vollen Einvernehmen mit der Bundestagsfraktion und unseren Freunden in Ländern und Gemeinden treffen können, die auch im Bundesrat mit zu entscheiden haben.

(Beifall)

Konsolidierung, meine Freunde, ist auch eine harte Aufgabe für unsere Landes- und Kommunalpolitiker. Wir müssen sie in den Stand setzen, sie genauso wie bei uns weiterzuführen.

Was die Frage der Ausgleichsmaßnahmen anbelangt, befinden wir uns in einer nicht abgeschlossenen Diskussion. Ich stimme allem zu, was Alfred Dregger gestern

gesagt hat. Aber ich setze einen Akzent etwas anders. Für mich bleibt es eine unveränderte Aufgabe des Gesetzgebers, periodisch die Berechtigung von Steuervergünstigungen zu prüfen und sie im Lichte der aktuellen Entwicklung und Ziele auch, wenn nötig, zur Disposition zu stellen.

(Beifall)

Wenn wir einen entscheidend verbesserten Tarif erreichen sollten, ergeben sich andere Maßstäbe für eine ganze Reihe von Steuervergünstigungen, die ja zum Teil, soweit sie in der Diskussion sind, auf die 40er und 50er Jahre zurückgehen. So werden wir noch einmal zu prüfen haben, ob wir auf diesem Wege einen wesentlichen Teil der notwendigen Ausgleichsmaßnahmen erzielen können, auch wenn das erste Echo bei einigen Partnern in der Koalition auf die vorliegenden Vorschläge nicht uneingeschränkt positiv war. Wir werden zu prüfen haben - ich erinnere hier auch an die Vorschläge von Kollegen der Fraktion, an eigene Initiativen -, ob es außerhalb der Mehrwertsteuer einige Elemente gibt - hier sind genannt die Versicherungssteuer und andere -, die uns in Verbindung mit dem Abbau von Steuervergünstigungen die Voraussetzung für die große Lösung einer wirklichen Reform des Tarifs schaffen.

Das Für und Wider der Mehrwertsteuererhöhung - Frage, ob man sie um einen Punkt erhöhen kann - ist in der öffentlichen Diskussion bewußt geworden; auch in dem gewichtigen Votum etwa der Bundesbank dagegen, in dem am Tag zuvor erfolgten Votum des Präsidenten der Steuerkammer, der gemeint hat, man könne sie notfalls in Betracht ziehen. Wir werden uns diese Entscheidung nicht leichtmachen.

Aber eins muß unter uns klar sein: Wenn wir diese Frage eines angemessenen Ausgleichs als nicht entscheidungsfähig ansehen, wird der Spielraum der Steuerentlastung zum 1. Januar 1986 gegenüber den bisher genannten Zahlen deutlich verringert werden müssen.

(Vereinzelter Beifall)

Auch das ist ein Weg, mit dem wir den Anforderungen, den Aussagen der Regierungserklärung und unseres Wahlprogramms entsprechen. Lassen wir uns das offen und freundschaftlich diskutieren. Dann sollten wir entscheiden.

Ich will nach den Ausführungen von Heiner Geißler zum Schluß noch eine Bemerkung machen. Es bleibt unsere Verpflichtung, es bleibt die besondere Verantwortung des Bundesministers der Finanzen - auch seiner Kollegen in den Ländern -, in den nächsten Jahren auf strenge Ausgabendisziplin zu achten.

(Beifall)

Bei dem Nutzen der Spielräume, die wir haben, erkenne ich in der Innenpolitik zwei Schwerpunkte. Das eine sind auch haushaltswirksame Entscheidungen - von der Forschungspolitik bis zur Regionalpolitik -, die die wirtschaftliche Gesundung und die Arbeitsmarktpolitik unterstützen. Das ist für mich die eine Priorität. Das zweite ist die Absicht, gemeinsam mit den Kollegen in Kabinett und Fraktion auch im Haushalt Akzente für die Familienpolitik zu setzen.

(Beifall)

Wir haben uns für die Gleichstellung der Frauen beim Mutterschaftsgeld entschieden. Wenn es zu Freibeträgen im Steuerrecht kommt, müssen wir - Heiner Geißler hat es gesagt - für die untersten Einkommensgruppen, die die steuerlichen Möglichkeiten nicht nutzen können, einen Zuschlag zum Kindergeld einführen. Wir müssen auch darüber reden und entscheiden, zu welchem Zeitpunkt wir den Einstieg in das Erziehungsgeld machen können. Nur, wir brauchen auch in der Familienpolitik klare Prioritäten.

Wenn wir den dritten Schritt tun, muß der zweite begrenzt sein. Ich sage das deshalb, weil es in der öffentlichen Diskussion zum zweiten ja auch Vorschläge gibt, die über die Vorstellungen hinausgehen, die wir diskutieren.

Meine lieben Freunde, niemand verkennt die Schwere der vor uns liegenden Aufgaben gerade auch in der Finanz- und Haushaltspolitik. Sie sind ein Teil meines politischen und persönlichen Lebens geworden; viele können das nachempfinden. Aber ich sage Ihnen: Gemessen an den eigenen Erwartungen vor 18 Monaten, gemessen an Regierungserklärung und Wahlprogramm haben wir mehr erreicht, als wir uns damals selbst vorstellen konnten.

(Beifall)

Das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, wenn wir Prioritätendiskussionen führen und Auseinandersetzungen darüber miteinander haben.

Wir haben keinen Grund zu blauäugigem Optimismus und zur Euphorie. Aber von diesem Parteitag und aus unserer Alltagsdiskussion soll doch begründete Zuversicht ausgehen - nicht nur in Reden, sondern im Handeln, im Entscheiden -, die den Bürgern Mut macht, ihre Freiräume zu nutzen, die wir erweitern wollen. Diese Zuversicht setzt schöpferische Kräfte, freiheitliche Kräfte der Verantwortung frei, die notwendig sind, damit wir unsere großen Ziele erreichen.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Gerhard Stoltenberg.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, Sie haben es schon mit dem Beifall getan, aber ich will es auch noch einmal zum Ausdruck bringen: Wir haben Gerhard Stoltenberg in ganz besonderer Weise zu danken für seinen intensiven persönlichen und auch erfolgreichen Einsatz auf einem der schwierigsten Aufgabengebiete deutscher Politik. Vielen herzlichen Dank, Gerhard Stoltenberg, für diesen Einsatz.

(Beifall)

Als nächster hat das Wort unser Freund Ernst Albrecht. Ihm folgen Norbert Blüm und dann Peter Jungen.

Dr. Ernst Albrecht: Herr Parteitagpräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Seit August des letzten Jahres bin ich, wie Sie wissen, in der wirtschaftspolitischen Diskussion stark engagiert. Sie gestatten mir, daß ich vorweg sage, warum das so ist. Ich bin davon überzeugt, daß unsere politische Mehrheit nicht nur, aber doch ganz wesentlich davon abhängt, ob es uns gelingt, in den kommenden Jahren die wirtschaftlichen Fragen zu lösen, und ob es uns insbeson-

dere gelingt, die Arbeitslosigkeit nach und nach abzubauen.

Es ist gut, sich an den 6. März 1983 zu erinnern. Was ist denn damals geschehen? Damals haben wir eine Mehrheit bekommen, weil unsere Bürger begriffen haben, daß wir in einer tiefen wirtschaftlichen und finanziellen Krise stecken, weil sie das Vertrauen verloren hatten, daß uns die Sozialdemokraten aus dieser Krise herausführen können, weil sie ihre gesamte Hoffnung - auf wen denn? - auf die Union gesetzt haben, daß wir es wenigstens schaffen würden, die Probleme zu bewältigen und das Land aus der wirtschaftlichen Krise herauszuführen.

Wenn dies richtig ist, müssen wir unsere Arbeit heute auf diesem Parteitag in dem Bewußtsein leisten, daß wir nur dann, wenn wir mit der Ernsthaftigkeit, der Tiefe und der Entschlossenheit, die notwendig sind, an dieses Problem herangehen, der großen Erwartung, die in uns gesetzt ist, gerecht werden.

Meine Freunde, man kann die Probleme von verschiedenen Seiten aus angehen. Man kann sie unter dem Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft oder unter dem Aspekt der Ertragslage sehen. Man kann sie konjunkturpolitisch sehen, d.h. den Versuch machen, den Aufschwung stark und nachhaltig zu machen und konjunkturelle Rückschläge kurz und möglichst klein zu halten. Man kann die Probleme aber auch unter dem Gesichtspunkt der Arbeitslosigkeit angehen, und das möchte ich aus zwei Gründen tun.

Ich behaupte erstens: Alles, was im Wirtschaftsleben überhaupt schiefgeht, drückt sich in Arbeitslosigkeit aus. Zweitens - und das ist noch wichtiger - : Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sondern dahinter steht das Schicksal von Menschen, vor allem auch, wie unser Bundeskanzler zu Recht immer wieder gesagt hat, der jungen Menschen. Es geht nicht an, daß Hunderttausende junger Menschen, die die Schule verlassen, als erste Erfahrung feststellen müssen, daß sie von dieser Gesellschaft nicht gebraucht werden,

(Beifall)

daß kein Mensch Verwendung für sie hat, daß sie daran gehindert sind, auf eigenen Füßen zu stehen, daß sie nicht die materielle Möglichkeit bekommen, eine eigene Familie zu gründen, und sie sind doch in einem Alter, wo sie gerne eine Familie gründen wollen. Deshalb, sage ich, ist die Arbeitslosigkeit unser größtes Problem, und wir sollten alle wirtschaftlichen Dinge gerade auch unter dem Aspekt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sehen.

Eine zweite Bemerkung. Wir sollten uns über die Größe des Problems nicht täuschen. Nur wenn wir uns darüber verständigen, können wir auch zu richtigen Lösungen kommen. Wir haben im Jahre 1983 im Schnitt 2 258 000 Arbeitslose gehabt. In Wahrheit ist es damit aber nicht getan. Das Problem ist viel größer; denn wir haben es jetzt mit den geburtenstarken Jahrgängen zu tun. Wir wissen aus der Statistik, daß wir 700 000 Arbeitsplätze zusätzlich bereitstellen müssen, damit zwischen 1983 und 1990 auch die jungen Leute der geburtenstarken Jahrgänge Arbeitsplätze finden können.

Damit ist die Sache immer noch nicht zu Ende, sondern wir wissen alle, daß auf Grund der weltwirtschaftlich veränderten Arbeitsteilung Hunderttausende von Arbeitsplätzen verlorengehen. Ich denke z.B. an die Stahlindustrie, die Wertindustrie, die Unterhaltungselektronik, und ich könnte mit dieser Liste fortfahren.

Schließlich haben wir - das ist beinahe das größte Problem - einen rasanten wirtschaftlichen Strukturwandel auf Grund der Mikroelektronik und der modernen Technik zu verzeichnen. Millionen Arbeitsplätze in den Fabriken sind schon verlorengegangen, und Hunderttausende werden auf Grund der Rationalisierung noch verlorengehen, d.h. der Tatsache, daß in unseren Fertigungshallen die Handarbeit immer mehr verschwindet und die Maschinen bzw. die Roboter an deren Stelle treten. Wir brauchen also weit über eine Million zusätzliche Arbeitsplätze, wenn es überhaupt möglich sein soll, Arbeitslosigkeit abzubauen und nicht nur die bestehenden Verhältnisse zu konsolidieren.

Nun kommt die nächste entscheidende Frage. Die Menschen fragen uns immer wieder: "Ja, mein Gott, wo sollen denn noch eine bis zwei Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze geschaffen werden? Wo können die Menschen denn überhaupt noch hin? Sie können ja nicht in die Fabriken hineingehen." Zur Beantwortung dieser Frage ist es gut, einmal auf das Ausland zu schauen, dort, wo Erfolge erzielt werden konnten. In der Zeit, als wir in der Bundesrepublik Deutschland unterm Strich anderthalb Millionen Arbeitsplätze verloren haben, haben die Vereinigten Staaten von Amerika 20 Millionen neue, zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Nun kommt's: Wo sind diese geschaffen worden? 80 Prozent dieser Arbeitsplätze sind im Dienstleistungssektor im weitesten Sinne des Wortes einschließlich der sozialen Dienstleistungen und der kulturellen Dienstleistungen geschaffen worden.

Eine zweite interessante Zahl: 75 Prozent der 20 Millionen neue Arbeitsplätze sind in den mittleren und kleinen Unternehmen des Landes geschaffen worden. Die tausend größten amerikanischen Unternehmen haben Arbeitsplätze verloren, während die kleinen und mittleren Unternehmen diese 20 Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen haben.

Was heißt das für uns? Es heißt, daß es nicht die kapitalintensiven, sondern die arbeitsintensiven kleinen und mittleren Unternehmen sein werden, die dieses Problem auch in der Bundesrepublik Deutschland lösen müssen. Deshalb ist die erste Schlußfolgerung daraus: Laßt uns die kleinen und mittleren Unternehmen stark machen! Laßt sie uns in den Stand versetzen, diese gewaltige Aufgabe auch tatsächlich zu lösen!

(Beifall)

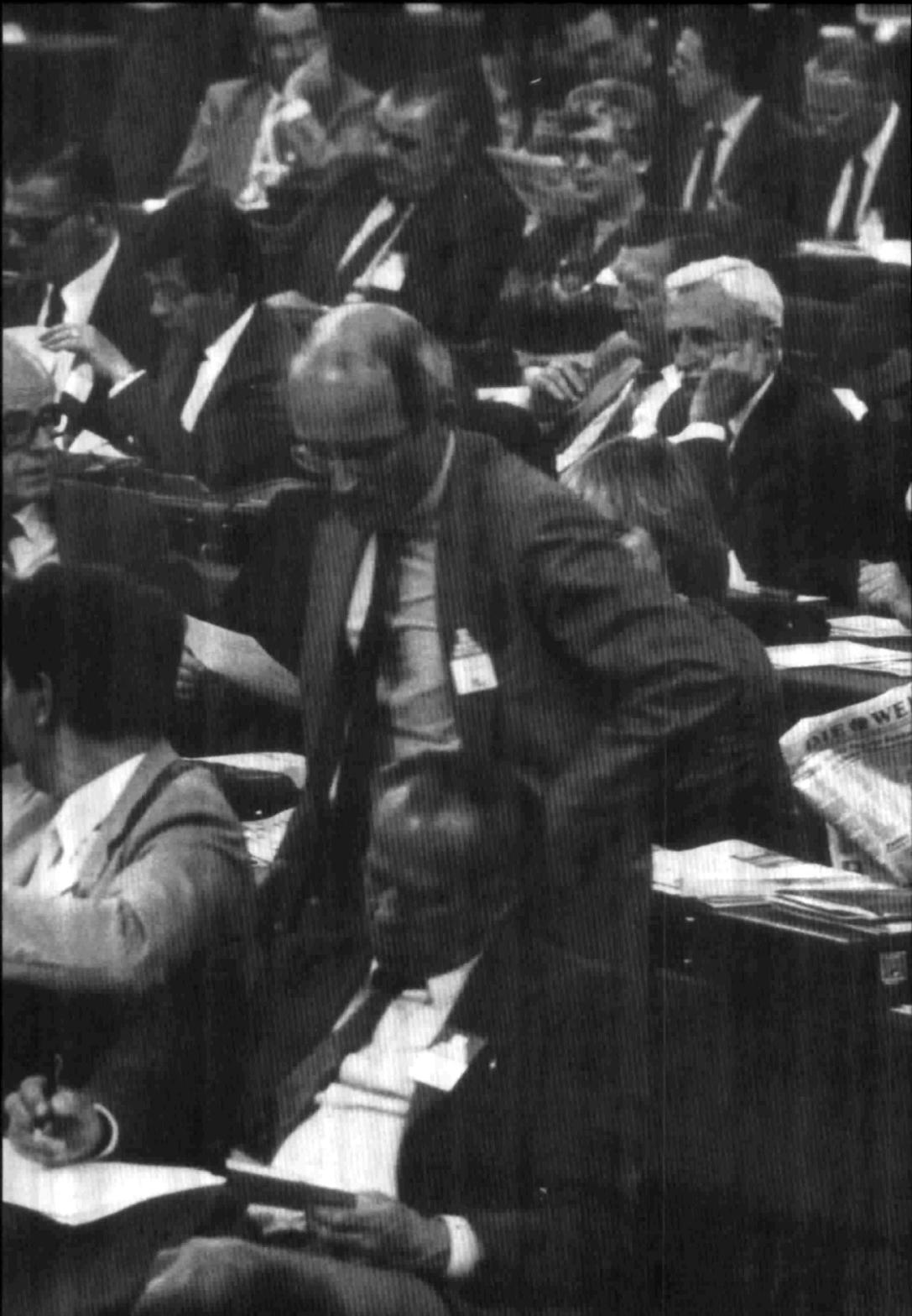
Nun, welche Maßnahmen können wir ergreifen? Ich glaube, wir dürfen sagen, daß die Christlich Demokratische Union die einzige Partei ist, die mit ihren Leitsätzen die Gesamtheit der Probleme anspricht und auch alle denkbaren Maßnahmen erwähnt hat. Das ist richtig so. Wir müssen sowohl die Nachfrage nach Arbeitsplätzen vermindern als auch das Angebot an Arbeitsplätzen erhöhen. Wir sollten uns nicht auf diejenigen verlassen, die uns einreden wollen, daß man nur auf Wachstum und auf nichts sonst setzen müsse. Nur mit Wachstum - das ist meine feste Überzeugung - werden wir dieses gewaltige Problem nicht lösen. Deshalb ist es richtig, daß wir die Vorruhestandsregelung eingeführt haben. Es trifft sich gut, daß wir gerade gestern lesen durften, daß die erste wichtige Gewerkschaft davon Gebrauch gemacht hat und die Tarifpartner sich zum erstenmal darüber geeinigt haben. Ich will nicht versäumen, Norbert Blüm dazu ganz herzlich zu gratulieren.

(Beifall)

Ich will aber auch nicht versäumen, Herrn Döding, dem Vorsitzenden der Gewerk-



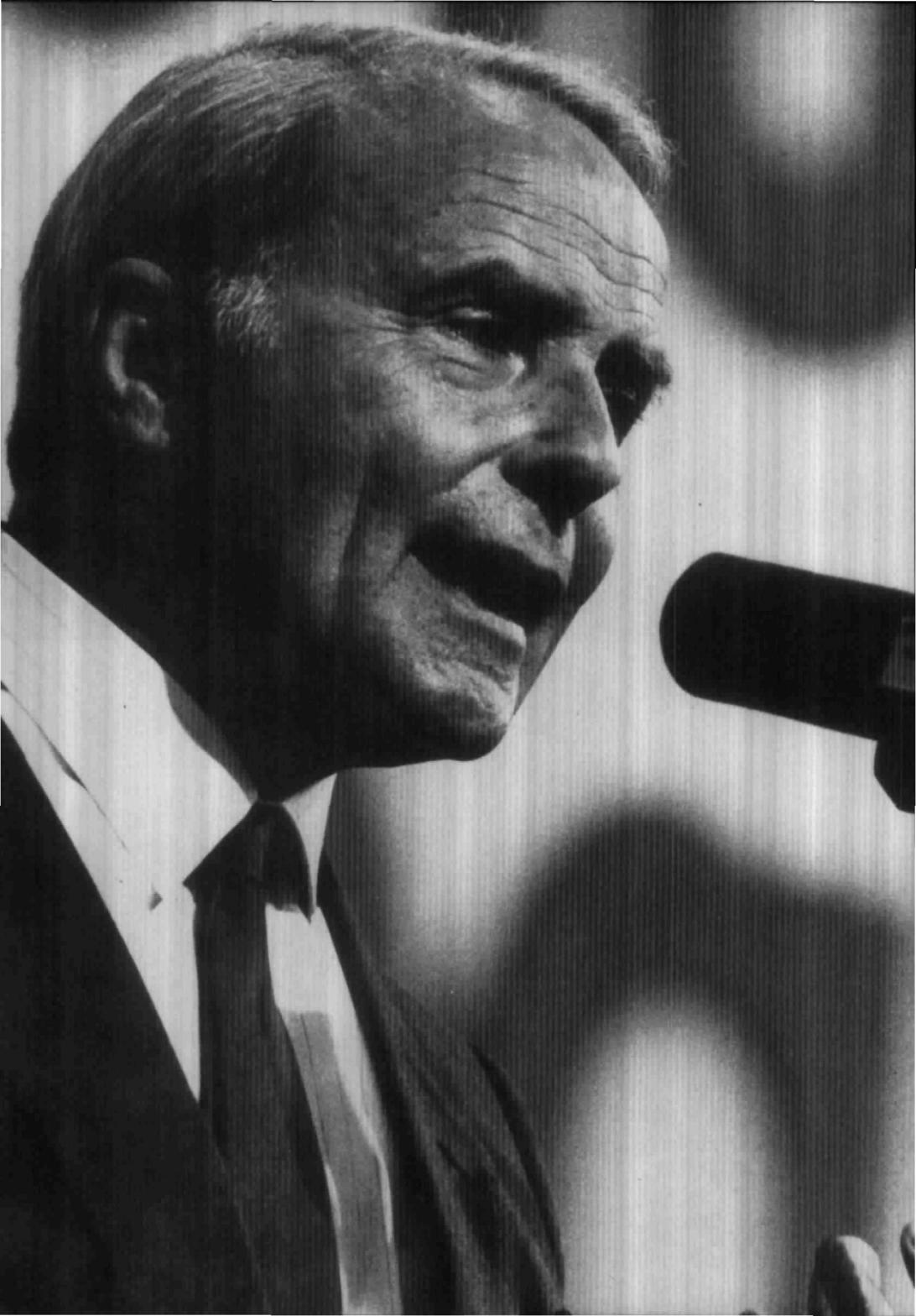
Vorwärts mit Deutschland
Mit uns für
CDU













B. Voael



Barschel



schaft, meinen Respekt zu bezeugen; denn ich weiß, wie schwierig die innergewerkschaftliche Diskussion über diese Themen ist. Daß er hier aus staatspolitischer Verantwortung und aus Verantwortung für die Arbeitnehmer seiner Gewerkschaft diese Lösung durchgesetzt hat, verdient auch ein Wort der lobenden Erwähnung auf einem solchen Parteitag.

(Beifall)

Verminderung der Nachfrage nach Arbeitsplätzen heißt auch, Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen. Heiner Geißler hat, glaube ich, einmal gesagt: "Von denen, die arbeitslos sind, würden 500 000 gerne einen Teilzeitarbeitsplatz haben. Von denen, die heute noch einen Vollzeitarbeitsplatz haben, möchten zwei Millionen lieber einen Teilzeitarbeitsplatz haben."

Ja, da muß es doch möglich sein, daß diejenigen, die heute einen Vollzeitarbeitsplatz haben, auf Teilzeit gehen, und diejenigen, die arbeitslos sind und Teilzeitarbeitsplätze haben möchten, ihren Arbeitsplatz bekommen.

(Beifall)

Ich glaube, daß es hier zwei Hemmnisse gibt. Das eine ist, daß wir unsere Gesetzgebung überprüfen müssen, ob sie der Teilzeitarbeit wirklich alle Chancen bietet. Das zweite ist - das muß man an die Adresse der Unternehmen sagen -, es gibt keine Begeisterung bei den Unternehmen, Teilzeitarbeitsplätze einzurichten. Das ist die Wahrheit. Ich kann ja auch verstehen, daß es bequemer ist, nur mit einem Menschen zu tun zu haben als mit zweien. Trotzdem müssen wir an die Wirtschaft appellieren, daß sie uns hier hilft, im Interesse des Abbaus der Arbeitslosigkeit auch Teilzeitarbeitsplätze für die zur Verfügung zu stellen, die gern einen Teilzeitarbeitsplatz haben möchten.

(Beifall)

Ich denke, ich brauche nach allem, was gesagt worden ist, hier nicht mehr viel über die 35-Stunden-Woche zu sagen. Ich will nur zur Information anfügen: Die niedersächsische Landesregierung hat ein Institut beauftragt, zu rechnen, was es bedeutete, wenn man die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich jetzt einführt. Das Ergebnis ist, daß wir weit über eine Million Arbeitsplätze unter dem Strich verlieren würden. Ich füge der Fairneß halber hinzu, daß sich die Situation anders darstellt, wenn man sagen würde: 35-Stunden-Woche mit entsprechendem Lohnverzicht, d.h. nur aus Solidarität mit den Arbeitslosen. Aber auch damit wäre das Problem der kleinen und mittleren Betriebe nicht gelöst, sondern das ist eine Formel für die Großbetriebe, nicht für die kleinen und mittleren Betriebe.

(Beifall)

Nun zur Angebotsseite: mehr Angebot an Arbeitsplätzen! Der erste Punkt, den wir in den Leitsätzen herausgestellt haben, ist das Bekenntnis zur modernen Technologie. Aus Zeitgründen gehe ich nicht näher darauf ein, nur mit einem Satz. Es ist ja gar nicht die Frage, ob wir diese Technologien anwenden wollen oder nicht. Es ist doch nur die Frage, ob die Computer und die anderen Maschinen in Deutschland hergestellt werden oder in Japan und Amerika und dann von uns import, bezahlt und eingesetzt werden.

(Beifall)

Aber eine Nation, deren Sicherung der Arbeitsplätze so vom Weltmarkt abhängig ist, kann nur bestehen, wenn sie immer an der Spitze des technischen Fortschritts bleibt. Ich glaube, hierüber werden wir schnell einig werden.

Das zweite Thema ist für mich ganz wichtig. Wir müssen uns fragen: Ist angesichts des größten Strukturwandels unseres Jahrhunderts die deutsche Wirtschaft in der Lage, auf diese veränderten Bedingungen schnell und angemessen zu reagieren? Meine Behauptung ist: Wir haben unsere Fähigkeit, schnell und angemessen zu reagieren, wesentlich eingebüßt. Ich nenne als Stichworte mangelnde Flexibilität und Verkrustung. Zu diesem Punkt gibt es in den Leitsätzen hervorragende Aussagen.

Ich möchte hier wiederum meiner Anerkennung Ausdruck geben, daß es gerade der Bundesarbeitsminister gewesen ist, der mehr als andere Erfolge beim Abbau von Verkrustung vorzuweisen hatte. Er hat das Instrument der Zeitverträge wieder in den Mittelpunkt gerückt, um zu verhindern, daß Sonderschichten gefahren und Überstunden gezahlt werden, um damit zu bewirken, daß die Menschen jetzt, wo die Konjunktur besser ist, wieder Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und neue Leute einstellen. Er ist es gewesen, der die Arbeitszeitregelung für die Auszubildenden angegangen ist, aus der Erkenntnis heraus, daß es viele kleine Betriebe abgeschreckt hat, Lehrlinge einzustellen, weil diese zu Zeiten kamen, wo ein Großteil der Arbeit bereits geleistet sein mußte. Typisches Beispiel: die Bäcker. Was hat es für einen Sinn, einen Lehrling zu haben, wenn der erst kommt, wenn die Brötchen bereits gebacken sind und ausgeliefert werden?

(Vereinzelt Beifall)

Der Bundesarbeitsminister hat sich für die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt. All dieses sind Schritte in die richtige Richtung.

Ich möchte nun eine grundsätzliche Bemerkung dazu machen. Wir haben in Zeiten der Vollbeschäftigung eine Fülle von Regelungen vorgesehen - Kündigungsschutz im weitesten Sinne des Wortes -, die damals durchaus verständlich waren, heute aber, in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit, sich gegen die Arbeitnehmer selber richten, nämlich gegen die Arbeitnehmer, die eingestellt werden wollen. Deshalb müssen wir diese Regelungen überdenken, nicht, um soziale Errungenschaften abzubauen, sondern im Gegenteil, um denen zu helfen, die heutzutage in sozialer Not sind. Und das sind in allererster Linie die Arbeitslosen und nicht diejenigen, die einen Arbeitsplatz besitzen.

(Beifall)

Drittes Thema der Leitsätze: Sind unsere Unternehmen eigentlich fit, mit dieser Herausforderung fertigzuwerden? Lassen Sie mich dazu einige wenige Worte sagen. Das Drama sozialdemokratischer Politik drückt sich auch in dem Rückgang der Eigenkapitalausstattung unserer Unternehmen aus: Anfang der 70er Jahre noch 30 %, heute unter 20 %. Jeder von uns im Saal - er braucht nicht Wirtschaftsexperte zu sein - kann begreifen, daß, wenn der Eigenkapitalanteil eines Unternehmens von Jahr zu Jahr schwindet, das Unternehmen krisenanfällig wird und daß es nicht mehr die Kraft hat zu investieren und einen Beitrag zu leisten, damit die zwei Millionen Arbeitsplätze bereitgestellt werden, von denen ich vorhin gesprochen habe.

Meine Damen und Herren, dies ist auch für uns kein leichtes Thema. Aber ich sage: Die Bundesrepublik Deutschland hat die höchste Unternehmensbesteuerung der Welt. Dies ist ein Hindernis für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Dies ist nicht ein Problem - das wird mir manchmal entgegengehalten - der großen anonymen Kapitalgesellschaften. Die können an den Kapitalmarkt gehen und neues Kapital heranziehen. Dies ist ein Problem der mittleren und kleinen Unternehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Aber gerade diese Unternehmen sollen ja die neuen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen: 75 %, wenn es nach den amerikanischen Erfahrungen geht. Deshalb sage ich: Wir müssen eine Lösung für dieses Problem finden. Das ist nicht eine Frage des Interesses der Unternehmer, sondern das ist eine Frage des Interesses des gesamten Volkes und zunächst einmal eine Frage des Interesses der Arbeitslosen in unserem Volke.

(Beifall)

Ich trete dafür ein - und hoffe sehr, daß wir uns darauf in den nächsten Monaten noch verständigen können -, daß wir nicht die Steuern für den mittelständischen Unternehmer als Person senken, sondern daß wir uns darauf konzentrieren, die Steuern für den Teil der Gewinne zu senken, der im Unternehmen verbleibt, für Investitionen herangezogen wird, Arbeitsplätze schafft und Arbeitsplätze sichert. Es ist etwas anderes, ob vom Gewinn eines mittelständischen Unternehmers Geld im Unternehmen verbleibt und Arbeitsplätze sichert oder ob es für seinen privaten Konsum herausgezogen wird,

(Vereinzelt Beifall)

um eine Weltreise zu machen, um sich eine Segeljacht zu kaufen oder was immer es ist. Wenn wir hier unser soziales Anliegen mit dem wirtschaftspolitischen Anliegen in Einklang bringen wollen, dann müssen wir Mittel und Wege finden, um das Geld, das im Unternehmen verbleibt und im gesamtwirtschaftlichen Interesse dort arbeitet, steuerlich besser zu behandeln als das Geld, das für den privaten Konsum herausgezogen wird.

(Beifall)

Vierter und letzter Punkt, meine lieben Freunde: Wir müssen die Lohnnebenkosten senken. Ich bitte sehr, daß wir uns die Bedeutung dieses Themas klarmachen. Wenn wir neue Arbeitsplätze für Millionen von Menschen schaffen wollen, dann darf die Arbeit nicht zu teuer werden. Das ist eigentlich eine Binsenwahrheit. Aber gerade, wenn wir Millionen Arbeitsplätze neu gewinnen wollen, dann müssen wir uns in Erinnerung rufen, daß die arbeitsintensiven - d.h. auch arbeitskostenintensiven - mittelständischen Unternehmen diese Plätze bereitstellen sollen. Dann darf die Arbeit nicht zu teuer werden.

Es sind gestern und heute hier viele kritische Worte an die Adresse der Gewerkschaften gesagt worden. Ich will einmal ein positives sagen. Dies ist keine Frage der Tarifpolitik. In den letzten Jahren haben die Tarifpartner Reallohnensenkungen hinge-

nommen. Mehr kann man von einer Gewerkschaft in wirtschaftlichen Krisenzeiten weiß Gott nicht verlangen. Dies ist für mich viel mehr ein Problem der Lohnnebenkosten, d. h. all der Kosten, die auf den direkten Lohn noch daraufkommen. Diese Kosten sind in den letzten 15 Jahren viel stärker gestiegen als die direkten Löhne. Hier sind wir in der Verantwortung, denn zum Teil sind diese Lohnnebenkosten auch gesetzlich bedingt.

Dieses Thema hat unter uns, wie jeder weiß, auch einige Kontroversen hervorgerufen. Ich habe Zweifel geäußert, ob unser soziales System noch richtig finanziert ist. Norbert Blüm hat seiner Sorge Ausdruck gegeben, daß das Versicherungsprinzip angetastet werden könnte. Meine Damen und Herren, ich glaube aber, daß es hier eine Formel gibt, beide Anliegen miteinander zu verbinden, nämlich die Senkung der Lohnnebenkosten und das Festhalten am Versicherungsprinzip. Die Lösung ist ganz einfach: Halten wir uns doch einmal am Versicherungsprinzip fest. Befreien wir die Beitragszahler, die Arbeitnehmer und ihre Arbeitgeber, nach und nach von allen versicherungsfremden Leistungen. Zig Milliarden DM müssen die Arbeitnehmer heute durch ihre Versicherungsbeiträge für Dinge aufbringen, die mit der Versicherung gar nichts zu tun haben, sondern der allgemeinen Beschäftigungspolitik des Staates zuzurechnen sind.

(Beifall)

Ich weiß, daß Gerhard Stoltenberg immer etwas unruhig wird, wenn ich darüber spreche, weil er den Griff in seine Kasse schon sieht. Deshalb komme ich zum Schluß auf den Punkt zu sprechen, bei dem es wirklich ernst wird.

Meine lieben Freunde, über das, was ich gesagt habe, und das, was in den Leitsätzen steht, gibt es eigentlich keine tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten unter uns. In Wahrheit ist unser Problem ein ganz anderes, nämlich daß wir nicht alles gleichzeitig und nicht alles in dem gewünschten Umfang leisten können. Das ist nicht unsere Schuld, sondern durch das bedingt, was die Sozialdemokraten uns an Situation hinterlassen haben.

Führen wir uns einmal vor Augen, was wir alles tun sollen. Wir sollen die Nettokreditaufnahme drastisch zurückführen, also sparen. Wir sollen gleichzeitig mehr für die Familie ausgeben. Wir sollen gleichzeitig mehr für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgeben. Dann sollen wir sogar noch eine Steuersenkung vornehmen, d. h. unsere Einnahmen verringern. Dies bedeutet fast die Quadratur des Kreises, Gott sei Dank nicht ganz. Allerdings ist es eine Frage, welches Gewicht wir den einzelnen Faktoren beimessen. Ich habe gehört - ich will das offen ansprechen -, daß in der Bundestagsfraktion eine gewisse Tendenz zu spüren war, zu sagen: Wir wollen vor allem ein großes familienpolitisches Paket. Wir wollen auch eine große Tarifreform, d. h. eine Steuersenkung vornehmen. Die Gefahr dabei ist, daß wir die Konsolidierung außer acht lassen. Was mich bitter betrüben würde, wäre, wenn dann überhaupt kein Geld mehr für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung stünde. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sage ich noch einmal: Es geht nicht um Geld für Investitionsprogramme im Sinne der Sozialdemokraten - solche Programme sind ein untaugliches Mittel -, sondern um Geld für die Senkung der Lohnnebenkosten und Geld für das Fitmachen der Unternehmen, damit sie der Herausforderung gewachsen sind.

Meine persönliche Prioritätenliste hat eine etwas andere Reihenfolge. Auf Platz eins steht bei mir die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, und zwar aus den Gründen, die ich

geschildert habe: weil es sich um menschliche Schicksale handelt und nicht nur um eine wirtschaftspolitische Frage.

(Beifall)

Auf Platz zwei steht - wenn Sie wollen: gleichrangig - die Konsolidierung. Warum? Weil es keinen Abbau der Arbeitslosigkeit geben wird, wenn wir nicht zuvor die Staatshaushalte konsolidieren.

Auf Platz drei steht die Familienpolitik, nicht weil sie weniger wichtig wäre, sondern deshalb, weil wir hier leichter Lösungen finden werden als bei den vorher genannten beiden Punkten.

Erst auf Platz vier steht für mich dann eine weitergehende Tarifsenkung, die zwar höchst wünschenswert ist, aber die doch nicht so wichtig ist wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Was heißt das für das Steuerpaket und die Entscheidung, die wir zu treffen haben?

Erstens: Was immer wir tun, das Ziel der Konsolidierung darf nicht gefährdet werden. Es wäre ein Aberwitz, wenn wir im dritten Jahr unserer Regierung das, was wir den Bürgern an Konsolidierung versprochen haben, selber nicht mehr honorieren wollten.

(Beifall)

Das ist nicht nur ein Problem des Bundes, sondern das ist, wie Gerhard Stoltenberg dankenswerterweise gesagt hat, ganz wesentlich auch ein Problem der Länder und der Gemeinden.

Zweitens. Ich schlage vor, daß wir uns für das Steuerpaket zwei Schwerpunkte vornehmen. Der erste Schwerpunkt ist die Familie. Nach allem, was ich aus der Diskussion kenne, ist jeder einverstanden, daß wir sogar schon 1986 steuerliche Entlastungen für die Familie in Höhe von 5 Milliarden DM vornehmen. Daneben soll für diejenigen, die von der Steuersenkung nicht betroffen sind, eine Verbesserung des Kindergeldes vorgesehen werden, und es soll ein Einstieg in das Erziehungsgeld erfolgen.

Der zweite Schwerpunkt - das ist umstritten; es wird Sie vielleicht verwundern, daß ich dies nach meinen Ausführungen sage - ist dieser. Da wir nicht so viel Geld haben, bin ich dafür, daß wir den Schwerpunkt steuerlich auf die Entlastung der unteren Progressionszone und nicht auf die Entlastung der oberen Progressionszone legen.

(Beifall)

Ich weiß, daß das in einem gewissen Widerspruch zu dem steht, was ich sagte, denn dies hilft dem Mittelstand nicht. Ich sage Ihnen aber auch ehrlich: Wenn wir in den letzten anderthalb Jahren eine andere Diskussion gehabt hätten, hätte man dies anders sehen können. Wir haben aber zunächst einmal Kürzungen vornehmen müssen. Wir haben dort Kürzungen vornehmen müssen, wo die Ausgaben anfielen, nämlich bei den unteren Einkommensschichten, bei der Sozialhilfe, bei BaföG und dergleichen Leistungen mehr. Wir haben uns gegenüber dem Koalitionspartner - ich bedaure das - mit der Erhebung einer Investitionshilfeabgabe, die nicht rückzahlbar

ist, nicht durchsetzen können. Wir haben jetzt nur die Investitionshilfleanleihe. Ich glaube, daß es für uns politisch ganz wichtig ist, daß bei der Steuerreform gerade auch die Einkommen in der unteren Progressionszone entlastet werden. Deshalb hat dies für mich persönlich Vorrang.

(Beifall)

Ich muß anerkennen, daß dieses dann allerdings nicht reicht, um das Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu lösen.

Deshalb mache ich zwei zusätzliche Bemerkungen. Erstens. Ich trete dafür ein, daß die Zuweisungen des Staates an die Bundesanstalt für Arbeit eingefroren werden und daß die verfügbaren überschüssigen Mittel der Bundesanstalt für Arbeit, lieber Heinz Franke, für Beitragssenkungen genutzt werden, d. h. für eine Senkung der Lohnnebenkosten, um auf diese Weise einen Einstieg in die Lösung dieses Problems zu finden.

Zweitens. Wir müssen so bald wie irgend möglich - ich kann das nur noch einmal wiederholen - die Unternehmensbesteuerung - nicht die Unternehmerbesteuerung - für die kleinen und mittleren Unternehmen senken, damit sie fit werden, das zu leisten, was wir von ihnen erwarten, nämlich für über eine Million Menschen zusätzliche Arbeitsplätze bereitzustellen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, es wird kein ideales Steuerpaket geben. Es ist auch nicht leicht für uns, uns auf das konkrete Steuerpaket zu verständigen. Deshalb mache ich jetzt eine letzte Bemerkung. Ich finde mich damit ab, daß es kein ideales Steuerpaket geben wird. Ich glaube, jeder wird sich damit abfinden müssen, denn es gibt nur noch einen vorrangigen politischen Gesichtspunkt. Wir müssen in den nächsten Wochen Entscheidungen über die Grundzüge dieses Steuerpakets treffen. Ich möchte nicht eine Situation entstehen sehen, in der über Monate und Monate die einen aus der Regierungskoalition gegen die anderen argumentieren. Zu wessen Lasten geschähe das denn? Zu Lasten von Gerhard Stoltenberg und zu Lasten von Helmut Kohl. Das darf nicht geschehen, gerade in der CDU nicht.

(Beifall)

Deshalb sage ich: Lassen Sie uns heute und in den nächsten Wochen den Versuch machen, der Herausforderung gerecht zu werden. Lassen Sie uns das in dem Bewußtsein tun, daß Millionen von Menschen ihre Hoffnung auf uns gesetzt haben. Das vermag ja auch Kraft für die notwendigen Entscheidungen zu geben. Lassen Sie uns mit heißem Herzen, aber kühlem Verstand diskutieren und dann auch entscheiden, damit wir in einigen Monaten und Jahren sagen dürfen: Wir haben es geschafft, wir haben das getan, was die Wähler von uns erwarteten. Wir haben die Bundesrepublik Deutschland aus der wirtschaftlichen und finanziellen Krise herausgeführt. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Albrecht. - Das Wort hat jetzt unser Bundessozialminister, Dr. Norbert Blüm.

Dr. Norbert Blüm (von den Delegierten mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Millionen von Mitbürgern sorgen sich um den Arbeitsplatz: die einen, daß sie ihn nicht verlieren, die anderen, daß sie ihn wieder erhalten. Alter und Rente, Jugend und Ausbildung - auch das sind große, Millionen von Mitbürgern bewegende Fragen; denen wenden wir uns heute zu.

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht nur um Programme und Papiere, sondern es geht ums Durchsetzen. Wir sind keine Akademie und auch keine Volkshochschule, sondern wir sind eine Regierungspartei. Deshalb: Ich betrachte das, was wir heute machen, nicht als Erfindung der Sozialen Marktwirtschaft zum zweiten Mal. Die Soziale Marktwirtschaft leidet nicht an einem Defizit von Entwürfen, sondern sie leidet eher an einem Mangel an praktischen Konsequenzen, die aus den Entwürfen zu ziehen wären.

(Beifall)

Das, was wir heute machen, ist, auf neue Fragen, auf technische Entwicklungen zu antworten, nicht aber, die Welt zum zweiten Mal zu erschaffen.

Es gibt keinen Grund zur Selbstzufriedenheit, obwohl ich meine, daß wir auch nicht mit leeren Händen dastehen. Meine Damen und Herren, Halbierung der Preissteigerung: Gibt es für die Arbeitnehmer, gibt es für die Rentner einen größeren Kaufkraft-erfolg, als die Preissteigerung zurückzudrängen? Als sich die SPD verabschiedet hat, stiegen im letzten Jahr, in dem sie noch ganz regiert hat, die Bruttolöhne und -gehälter um 4,9 %, die Preise um 6 %. Im ersten Jahr 1983 gab es bei uns 3,4 % Lohnerhöhung und 3 % Preissteigerung. Da braucht man keine Mengenlehre studiert zu haben, um zu wissen, wovon die Arbeitnehmer mehr hatten. Bei uns hatten sie mehr! Sie konnten von dem, was sie erhalten haben, mehr kaufen.

(Beifall)

Hätte die SPD das Vermögensbildungsgesetz, das wir im ersten Jahr beschlossen haben, vor zehn Jahren verabschiedet - vor zehn Jahren wäre es sogar leichter gewesen; sie hätten gar nicht mehr machen müssen, denn ich verlange von anderen nie mehr, als wir selber machen -, dann würden sich im Portemonnaie der Arbeitnehmer 150 Milliarden DM mehr Vermögen befinden als jetzt. Wer hat die Arbeitnehmer darum gebracht? Die SPD hat Vermögenspolitik jahrelang angekündigt, und was konnten sich meine Kollegen in den Betrieben von den Ankündigungen kaufen? Mit anderen Worten: Die SPD hat gegackert, gegackert und nie Eier gelegt.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, für den größten Fortschritt halte ich, daß wir wieder Wachstum haben, nach Minus-Wachstum wieder Plus-Wachstum. Vom Minus ins Plus zu wechseln, ist auch Wende. Dabei füge ich hinzu: Das Wort "Minus-Wachstum" stammt aus dem Arsenal der sozialdemokratischen Nebelwerferkompagnien. Minus ist Minus und kein Wachstum. Ich sage zum Abstieg ja auch nicht, es sei ein Minus-Aufstieg. Deshalb sollten wir festhalten: Die haben sich mit Rückgang verabschiedet, wir haben wieder Wachstum.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich sehe in der zunehmenden Wachstumsfeindschaft und

Technikangst der Sozialdemokraten eine spätbürgerliche Lebensschwäche. Daß sich ausgerechnet die ehemalige Arbeiterpartei SPD von diesem Antimodernismus anstecken läßt, ist eine Degenerationserscheinung. Die Arbeiterbewegung wollte immer mehr. Null - das kann nur das Ziel von sehr saturierten Zeitgenossen sein. Für die Arbeiter gibt es nur mehr, wenn die Wirtschaft wächst.

Daß sich die SPD jetzt mit den GRÜNEN in ein Bett legt, ja, daß sie mit Dachlatten in neue Koalitionen gezwungen wird, ist auch ein Armutszeugnis der SPD.

(Beifall)

Denn die GRÜNEN sind doch ein Potpourri aus Romantik, Jugendbewegung, Reformhaus und marxistischer Agitprop. Da kann man die Arbeiter nur in Schutz nehmen,

(Beifall)

damit sie nicht um diese als Koalitionspartner balzen müssen. Hier liegt auch unsere große Chance. Deshalb, liebe Parteifreunde, laßt uns den Arbeitern treu bleiben. Wir sind die große Volkspartei CDU. Treue zu den Arbeitern, die uns mitgewählt haben, ist auch ein Stück Dankbarkeit an unsere Wähler.

(Beifall)

Ja, wir sind die CDU, unverwechselbar. Wir sind nicht SPD, wir sind auch nicht FDP - klein, aber fein -, sondern wir sind die Partei, die alle Gruppen des Volkes umfaßt. Ich denke, das muß auch für die Arbeitszeitfrage gelten. Damit sich da keine falschen Töne einschleichen: Wenn wir sagen, 35-Stunden-Woche auf einen Schlag, flächendeckend, mit vollem Lohnausgleich - jetzt nicht, wenn wir sagen, Arbeitskampf, Streik, Aussperrung - jetzt nicht, dann sagen wir das nicht als Geschenkpaket an die Arbeitgeber, sondern dann sagen wir das aus Treue zu den Arbeitern und aus Sorge um die Arbeitslosen. Ein Streik jetzt ist ein Streik gegen die Arbeitslosen, nicht aber gegen die Arbeitgeber.

(Beifall)

Die 35-Stunden-Woche flächendeckend jetzt einzuführen, kann doch auf den Aufschwung nur wie eine kalte Dusche wirken, kann nur Nachschub für Arbeitslosigkeit sein. Darauf aufmerksam zu machen, auf diese Folgen hinzuweisen, ist auch kein Eingriff in die Tarifautonomie. Man muß doch auf Folgen aufmerksam machen können! Wenn ich sage "Achtung, Schlagloch!", behindere ich doch auch nicht die Bewegungsfreiheit. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß es einen Achsenbruch geben kann - und dann steht der Wagen da. So ähnlich ist das mit dem Hinweis darauf, daß Streik, Aussperrung, Arbeitskampf jetzt den Arbeitslosen nicht helfen, sondern sie weiter in der Arbeitslosigkeit belassen und noch weitere Arbeitslose hinzufügen.

(Beifall)

Deshalb appelliere ich von dieser Stelle aus in letzter Minute noch einmal für einen Kompromiß. Wenn am Schluß nach langen Arbeitskämpfen 3 Millionen Arbeitslose auf der Straße stehen, soll niemand sagen, er habe nicht gewußt, was dabei herauskommen kann.

Ich denke, daß für diesen Kompromiß auch das Angebot Vorruhestand eine Erweiterung der Vereinbarungsmöglichkeiten ist, Vorruhestand geradezu als ein Modell, wie man Arbeitszeitpolitik in dieser Zeit machen muß: in Kooperation. Klassenkampf hat den Wiederaufbau nicht zustande gebracht; er wird die Krise auch diesmal nicht überwinden. Wir haben uns nicht wiederaufgestreikt, sondern wir haben wiederaufgebaut. Deshalb laßt uns noch einmal an die Kompromißfähigkeit der Tarifpartner appellieren, den Vorruhestand als ein Modell zu sehen, bei dem Gewerkschaften, Arbeitgeber und Staat zusammenarbeiten. Denn das steht auch fest: Entweder arbeiten wir zusammen, oder der Karren bleibt im Dreck. Allein schafft es keiner: weder die Arbeitgeber noch die Gewerkschaften noch die Bundesregierung.

(Beifall)

Arbeitszeitverkürzung sollte auch ohne jede Schablone möglich sein. Was dem einen recht ist, ist dem anderen noch lange nicht billig, und was für den einen billig ist, kann für den anderen sehr teuer sein. Arbeitszeitverkürzung ohne Schablone heißt allerdings auch Tarifpartner ohne Scheuklappen.

Die Dampfmaschine und das Fließband, meine lieben Parteifreunde - das war doch die Symbolausstattung der ersten Phase der industriellen Entwicklung -, geraten doch zusehends ins Museum. Das neue Erkennungszeichen ist der Mikroprozessor. Wir können die Arbeit individualisieren, differenzieren, dezentralisieren. Der Mikroprozessor ist auch ein Symbol dafür, daß Arbeit wieder mehr den Bedürfnissen, dem Rhythmus des Lebens angepaßt werden kann.

200 Jahre Arbeitszeitordnung waren auch 200 Jahre Arbeitszeitordnung nach geradezu militärischem Muster: am Ende der Kindheit im Gleichschritt marsch, am Ende ins Alter wegtreten. Muß das so bleiben? Können wir nicht wieder auch am Rhythmus des Lebens maßnehmen? Die Bauersfrau früherer Zeiten hat, wenn die Kinder klein waren, ganz anders gearbeitet als dann, wenn sie groß waren. Können wir nicht wieder Arbeit und Leben miteinander versöhnen? Kann Technik uns nicht auch helfen, daß wir wieder an unserem Lebensrhythmus maßnehmen, nicht aber an Maschinen, die mit einem Schalter ausgeknipst und angeknipst werden können? Menschen sind anders gebaut. Laßt uns die Übergänge wieder sanfter gestalten! Laßt uns mit dem kollektivistischen Entweder-Oder - entweder ganz rein oder ganz raus - aufhören! Dieses Alles oder Nichts führt zu nichts.

Ich denke, daß die Teilzeitarbeit in vielen Formen ein Angebot ist, wobei ich hinzufüge, daß Teilzeitarbeit nicht ein Arbeitsverhältnis zweiter Klasse sein kann. Wenn einer meint, Flexibilisierung sei nun die Entfernung jeden Schutzes, dann hat er sich gestäuscht.

(Beifall)

Dann wird die Teilzeitarbeit nie ein normales Arbeitsverhältnis. Teilzeitarbeit ist also nicht ein Arbeitsverhältnis im Hobbyformat für grüne Witwen, die sich sonst langweilen, sondern sie muß ein ganz normales Arbeitsverhältnis werden. Deshalb muß es auch mit sozialem Schutz ausgestattet werden. Für Freistilringkämpfer bin ich nicht zuständig.

(Beifall)

Ich sehe auch, daß wir im Arbeitsrecht differenzieren müssen. Der neue Name des Fortschritts lautet Differenzierung; Ernst Albrecht hat davon gesprochen. Es geht nicht nur darum, diejenigen zu schützen, die drinnen sind, es geht auch darum, denjenigen zu helfen, die draußen sind. Es könnte sein, daß mancher Schutz für diejenigen, die drinnen sind, sich als Sperre erweist für die, die draußen sind.

Die Bundesregierung bereitet einen Gesetzentwurf zur Förderung der Beschäftigung vor. Es geht um befristete Arbeitsverträge; Ernst Albrecht hat auch davon gesprochen. Wir wollen klarstellen, wann ein befristeter Arbeitsvertrag vereinbart werden kann. Ich mußte zu meiner großen Überraschung und Enttäuschung feststellen - das will ich auch dem Parteitag berichten -, daß die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in ihrer Stellungnahme davon gesprochen hat, das sei nicht notwendig, die Rechtsprechung habe alles schon klargestellt. Da kann ich nur fragen: Wie weit müssen sich die Verbände von der Wirklichkeit entfernt haben? Ein kleiner Schlossermeister kann nicht Tag und Nacht die Rechtsprechung studieren, damit er weiß, was er machen soll. Das können die großen Rechtsabteilungen der großen Konzerne, aber ein kleiner Handwerksmeister kann nicht nachts die Urteile studieren, damit er tagsüber keinen Fehler macht. Das ist schon sehr weit von der Praxis entfernt.

(Beifall)

Wir wollen für eine Übergangszeit den befristeten Arbeitsvertrag, weil es darum geht, den Arbeitslosen, die auf der Straße stehen, jetzt die Rückkehr in den Betrieb, an die Schraubstöcke, an die Schreibtische, zu ermöglichen, nicht erst dann, wenn sich die Konjunktur wieder stabilisiert hat. Immer war es so, daß die Konjunktur dem Arbeitsmarkt davongelaufen ist, weil in der ersten Phase nicht eingestellt wurde, sondern Überstunden gemacht wurden. Das wollen wir durch befristete Arbeitsverträge verhindern. Lieber befristet arbeiten als unbefristet arbeitslos sein! Das ist meine Parole.

(Beifall)

Laßt uns doch Erfahrungen sammeln! Wenn das mißbraucht werden sollte, dann ist der Ofen ganz schnell aus. Das ist auch eine Chance, Flexibilisierung unbürokratisch zu handhaben. Wenn man entbürokratisieren will, dann braucht man den guten Willen der Beteiligten. Dann ist man auf diesen guten Willen angewiesen. Ich setze darauf, daß sich Sozialpartnerschaft in schwierigen Zeiten bewähren muß.

Wenn einer einen Betrieb aufmacht, dann geht er nicht an die obere Grenze seiner Einstellungsmöglichkeiten, damit er nicht gleich den einen Sozialplan mitfinanzieren muß. Laßt uns doch für ihn in der ersten Phase befristete Arbeitsverträge ermöglichen; sie können ja anschließend in unbefristete Arbeitsverträge überführt werden. Sie sehen, meine Damen und Herren, wir machen keine Sozialpolitik aus Lehrbüchern, wir machen Sozialpolitik aus der Praxis, aus den Erfahrungen heraus. Das ist viel wichtiger, als irgendwelchen Dogmen zu folgen.

Teilarbeitsunfähigkeit! Wo steht denn geschrieben, daß man nur ganz krank oder ganz gesund sein könne? Warum kann nicht ein Langzeitkranker auch Schritt für Schritt an den Arbeitsplatz zurückgeführt werden? Der Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände lehnt es ab.

Meine Damen und Herren, das wollte ich hier einmal vortragen: Die Stellungnahme

des DGB und die Stellungnahme der BDA habe ich hier. Wenn ich sie hier vorlesen und Ihnen den Absender nicht nennen würde, würden Sie den Unterschied nicht bemerken; die sind völlig deckungsgleich. Es heißt in der einen Stellungnahme, außer ein paar Detailregelungen minderer Bedeutung sei nichts gut. Beim BDA heißt es "von geringerer Bedeutung". Der Unterschied besteht zwischen den Worten "geringerer" und "minderer".

Meine Damen und Herren, damit es keine Verwechslung gibt: Ich lasse mich nicht auf folgende Arbeitsteilung ein: Die SPD beschimpft die BDA und die CDU den DGB. Wir sind selbständig. Wir sind nicht die Handlungsbevollmächtigten irgendeiner Seite. Die Verbände sind wichtig, aber der Gesetzgeber ist nicht der Notar einer Seite.

(Beifall)

Wenn ich sehe, wie sich die großen Verbände gegenüberliegen, dann erinnert mich das an zwei Rieseneidechsen, die einen Wettkampf in Bewegunglosigkeit machen. Damit werden wir mit Sicherheit nicht einen Aufbruch in Sachen Phantasie und Einfälle bewerkstelligen. Da muß aus liebgewonnenen Gewohnheiten herausgetreten werden. Differenzierung und Flexibilisierung sind anstrengender als Kollektivierung. Kollektivismus ist ganz einfach: im Gleichschritt marsch! Das läßt sich einfach organisieren. Subsidiarität, Selbstverwaltung, Differenzierung - das ist auch für die großen Verbände anstrengender. Die müssen von ihrem hohen Dach herunter; denn wenn das Dach zu hoch ist, sehen sie die Basis nicht mehr.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich sehe auch, daß wir im Arbeitsschutz gar nicht den Ehrgeiz entwickeln sollten, daß der Gesetzgeber alles regelt. Im Wettkampf zwischen Gesetzgeber und Leben gewinnt immer das Leben; es hat immer einen Fall mehr, als sich die gesetzgeberischen Perfektionisten vorstellen können. Deshalb bin ich dafür, den Gesetzgeber sich auf Mindestregelungen, auf Rahmenbedingungen zurückziehen zu lassen, und die Tarifpartner vereinbaren, was für ihre Verhältnisse das Beste ist. Das kann für den Bäcker ganz anders als für die Bürogehilfin sein. Oder wir machen ein Gesetz, das sehr dünn ist, und eine sehr dicke Ausnahmeregelung. So ähnlich ist das beim Jugendarbeitsschutz. Deshalb bin ich für Mindestbedingungen, und die Tarifpartner sollen für ihre Verhältnisse entsprechende Regelungen treffen. Ich habe nie eingesehen, warum der 16jährige Lehrling um 7 Uhr anfangen darf, der 16jährige Arbeitnehmer aber, der sich nicht in der Ausbildung befindet, schon um 6 Uhr anfangen muß. Wenn es mit der Gesundheit zu tun hat, dann ist es überhaupt kein Unterschied, ob es sich um einen Lehrling oder einen Arbeitnehmer handelt.

Ich spreche übrigens von Lehrling, weil ich bei dem Wort "Auszubildender" Schwierigkeiten habe. Das ist ein Kunstthönigwort.

(Beifall)

Ich sage ja auch nicht zum Wanderer, er sei ein "Auszugehender", oder zum Gummi, es sei ein "Auszudehnendes". Ich sage zum Wanderer Wanderer und zum Lehrling Lehrling.

(Beifall)

Ich habe nämlich diesen sozialdemokratischen Wortfetischismus satt. Wenn ein neues Problem entsteht, was fällt ihnen ein? Entweder ein Beauftragter, eine Enquetekommission oder ein neues Wort. Daran beteilige ich mich nicht.

(Beifall)

Worte sind etwas für Etikettenspezialisten, Etiketten sind etwas für Flaschen. Wir machen Politik für Menschen. Das ist der Unterschied.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich will nur in Nebensätzen bei dem Thema "Lehrlinge" noch einmal an die Wirtschaft appellieren, der Leistung von 1983 im Jahre 1984 eine vergleichbare folgen zu lassen. Ich will darauf aufmerksam machen, daß in den Betrieben mit über 1000 Arbeitnehmern 2 % Lehrlinge ausgebildet werden, in den Betrieben mit unter 1000 Arbeitnehmern aber 4 %. Vielleicht kann sich die Großindustrie in Sachen Ausbildungsbereitschaft eine Scheibe von den Handwerkern und von den kleinen und mittelständischen Unternehmen abschneiden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich will den Ball gern auffangen, den Herr Albrecht zur Sozialpolitik gespielt hat. In der Tat müssen die beiden großen Prinzipien neu überdacht werden: Leistungsgerechtigkeit in der Sozialpolitik und sozialer Ausgleich. Ich bin, wo immer es Spielräume gibt, für Leistungsgerechtigkeit, die dem Prinzip Leistung für Gegenleistung folgt. Dort müssen die Spielräume auch erhalten bleiben. Es ist ein großer Unterschied, ob der 70jährige Großvater seine Rente im Bewußtsein empfängt, es handele sich um eine staatliche Fürsorgeleistung, oder im Bewußtsein, es sei eine Gegenleistung für die eigene Leistung.

Im Leistungsprinzip - um mich in der Sprache der Sozialdemokraten zu bewegen - ist ein emanzipatorischer Effekt enthalten. Ansprüche zu erwerben, für die man selber gearbeitet hat, für die man niemandem Dankeschön sagen muß - auch nicht der CDU -, sondern von denen man weiß, die Rente ist Alterslohn für Lebensleistung - dieses Prinzip wird der Norbert Blüm mit Zähnen und Klauen verteidigen. Deshalb muß die Rente lohnbezogen bleiben.

(Beifall)

Denn der Lohn ist das einzige Kriterium, das wir haben, das Leistung bewertet. Nicht immer ganz gerecht, aber es ist in der Regel besser als alle Gutscheine, die wir sonst ausstellen müßten.

Ich gebe Ernst Albrecht zu: Wir müssen dieses Versicherungssystem schmaler machen. Der Rentenversicherung, der Krankenversicherung ist doch alles mögliche aufgehast worden. Diese Fremdleistungen muß der Staat bezahlen, und wenn er das Geld nicht hat, muß er es sein lassen. Ich bin gegen die Arbeitsteilung: Der Gesetzgeber beschließt und die Beitragszahler bezahlen. Gegen diese Art von "Fortschritt" habe ich etwas.

(Beifall)

Ich bin auch ganz sicher: Wenn wir das Versicherungssystem nicht schmaler

machen, werden wir dieses lohnbezogene System nicht durchhalten; dann werden wir in die Zange zwischen lohnintensiven Kleinbetrieben und Arbeitnehmern geraten, die sagen: Wieso ich? Mit meinem Beitrag bezahle ich den halben Sozialstaat! Deshalb glaube ich, die Beiträge müssen streng auf die Gegenleistung, auf die Versicherungsleistung bezogen sein. Für andere Sachen sind andere zuständig.

(Beifall)

Ich folge gern der Frage von Ernst Albrecht, wie es mit der Bundesanstalt für Arbeit sei. In der Tat, die Frage läßt sich stellen. Berufliche Bildung an der Universität bezahlt der Steuerzahler, berufliche Bildung der Arbeitnehmer - die bezahlen sie selber. Es läßt sich schon einmal die Frage stellen, ob das gerecht ist.

(Beifall)

Nur, ich will hier nicht den Eindruck erwecken, als könnten wir alles über Nacht erledigen. Im übrigen habe ich auch vor, länger als vier Jahre Arbeitsminister zu bleiben.

(Beifall)

Aber die Frage ist anzugehen. Aber das geht nicht alles über Nacht. Die Gesellschaft ist keine Maschine. Manche denken, "Wende" wäre so eine Art Salto mortale. Nein, bei der Gesellschaft hat man es mit Menschen zu tun. Da geht es um langsames Umsteuern. Nur Revolutionäre, Ideologen, Dogmatiker können über Nacht die Welt in Ordnung bringen. Meistens sind die Ergebnisse dann auch so.

Ich setze auf Evolution, ich setze auf eine Sozialpolitik, die immer fragt, die immer neu fragt, ob sie den Hilfsbedürftigen wirklich hilft.

Wenn wir den Schwerbehinderten-Begriff neu formulieren, dann ist das keine Politik gegen die Schwerbehinderten. Dann ist das nur eine Politik, daß die eigentlich Behinderten nicht immer neue Konkurrenten um die Arbeitsplätze bekommen. Denn wenn wir so weitermachen, gibt es in diesem Saal bald niemanden mehr, der nicht auch einen Schwerbehinderten-Ausweis beziehen könnte.

(Beifall)

Wenn wir den Schwerbehinderten-Begriff neu formulieren, dann heißt das: Hilfe für die Behinderten. Im übrigen möchte ich auch eine vom Gleichheitsverlangen geplagte Sozialpolitik verabschieden, die offenbar ein Muster an einem Einheitsstyp nimmt. Und wer davon abweicht, der gilt als benachteiligt. Also: Man nimmt einen 25jährigen Zehnkämpfer, und wer dessen Leistungen nicht entspricht, der ist ein Behinderter. Alter ist keine Behinderung. Wir wollen nicht diese uniforme Welt. Wir wollen eine Welt der Vielfalt. Und ich füge hinzu: Mancher Behinderte ist leistungsfähiger als andere, die nicht behindert sind. Die deutsche Geistesgeschichte hat dafür eine ganze Liste an Beispielen. Laßt uns die Behinderten nicht in die Ecke stellen, laßt sie uns als Partner unseres Lebens akzeptieren und sie nicht mit einer Betreuungspolitik überfüttern, die den Behinderten jede Selbständigkeit nimmt.

(Beifall)

Ich will zu dem Thema Sparen nur noch wenige Worte sagen. Meine Damen und

Herren! Soziale Gerechtigkeit - ihr sind wir verpflichtet - beginnt allerdings nicht erst auf der Ausgabenseite, die beginnt auch auf der Einnahmenseite. Davon hat 13 Jahre lang niemand gesprochen. Soziale Gerechtigkeit hat nicht nur mit Bedürftigkeit zu tun, sondern auch mit Belastbarkeit. Wenn wir sparen, sparen wir für das Portemonnaie der Arbeitnehmer. Das ist auch eine Politik der sozialen Gerechtigkeit. Wenn die Beiträge weitergelaufen wären, wenn die Steuern weiter stiegen, dann wäre es ja bald billiger, man gäbe dem Staat seinen Lohn und ließe sich die Steuern auszahlen. Das kann doch nicht sozial gerecht sein.

(Heiterkeit und Beifall)

Um rund 55 Milliarden DM haben wir, die Sozialpolitik, den Bund in dieser Legislaturperiode entlastet. 55 Milliarden DM! Ich halte das für eine große Leistung, und ich hoffe, daß auch andere politische Bereiche diesem Beispiel folgen werden.

(Beifall)

Das Thema der Subventionen ist für mich nicht abgehandelt.

(Beifall)

Das ist nicht nur ein Thema, wieviel Geld wir dabei sparen können, sondern das ist auch ein Thema, ob wir nur im Bereich der Sozialpolitik sparen oder auch in anderen. Deshalb steht das Thema nach wie vor auf der Tagesordnung.

(Beifall)

Steuerentlastungen! Auch dafür bin ich. Nur, ich wäre gegen eine Arbeitsteilung: Die Kleinen sparen, damit wir Geld erhalten und damit die Großen entlastet werden können. Diese Art von Stellwerk geht auch nicht mit uns. Wer gespart hat, muß auch an den Früchten des Sparens partizipieren.

Meine Damen und Herren! Wir sind in einer schwierigen Zeit. Aber andererseits, laßt uns das doch nicht hier so in einem Untergangston verkünden, so mit einem larmoyanten, sich im Grunde selbst bespiegelnden Trübsinn. Ich halte das für eine Art von politischer Eitelkeit und Selbstliebe. Es gab Zeiten, in denen es den Menschen viel schlimmer gegangen ist. Unsere Eltern, meine Eltern hatten es nach 1945 viel schwerer. Die haben nicht so gejammert, die haben sich an die Arbeit gemacht. Was soll denn eigentlich dieses Jammern? Ich glaube, daß Optimismus nicht nur etwas mit Hormonen zu tun hat; Optimismus ist auch eine Sache von Willen und von Entschlossenheit. Und die CDU braucht auch etwas Willen und Entschlossenheit.

(Beifall)

Ohne als Sozialpolitiker über meine Verhältnisse leben zu wollen: Der Ulrich von Hutten - eine bedeutende Gestalt der deutschen Geschichte; in schlimmen Zeiten am Ende des Mittelalters gelebt - hat uns aus dieser Turbulenz, aus diesem Tumult den Satz hinterlassen: Es ist eine Lust zu leben. Vielleicht sind Zeiten der Umstellung auch Zeiten größerer politischer Gestaltung als Zeiten des Gleichmaßes. Deshalb laßt uns die Krise auch als eine Herausforderung begreifen, als eine Chance, Neues zu beginnen. Nur, mit alten Schlachtschiffen, die keinen Sinn für Neues haben, für Fantasie, werden wir es nicht schaffen. Wir brauchen Innovation auch in der Sozialpolitik.

(Anhaltender Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Blüm. Sie haben neben Gerhard Stoltenberg in der Bundesregierung die Hauptlast der Aufräumarbeit in Bonn zu tragen gehabt. Der Parteitag dankt Ihnen dafür, daß Sie das mit so großem Mut, mit so großem Stehvermögen getan haben, und unterstützt Sie bei dieser Arbeit.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde! Ich muß jetzt aber doch einige Worte zur Geschäftslage sagen. In den ersten hundert Minuten dieser Generaldebatte haben vier Redner zu uns gesprochen. Es liegen noch 14 weitere Wortmeldungen zur Generaldebatte vor, darunter die Wortmeldungen mehrerer Bundesminister und Ministerpräsidenten. Ich möchte drauf verweisen, daß erst danach die weiteren Wortmeldungen zu den Einzelpunkten der Stuttgarter Leitsätze aufgerufen werden. Da gibt es ebenfalls eine Reihe von Wortmeldungen. Außerdem hat sich die Zahl der Anträge noch einmal um rund 30 Initiativanträge vergrößert. Aus diesem Grunde möchte ich herzlich darum bitten, auch Rücksicht auf die nachfolgenden Redner und die nachfolgenden Beratungspunkte zu nehmen.

Nach der Geschäftsordnung hat das Präsidium die Möglichkeit, die Redezeit auf fünf Minuten zu begrenzen. Das Präsidium hat auch die Möglichkeit, die Zahl der Redner zu begrenzen. Im gegenwärtigen Stadium möchte ich davon noch keinen Gebrauch machen. Aber - wie gesagt - meine herzliche Bitte geht an die nachfolgenden Redner im Rahmen der Generaldebatte, sich möglichst kurz zu fassen und auf die Geschäftslage Rücksicht zu nehmen.

Bevor ich jetzt den nächsten Redner aufrufe, weise ich darauf hin, daß die Antragskommission um 13.00 Uhr zu einer zusätzlichen Sitzung zusammentritt. Ich bitte die Mitglieder der Antragskommission, an dieser Sitzung um 13.00 Uhr teilzunehmen.

Jetzt hat als nächster Herr Peter Jungen aus dem Rheinland das Wort. Ihm folgen Ministerpräsident Zeyer und Kurt Biedenkopf.

Peter Jungen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ungefähr das Schwierigste auf einem CDU-Parteitag, nach Norbert Blüm zu sprechen. Bevor ich eine Bemerkung zur Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft mache, möchte ich noch etwas ganz anderes sagen. Der erste heute morgen amtierende Parteitagspräsident hat heute Geburtstag. Da er Parteitagspräsident war, konnte er sich natürlich nicht selber im Namen des Präsidiums gratulieren. Deshalb möchte ich Horst Waffenschmidt von dieser Stelle herzlich zu seinem Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

Eine zweite Bemerkung zu Beginn: Herr Blüm, Sie haben, wie Sie mir vorige Woche auch an anderer Stelle gesagt hatten, Ausführungen über die Position gemacht, die die BDA zu bestimmten Fragen der Flexibilisierung des Arbeitsrechts bezogen hat. Ich will diese Fragen hier nicht im einzelnen diskutieren, weil das nicht Gegenstand meiner Ausführungen ist. Aber ich möchte an dieser Stelle doch zum Ausdruck bringen, daß es in diesen Fragen auch in der Wirtschaft und bei den Unternehmern unterschiedliche Meinungen darüber gibt, wie diese Möglichkeiten der Flexibilisierung, die der Bundesarbeitsminister angeboten hat, genutzt werden sollten. Ich

möchte an dieser Stelle auch sagen, daß es große Kreise in der Wirtschaft gibt, die eine differenzierte und flexible Haltung in diesen Fragen einnehmen, bei denen Norbert Blüm eine große Unterstützung findet.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident Albrecht hat vorhin darauf hingewiesen, daß die Union seit dem vergangenen Sommer dabei sei, verstärkt wirtschaftspolitische Fragen zu diskutieren. Und in dieser Diskussion ist in den ersten Monaten etwas Bemerkenswertes eingetreten. Dabei ist deutlich geworden, daß wir gar nicht so sehr über die eigentlichen analytischen Teile, z.B. des sogenannten Albrecht-Papiers, diskutiert haben, sondern vielmehr nur über die Vorschläge und darüber, ob man dafür oder ob man dagegen sei. Ich meine, daß diese Diskussion die Notwendigkeit gezeigt hat, innerhalb der Partei das Defizit an Analyse aufzuarbeiten, die Begründungen dafür zu liefern, was wir tun, wie wir es tun und weshalb wir es tun.

Es waren 1,6 Millionen Wähler, die die CDU am 6. März 1983 erstmalig gewählt haben. Deren Vertrauen gilt es zu erfüllen. Sie haben Vertrauen gezeigt, daß die CDU/CSU größere wirtschaftspolitische Kompetenz als die Vorgängerregierung habe. Ich glaube, daß es deshalb wichtig sein wird, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Es wird nicht möglich sein, dies bis zu den anstehenden Wahltagen, sei es dem in Nordrhein-Westfalen oder sei es auch dem der nächsten Bundestagswahl, in der Kernfrage, der der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, vollständig zu schaffen. Aber worauf es ankommt, ist, daß wir denen, die uns gewählt haben, insbesondere denen, die uns zum ersten Male aus diesem Grunde gewählt haben, eine Perspektive aufzeigen, so daß sie auch über den Wahltag hinaus erkennen können, daß es eine richtige Entscheidung war, der CDU zu vertrauen, Vertrauen in ihre größere wirtschaftspolitische Kompetenz zu haben.

Es ist in diesem Zusammenhang in den letzten Monaten das Wort von der Wende genannt worden. Es hat auch manche Beschwerden aus der Wirtschaft darüber gegeben, wo denn die Wende bliebe. Bei einigen auch meiner Kollegen - das möchte ich hier einmal sagen - hat es ein Mißverständnis darüber gegeben, was die Wende eigentlich bedeutet. Die Wende kann nur als ein Angebot an die Wirtschaft verstanden werden, das sie annehmen kann. Die Wende ist nicht ausschließlich eine Angelegenheit der Bundesregierung, auch wenn sie von CDU/CSU geführt wird.

Unter diesem Gesichtspunkt, meine Damen und Herren, möchte ich zunächst einmal mit großer Befriedigung feststellen, daß die Union auf einem Parteitag einen Leit Antrag in dieser Form diskutiert und mit vielen Ergänzungsanträgen verabschiedet wird. Ich meine, hiermit wird sie der ersten Aufgabe gerecht, dieses Feld wieder zu besetzen, nachdem sie 15 Jahre lang an der wirtschaftspolitischen Führung dieses Landes nicht beteiligt gewesen war. Ich meine, dieses Verdienst - das möchte ich hier ausdrücklich sagen - ist in erster Linie eines des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers und des Generalsekretärs, die dafür gesorgt haben, daß sich ein ganzer Parteitag schwerpunktmäßig mit diesem Thema befaßt und damit nach außen Flagge an die Adresse derjenigen gezeigt wird, die uns gewählt haben, aber auch an die Adresse derjenigen, die in der Wirtschaft Entscheidungen treffen müssen, seien sie auf der Arbeitnehmerseite, seien sie auf der Arbeitgeberseite, und insbesondere an die Adresse derjenigen, die etwas unternehmen wollen, früher aber daran gehindert worden sind. Diese zu ermuntern, wieder etwas zu unternehmen, wäre vielleicht das größte Ergebnis, das aus dem Parteitag und den Leit anträgen herauskommen könnte.

Es kann hier nicht darum gehen - und ich stimme Nobert Blüm völlig darin zu -, die Soziale Marktwirtschaft zum zweitenmal zu erfinden, es geht auch nicht darum, sie zu erneuern, wie es noch in den Materialien zum Parteitag heißt, sondern, meine Damen und Herren, es geht um die Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft, darum, sie wieder in den Stand zu versetzen, der ihr als einem ordnungspolitischen Konzept gebührt, mit dem die Union in den 50er und 60er Jahren ihre großen Erfolge errungen hat und auf dem der Wohlstand dieses Landes basiert.

Ich möchte mich auf wenige Punkte konzentrieren, weil sie mir aus der Sicht der Wirtschaft und auch aus der Sicht des Unternehmers wichtig erscheinen. Heute morgen ist über Steuern, über Unternehmensbesteuerung, Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt gesprochen worden. Diese Themen möchte ich hier nicht berühren. Was mich ganz besonders bewegt, ist die Frage: Wie gehen wir mit dem Strukturwandel um?

Der Strukturwandel - daran kann es keinen Zweifel mehr geben - ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Er ist die Folge, aber auch die Voraussetzung von Wachstum und auch von Schrumpfungprozessen. Es hätte kein Wirtschaftswunder ohne einen massiven Strukturwandel gegeben. Der Strukturwandel hat also für uns eine Schlüssel-funktion, der wir gerecht werden müssen. Die Fähigkeit, Strukturwandel zu bewältigen, wird darüber entscheiden, ob wir die Fähigkeit bewahren, nicht nur Wohlstand zu erzeugen, sondern das Kernproblem zu lösen, nämlich die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist in der ersten Diskussion der Leitansätze gelegentlich die Rede davon gewesen, was der Staat alles tun müsse. Ich meine, an dieser Stelle müssen wir uns natürlich einmal fragen: Leiden wir eigentlich darunter, daß in den letzten 13 Jahren der Staat zuviel getan hat, oder darunter, daß er zuwenig getan hat? Ich glaube, die Antwort ist sehr einfach: Wir leiden darunter, daß in den letzten 13 Jahren von den vorhergehenden Regierungen eher zuviel in den Wirtschaftsprozeß eingegriffen worden ist als zuwenig.

(Vereinzelt Beifall)

Dem verdanken wir auch einen Teil des Verlustes an Arbeitsplätzen, denen nicht andere Arbeitsplätze nachgewachsen sind. Träger des Strukturwandels, den wir zu bewältigen haben, kann nicht der Staat sein. Er muß über den Markt gesteuert werden. Hier sind es vor allen Dingen die Unternehmen und die in ihnen arbeitenden Menschen, die den Strukturwandel bewältigen müssen. Der Strukturwandel, den wir in den letzten Jahren nicht gehabt haben, ist ein größeres Problem als der, den wir vielleicht in den nächsten Jahren forciert haben werden. Wir leiden eher unter einem Strukturwandlungsstau als unter einem Übermaß.

Wenn es so ist, daß die Unternehmen und die in ihnen arbeitenden Menschen den Strukturwandel steuern und bewältigen müssen, müssen wir sie auch dazu in die Lage versetzen. Deshalb ist es merkwürdig, meine Damen und Herren, zu sehen, daß in der Öffentlichkeit nach wie vor ein großer Glaube in die Prognosefähigkeit des Staates dahin gehend vorhanden ist, die richtige Wirtschaftsstruktur genau vorherzusagen, vorherzuahnen und seine Förderungsinstrumente darauf einzurichten, und nach wie vor ein viel zu geringes Vertrauen in den Suchprozeß des Marktes besteht, aus dem heraus sich die neuen Strukturen entwickeln müssen.

Und wenn man heute sieht - dies war beim Club of Rome ja deutlich zu sehen, wie

der Generalsekretär heute morgen angemerkt hat -, in wie hohem Maße die Prognosen falsch sind, dann sollten wir vorsichtig sein beim Ersatz der Prognosen des Club of Rome durch neue Prognosen, bei denen wir vielleicht meinen, wir wüßten schon, welche große Bedeutung die eine oder andere Technologie für die zukünftige Bewältigung unserer Probleme hat. Es steht außer jedem Zweifel, daß es einige Schlüsseltechnologien gibt, die für die Bewältigung der Probleme wichtig sind. Aber, meine Damen und Herren, es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß nur die Förderung einiger weniger Schlüsseltechnologien ausreichend sein könnte, um die vor uns liegenden Probleme der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Dies setzt einen sehr viel breiter angelegten Strukturwandel besonders in der gesamten Breite der mittleren und kleinen Unternehmen voraus, aus denen die Arbeitsplätze erwachsen werden.

Aber weshalb werden sie da entstehen? Sie werden nicht deshalb da entstehen, weil die Großunternehmen nicht mehr wachsen. Sondern sie werden deshalb da entstehen, meine Damen und Herren, weil jedes große Unternehmen ein mittleres und jedes mittlere ein kleines war. Nur aus den vielen kleinen und den mittleren und den noch zu gründenden Unternehmen wird der Nachschub für neue Arbeitsplätze kommen, die die Arbeitsplätze, die als unrentabel ausgeschieden werden, ersetzen werden.

Und, meine Damen und Herren, ich möchte hier auch mal an die eigene Adresse eine Bemerkung zum Thema Subventionen machen, das in der Frage der Bewältigung des Strukturwandels für uns eine Kernfrage ist. Wir haben uns und besonders die Vorgängerregierung hat sich in der Wirtschaftspolitik lange und ausschließlich mit der Frage befaßt: Wie kann man das, was vorhanden ist, unverändert bewahren? Daß dies nicht möglich ist, meine Damen und Herren, haben wir alle gesehen. Und hier haben sich in den letzten 13 Jahren ganz ohne Zweifel auch manche in der Wirtschaft daran gewöhnt, daß es leichter ist, Subventionen zu erhalten, als die Erlöse im Markt zu erwirtschaften. Und ich meine, meine Damen und Herren, Unternehmer, die sich im Subventionswirrwarr besser als in ihrem eigenen Markt auskennen, versagen sich eigentlich ihrer wirklichen Aufgabe, die sie in der Sozialen Marktwirtschaft haben.

Ich sage das an die Adresse von uns selbst und auch mir selbst, weil ich meine, daß damit der Unternehmer aus seiner Rolle in der Sozialen Marktwirtschaft ausscheidet.

Wenn wir dies verhindern wollen, dann er muß er die Pfadfinderrolle annehmen, die der Markt ihm zugedacht hat: im Aufspüren und Suchen der neuen Strukturen, der neuen Produkte und der neuen Märkte.

Wenn er dies aber tun soll und dies bewältigen muß, meine Damen und Herren, dann muß in dem Zusammenhang über die Fähigkeit der Unternehmen gesprochen werden, diese Risiken des Strukturwandels zu tragen.

Es ist in dem Zusammenhang gesagt worden, die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen sei unzureichend. Nun, die Frage ist natürlich: Weshalb denn ist die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen unzureichend? Wir müssen darauf eine plausible Begründung geben, weil es ja nicht darum gehen kann, dem Eigentümer des Unternehmens zu mehr Vermögen zu verhelfen, sondern darum gehen muß, die Unternehmen in die Lage zu versetzen, den Strukturwandel aus eigener Kraft zu bewältigen.

Und wenn sich die Risiken tragen sollen, dann brauchen sie mehr Risikokapital,

nämlich Kapital, das auch das Risiko einer Fehlentscheidung eingeht.

Und aus diesem Grund, meine Damen und Herren, brauchen wir eine verbesserte Eigenkapitalausstattung der Unternehmen - und aus keinem anderen.

(Vereinzelter Beifall)

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland ja keinen Mangel an Kapital. Aber wir haben einen ganz empfindlichen Mangel an Risikokapital, also Kapital, das bei der Anlage in einem Unternehmen auch das Risiko des Fehlschlags einkalkuliert.

Lassen Sie mich zwei Zahlen - das sind die einzigen meiner Bemerkungen - sagen. Das Geldvermögen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik beträgt 1 600 Milliarden. Davon sind in Aktien 61 Milliarden angelegt. Das Eigenkapital der Unternehmen zusammen ist 400 Milliarden, also nicht ein Viertel dessen, was an Sparkapital in Deutschland vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, deutlich noch einmal: Kein Mangel an Kapital, aber ein Mangel an Risikokapital. Und an dieser Stelle müssen wir ansetzen, um den Unternehmen die Fähigkeit zu geben, die Risiken des Strukturwandels zu bewältigen.

(Vereinzelter Beifall)

Die Frage ist: Was kann man tun? Ich kann und will das hier nicht ausführen, weil ich nicht gleich wieder auf alle möglichen Maßnahmen eingehen will. Aber machen wir uns nichts vor: In dem Zusammenhang muß man die Feststellung treffen, daß, solange die Verzinsung für risikolose Sparanlagen größer ist als die Rendite für produktiv angelegtes Kapital in Unternehmen, jeder sich ökonomisch verhält, der sein Geld auf das Sparkonto trägt und Bundesschätzchen kauft und es nicht in Unternehmen anlegt.

Und wenn das so ist, meine Damen und Herren, dann meine ich, daß dies wirtschaftspolitisch auf lange Sicht für uns ein unerträglicher Zustand ist. Und deshalb müssen wir an dieser Stelle ansetzen.

Und deshalb gilt: Die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen, die verbesserte Ausstattung mit Risikokapital wird nur dann wieder steigen, wenn die Erträge in den Unternehmen höher als die Zinsen für risikolose Geldanlagen sein werden. Es führt an dieser Tatsache kein Weg vorbei.

Wenn dies so ist, meine Damen und Herren, müssen wir in dem Zusammenhang die Frage der Vermögensbildung, der breiteren Streuung der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital mitlösen, weil damit die Frage der Verteilung der aus dieser verbesserten Kapitalausstattung herrührenden Erträge sich dadurch erledigt, daß die Arbeitnehmer an diesen Ergebnissen und Gewinnen beteiligt sind.

Und, meine Damen und Herren, wenn ich jetzt zum ersten Mal das Wort Gewinn gebraucht habe, dann geschah es mit Absicht. Ich habe es deshalb gesagt, weil ich meine, daß wir über die Funktion des Gewinns eine Klarheit, eine Verdeutlichung herbeiführen müssen.

Gewinn ist nicht eine Angelegenheit für reiche Leute. Gewinn hat eine Funktion in der Marktwirtschaft, indem er die Steuerungsfunktion ausübt, weil er signalisiert, wo richtig und wo falsch entschieden wird; und er hat gleichzeitig eine hohe soziale Funktion. Und man kann sich mit Recht über die richtige Verteilung streiten. Und das geht nur über die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital. Aber, meine Damen und Herren, es ist immer noch richtig, daß noch kein Unternehmen in Konkurs gegangen ist, das fortwährend Gewinne gemacht hat. Aber es ist eine Menge in Konkurs gegangen, die fortwährend Verluste gemacht haben. Und wenn das so ist, meine Damen und Herren, müssen wir an dieser Stelle ansetzen.

Aber es wird nicht möglich sein, das Problem der Arbeitslosigkeit nur über die Arbeitsplätze und neue in den bestehenden Unternehmen zu lösen.

Und deshalb brauchen wir eine Existenzgründungswelle - die sich erfreulicherweise schon andeutet.

Aber es geht nicht so sehr darum, daß wir wieder überall neue Töpfchen schaffen, daß wir wieder einen Topf hingeben und sagen: Wenn du das tust, kriegst du das und das. Wir müssen wegkommen von dieser Fördermentalität, bei der man unterstellt, daß die Unternehmen nur dann etwas Sinnvolles tun, wenn dafür der Staat vorweg einen Topf bereitgestellt hat, in dem Geld ist.

(Vereinzelter Beifall)

Dies, meine Damen und Herren, wäre - ich sage es noch einmal - der Abschied von der unternehmerischen Funktion und der Funktion der Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft.

Wenn die Hilfe zur Selbsthilfe für Neugründungen Sinn macht, dann müssen wir vor allem eines machen. Dann müssen wir nicht nur entbürokratisieren, wie so oft gesagt wird. Dann brauchen wir eine Entrümpelungsaktion, eine wirtschaftspolitische Entrümpelungsaktion, die die Dynamik der Märkte und der Anpassungsprozesse wieder freisetzt. Dann müssen wir das ganze Geröll, das sich im Unterholz angesammelt hat, beseitigen, das denjenigen hindert, der wieder etwas unternehmen will. Und wir müssen den Menschen das Gefühl geben, daß es sich lohnt, wieder etwas zu unternehmen. Und das gilt für die Arbeitnehmer in den Betrieben; das gilt für die Selbständigen; und das gilt auch für die Führung von Großunternehmen; und das gilt für die Gewerkschaften. Denn, meine Damen und Herren, dieser Gründergeist kann nicht auf ein paar wenige beschränkt sein. Dies setzt eine Beeinflussung und auch Veränderung des Bewußtseins voraus, einen Stimmungswandel, der eine Aufbruchstimmung erzeugen kann.

Und nur dadurch, durch eine derartige Fundamentalkorrektur in der Ordnungspolitik, haben wir eine Chance, langfristig unser Kernproblem, nämlich die Arbeitslosigkeit, zu beseitigen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend eine Bemerkung zur wirtschaftspolitischen Diskussion in der CDU als Volkspartei machen. Es ist wichtig für uns, wie schon heute morgen gesagt worden ist: Wir sind eine Partei, die 50 Prozent und nicht 5 Prozent hat. Und das unterscheidet uns sehr stark von der FDP, die sehr viel kleiner ist und in dieser Frage aber auch ein schmaleres Spektrum hat.

nis ergänzt werden. Es gilt, die Argumente für und wider die Arbeitszeitverkürzung und die damit verbundenen wirtschaftlichen Zusammenhänge schärfer herauszuarbeiten.

(Vereinzelter Beifall)

Fragen der Arbeitszeitverkürzung haben ja gerade in den letzten Tagen eine besondere Aktualität gewonnen. Nach den Verhandlungen und dem Beginn des Arbeitskampfes im Druckgewerbe drohen uns seit gestern harte Kampfmaßnahmen auch im Bereich der Metallindustrie. Meine Freunde, lassen Sie mich eines einmal ganz offen aussprechen. Ich habe den Eindruck, daß die Diskussion um die Einführung der 35-Stunden-Woche im Zusammenhang mit den laufenden Tarifverhandlungen in den letzten Wochen mehr und mehr die Züge eines Glaubenskampfes angenommen hat. Statt Sachargumente vorzutragen, die in den Hintergrund getreten sind, hat man sich mitunter einer Tonart bedient, die - lassen Sie mich das so aussprechen - an die Holzhammermethode erinnert.

Meine Freunde, unsere Situation wird in einem Artikel des "Rheinischen Merkurs" in der Ausgabe der folgenden Woche nach meinem Dafürhalten mit folgenden Worten sehr zutreffend umschrieben - ich darf zitieren -:

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände fahren wie zwei unter Volldampf stehende Lokomotiven auf Kollisionskurs, sehen zwar die Gefahr, sind aber gleichwohl kaum mehr in der Lage, dem drohenden Zusammenstoß auszuweichen. Je größer die Ratlosigkeit auf beiden Seiten, um so feindseliger werden die gegenseitigen Vorwürfe und Beschuldigungen. Aber der Punkt ist nahe, an dem es nicht mehr um Mark und Pfennig geht, sondern um den inneren Arbeitsfrieden in den Betrieben.

Soweit das Zitat.

Meine lieben Parteifreunde, ich meine, es müßte noch möglich sein, eine Weiche einzubauen, bevor der ansonsten unvermeidliche Knall kommt, der nur Schlimmes für alle bringen kann. Das ist eine Aufforderung an beide Seiten, an die Arbeitgeberverbände und an die Gewerkschaften.

(Beifall)

Lassen Sie mich unsere Haltung zu den vielfältigen Formen der Arbeitszeitverkürzung noch einmal deutlich machen. Wir sagen ein klares Ja zu den vielfältigen Formen der Arbeitszeitflexibilisierung. Wir sagen ein klares Ja zur Vorruhestandsregelung. Meine Freunde, seit gestern wissen wir, daß hier ein guter Weg beschritten worden ist. Es mag unseren Freund Norbert Blüm mit persönlicher Genugtuung erfüllen, daß gestern im Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrie erstmals von dieser Regelung in einem Tarifvertrag Gebrauch gemacht worden ist.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Freunde, wir sagen aber auch ein klares Nein zur generellen Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

(Vereinzelter Beifall)

Lassen Sie mich hier einen unverdächtigen Zeugen anführen, den früheren sozialdemokratischen Wirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller. Er hat vor einigen Wochen in einem Zeitungsinterview erklärt, daß die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich rein rechnerisch eine Belastung der Betriebe pro Arbeitsstunde von 14,3 Prozent brächte. Solche Belastungen sind in der derzeitigen konjunkturellen Phase für unsere Wirtschaft unerträglich.

(Vereinzelter Beifall)

Sie könnten der Wirtschaft nur schaden, schüfen keine neuen Arbeitsplätze und gefährdeten die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit auch Arbeitsplätze in der deutschen Wirtschaft. Die Leidtragenden wären vor allem, wie so oft, die kleinen und mittleren Betriebe. Deshalb sagen wir noch einmal ein klares Nein zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Aber - und ich betone: aber - Arbeitszeitverkürzungen hat es seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland immer wieder gegeben. Ich bin überzeugt, daß es auch künftig Arbeitszeitverkürzungen geben wird. Deshalb darf die derzeitige Regelarbeitszeit nicht zu einem Tabu gemacht werden. Das gilt für beide Seiten.

Das Problem darf deshalb auch in unserer Diskussion nicht einfach auf die Auseinandersetzung im aktuellen Tarifkonflikt reduziert werden. Wir müssen bei unseren Perspektiven für die 80er Jahre weitersehen.

In der letzten Zeit ist der Begriff der Kostenneutralität stärker in die Diskussion gekommen. Er könnte vielleicht zu einem zentralen Punkt in der weiteren Auseinandersetzung werden und vielleicht auch helfen, einen Weg aus der Sackgasse zu finden. Bei gutem Willen beider Tarifpartner müßte es dann eigentlich möglich sein, einen tragfähigen Kompromiß zu finden.

(Beifall)

Meine Freunde, es ist jetzt nicht die Zeit, Prinzipien zu reiten. Man kann Prinzipien reiten; man kann damit aber auch Betriebe zu Tode trampeln. Arbeitskämpfe - und dies ist meine feste Überzeugung - bringen jetzt niemanden weiter. Sie bergen aber viele Gefahren in sich, vor allem eine Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung ging noch von einem realen Wachstum in diesem Jahr von 2,5 Prozent aus. Inzwischen haben die wirtschaftswissenschaftlichen Institute sogar ein solches von 3 Prozent prognostiziert. Wir wissen - und dies ist unstrittig, daß es einen Zusammenhang zwischen dem Wachstum und der Arbeitsmarktlage gibt. Nur, meine Freunde, die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist nach meinem Dafürhalten heute nicht mit der in den 50er und 60er Jahren vergleichbar. Deshalb gehen wir davon aus, daß mit Wachstum allein die Arbeitslosigkeit in den 80er Jahren nicht vollständig abgebaut werden kann. Wir bemühen uns um flankierende Maßnahmen. Eine solche ist die Vorruhestandsregelung. Sie hat erste Wirkungen gezeigt. Ein Arbeitskampf würde vor allem die Existenz vieler kleiner und mittlerer Betriebe in Frage stellen. Er würde schließlich vor allem der ausländischen Konkurrenz nutzen.

Das Erfolgsrezept der Nachkriegszeit war die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, die Bereitschaft zum Kompromiß und die soziale Partnerschaft. Ich meine, diese Prinzi-

pien sollten auch heute wieder stärker Geltung erhalten. Alle Beteiligten sollten sich diese Prinzipien wieder in Erinnerung rufen; denn der wirtschaftliche Aufschwung darf nicht gefährdet werden. Wir wollen, daß dieser Aufschwung zunimmt, weil wir das vorrangige Ziel, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, mit allem Nachdruck verfolgen.

(Beifall)

Deshalb sage ich auch: Alle Beteiligten sollten von einer starren Tabuhaltung abrücken. Sie alle müssen wissen, daß erst die wirtschaftlichen Erfolge die notwendigen Spielräume schaffen. Lassen Sie mich deshalb zusammenfassend folgendes sagen.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist wie in der Vergangenheit möglich, wenn die Produktivität dies erlaubt, statt Lohnerhöhungen eine Arbeitszeitverkürzung erfolgt oder eine Kombination von beidem vorgenommen wird. Damit würden die Tarifpartner dann einen Einkommensbegriff zugrunde legen, der Barlohn, Freizeit oder eine Kombination von beidem zusammenfaßt. Dies dürfte eigentlich um so leichter fallen, als gestern mit dem Abschluß des Tarifvertrages in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie eine neue Seite in der Tarifgeschichte aufgeschlagen worden ist, wie es heute die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" umschreibt.

Ich appelliere deshalb von dieser Stelle aus an die Tarifpartner im Druckgewerbe und in der Metallindustrie, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Bei gutem Willen aller Beteiligten müßte es eigentlich auch jetzt noch möglich sein, einen vertretbaren Kompromiß im Verhandlungswege zu erreichen. Dies ist mein Appell an die Tarifpartner.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident Zeyer! Sie stehen an der Saar mitten in einem wichtigen Kommunalwahlkampf. Der Parteitag wünscht Ihnen und unseren saarländischen Freunden dabei Glück und Erfolg.

(Beifall)

Als nächster hat jetzt Professor Biedenkopf das Wort. Danach folgt Ministerpräsident Späth, danach Landtagspräsident Martin.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Mit den Stuttgarter Leitsätzen haben wir uns die Aufgabe gestellt, die Soziale Marktwirtschaft weiterzuentwickeln, damit sie den Problemen von morgen entspricht und die Herausforderungen der Zukunft bestehen kann. Wir haben einige Schwerpunkte gesetzt. Andere Schwerpunkte haben sich aus der politischen Lage ergeben.

Einer der Schwerpunkte, die sich aus der politischen Lage ergeben haben, ist die Diskussion über die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes. Ich bin Werner Zeyer sehr dankbar dafür, daß er seinen Beitrag zur Generaldebatte dazu benutzt hat, die Tarifparteien, aber im übertragenen Sinne uns alle aufzufordern, nach Kompromis-

sen zu suchen, die uns einen Arbeitskampf ersparen. Ich möchte diesen Appell nachhaltig unterstreichen, und zwar vor allem auch im Hinblick auf die ungeheuren Aufgaben und Probleme, die wir im Lande Nordrhein-Westfalen zu bewältigen haben. Wir stehen vor der großen und schwierigen Aufgabe, im bevölkerungsreichsten Bundesland der Bundesrepublik Deutschland ältere Industriestrukturen an neue Entwicklungen anzupassen und im Rahmen einer gewachsenen Industriestruktur neue Industrien zu entwickeln, um für die rund 17 Millionen Menschen, die in Nordrhein-Westfalen leben, die wirtschaftliche Zukunft zu sichern und eine Chance zur Mitarbeit zu erhalten.

Wenn wir dies als Politiker den Tarifparteien sagen, dann mischen wir uns nicht in die Tarifautonomie ein, sondern wir machen damit klar, welche Verantwortung mit der Freiheit der Tarifautonomie verbunden ist. Die Feststellung dieser Verantwortung ist eine Aufgabe der Politik.

Worum gestritten wird, ist die Frage: Wie können wir den Arbeitsmarkt so weiterentwickeln, daß alle, die mitarbeiten wollen, auch dann mitarbeiten können, wenn zur Erzielung unseres Volkseinkommens weniger Arbeit notwendig ist als in der Vergangenheit? Die moderne Technik hat immer die Aufgabe gehabt, uns die Arbeit zu erleichtern. Sie tut das auch in der Zukunft. Wenn es Arbeitslosigkeit gibt, meine Freunde, ist das nicht die Folge der technischen Entwicklung, sondern die Folge der geringen oder geringer gewordenen Fähigkeit, um nicht zu sagen, der Unfähigkeit des Arbeitsmarktes, mit diesen modernen technischen Entwicklungen fertig zu werden.

Das heißt, die Ursache der Arbeitslosigkeit liegt nicht in der Technik, sondern in der Fähigkeit der politischen Ordnung, mit technischen Herausforderungen fertigzuwerden. Die Aufgabe liegt bei uns. Sie liegt bei allen, die für diese Ordnung Verantwortung tragen.

Ernst Albrecht hat in seinem Beitrag gesagt - das ist sehr wichtig für die weitere Diskussion -, man müsse die Leistung der Gewerkschaften anerkennen - z.B. der Gewerkschaft, die Herr Döding führt -, andere Modelle der Arbeitszeitverkürzung in Tarifverträgen vereinbart zu haben als die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Ich möchte dieser Anerkennung eine zweite hinzufügen. Es ist nach meiner Auffassung eine große Leistung der im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften, daß sie in dieser schwierigen Frage in der Lage sind, unterschiedliche Wege zu gehen. Das ist keineswegs selbstverständlich. Vor allen Dingen ist es vor dem Hintergrund einer öffentlichen Betrachtung und öffentlichen Beobachtung, die jede unterschiedliche Haltung, jede unterschiedliche Meinung und jede Verschiedenheit der Problemlösung als Zerstrittenheit oder Mangel an Solidarität etikettiert, nicht selbstverständlich.

Wir haben auch in der großen CDU immer wieder gesagt, wir wollen unterschiedliche Meinungen zum Tragen bringen, und wir wollen miteinander diskutieren und im Wettbewerb um richtige Antworten auch miteinander ringen. Daß dies jetzt auch im Deutschen Gewerkschaftsbund stattfindet, ist in meinen Augen ein Ausdruck der großen Verantwortungsbereitschaft der Führung in den deutschen Gewerkschaften.

(Beifall)

Wir haben ein zweites Problem. Es gibt ja gar keine Meinungsverschiedenheit über die Frage, ob man die Arbeitszeit verkürzen sollte. Auch die Bundesregierung sagt,

















die Arbeitszeit müsse verkürzt werden. Aber sie meint, die Verkürzung der Lebensarbeitszeit sei der richtige Weg. Das heißt, wir haben gar keinen Prinzipienstreit, sondern wir haben einen Streit über die Frage: Wie macht man das am besten? Daß es eine solche Auseinandersetzung gibt, halte ich für gut.

Wenn die Arbeitgeberseite sagt, sie wolle lieber den Weg der Flexibilität der Arbeitsorganisation gehen, so ist das auch schon ein Fortschritt. Was beide Seiten jetzt erfinden müßten - so möchte ich fast sagen - im Sinne einer inneren Erneuerung auch der Instrumente der Tarifautonomie, ist die Antwort auf die Frage: Wie ordnet man mit tarifvertraglichen Mitteln eine flexiblere Arbeitszeit? Denn eines darf bei der Diskussion über die Arbeitszeit nicht das Ziel sein: daß man nämlich die Arbeitszeitfrage und die Arbeitszeitregelung im Ergebnis aus der tarifvertraglichen Ordnung der Arbeitsbedingungen ausklammert.

(Vereinzelt Beifall)

Die Gewerkschaften können keine Entwicklung akzeptieren - das sage ich hier mit allem Nachdruck -, die dazu führen würde, daß die Arbeitnehmer in weiten Bereichen der Bundesrepublik Deutschland ihre Arbeitszeit praktisch individuell vereinbaren und damit eine vernünftige Regelung der Einkommenspolitik durch Tarifverträge nicht mehr möglich ist.

(Vereinzelt Beifall)

Daran können wir auch nicht interessiert sein.

Ich finde, wir haben in den letzten Wochen - das sollte man bei der drohenden Gefahr eines Arbeitskampfes nicht aus dem Auge verlieren - durch die intensive öffentliche Diskussion nicht nur aufklärend gewirkt, sondern auch schon eine Menge Dinge erarbeitet, in denen wir inzwischen einer Meinung sind oder uns angenähert haben. Gerade diese Annäherungen sollten jetzt die Tarifparteien ermutigen, den Arbeitnehmern, die Arbeit haben, und vor allen Dingen den Arbeitslosen und uns allen einen Arbeitskampf zu ersparen.

Wir werden aber das Problem der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland nicht lösen, wenn wir in der Politik nicht die Kraft haben, die Erstarrung des Arbeitsmarktes zu überwinden. Dazu sind in den Leitsätzen, über die wir heute beschließen, wichtige Anregungen. Auch hier hat die Diskussion im Vorfeld des Parteitagés neue Erkenntnisse gebracht.

Unser Sozialrecht und unser Arbeitsrecht enthalten eine große Zahl von Bestimmungen, die die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer schützen und garantieren. Aber eine Reihe dieser Bestimmungen wirkt sich unter heutigen wirtschaftlichen Bedingungen beschäftigungshemmend aus. Norbert Blüm hat auf die große Notwendigkeit der Zeitarbeitsverträge hingewiesen. Wir können nicht erwarten, meine Freunde, daß eine Welle der Gründung neuer Unternehmen, die wir in unserem Lande brauchen, stattfindet, wenn wir die Gründungsbereitschaft mit so hohen Beschäftigungsfolgerisiken für die Unternehmen belasten, daß gar nicht erst gegründet wird.

(Beifall)

Wir müssen die Gründungsaufgabe als eine Aufgabe aller begreifen, nicht nur als eine Aufgabe der zwei Millionen Selbständigen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Wohlfahrt unseres Landes ist immer eine Gemeinschaftsleistung aller gewesen. Sie muß es auch in Zukunft sein.

Ich habe vor einem Jahr hier in Stuttgart die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in einem Beispiel beschrieben. Ich möchte das hier wiederholen. Mir kommt die Diskussion manchmal wie folgt vor. Wir haben uns vor zwanzig, dreißig Jahren alle mit Bussen begnügt, in denen viele Leute saßen und viele Leute standen. Durch die wirtschaftliche Entwicklung sind die Busse immer vornehmer geworden, die Sitze immer bequemer und die Zahl der Sitze pro Bus immer kleiner, weil sich die Busflotte immer mehr vergrößert hat. Jetzt vergrößert sich die Flotte der Busse nicht mehr. Wir haben eine Situation, wo der Bus an der Haltestelle ankommt und die Leute, die draußen stehen, nicht alle einsteigen können, weil im Bus steht: Nur sitzende Fahrgäste werden mitgenommen. Die Leute sagen: Wir würden gerne stehen, wenn wir nur mitfahren dürften. Wir sagen: Nein, ihr müßt warten, bis wieder neue Busse produziert werden.

Das ist keine sinnvolle Antwort an die Arbeitslosen. Diejenigen, die auf einem Platz stehen, müssen nun einmal zusammenrücken, wenn mehr auf dem gleichen Platz unterkommen sollen.

(Beifall)

Dazu müssen wir mit der Politik beitragen.

Ein letzter Punkt zur Frage der Arbeitslosigkeit. Die Senkung der Lohnnebenkosten, von der Ernst Albrecht gesprochen hat, ist sicher eine wichtige Aufgabe. Aber sie ist nur möglich - das ist eine der Herausforderungen, vor denen unsere Regierung steht - durch eine Reform des Systems der sozialen Sicherheit mit dem Ziel, die arbeitende Bevölkerung selbst an der Wirtschaftlichkeit dieses Systems zu interessieren.

(Beifall)

Wenn die Beitragszahler die gleichen Beiträge zahlen müssen, egal, ob sie das System der sozialen Sicherheit nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie es dringend brauchen, oder auch dann, wenn sie es nicht brauchen, wenn es also für den einzelnen überhaupt keinen Vorteil bedeutet, sich systemgerecht und im Sinne des Ganzen zu verhalten, dann werden sich immer mehr Menschen nicht mehr systemgerecht verhalten, sondern sie werden ihren Einzelvorteil mitnehmen, weil das für sie gar keine Nachteile hat. Wir müssen die deutsche Bevölkerung insgesamt, vor allem die Arbeitnehmerbevölkerung, an der Aufgabe beteiligen, die wir uns schon in Mannheim 1975 vorgenommen haben, nämlich das System der sozialen Sicherheit wirtschaftlicher und damit gerechter zu gestalten. Diese Aufgabe ist unverzichtbar.

(Beifall)

Sie wird, meine Freunde, im übrigen dazu führen, daß Norbert Blüm weder arbeitslos wird noch die ganzen Aufgaben in vier Jahren lösen kann. Die Kontinuität im Arbeitsministerium ist also gesichert.

Wir haben uns zum zweiten vorgenommen, in diesen Leitsätzen eine neue Dimension der Sozialen Marktwirtschaft zu entwickeln - das ist wirklich neu -, nämlich die Einbeziehung des Umweltschutzes in die Soziale Marktwirtschaft. Meine Freunde,

damit wir uns über die Aufgabe klar sind: Umweltschutz heißt Umverteilung, genauso wie Sozialpolitik Umverteilung heißt.

Im Unterschied zur Sozialpolitik sind diejenigen, die etwas bekommen, allerdings keine Wähler, denn die Bäume haben kein Stimmrecht. Deshalb müssen wir als politische Gemeinschaft alle zusammen die Verantwortung der Natur auch insoweit übernehmen, als uns die Einlösung dieser Verantwortung Geld kostet.

(Zustimmung)

Wir müssen dies außerdem so tun, daß wir nicht eine riesige neue staatliche Bürokratie bekommen. Einer der Mängel des Umweltschutzes in der Vergangenheit war, daß der Staat festgestellt hat, was technisch möglich ist. Die Folge war, daß die Unternehmen Juristen angestellt haben, um der öffentlichen Verwaltung zu beweisen, was nicht möglich ist. Wir wollen einen Umweltschutz haben, der die Unternehmen nicht dazu veranlaßt, Juristen anzustellen, um gegen den Staat und staatliche Auflagen zu kämpfen, sondern wir wollen einen Umweltschutz, der die Unternehmen veranlaßt, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler anzustellen, um die Umweltprobleme schneller gelöst zu haben als die Konkurrenz.

(Beifall)

Wir haben in 30 Jahren Marktwirtschaft gelernt: Wenn ich die Initiative, die Einsatzbereitschaft und die Erfindungsfähigkeit der Bevölkerung, also vieler Hunderttausender einsetze, um eine Aufgabe zu lösen, wird sie viel besser gelöst, als wenn ich die Lösung der Bürokratie überlasse.

(Zustimmung)

Deshalb ist Einbeziehung des Umweltschutzes in die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Aufgabe ersten Ranges. Von der Lösung dieser Aufgabe versprechen wir uns gerade in Nordrhein-Westfalen auch die Freisetzung neuer Entwicklungen in der Industrie selbst.

Wenn die großen Unternehmen durch die Umweltpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft veranlaßt werden, bei der Lösung von Umweltproblemen miteinander in Wettbewerb zu treten, dann werden sie nach Technikern, Zulieferanten, neuen Technologien nachfragen und sie suchen. Es werden dann - so wie nach der Ölpreiserhöhung - Tausende von neuen Unternehmen entstehen, die der Industrie, die die Umwelt in Anspruch nehmen muß, helfen, die Umwelt weniger in Anspruch nehmen zu müssen. Das heißt, mit der neuen Aufgabe entstehen neue Arbeitsplätze, neue Technologien, neue Exportgüter und damit ein Stück neuer Wohlstand. So verhilft uns die marktwirtschaftliche Umweltschutzpolitik zu weiterem Wohlstand, und sie behindert unseren Wohlstand nicht. Voraussetzung ist freilich, daß wir diese Politik marktwirtschaftlich organisieren.

Drittens. Die Steuerpolitik steht nicht im Vordergrund oder gar im Mittelpunkt der Stuttgarter Leitsätze. Es ist aber richtig, daß wir über dieses Thema trotzdem diskutieren. Ich bin dankbar, daß Gerhard Stoltenberg die Konzeption der Steuerpolitik hier noch einmal vorgetragen hat. Wir haben uns drei Aufgaben gestellt: Rückgabe der heimlichen Steuererhöhungen, Familienlastenausgleich und Reform der Besteuerung. Die große Steuerreform, von der Helmut Kohl gestern gesprochen hat, schließt alle drei Aufgaben ein.

Die Eigenkapitalbildung in der Bundesrepublik Deutschland wird heute steuerlich diskriminiert. Wir wollen diese steuerliche Diskriminierung abschaffen. Die soziale Sicherheit der zwei Millionen Selbständigen in der Bundesrepublik Deutschland wird heute steuerlich diskriminiert. Wenn wir von Arbeit sprechen, sprechen wir immer von den Arbeitnehmern, von denjenigen im Arbeitnehmerverhältnis. Gearbeitet wird aber auch von den zwei Millionen Selbständigen. Die zwei Millionen Selbständigen leisten mindestens genausoviel zum Wohlstand unseres Landes, für Beschäftigung und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze wie die großen und Größtunternehmen.

(Beifall)

Diese Selbständigen haben aber kein System der sozialen Sicherheit, das in großen Organisationen für sie Sorge trägt. Sie müssen ihre soziale Sicherheit selbst gestalten. Sie müssen sie selbst finanzieren. Ein Steuersystem, das diese Aufgabe bei den Selbständigen diskriminiert, ist sozial ungerecht. Soziale Gerechtigkeit verlangt Gerechtigkeit für alle, die mitarbeiten, auch für diejenigen, die selbständig mitarbeiten.

Herr Jungen hat am Schluß seiner Rede auf Ludwig Erhard hingewiesen. Man kann bei Ludwig Erhard in den 60er Jahren viel über das nachlesen, was uns heute beschwert. Ludwig Erhard hat in seinen großen Reden von 1961 und 1963, vor allen Dingen aber in der großen Rede auf dem Bundesparteitag 1965 vorausschauend viele der Probleme dargestellt, die sich aus der modernen Industriegesellschaft ergeben. Er hat Versuche gemacht, diese Probleme zu lösen. Er ist damals nicht erfolgreich gewesen. Sein großes Konzept, mit dem er eine Neuformierung unserer Gesellschaft angestrebt hat, ist nicht umgesetzt worden. Wenn man an Ludwig Erhard anknüpfen will, wie wir alle es wollen, sollte man nicht nur aus historischen Gründen, sondern auch aus Gründen des richtigen Verständnisses der Politik der Sozialen Marktwirtschaft diese Ansätze Ludwig Erhards erneut ins Gedächtnis rufen. Uns ist heute die Aufgabe gestellt, die moderne Industriegesellschaft als eine freiheitliche Gesellschaft zu gestalten.

Meine Freunde, um zur Arbeitslosigkeit und damit zum Ausgangspunkt zurückzukehren: Es geht darum, eine Gesellschaft politisch zu gestalten, in der die wichtigsten Aufgaben für Minderheiten in der Bevölkerung erfüllt werden müssen, und zwar unter Mitwirkung von Mehrheiten. Eine Minderheit der Bürger ist arbeitslos. Wir müssen die Mehrheit derer, die Arbeit haben, davon überzeugen, daß die Minderheit der Arbeitslosen nur dann, wenn die Mehrheit bei der Umgestaltung des Arbeitsmarktes mitwirkt, wieder eine Chance hat, mitzuarbeiten. Diese Aufgabe kann nur die Christlich Demokratische Union lösen, denn wir als Volkspartei sind nicht an klassenkämpferische Solidaritäten oder einseitige Ausrichtungen auf bestimmte Bevölkerungskreise angebunden. Wir waren in der Lage, sind in der Lage und werden auch in der Zukunft in der Lage sein, die Mehrheit der Bürger, der es gutgeht, davon zu überzeugen, daß sie an der großen Aufgabe der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft mitwirken muß, so daß es für alle im Land wieder eine Chance zum Mittun gibt. Wenn es uns gelingt, diese Aufgabe zu erfüllen, brauchen wir kein Marketingkonzept für die Soziale Marktwirtschaft mehr. Dann verkauft sich die Soziale Marktwirtschaft selbst. Dazu sollten wir beitragen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Herr Professor Biedenkopf, wir dan-

ken ganz herzlich, auch deshalb, weil gerade in dem Sinne und in dem Geiste, in dem Sie gesprochen haben, das Land Nordrhein-Westfalen spätestens ab 1985 wieder von der Union regiert werden sollte, und zwar zum Wohle der Bürger.

(Beifall)

Ich bitte nun Herrn Ministerpräsidenten Späth, das Wort zu ergreifen.

Lothar Späth: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte als Tagungspräsident und Gastgeber erst einmal eine Weile zurückstehen und zuhören. Jetzt möchte ich mich mit einem Thema noch etwas näher befassen, das in den Leitsätzen angesprochen wird und meines Erachtens bisher etwas zu kurz gekommen ist. Ich meine das Thema der Technologieentwicklung. Dieses Thema müssen wir, wie ich meine, im Gesamtzusammenhang der Gesellschaftspolitik sehen.

Der akute Ansatz, warum wir die Stuttgarter Leitsätze entwickelt haben, ist ganz sicher das Problem der Arbeitslosen. Wenn wir darüber nachdenken, was wir tun sollen, kommen wir zu dem Ergebnis, daß mit kurzfristigen und kurzlebigen Ansätzen nicht mehr viel zu schaffen ist. Ich glaube, wir brauchen uns in dieser Frage gar nicht mehr so sehr mit der SPD auseinanderzusetzen. Die SPD hat mit Blick auf dieses Thema immer nur eine Antwort gegeben: Neuverteilung der vorhandenen Arbeit an alle, die Arbeit wollen, und dies nach der groben Regel der Arbeitszeitverkürzung, welche wiederum pauschal erfolgen soll. Jeder hat begriffen, daß das nicht geht. Aus Gründen der richtigen Einordnung sei hier dies gesagt: Ich glaube, niemand denkt mehr daran, daß das Problem mit einer pauschalen Neuverteilung der Arbeit zu lösen ist. Wenn Sie diese Neuverteilung abgeschlossen haben, stellt sich nämlich das Strukturproblem neu, und Sie fangen wieder von vorne an. Dies können wir als erfolglos abhaken.

Die Annahme, daß der Staat die Leute beschäftigt, ist der zweite große fundamentale Irrtum. Hinsichtlich der Frage - lieber Kurt Biedenkopf, ich freue mich sehr über diesen Beitrag, über den wir noch mehr diskutieren sollten, wenngleich ich hier etwas anderer Meinung bin -, ob es wirklich so ist, daß das Problem der Arbeit nicht ein Problem der Strukturen, sondern tatsächlich ein politisch lösbares Problem ist, meine ich, daß wir die Alternative nicht ganz so sehen sollten. Ich bin tatsächlich der Meinung, daß die Strukturveränderungen der Industriestaaten so gewaltig sind, daß wir sie nicht nur politisch lösen können. Zwar müssen wir politische Lösungen anbieten, doch glaube ich nicht, daß die Strukturprobleme einfach das Ergebnis falscher Politik sind. Ich will die Sozialdemokraten wirklich nicht in Schutz nehmen - ich habe gar keinen Grund dazu -, doch die Behauptung, es sei alles nur ein Ergebnis von falscher Politik, möchte ich in aller Bescheidenheit so nicht stehenlassen. Das Problem scheint mir vielmehr zu sein: falsche Politik plus Strukturveränderung, auf die falsch reagiert wurde.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel erläutern, auf das wir überhaupt noch nicht eingegangen sind: Wir haben viel zu wenig darüber geredet, daß es auf dem Gebiet der Bildungspolitik eine Fehlentwicklung, eine fundamentale Fehlentwicklung gegeben hat, von der auch wir als Union uns nicht ganz freisprechen können.

(Vereinzelter Beifall)

Es waren doch nicht die jungen Leute selbst, die mit aller Gewalt den Weg zum

Abitur gehen wollten, unabhängig davon, ob sie praktisch oder theoretisch begabt waren. Es war doch die Philosophie der Sozialdemokraten, denen wir nicht entschieden genug entgegengetreten sind, die den Gedanken hatten: Unangenehme Arbeit machen die Ausländer, und jeder zweite Deutsche ist zum Professor geeignet. Wir brauchen gar keine Produktion mehr, die läuft von selbst. Wir brauchen jetzt eine große Schiedsrichtergesellschaft, die das alles gerecht verteilt. Das macht alles der Staat, und deshalb müssen die alle zum Staat.

Und dann kam das Prestige der Eltern, die ihre Kinder nicht mehr die Schulen besuchen ließen, für die sie geeignet waren, sondern jeder mußte zum Abitur gepreßt werden. Dann hat man festgestellt, daß die Anforderungen nicht zu schaffen waren. Daraufhin hat man diese gesenkt, und alle haben das Abitur gemacht. Jetzt wollen alle studieren, aber natürlich etwas Leichtes, am liebsten Diskussionswissenschaften.

(Beifall)

Genau das ist das Problem, vor dem wir heute stehen.

Warten Sie einmal die Struktur unserer Jugendarbeitslosigkeit ab. Ich sehe noch nicht einmal das Lehrstellenproblem als die zentrale Herausforderung an - ich denke schon, daß wir mit großen Anstrengungen und Solidarität über das Lehrstellenproblem hinwegkommen -, aber was machen wir denn mit den Jungakademikern? Was machen wir denn, wenn wir von jedem ausgebildeten Lehrerjahrgang nur noch 10 % einstellen können? Was hat das für Folgen für die jungen Menschen? Ich spreche jetzt nicht von denen, die faul sind, sondern ich spreche von denen, die das Abitur machen, unter großen Opfern der Familie studiert haben und dann mit der Note 1,9 auf die Umschulungsplätze gehen, damit sie für irgend etwas ausgebildet werden. Dort müssen wir mit unserer Überlegung ansetzen, was falsch war.

Wenn wir von Arbeitslosigkeit und von der Entwicklung in der Zukunft reden, dann müssen wir jetzt schon zwei Dinge unterscheiden, nämlich die nächsten 15 Jahre und die Zeit danach.

In den nächsten 15 Jahren haben wir das Problem, daß starke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen. Danach haben wir das genau umgekehrte Problem, daß nämlich immer weniger Leute ein Heer von Rentnern versorgen müssen. Über beides müssen wir uns jetzt schon Gedanken machen. Das, was kurzfristig zu machen ist, das Abhaken einer falschen SPD-Politik, ist schnell erledigt. Die ersten Sparmaßnahmen und Ordnungsmaßnahmen haben wir jetzt durchgeführt. Das, was wir nun brauchen, sind Perspektiven für die Beantwortung der Frage: Wie soll denn unsere Gesellschaft in den 90er Jahren, zum Jahr 2000 aussehen?

Das erste, was wir erkennen müssen, ist, daß wir nur als Industrieland eine Chance haben. Hier müssen wir als Industrieland sehen, wo unsere Wettbewerber sind. Da kommt die erste Konsequenz: Wir werden ohne Vollautomation nicht mehr wettbewerbsfähig produzieren können. Sehen Sie sich einmal die Milliardenzahlen in Asien und in den anderen Ländern an, die aus dem Status eines Entwicklungslandes ganz schnell in den Status eines Schwellenlandes überwechseln und innerhalb weniger Jahre zu qualifizierten Produktionen kommen. Sehen Sie sich einmal die Elektronik in Singapur oder in den sonstigen asiatischen Räumen an. Wenn sich etwa die Volksrepublik China mit einer Milliarde Menschen der Industrialisierung öffnet, dann werden sich innerhalb Asiens die Arbeitsplätze ganz schnell wandeln. In Singapur

gibt es heute schon Prämien für Automation. Das ist die Realität.

Angesichts dessen bleibt für ein Industrieland wie die Bundesrepublik Deutschland nur noch hochintelligente, hochqualifizierte Produktion mit hoher Automation. Darum werden wir nicht herkommen. Aber wir sollten nicht einfach sagen: Diese Automation schafft neue Arbeitsplätze. Ich will Ihnen ganz offen einräumen: Ich kann dieses Selbstverständnis nicht teilen, sondern ich sehe kommen, daß die großen Firmen mit größeren Produktionszahlen mit immer weniger Leuten immer rascher ihren Produktionsausstoß bewältigen. Ich kann, was den Aspekt der Struktur angeht, überhaupt nicht erkennen, daß diese Firmen in den nächsten Jahren etwas anderes tun, als weiterhin Arbeitsplätze abzubauen.

(Zurufe)

- Das ist nicht Pessimismus, ich bin ein Optimist. Aber ich bin immer dagegen, daß wir uns vor lauter Optimismus etwas vormachen.

(Beifall)

Wenn wir gegenwärtig 3 % Wachstum haben und die Arbeitslosenzahlen in diesem April im Ergebnis dieselben sind wie vor einem Jahr, wenn sich also die Arbeitslosenzahlen bei 3 % Wachstum kaum bewegen, was ja gar nicht überraschend ist, wenn man die Relation zwischen Arbeitsplätzen und Produktivität sieht, dann kommen wir an der Tatsache nicht vorbei, daß unser Konzept ein Stück über die Hoffnung hinausgehen muß: Der Markt wird's schon richten. Ich bin wirklich ein Anhänger der freien Wirtschaft, aber man muß doch überlegen, ob die Ordnungs- und Strukturpolitik des Staates zu diesem Strukturwandel paßt. Ich sage: Sie paßt deshalb nicht, weil wir uns im Grunde dauernd damit beschäftigen, die alten Strukturen zu finanzieren, zu erhalten, und viel zu wenig Initiative ergreifen, um neue Strukturen aufzubauen.

Ich will es einmal konkretisieren: In einigen Ländern, beispielsweise bei unseren großen Wettbewerbern in Asien, wird von allen Geld eingesammelt, das in die Schaffung neuer Arbeitsplätze investiert wird. Bei uns wird von allen Geld eingesammelt, um die alten Arbeitsplätze zu erhalten. Das heißt: Bei uns werden die alten Strukturen im Grunde gesichert, so daß unser Wettbewerbsnachteil auf Grund neuer Strukturen in anderen Ländern eher wächst.

Jetzt komme ich zur Bildungspolitik zurück: Wer eine junge Generation unter dem Aspekt heranbildet, ihr werdet alle Schiedsrichter, und dann plötzlich feststellt, daß ihm die Stürmer in der Mannschaft fehlen, muß als erstes eine Strukturpolitik im Bildungs- und Hochschulwesen machen, bei der die Technologie wieder akzeptiert und die Forschung gefördert wird. Wenn wir als Maßstab die Massenuniversität haben, deren Wert wir an der Zahl der Absolventen messen, die dann in die Arbeitslosigkeit gehen, dann können wir eine vernünftige Entwicklung überhaupt nicht mehr einleiten.

Deshalb ist die erste Konsequenz: Wir müssen die Bildungsinhalte an unseren Schulen wieder auf die Erfordernisse eines Industrielandes ausrichten. Wir müssen Forschung und die Naturwissenschaften an unseren Hochschulen ausbauen, auch wenn es uns finanziell noch so schwer fällt. Denn nur das, was dort heute investiert wird, schafft Innovationen für Arbeitsplätze von morgen.

(Beifall)

Das heißt, wir in den Ländern müssen unsere letzten Finanzreserven in die Forschung und Entwicklung stecken, damit junge Leute herangebildet werden, die morgen die vielfältigen Aufgaben wahrnehmen können.

Wir versuchen, dies in Baden-Württemberg zu tun. Ich weiß, daß unsere Kollegen in den anderen Ländern das auch tun. Und wir müssen das auch tun: Denn ein Industrieland, das nicht die Absicht hat, in der Forschung wieder die Spitze zu erobern, wird seinen Wettbewerbsplatz angesichts der internationalen Entwicklung nicht halten können.

(Beifall)

Die Forschungsergebnisse müssen dann übertragen werden, sie müssen hinein in die Wirtschaft. Aber wie? Und jetzt komme ich zu den reinen Lehren der Marktwirtschaft: Wenn man eine neue Politik für neue Notwendigkeiten entwickeln will, dann kann man sie nicht entwickeln, indem man die alten Dinge ununterbrochen fortschreibt. Vielmehr müssen wir als Union aus unseren Grundwerten heraus jeweils neue Antworten auf diese neuen Fragestellungen suchen. Ein Beispiel: Wir reden von Investitionslenkung und mangelnder freier Marktwirtschaft, wenn wir Existenzgründungsdarlehen geben und junge Leute beim Technologietransfer beraten, nehmen aber den Fehler hin, daß wir die alten Strukturen subventionieren.

Was ist nun der Leitfaden der freien Marktwirtschaft?

Nehmen Sie z. B. das Thema Infrastruktur. Es soll mir doch niemand sagen, daß sich aus der freien Wirtschaft gewissermaßen keine Unterschiede entwickelt hätten. Früher war die Industrie dort angesiedelt, wo die Häfen waren, wo die Kohle war, wo die Eisenbahnlinien, die Autobahnen gebaut wurden. Das ist doch kein Geheimnis. Sehen Sie sich doch die Bundesrepublik und ihre Entwicklung an. Dann kam die Bildungsinfrastruktur, und zwar dort, wo die qualifizierten Fachkräfte waren. Wenn die Bundesrepublik nicht ihr hervorragendes berufliches Schulwesen hätte, dann hätten wir z. B. die Leichtindustrie gar nicht so schnell in dieser Qualität entwickeln können wie etwa die Mechanik in Baden-Württemberg.

Jetzt kommen neue Infrastrukturfragen. Jetzt müssen wir z. B. die Kommunikationseinrichtungen als Infrastruktur begreifen. Da sollen wir im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb auch etwas sehen. Wir reden nämlich immer vom Weltmarkt, haben ihn aber nie gehabt. Wir werden den Weltmarkt zum ersten Mal konkret bekommen. Was meine ich damit? Alle schweren Produkte konnten bisher nur in den Industrieländern hergestellt werden. Wenn Sie einmal unsere deutschen Investitionsgüterfirmen ansehen, dann werden Sie beobachten, daß sie immer rascher in der Lage sind, die schweren Komponenten z. B. von Maschinen an Ort und Stelle zu fertigen, weil das keine hohe Qualifikation mehr erfordert. Das, was sie dann noch versenden müssen, ist Know how gleich Papier oder Elektronik, bei denen der Luftfrachtpreis keine Rolle spielt. Deswegen haben wir nicht mehr einen europäischen Markt, einen US-Markt, einen asiatischen Markt, sondern jetzt haben wir durch die Entwicklung von Kommunikation und Transport einen echten Weltmarkt, auf dem wir uns zu bewähren haben.

In diesem Sinne müssen wir eben die Forschung auch als Infrastruktur begreifen. Auch die Glasfasernetze sind Infrastruktur. Warum sollte es eine Verletzung der Marktwirtschaft sein, hier fördernd einzugreifen? Oder warum sollte es eine Verletzung der Marktwirtschaft sein, wenn wir sagen, ein junger Mann könne heute in einer

hohen Technologie keine Existenzgründung mit 120 DM in der Tasche vornehmen, sondern er brauche die Hilfe des Staates, damit er seine Existenz gründen kann? Warum sollen wir denn dem nicht helfen? Das ist doch keine Verletzung der Marktwirtschaft. Wer heute in der Elektronik eine Firma gründen will, der braucht mehr Geld. Fragen Sie doch einmal einen jungen Diplomingenieur, der eine Firma gründen will, der bei der Bank, beim Notar und dann noch bei allen beteiligten Behörden war. Der hört dann mit der Unternehmensgründung auf. Der muß erst einmal das Einfamilienhäuschen seiner Schwiegermutter mit einer Hypothek belasten, und dann hat er einen Familienkrach statt einer neuen Existenz.

(Vereinzelter Beifall)

Das heißt, wir müssen nach Systemen suchen, wie wir junge Menschen ermuntern und ihnen helfen, das, was wir an Forschung haben, rasch in neue Entwicklung umzusetzen. Wenn wir einmal überlegen, wo unser Platz im Weltmarkt ist, dann wird uns sehr schnell folgendes einfallen. Die Amerikaner haben einen so großen Binnenmarkt, daß sie wirklich mit einem großen Warenhaus auf den Weltmarkt gehen können. Die Japaner können es gerade noch, obwohl sie schon bestimmte Strategien entwickeln, in welchen Bereichen sie in den Wettbewerb gehen. Wir, die Bundesrepublik, mit unserem kleinen Binnenmarkt und dem ganzen europäischen Durcheinander werden z. B. überlegen müssen, ob wir nicht eines Tages auf dem Weltmarkt neben den Warenhäusern USA und Japan gewissermaßen das Fachgeschäft sein werden. Das heißt, daß wir mit qualifizierten mittelständischen und mittelgroßen Unternehmen die Marktlücken suchen, wo wir etwa in der Berufsbildung, in der Umwelttechnologie und in vielen anderen Bereichen unseren Platz erobern.

In diesem Zusammenhang räume ich aber ein, daß für mich hier noch viel zu wenige Strategien auch in der Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft entwickelt worden sind. Wenn mir einer sagt, es gehe den Staat nichts an, dann muß er mir sagen wie er anders etwa den Mittelständler auf den Weltmarkt bringen will. Wir haben von Baden-Württemberg aus seit Jahren Ausstellungen im Ausland, bei denen das Land den mittelständischen Unternehmen gezielt bei ihrer Messebeteiligung hilft. Wir haben in allen Ländern, in denen wir solche Ausstellungen gemacht haben, enorme Umsatzanteile gewinnen können. Daimler Benz und Bosch finden ihren Platz auf dem Weltmarkt von selbst, aber eine Firma, die ein hochqualifiziertes Produkt, 15 Mitarbeiter und nur einen Chef hat, der sich keinen Krankheitsurlaub leisten kann, wird eben ohne Hilfe, Kooperation und Partnerschaft ihren Weg nicht gehen können. Dazu müssen wir Überlegungen anstellen.

Lassen Sie mich nur noch etwas zum Arbeitsmarkt anfügen. Ernst Albrecht hat darauf hingewiesen, daß die neuen Arbeitsplätze in den USA nicht in den großen Industrien entstanden sind. Die bauen weiter ab. Die neuen Arbeitsplätze werden zum großen Teil in Neugründungen eingerichtet. Dafür ist eine Förderung des Mittelstandes notwendig. Nur ist doch der Mittelstand heute aus unserer Struktur heraus gar nicht für diese Aufgaben vorbereitet. So wie wir Risikokapital besteuern, ist es ja für den Mittelständler langsam interessanter, sein Geld in einem Bauherrenmodell als im eigenen Betrieb anzulegen. Damit können Sie keine neuen Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall)

Wenn wir nun von Steuerpolitik reden - damit will ich etwas zu der großen Steuerre-

form sagen -, dann nehme man es mir nicht übel, wenn ich behaupte, daß die große Steuerreform weder etwas mit dem zu tun hat, was wir 1986 machen müssen, noch mit dem, was wir 1988 machen müssen. Wir müssen einmal in einer Fachkommission überlegen, ob das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland überhaupt zu der gesellschaftspolitischen Vorstellung paßt, die wir in der Bundesrepublik Deutschland haben. Ich sage, das paßt überhaupt nicht.

(Beifall)

Wir können doch nicht mit den Steuerstrukturen von gestern die Zukunft gewinnen. Wir brauchen z. B. ein Steuerrecht, das innovationsfreundlich ist, das Risiken belohnt und das Faulheit bestraft. Das haben wir doch nicht. Das Gegenteil ist der Fall.

Oder wie wollen Sie denn den Schwarzmarkt bekämpfen, wenn Sie am ehrlichen Arbeitsvertrag alle Steuer- und Soziallasten aufhängen und in diesem Land eigentlich nur noch einer leben kann, der wohlhabend oder unkündbar ist? Das ist doch die Situation. Also müssen wir das Verhältnis von direkten und indirekten Steuern ändern. Wie sieht es mit der europäischen Steuerharmonisierung aus? Wie sieht es z. B. mit der Frage aus, ob das Steuerrecht den Mittelstand oder die Konzentration fördert? Oder ist das Steuerrecht z. B. geeignet, daß derjenige, der sein Geld in Risikounternehmen steckt, dafür einen Anreiz findet? Oder wie ist es mit dem Abschreibungsrecht? Wir haben das miserabelste Abschreibungsrecht. Wir sollten nicht darüber reden, was ein Unternehmer verdient, sondern wir sollten die Abschreibungen so gestalten, daß es nicht auf den Unternehmerertrag ankommt, sondern darauf, daß der Unternehmer die neuesten Maschinen aus seinen Erlösen bezahlen kann.

(Beifall)

Darauf kommt es an, wenn wir nicht eine Veralterung unserer Industrien in Kauf nehmen wollen. Deshalb ist mein Vorschlag: Diskutieren wir nicht über die große Steuerreform an Hand der einfachen Steuerentlastungen, die wir durchführen müssen, sondern setzen wir einmal Fachleute daran, alle Aspekte der zukünftigen Gesellschafts- und Arbeitsentwicklung unter steuerlichem Gesichtspunkt zu untersuchen. Dann müssen wir in einem großen Konzept, das wir nach 1987 beraten und in Kraft setzen müssen, neu definieren, wie Steuerpolitik in einem modernen Industriestaat mit hohem Anteil an Risikoinvestitionen aussehen muß.

(Vereinzelter Beifall)

Lassen Sie mich dabei gleich etwas zur Steuerreform sagen, um einmal ganz kurz meine Position zu umschreiben. Ich bin der Meinung, daß wir den Bürgern folgendes offen sagen müssen. Wer so viel Schulden gemacht hat und sie zurückzahlen muß, wer so viel Zukunftsinvestitionen nachholen muß, die die Sozialisten versäumt haben, und wer dann noch Gerechtigkeit und Solidarität üben will, der muß einräumen - da teile ich die Meinung von Gerhard Stoltenberg voll -, daß wir langfristig eine Absenkung der Steuerquote wollen. Aber das schaffen wir nicht in diesem Jahrzehnt, weil in diesem Jahrzehnt erst einmal die Schulden bezahlt werden müssen. Damit sagen wir den Leuten ehrlich, daß wir in diesem Jahrzehnt die Steuerquote halten, wo sie ist, und daß wir sie danach abzusenken versuchen. Dann ist aber alles über den Umfang von Steuererleichterungen gesagt. Wir haben nämlich 1986 heimliche Steuererhöhungen von 10 Milliarden DM und 1988 nochmal das gleiche, und Kompensation ist meiner Meinung nach eine schlechte Lösung, weil man die Leute

verwirrt, wenn man ihnen mit der einen Hand wieder wegnimmt, was man ihnen mit der anderen gibt.

(Beifall)

Vor allem der kleine Mann begreift das alles nicht so richtig. Aber alle begreifen, wenn wir zwei Dinge sagen. Erstens wollen wir langfristig eine neue Steuerstruktur. Das schafft nämlich auch Vertrauen, wenn man den Unternehmern sagt, man wolle das tun, was ich eben gerade vorgeschlagen habe. In der Zwischenzeit, 1986 und 1988, wollen wir zweitens die heimlichen Steuererhöhungen zurückgeben. Das können wir in einem Gesetz machen. Die Beträge stehen ja fest, wenn wir nicht kompensieren wollen. Dann sagen wir, daß es eine Reihenfolge gibt. Die Reihenfolge ist eine Frage an die Solidarität dieser Gesellschaft. Die Familien, die die größten Opfer gebracht haben, sind die Familien mit drei und vier Kindern. Die hat der Sparhaushalt betroffen, und die müssen zuerst bessergestellt werden.

Es ist doch gar nichts Besonderes. Steuerpolitik ist Teil von Gesellschaftspolitik. Jetzt haben wir fünf Milliarden DM Raum, um die Kinderfreibeträge in Ordnung zu bringen. Da brauchen wir zwei Milliarden DM, damit die, die von den Freibeträgen nichts haben, über das Kindergeld einen Ausgleich bekommen. Das ist auch nicht schwierig. Dann haben wir noch drei Milliarden bis vier Milliarden DM zum Verteilen, und dann machen wir eine pauschale Verbesserung der Grundfreibeträge und der Pauschalierungen. Dann haben alle ein bißchen davon, und dann müssen eben die, die die Tarifentlastung bekommen, bis 1988 warten.

Jetzt sage ich etwas ganz offen als meine persönliche Meinung, die ist kompromißfähig, aber ich muß das einmal loswerden: Eine Tarifreform unter 10 Milliarden DM wird nichts. Die können wir 1986 nicht bezahlen. Jetzt - so meine ich - sollen wir doch ganz offen den Mittelständlern sagen: Erstens. Die Besserverdienenden zahlen ab 1. Januar 1986 nicht mehr diese Abgabe. Das sind z.B. für Leute meiner Gehaltsklasse 400 DM. Da kann ich doch mit der nächsten Entlastung zwei Jahre warten.

(Beifall)

Ich glaube, wenn ich einem mittelständischen Unternehmer sage - bei dem ist der Streitwert zwischen 100 und 150 DM pro Monat; so wichtig die Motivation ist -, das wichtigste ist, daß dein Arbeiter mit drei Kindern dann, wenn er Kinderschuhe kaufen muß, trotzdem Weihnachten noch ein kleines Geschenk machen kann, und dafür wartest du zwei Jahre mit deiner 100-DM-Entlastung, dann kann ich alle Bürger für diese Solidaritätsaktion gewinnen;

(Beifall)

wenn man ihnen sagt, nach dieser Stufung geht das Ganze vernünftig weiter, nämlich Stufe 1 Familien, Stufe 2 Tarif und Stufe 3 eine umfassende neue Steuerkonzeption für die Bundesrepublik.

(Beifall)

Ich meine, wir sollten einfach den Mut haben, in diese Langfristigkeit einzugehen.

Damit zum Abschluß noch kurze Bemerkungen zum Thema Arbeitsmarkt. Die wichtigsten Arbeitsplätze, die wir für die Arbeitslosen brauchen, sind neue Arbeits-

plätze, bevor wir an die Verteilung gehen. Neue Arbeitsplätze gibt es in kleinen Produktionsbereichen, bei Neugründungen im Mittelstand. Und da sind wir erfolgreich. Es sind noch nie so viele Existenzgründungen wie in den letzten Jahren vorgenommen worden. Wir haben in Baden-Württemberg mit unserem Unterstützungsprogramm im letzten Jahr allein 3.000 neue Existenzgründungen gefördert. Das heißt, da bewegt sich etwas.

Zweitens. Wir sollten über Arbeitszeit ganz offen reden. Auch da - so meine ich - gibt es keine Patentlösungen. Die 35-Stunden-Woche - darüber brauchen wir wirklich nicht zu reden - ist die Anwendung der Heckenschere in einem Gebiet, das für die Heckenschere sehr empfindlich ist. Ich kann mir vorstellen - Franz Josef Strauß hat es gestern am Beispiel von BMW gesagt -, daß wir in den nächsten Jahren Betriebe haben werden, die ihre Massenprodukte nur noch rentabel herstellen können, wenn die Maschinen rund um die Uhr an sieben Tagen arbeiten, weil die Kosten so hoch sind, daß sie ohne Dauerbetrieb der Maschinen gar nicht rentabel produzieren können, weil nach vier Jahren die Maschinen veraltet sind. Dann müssen wir doch darüber reden, daß die Leute, die dort arbeiten, natürlich wegen ungünstiger Arbeitszeiten eine andere Wochenarbeitszeit bekommen. Aber das zeigt, daß das ganze auf den Mittelstand überhaupt nicht übertragbar ist. Und wir müssen mit den Gewerkschaften darüber reden, daß wir mit dieser pauschalen Entwicklung aufhören müssen. Das Problem ist, daß wir von der Stechuhrengesellschaft Abschied nehmen müssen, in individuelle Arbeitsverhältnisse kommen müssen. Dann schaffen wir auch neue Arbeitsplätze durch Arbeitsplatzteilung und durch neue Strukturen.

Dann müssen wir weiterhin sagen, Arbeit ist nicht nur abhängige Arbeit. Die gesamte Sozialpolitik werden wir nur noch finanzieren können, wenn wir in neue Formen von Sozialarbeit als Teilzeitbeschäftigung kommen. Warum sollen denn nicht Bürger, die einen Teil abhängig arbeiten, im Rest etwa im Sozialverbund einer Sozialstation und der Nachbarschaftsgemeinschaft soziale Arbeit übernehmen?

Lassen Sie uns da auch über die ältere Generation nachdenken. Lassen Sie uns das Problem nicht als gelöst ansehen, wenn wir die 58jährigen in den Ruhestand gehen lassen. Wir können nicht eines Tages mehr Leute in den Altersheimen als in den Betrieben haben. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie die Freizeitgesellschaft nicht als Konsumgesellschaft, sondern als Gesellschaft der sozialen Partnerschaft aussieht. Diese Fragen müssen wir weitertreiben, und daraus müssen wir die Strategien für eine Veränderung der Arbeitszeit angehen, und zwar nicht nur mit dieser Heckenscherenmethode, sondern über differenzierte Methoden. Dann wird es Leute geben, die arbeiten zeitlich weniger zu unangenehmen Zeiten mit unangenehmen Arbeiten und mit viel Freizeit, und dann wird es Leute geben, die arbeiten länger, dafür mit einer Identifikation mit der Arbeit und damit mit einer anderen Einstellung. Deshalb sollten wir auch den Gewerkschaften und den Unternehmern sagen - dies will ich am Schluß tun, weil so viele Appelle an die Tarifpartner gerichtet worden sind -, Nicht nur die Strukturen haben sich gewandelt, sondern die Rituale sollten sich wandeln. Wir haben jetzt die Urabstimmung in Nordwürttemberg/Baden und die Abstimmung in Hessen, und es wird ab Montag Streik geben. Ich halte das fast nicht mehr für vermeidbar. Meine Bitte an alle Beteiligten ist - ich sage das als Ministerpräsident des Landes, in dem wir noch die günstigste Situation haben und jetzt eigentlich wirklich Exportaufträge hätten -: Laßt jetzt nicht die Rituale so lange laufen, bis die relativ günstige Situation, die wir jetzt erreicht haben, auch noch kaputt ist. Wir werden sonst bei der Bauwirtschaft, beim Einzelhandel, beim Konsum sowie auch auf dem Automobilsektor und den anderen Sektoren bald wieder Probleme haben. Wir sollten jetzt die Chance, daß es insgesamt etwas besser geht,

nicht dadurch kaputtmachen, daß wir jetzt Wochen brauchen, um wieder an einen Tisch zu kommen. Den Krach haben sich jetzt alle bestätigt. Meine Aufforderung an beide Seiten ist, sich so schnell wie möglich wieder an einen Tisch zu setzen und über differenzierte Lösungen nachzudenken; differenzierte Lösungen, die aber unter dem Aspekt geboren werden müssen, daß wir in dieser schwierigen Phase viel Kooperation brauchen. Die Zeit der Klassenkampf-Gesellschaft mit Jung gegen Alt, Kapital gegen Arbeit, Ökonomie gegen Ökologie ist vorbei. Wir, die CDU, müssen eine Versöhnungsgesellschaft der Zusammenarbeit, der Kooperation auch in den Tarifbereich hineinbringen, denn die Menschen sehnen sich nach nichts mehr als nach einer gemeinsamen Linie, die allen eine Zukunft sichert, und nicht nach einer Auseinandersetzung, die im Grunde genommen nur zu Lasten aller Bürger und letztlich zu Lasten der gegenwärtig Arbeitslosen geht.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Verehrter Herr Späth! Wir danken Ihnen herzlich für diese Rede. Ich habe während dieser Rede so gedacht, irgendwie ist es ungerecht, daß Baden-Württemberg den Lothar Späth als Ministerpräsidenten hat und Nordrhein-Westfalen den Johannes Rau. Dieser Unterschied ist ein bißchen zu groß.

(Beifall)

Ich darf nunmehr Herrn Martin das Wort geben.

Albrecht Martin: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Stuttgarter Leitsätze, die uns vorliegen, sind ganz gewiß kein neues Grundsatzzprogramm, aber sie sind ebenso sicher auch nicht bloße Handlungsanweisungen. Wer sich auf Soziale Marktwirtschaft einläßt, der sagt damit, daß er über eine Wirtschaftsordnung und eine Sozialordnung sprechen will, die nur von dem Menschenbild her verstanden werden kann, das dahinter steht. Die Leitsätze verleugnen ja diesen Bezug keineswegs, sondern sie betonen ihn ganz im Gegenteil an entscheidender Stelle. Ich meine, daß wir in der vor uns liegenden Diskussion mit den Bürgern des Landes klarmachen müssen, daß unsere Vorstellungen von Sozialer Marktwirtschaft ein bestimmtes Menschenbild voraussetzen, und wir müssen dieses sichtbar machen.

Dazu drei knappe Anmerkungen: In der Präambel wird als geistiges Fundament der Sozialen Marktwirtschaft die zum christlichen Menschenbild gehörende Idee der verantworteten Freiheit genannt. Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich fürchte, daß viele in unserem Volk den Zusammenhang von christlichem Menschenbild, marktwirtschaftlichen Grundsätzen und Verantwortung nicht mehr sehen und noch viel weniger bereit sind, ihn anzunehmen. Denn das, was heute vielfach als christliches Menschenbild verstanden wird, ist oft eine einseitige Interpretation, die beispielsweise nur das diakonische Verhalten des Menschen als zum christlichen Menschenbild gehörend meint hervorheben zu müssen.

Und dann ist man natürlich mißtrauisch gegen jede Leistung, weil man sagt, daß der Schwächere zu solcher Leistung nicht fähig sei und jede Forderung nach Leistung ein Element des Unsozialen enthalte, während wir natürlich wissen, daß der Leistungsbegriff der Sozialen Marktwirtschaft deshalb die Leistung ganz ungebrochen bejahen kann, weil er Leistung ohne diesen sozialen Bezug selbst von vornherein gar nicht kennt. Das, meine ich, muß heute sehr deutlich gesehen werden. Ich denke,

daß viele Schwierigkeiten, mit denen wir heute zu ringen haben, darin begründet sind, daß wir die Ganzheitlichkeit menschlichen Lebens in verschiedene Bereiche aufgeteilt haben, die nichts mehr miteinander zu tun haben. Da stehen Marktwirtschaft und soziale Verpflichtung, Eigeninteresse und Nächstenliebe, Freiheit und Bindung, Leistungswille und diakonisches Verhalten unvereinbar neben- oder gar gegeneinander. Und dann versucht man jeweils der einen Komponente gerecht zu werden. Das heißt, man will sozial sein, ohne die Bedeutung des Marktes zu erkennen. Man will die Freiheit definieren, ohne sie in ihrem Bezug zur Bindung zu sehen. Man will Leistungswillen bejahen, ohne zu erkennen, daß er ohne diakonischen Bezug nicht sinnvoll ist. Soziale Marktwirtschaft ist deshalb, meine ich, das Programm der Rückgewinnung der Ganzheitlichkeit des Menschen. Das scheint mir sehr viel mit christlichem Menschenbild zu tun zu haben.

(Vereinzelt Beifall)

Ein zweiter Gesichtspunkt: Meine Damen und Herren, die Leitsätze nennen unter den wichtigen Komponenten des gesellschaftlichen Wandels die demographische Entwicklung. Ich möchte einmal die Frage stellen, ob nicht die Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft eine der demographischen Entwicklung parallel laufende Erscheinung ist; denn ein an Kindern armes Volk hat nicht nur keine Zukunft mehr, sondern es hat diese seine Zukunft ganz bewußt aufgegeben, es ist hoffnungslos geworden. Das halte ich nun in der Tat für eine ganz wichtige Sache, daß nur derjenige überhaupt ernsthaft mit der Zukunft rechnet, der die Zukunft nicht ohne die Kategorien Hoffnung und Freiheit zu begreifen imstande ist. Ich behaupte, meine Damen und Herren, liebe Freunde, daß der Planwirtschaftler im Grunde ein Mensch ohne Zukunft ist, weil er ein Mensch ohne Hoffnung ist.

(Vereinzelt Beifall)

Freilich - und das möchte ich hier auf einem Bundesparteitag der CDU doch sagen dürfen -, eine Gesellschaft, die Zukunft nicht mehr als Zukunft Gottes begreift, die sucht die Sicherheit vor der Zukunft durch eine systematisierte, bis ins einzelne gehende Planwirtschaft, und die kann dann einfach das Prinzip Hoffnung als wesentliches Element der Zukunft nicht mehr sehen. Und wer das verloren hat, der wird, wie ich meine, von ganz anderer Seite her den Generationenvertrag brechen; denn nur derjenige, der in die Zukunft Hoffnung setzt, wird den Mut haben, im Blick auf die Zukunft zu investieren. Deshalb hat die Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft viel mit der Frage zu tun, ob wir für unser Menschsein einfach wieder den Mut, in die Zukunft Hoffnung zu investieren, zurückgewinnen oder nicht.

(Beifall)

Ein Drittes möchte ich sagen. Die Leitsätze nennen in den Perspektiven und Zielen Werte, positive Zielsetzungen, die in unserem, Volk heute zunächst immer einmal unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, daß sie auch mißbraucht werden können; denn natürlich, der Freiraum, der zur Selbstbestimmung und Kreativität ermutigt, kann mißbraucht werden. Technischer Fortschritt kann zur Seelenlosigkeit und zur Vernichtung führen. Dynamik und Flexibilität der Wirtschaft können dazu führen, daß der Mensch nur noch als Kraft erscheint. Aber, meine Damen und Herren, man vermeidet den Mißbrauch nicht dadurch, daß man das Positive verhindert. Man vermeidet den Mißbrauch der Freiheit nicht dadurch, daß man sie institutionell beschränkt. Man vermeidet den Mißbrauch vielmehr durch den Ruf in die Verantwortung.

Ich meine, daß für diesen großen Bereich auch die Frage gilt, ob wir wieder ein ungebrochenes Verhältnis zum technischen Fortschritt zurückgewinnen. Meine Damen und Herren, es ist meiner Meinung nach für uns eine erschreckende Tatsache, daß wir auch im Bereich der Kirche vielfach die Meinung vertreten finden, als ob der technische Fortschritt von vornherein etwas sei, was den Menschen zur Hybris und zum Mißbrauch geradezu triebe. Ich denke, daß es umgekehrt ist und daß es sich auch in diesem Bereich zeigen wird, ob wir der Zukunft als Menschen entgegengehen, die Hoffnung haben, die mit Vertrauen in die Zukunft gehen. Nur wenn beides geschieht, werden wir wieder zu verantwortlichem Handeln frei sein. Dieser Verantwortung verweigert sich sowohl der Gedankenlose wie der Leichtfertige, aber auch derjenige, der stehenbleiben will. Beide verweigern sich der Chance verantworteter Freiheit.

Meine Damen und Herren, wenn wir in den Stuttgarter Leitsätzen über die Soziale Marktwirtschaft in unserer Zeit die Forderung nach verantworteter Freiheit neu in den Mittelpunkt stellen, dann tun wir das nicht nur, weil es hier um die Frage geht, die heute zwischen Ost und West zur Entscheidung steht, die immer wieder bei uns, in unserem Volk neu zur Entscheidung steht, sondern das in Wirklichkeit auch die Frage ist, die von jedem einzelnen von uns ganz unmittelbar Verantwortung fordert. Ich meine, daß es im Interesse einer auf Zukunft gerichteten Politik sehr wohl ist, daß wir uns dieser Frage nach unserem Bild vom Menschen angesichts der Chancen der Sozialen Marktwirtschaft neu stellen. Mir scheint diese Diskussion nicht nur notwendig, sondern auch eine faszinierende Aufgabe zu sein, die geeignet wäre, nicht zuletzt junge Menschen für unsere Idee zu gewinnen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Martin. Ich rufe jetzt Matthias Wissmann auf, wobei wir mit Herrn Wissmann vereinbart haben, daß für ihn zwar noch nicht eine Redezeitbegrenzung auf fünf Minuten eingeführt würde, er aber schon ein gutes Beispiel dafür geben solle, daß es auch ein bißchen kürzer als bisher geht. Bitte schön, Herr Wissmann.

Matthias Wissmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich will in der Tat versuchen, in einigen wenigen Skizzen zu den Stuttgarter Leitsätzen etwas zu sagen, was nur in der Generaldebatte gesagt werden kann, weil ich meine, daß wir mit diesem Parteitag in der Wirtschaftspolitik ein Zeichen dafür setzen können, daß wir nicht nur die konjunkturellen Probleme lösen, sondern daß wir auch die strukturellen Probleme angehen.

Was uns besonders nachdenklich stimmen muß, ist hier von verschiedenen gesagt worden. Ich will versuchen, es auf den Punkt zu bringen. In Amerika sind seit 1970 25 Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden. In Europa sind in derselben Zeit 3 Millionen Arbeitsplätze, allein in der Bundesrepublik Deutschland Hunderttausende, verloren worden. Wenn man die Untersuchungen genauer ansieht, stellt man fest, daß 80 Prozent der neuen Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten aus jungen Unternehmen, aus Neugründungen, aus dem Mittelstand, aus technologieintensiven Betrieben stammen.

Deswegen habe ich die Bitte, daß wir gemeinsam - das ist nicht nur eine Frage des Bundes, es ist auch eine Frage der Länder und anderer Beteiligter - dafür Sorge

tragen, daß wir der Existenzgründungsproblematik auch in unserer Praxis größere Aufmerksamkeit schenken.

Das hat für mich zwei konkrete Folgerungen. Erstens. Wir müssen die Existenzgründungsprogramme, die es in Deutschland gibt, radikal vereinfachen, weil man im Grunde genommen nur noch mit einem Existenzgründungsführer durch die vielen Existenzgründungshilfen durchschauen kann, die überall in Deutschland angeboten werden. Zweitens. Wir müssen dafür sorgen, daß ähnlich dem Bausparen ein Existenzgründungsansparen verwirklicht wird, das einem Jungen, der selbständig werden will, die Hilfe gibt, in einem mehrjährigen Ansparprozeß genug Eigenkapital anzusparen, um im Zeitpunkt des Sich-selbständig-Machens von hohen oder niedrigen Krediten unabhängiger zu sein. Liebe Parteifreunde, ich sage das auch an die Bundesregierung und den Bundesfinanzminister mit der Bitte gewandt, daß wir ein solches Existenzgründungsansparprogramm bald als Bundesregierung verwirklichen und nicht noch lange warten. Denn wir brauchen jetzt den Impuls für eine breite Existenzgründungswelle.

(Vereinzelter Beifall)

Der zweite Punkt, den ich hier konkret ansprechen will, wenn es um Strukturprobleme geht: Wir haben in allen Programmen, auch in den Stuttgarter Leitsätzen, gute Sätze zur Zurückführung des Staatsanteils, zur Entbürokratisierung und zur Privatisierung. Der Bundeskanzler hat ja dazu gestern einiges Wichtiges gesagt.

Aber ich habe den Eindruck, daß wir es überall dort, wo wir die Verantwortung haben, mit der Entbürokratisierung und Privatisierung nicht immer genauso ernst meinen wie in den Programmen.

Und deswegen sind meine Bitte und meine Hoffnung, daß wir uns gemeinsam entschließen, überall dort, wo wir Verantwortung haben, dem Beispiel des Bundesfinanzministers mit der Teilprivatisierung der VEBA zu folgen und in anderen Bereichen deutliche Privatisierungsschritte zu setzen. Nicht nur bei der Lufthansa! Es ist völlig uneinsichtig, daß 74 Prozent Bundesanteil bei der Lufthansa sein müssen. Und nicht nur bei anderen Bundesbeteiligungen! Es gibt über 958. Auch im Bereich der Länder und Gemeinden müßte, meine ich, die Union der Bannerträger einer breiten Privatisierungswelle werden und zeigen, daß Brauereien nicht unbedingt im Landesbesitz sein müssen, daß Müllabfuhr nicht unbedingt in staatlicher Regie geregelt werden muß, sondern daß wir überall mehr Privatinitiative zur Wirkung bringen können.

Ein letzter Punkt, liebe Parteifreunde. Ich glaube, wir müssen dafür sorgen, daß wir dort, wo wir Verantwortung haben, staatliche Monopole begrenzen. Die Bundespost muß bei den neuen Postdiensten und im Breitbandverteilnetz mehr als bisher dem Handwerk und dem Mittelstand Spielraum lassen. Nur dann, wenn wir bereit sind, unsere Grundsätze auch in einer solchen praktischen Wirklichkeit zur Anwendung zu bringen, nehmen uns die Bürger die Stuttgarter Leitsätze ab .

Und deswegen möchte ich diese kurze Bemerkung - ich habe mich an die kürzere Redezeit zu halten gesucht - eigentlich damit schließen, daß ich sage: Die ganzen Leitsätze haben nur dann Wirkung, wenn wir bei der Existenzgründung, bei der Privatisierung, bei der Entbürokratisierung und bei der Begrenzung staatlicher Monopole dort, wo wir Verantwortung haben, selber Zeichen dafür setzen, daß Pro-

gramme nicht in den Wind geschrieben sind, sondern in die praktische Tat umgesetzt werden. Daran hängt unsere Glaubwürdigkeit.

(Vereinzelter Beifall)

Hermann Kroll-Schlüter, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wissmann. Ich erteile das Wort Herrn Minister Riesenhuber. Bitte schön.

Dr. Heinz Riesenhuber: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Ein Schwerpunkt der Leitsätze sind Forschung und Technologiepolitik, ausgehend von der Überzeugung - sie zieht sich durch das ganze Papier -, daß hier ein grundlegender Ansatz zur Lösung unserer Probleme liegt.

Zwei Voraussetzungen ziehen sich ebenfalls leitmotivisch durch. Erstens. Die Forschung, die Technik, die wir erarbeiten, muß erstklassig, muß sehr gut sein. Zweitens - und dies gehört dazu -. Sie muß verantwortbar sein in einer verletzlichen Welt; sie muß so gestaltet werden, daß sie hier einen Beitrag leistet, ohne zu zerstören.

Die Frage, wie diese Technik gut wird, ist in verschiedenen Reden angesprochen worden. Grundlegend und wesentlich ist die Voraussetzung: Wir müssen davon ausgehen, daß der Staat nicht aus eigener Weisheit Gegenstand, Inhalt und Ziel der Forschung anlegen kann.

Der Glaube der 70er Jahre war ein Glaube an die Prognose, ein Glaube an die Machbarkeit der Kreativität. Er führte dazu, daß der Staat seine eigentlichen Aufgaben nicht erfüllt hat. Er führte dazu, daß er Aufgaben übernommen hat, die seine Sache nicht sind. Er führte dazu, daß Dynamik in Wissenschaft und Forschung erlahmt ist, wo sie möglich und notwendig gewesen ist.

Dies bedeutet nicht von vornherein, daß der Staat sich aus dem Umgang mit Technik zurückzieht. Der Staat hat in unterschiedlichen Bereichen Voraussetzungen zu schaffen, die nur er schaffen kann. Grundlagenforschung lebt in ihrer Freiheit nur dadurch, daß der Staat einen zuverlässigen - auch finanziellen - Rahmen schafft.

Und die Freiheit der Grundlagenforschung ist Voraussetzung für ihre Qualität. Und Ursprung und Ziel von Grundlagenforschung sind die Spitzenleistung, die überhaupt erst rechtfertigt, was wir versuchen, und Voraussetzung für alles ist, was an Neuem erkannt, gemacht und auch besorgt werden kann.

Und dies bedeutet, daß die Grundlagenforschung in der Obhut des Staates, auch in seiner finanziellen Obhut stehen muß.

Das gleiche gilt für die Vorsorgeforschung, die Gesundheitsforschung, die Forschung für Umwelt und Klima.

Daß diese Forschung stattfindet, daß sie gut wird, ist Sache und Aufgabe des Staates bei vollem Recht und Freiheit der Forschung bei der Wahl ihrer Ziele und Inhalte.

Das zweite ist - und darüber hat besonders Ministerpräsident Späth gesprochen -, was hier erfahren wird, muß umgesetzt werden im Ergebnis in Produkte im Markt -

nicht so, als ob Forschung, Grundlagenforschung zielorientiert wäre und damit ihre eigene Valenz verlieren könnte, sondern so, daß man rechtzeitig erkennt, was das Ergebnis ist, es ergreift und umsetzt.

Die Entwicklung der 70er Jahre war eine Entwicklung zu größerer Distanz zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Wenn den Professoren gesagt wird, Vertragsforschung mit der Industrie sei Prostitution der Wissenschaft, dann mindert sich die Lust der Professoren, mit der Wirtschaft zusammenzuarbeiten, dann kriegen wir ein Auseinanderfallen einer Landschaft, die zusammengehört. Wenn wir die Vertragsforschung verstärken, wenn wir die Verbundforschung ausbauen, wenn wir technologieorientierte Unternehmensgründungen ermöglichen wollen, dann läuft dies alles darauf hinaus, daß Strukturen, die in dieser realen Welt nicht vernünftig funktionieren, von uns vernünftig mit angestoßen werden.

Dabei ist die Intelligenz dieser Art von Politik darin, daß der Staat mit möglicher Behutsamkeit Anstöße gibt, aber nicht hier Subventionen als Ruhekissen darbietet, daß sie Stachel bleiben, daß sie aufhören, daß sie neue Gebiete eröffnen, daß sie dann, wenn sie geöffnet sind, sich zurückziehen.

Das zweite, was dazu gehört, ist, daß wir um die eigentliche Forschungspolitik herum, die nur ein Teilbereich ist, eine Fülle von verlässlichen, vernünftigen Rahmenbedingungen aufbauen. Die Mikroelektronik entsteht nicht dadurch erfolgreich, daß wir eine Summe gezielter Programme noch so hoher Intelligenz errichten. Wenn gleichzeitig - und wir haben es in den 70er Jahren erlebt - der Staat nicht imstande ist, dort, wo seine hoheitliche Gewalt ist, Voraussetzungen zu schaffen, wenn der Staat Verkabelung nicht zuläßt, wenn die Schnittstellen nicht offen sind, wenn die Normen nicht klar sind, wenn der europäische Verbund nicht funktioniert, wenn der europäische Markt durch unterschiedliche Normensysteme aufgesplittert ist, die einen Fluß von Produkten und Wissen nicht erlauben, dann sind die Voraussetzungen nicht geschaffen, daß eine Technik sich nach eigenen Gesetzen entwickeln kann. Und deshalb haben wir die Voraussetzung in den neuen europäischen Programmen zur Mikroelektronik angelegt.

(Vereinzelter Beifall)

Dazu gehört ein Drittes: daß in der Gesellschaft allgemein bewußt wird, was Technik ist. Eine undifferenzierte Angst darf den Blick auf das Problem nicht versperren, sondern erforderlich ist eine inhaltliche Auseinandersetzung, die die Probleme erst lösbar macht.

Dazu gehört, daß wir uns einlassen in die Diskussion dort, wo sie schwierig ist, wo die Gewerkschaften vor Ort, vor den Belegschaften in den Betrieben zu begründen haben, warum sie trotz der Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Strukturwandel für neue Techniken sind. Alles, was dazu beigetragen werden kann, diesen Begründungszwang zu erleichtern, alles, was wir dazu beitragen können, die Diskussion rational durchzuführen, ist von außerordentlich hohem Wert. Dank ist den Gewerkschaften dafür zu sagen, daß sich an ihrer grundsätzlichen Bejahung der neuen Technik - bis hin in sehr kritische Bereiche - nichts geändert hat.

Wenn somit Technik gelingt, gehört dazu auch, daß Technik verantwortbar bleibt. In der offenen Gesellschaft ist eine Technik, die als problematisch, als unverantwortbar angesehen wird, keine dauerhafte Technik. Das bedeutet, daß sich die Weisheit des Staates zeigt in der Zurückhaltung beim Eingriff in den Markt. Er muß Freiräume

schaffen für den Wettbewerb der Güter und der Ideen. Gleichzeitig besteht die Pflicht des Staates darin - und dazu gehört Festigkeit -, Rahmenbedingungen rechtzeitig, zuverlässig so zu setzen, daß sich Techniken entwickeln können. Wenn wir bei der Kerntechnik international nicht die höchsten Ansprüche hinsichtlich Sicherheit, Entsorgung und Umweltschutz haben, dann ist die Forderung an die Technik zu stellen, diese Ansprüche zu erfüllen.

Der Staat hat dann dafür Sorge zu tragen, daß diese Technik in verlässlichen und übersehbaren Zeitplänen errichtet werden kann, daß sie sich nicht verzögert durch eine Verlagerung der Verantwortung vom Politiker auf den Beamten, von dem Beamten auf die Gerichte, von den Gerichten auf die Sachverständigen, bis niemand mehr verantwortlich ist und nichts mehr geschehen kann, bis alles verhindert wird und nichts mehr getan werden kann.

(Beifall)

Dazu gehört, daß wir die Risiken kennen, daß wir die Folgen von Techniken abschätzen, daß wir eine Umweltforschung in einem sensiblen Verständnis betreiben, und zwar in ökologischen Systemen und nicht punktuell. Dazu gehört - ich bin sehr dankbar, daß Herr Worms darauf hingewiesen hat -, daß wir dort, wo neue Fragen auftreten, sie rechtzeitig und in sensibler Weise aufgreifen. Wenn es auf Grund der Wissenschaft und Technik möglich ist, völlig neue Gebiete anzugehen, z.B. in der Gentechnologie, wenn es möglich ist, mit dem menschlichen Erbgut in bisher ungekannter Weise umzugehen, dieses Gebiet neu zu gestalten, dann haben wir grundsätzliche Fragen zu stellen auf Grund unserer sittlichen Verantwortung für Arbeit, für Forschung, für das, was wir tun.

Wir haben die Frage zu stellen: Wo sind die Grenzen im Umgang mit menschlichem Erbgut, die Grenzen, die durch die Würde des Menschen gesetzt sind? Das sind die Normen und der Rahmen unseres Verhaltens. Sie haben wir zu berücksichtigen.

Es ist gut, daß der Bundesvorstand hier einsteigt. Die Bundesregierung hat die Fragen vor eineinhalb Jahren in einem sehr intensiven Gespräch mit der Wissenschaft, der Theologie, der Philosophie, der Medizin aufgenommen. Wir sind mitten in der Diskussion.

Ein Viertes: Wenn Technik gelingt, wenn sie verantwortbar ist, ist auch die Voraussetzung dafür gegeben, daß sie zu einem Problemlöser in außerordentlich großem Umfang wird. Die Diskussion der 70er Jahre über das Ende der Basisinnovation ist vorbei. Die damals diskutierten Grenzen des Wachstums waren oft nur Grenzen der Phantasie der einzelnen. Was hier an neuen Techniken kommt und neue Wirtschafts- und Industriezweige begründet, vergeudet nicht Ressourcen, belastet nicht die Umwelt. Vielmehr erschließt es neue Möglichkeiten. Das gilt für die Biotechnologie, für die Materialforschung, die Mikroelektronik. Es gibt eine Fülle von Möglichkeiten, eine neue Welt aus Arbeit zu gestalten.

Der Geist der 70er Jahre war ein Geist der Verzagtheit und des Problematisierens. Wenn wir vor einem Problem resignieren, ist es damit schon unlösbar geworden. Wir sprechen nicht dem Geist eines technologischen Hurrapatriotismus das Wort. Aber Verzagtheit ist kein Zeichen von Sensibilität für das Problem. Wir sprechen vielmehr auf Grund unserer Verantwortung für die Technik, die die Grundlage für die Zukunft ist; für die Zukunft unserer Arbeit und unserer Arbeitsplätze, für die Zukunft unseres Landes und seines Wohlstands. Wir sprechen aber auch in dem Wissen um den

Beitrag, den unser Land als eine Wissenschafts- und Industrienation in internationaler Zusammenarbeit zu leisten hat. Die großen Probleme im Zusammenhang mit der wachsenden Weltbevölkerung können nur auf Grund eines verantwortlichen, alle Bereiche umfassenden Umfangs mit neuer Technik gelöst werden. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Das ist der Geist der Stuttgarter Leitsätze.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Wir danken unserem Freund Bundesminister Dr. Riesenhuber.

Das Wort hat jetzt Dorothee Wilms. Ihr folgt unser Freund Böhr.

Frau Dr. Dorothee Wilms: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wirtschaftliche Entwicklung, wissenschaftliche Entwicklung, die wir so dringend brauchen, sind nicht möglich ohne eine gute Ausbildung und Bildung unserer Jugend. Das ist in den heutigen Tagen ein quantitatives und ein qualitatives Problem.

Meine Damen und Herren, das bedeutet sehr konkret, daß wir den Jugendlichen der geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt mitten unter uns sind, Kapazitäten im gesamten Bildungsbereich zur Verfügung stellen müssen. Das bedeutet konkret, daß die ausbildenden Betriebe jungen Menschen noch mehr Plätze als bisher zur Verfügung stellen müssen, daß die Betriebe über Bedarf ausbilden müssen. Aber das bedeutet dann auch, daß nicht gestreikt werden darf, wenn junge Menschen nicht sofort einen Arbeitsplatz in ihrem Ausbildungsbetrieb finden. Dann nämlich könnten wir keine Betriebe dafür gewinnen, über den Bedarf hinaus auszubilden.

Wir brauchen eine Überlast aller beruflichen Schulen, und wir brauchen das Offenhalten der Hochschulen. Wir müssen sie bitten, noch mehr Studenten als bisher aufzunehmen. Ich möchte eigentlich - auch das gehört zu den Stuttgarter Leitsätzen - noch einmal an alle Betriebe appellieren, den jungen Menschen auch in diesem Jahr trotz Streikgefahr, trotz Schwierigkeiten in der Tarifauseinandersetzung, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Bildungspolitik steht aber auch vor schwierigen und großen qualitativen Problemen. Es gilt, Fehlentwicklungen der letzten 20 Jahre zu korrigieren und die Weichen für die Zukunft neu zu stellen. Wir müssen die Bildungsinhalte und die Bildungsziele neu überdenken mit Blick auf die Anforderungen des Jahres 2000. Wir müssen bei unseren Kindern eine positive Haltung gegenüber der Technik erzeugen. Wir müssen unsere Kinder mit den neuen technischen Entwicklungen vertraut machen. Wir müssen ihnen aber auch zeigen, wie man die Chancen und die Gefahren der neuen Techniken erkennt.

Das heißt - das sage ich als christdemokratische Politikerin mit allem Nachdruck -, je mehr wir den jungen Menschen Technik und Forschungsergebnisse nahebringen, um so notwendiger ist es, daß wir den Kindern auch wieder eine Wertorientierung mit auf den Weg geben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es kommt darauf an, daß wir die zehn Gebote in den Herzen der Kinder verankern und nicht im Computer abrufbar speichern.

(Beifall)

Gerade angesichts der sehr differenzierten Anforderungen, die heute auf junge Menschen zukommen, brauchen wir ein differenziertes Bildungswesen. Wir müssen wegkommen von der Einbahnstraße Abitur - Hochschule. Wir müssen die berufliche Bildung in ihrem Eigenwert neu bestimmen und neu akzeptieren.

(Beifall)

Meine Freunde, wir müssen dafür sorgen, daß der Facharbeiter die gleiche berufliche Chance wie der junge Akademiker bekommt. Deshalb gewinnt die Weiterbildung eine große Bedeutung. Wir stehen hier erst am Anfang einer Entwicklung. Wir brauchen die Weiterbildung, um dem Tüchtigen die Chance zu geben. Wir brauchen Weiterbildung, um Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt auffangen zu können, soweit es den einzelnen Berufstätigen betrifft.

Auch das ist CDU-Position: Weiterbildung ist keineswegs nur eine staatliche Angelegenheit. Ganz im Gegenteil: Betriebe, Gewerkschaften, Kirchen stehen hier in einer ganz besonderen Verantwortung. Ich hoffe, daß es uns gelingt, gerade auf diesem Gebiet der Weiterbildung aus dem Stande des Entwicklungslandes herauszukommen, in dem wir uns zur Zeit noch befinden.

Die Hochschulen stehen hier ebenfalls in einer besonderen Verantwortung. Neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung müssen schnell umgesetzt und weitervermittelt werden. Dies geht am allerbesten über Personen; "Personentransfer" sagt man heute dazu. Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen werden nur durch Wettbewerb um die besten jungen Menschen und die besten Forschungsergebnisse auch ihre eigenen Zukunftsaufgaben bewältigen können.

Für uns ist deshalb - lassen Sie mich das abschließend mit allem Nachdruck sagen - die Förderung begabter junger Menschen in Schule, Berufsausbildung und Hochschule ganz besonders wichtig. Begabte brauchen genauso wie benachteiligte junge Menschen eine Förderung. Dies bedeutet Solidarität, wie wir als CDU sie verstehen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Ich danke der Frau Bundesminister Dorothee Wilms.

Unser Freund Christoph Böhr hat in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit auf seine Wortmeldung verzichtet.

(Beifall)

Das Präsidium dankt ihm sehr dafür und bittet alle, die jetzt noch kommen, sich ebenfalls zu überlegen, ob sie es nicht möglich machen können, sich zur Einzeldebatte zu melden. Auf jeden Fall stehen wir noch vor der Gesamtberatung der

einzelnen Punkte der Stuttgarter Leitsätze, und deshalb sieht sich das Präsidium jetzt veranlaßt, die Redezeit auf fünf Minuten zu beschränken.

Als nächster hat Herr Dr. Norbert Lammert aus Westfalen-Lippe das Wort. Ihm folgt unser Freund Hauser aus dem Rheinland.

Dr. Norbert Lammert: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will unter Berücksichtigung der verhängten Redezeitverkürzung im Telegrammstil einige wenige notwendige Anmerkungen machen, die uns vor allen Dingen aus der Sicht der Arbeitnehmer, der Fraktion und der Partei, aber auch außerhalb der Partei als besonders wichtig erscheinen.

Der Generalsekretär hat heute vormittag bei der Erläuterung des Entwurfs darauf hingewiesen, daß wir hier kein neues Grundsatzprogramm zu verabschieden haben und auch nicht die Soziale Marktwirtschaft ein zweites Mal neu definieren. Gleichwohl werden wir bei der Beantwortung der Fragen, welche Antworten wir auf die Herausforderungen der 80er Jahre finden wollen, Auskunft darüber geben müssen, was wir in den 80er Jahren und unter den Bedingungen der 80er Jahre unter Sozialer Marktwirtschaft verstehen. Deswegen muß gleich zu Beginn klar sein, daß mit der Union die Versuche, die an der einen oder anderen Stelle unternommen werden, nicht zu machen sind, Wettbewerbsordnung und Sozialordnung in den Kategorien gegeneinander auszuspielen, was denn wohl unter den Problemen, die heute zu lösen sind, das Wichtigere sei.

Meine Freunde, wer wider besseres Wissen nicht zur Kenntnis nehmen will, daß Wettbewerb nur im Sozialstaat möglich und erträglich ist und umgekehrt der Sozialstaat von der Leistungsfähigkeit einer Wettbewerbsordnung abhängt, der beseitigt die Soziale Marktwirtschaft, statt sie zu erneuern. Ich will in wenigen Anmerkungen nur drei Aspekte gesondert hervorheben.

Es kann keinen Zweifel daran geben - und das macht der Entwurf auch deutlich -, daß die Erhaltung des sozialen Konsenses für uns kein Restposten der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sein kann, sondern daß sie eine der Bedingungen dafür ist, daß die Bemühungen, die wir unternehmen wollen, überhaupt erfolgreich sein können. Dies hat dann allerdings praktische Konsequenzen - praktische Konsequenzen bei der Verteilungspolitik, bei der Tarifpolitik und nicht zuletzt auch bei der Steuerpolitik. Wir sehen hier ganz deutlich einen Korrekturbedarf, vor allem angesichts der Entscheidungen, die wir in der Vergangenheit, insbesondere in den letzten Monaten, bereits getroffen haben. Wir sind für eine Verbesserung der Angebotsbedingungen der Wirtschaft, weil ohne sie eine Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit nicht möglich erscheint. Wir weisen aber darauf hin, daß eine Verbesserung der Angebotsbedingungen der Wirtschaft, die durch gleichzeitige Verkürzung des volkswirtschaftlichen Nachfragevolumens erkauft wird, sich selbst um die möglichen Erfolge einer solchen wirtschaftspolitischen Strategie betrügen müßte.

Zweite Anmerkung zum technologischen Wandel. Dieser Parteitag wird nicht darüber streiten, daß es zum technologischen Wandel keine Alternative gibt. Jeder Versuch, moderne technologische Entwicklungen aufzuhalten, ist ebenso aussichtslos wie unvernünftig, weil auf diese Weise weder zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen noch die vorhandenen erhalten werden können. Aber es geht allein schon darum, wie wir denn eigentlich den unvermeidlichen technologischen Veränderungsprozeß, diesen Strukturwandel bewältigen wollen. Der technische Fortschritt und die wirt-

schaftliche Effizienz sind eben nicht das letzte Maß aller Dinge. Arbeitsteilung und Rationalisierung dürfen nicht weiter vorangetrieben werden, als menschlich erträglich und sozial zu verantworten ist. Letzteres brauchen wir übrigens nicht mehr zu beschließen, weil wir dies schon vor einigen Jahren im Grundsatzprogramm unserer Partei mit aller notwendigen Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht haben.

Wir sollten aber vielleicht bei dieser Gelegenheit ausdrücklich darauf verweisen, daß die notwendigen Veränderungen bei der Gestaltung von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsbedingungen nur möglich und durchsetzbar sind, wenn wir das mit den Arbeitnehmern und nicht gegen sie tun. Wir sind der Antragskommission dankbar dafür, daß sie genau an dieser Stelle eine Konkretisierung, eine Verdeutlichung des Entwurfs vorschlägt. Die Arbeitnehmer haben einen Anspruch auf Beteiligung an den Entscheidungen, die ihre eigene Arbeitswelt tiefgreifend verändern. Wer hier Mitbestimmung verweigern wollte, würde den sozialen Konsens verhindern und gerade damit die Modernisierung der Volkswirtschaft erschweren, von der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise abhängig sind.

Letztes Stichwort: Arbeitsmarkt. Es ist heute morgen so viel davon gesprochen worden, daß die Flexibilisierung von Arbeitsbedingungen der Maßstab des Fortschritts auf dem Arbeitsmarkt sei, daß dies keiner Wiederholung bedarf. Wir haben inzwischen nach einer auch innerparteilich nicht immer ganz einvernehmlichen Diskussion der letzten Monate Übereinstimmung darüber erzielt, daß wir zwar nicht ohne Wachstum, aber auch nicht mit Wachstum allein den Arbeitsmarkt in Ordnung bringen können, daß es aber hier nicht auf eine einzige, schablonenartige, auf die gesamte Volkswirtschaft aufgeklebte Form der Arbeitszeitverkürzung ankommt, sondern auf die Phantasie und die Treffergenauigkeit verschiedener Formen der Neugestaltung von Arbeitsbedingungen.

Keine dieser vorgeschlagenen Formen von Arbeitszeitverkürzung schafft für sich allein die notwendige Zahl der zusätzlich erforderlichen Arbeitsplätze, übrigens auch dann nicht, wenn die Kosten einer Arbeitszeitverkürzung bei der Lohnentwicklung berücksichtigt werden. Aber die Probleme des Arbeitsmarktes werden durch eine Tabuisierung der gegenwärtig gültigen Arbeitszeit vollends unlösbar. Deswegen darf der jahrzehntelange Prozeß einer kontinuierlichen Verringerung der Arbeitszeit nicht ausgerechnet in einer Phase der Massenarbeitslosigkeit gestoppt werden.

Wir sind sehr dafür, daß hier auf dem Hintergrund der Vorschläge, die die Antragskommission gemacht hat, vielleicht unter Berücksichtigung eines kurzfristigen Ergänzungsvorschlages von Ministerpräsident Zeyer, deutlich gemacht wird, daß wir uns sowohl gegen den voreiligen Versuch wenden, nun mit der tarifpolitischen Dampfwalze eine Einheitslösung, eine massive, flächendeckende Verkürzung der Wochenarbeitszeit durchzuführen, als auch die Optionen offenhalten, einen kontinuierlichen Prozeß unter Berücksichtigung der genannten Kriterien auch für die Zukunft möglich und durchführbar zu machen, wie es in der Vergangenheit ebenfalls der Fall war.

Meine allerletzte, eher technische Bemerkung. Wir werden heute bei einer Vielzahl von Einzelfragen keine Meinungsverschiedenheiten haben. Wir werden zu einigen wenigen Punkten nach Kompromissen suchen müssen. Ich würde mir wünschen, daß diese Kompromisse nicht so aussehen, daß wir alle deswegen - am Ende womöglich sogar einvernehmlich - zustimmen können, weil die Formulierungen so ausgefallen sind, daß sie den Streit nicht mehr lohnen und eine beliebige Interpretation zulassen.

Ich denke, wir sollten hier schon den Mut zu Formulierungen finden, die dem Zweck eines Parteitages gerecht werden, der eigenen Fraktion und der eigenen Regierung auch Wege aufzuzeigen, Richtpunkte anzugeben, die die Zukunft deutlicher machen und unserem Anspruch gerecht werden, einen Beitrag zu einer modernen und humanen Industrienation zu leisten. - Danke schön.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Lammert. Als nächster hat das Wort unser Freund Hauser aus dem Rheinland.

Hansheinz Hauser, Krefeld: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur ein paar Bemerkungen zu dem Thema Mittelstand machen, das vor allen Dingen in den Punkten 29 und 30 der Leitsätze schon eine hinreichende Beachtung gefunden hat. Ich bin sehr dankbar dafür, daß sowohl der Herr Bundeskanzler als auch unser Generalsekretär in ihren Reden hier ausdrücklich auf die Bedeutung des Mittelstandes für die Lösung der hier anstehenden Probleme aufmerksam gemacht haben.

Meine Damen und Herren, in der politischen Diskussion hat in den letzten Monaten der Begriff der Mittelstandskomponente immer wieder eine Rolle gespielt. Dieser Begriff ist vielfach fehlinterpretiert worden, weil er auch mißverständlich ist. Deswegen lege ich Wert darauf, hier festzustellen, daß für uns Mittelstandspolitik nicht irgendein Randgebiet der Wirtschaftspolitik ist, sondern daß sie integraler Bestandteil unserer gesamten Wirtschaftspolitik nur sein kann, wenn sie erfolgreich betrieben wird.

Meine Damen und Herren, Mittelstandspolitik ist auch keine Schutzzaunpolitik zugunsten leistungsunfähiger Unternehmen - das kann nicht unser Interesse sein -, sondern es geht um die Chancengerechtigkeit zwischen Großen und Kleinen in unserer Wirtschaft.

Dazu möchte ich ein paar wenige Anmerkungen machen, weil ich glaube, daß es wichtig ist, dies hier festzuhalten.

In der Steuerpolitik hat der Bundesfinanzminister Vorschläge gemacht, die nicht nur geeignet sind, für die Steuergerechtigkeit zwischen den Arbeitnehmern und für unsere Familien zu sorgen, sondern die auch dazu beitragen, daß unsere Unternehmen wieder in stärkerem Maße die Bildung von Eigenkapital pflegen können, was ja bekanntermaßen in den zurückliegenden Jahren sehr stark abgerutscht ist. Wir liegen heute bei einer Eigenkapitalausstattung unter 20 Prozent.

Meine Damen und Herren, die steuerliche Belastung, die auch dem nicht entnommenen Gewinn widerfährt, ist ein zentrales Problem. Herr Ministerpräsident Albrecht hat heute morgen hier schon einiges gesagt. Ich brauche das nicht zu wiederholen. Diese Frage und die von uns immer wieder geforderte steuerstundende Investitionsrücklage zur Pflege des Eigenkapitals und zur Förderung der Investitionskraft wird für uns auf der steuerpolitischen Tagesordnung bleiben, auch wenn das jetzt im Zuge der aktuell vorliegenden Vorschläge nicht realisiert werden kann.

Matthias Wissmann hat vorhin einiges zur Existenzgründung gesagt, einem zentralen Problem unserer Mittelstandspolitik. Ich will mich darauf beschränken, hier nur noch anzumerken, daß aus unserer Sicht die Bildung von Kapital zur Existenzgrün-

dung die beste Vermögensbildung ist, die wir uns vorstellen können, und die wirtschaftlich wirksamste.

(Vereinzelt Beifall)

Aus unserer Sicht wäre es durchaus vertretbar, wenn man zu einer vernünftigen Lösung des Existenzgründungssparens kommt, um dann auf die steuerliche Begünstigung und auf Prämienleistungen für das einfache Kontensparen zu verzichten, um damit auf der anderen Seite dem Finanzminister eine Entlastung zu geben.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier aber dem deutlich widersprechen, was der Herr Ministerpräsident Späth in seinen Anmerkungen - die er hier als persönliche Erklärung vorgetragen hat - zu den Prioritäten bei den steuerlichen Entlastungen gesagt hat. Er hat nämlich gesagt, es sei durchaus denkbar, daß der Mittelstand zunächst einmal auf steuerliche Entlastungen verzichtet, wenn man zunächst einmal die Arbeitnehmer bedenkt.

Meine Damen und Herren, wenn es richtig ist - dieser Feststellung ist bisher von niemandem widersprochen worden -, daß in der Bundesrepublik Deutschland nur noch ein Drittel der gewerblichen Betriebe zur Gewerbeertragsteuer veranlagt wird, weil nämlich zwei Drittel unterhalb eines Gewerbeertrags von 36 000 DM liegen - d.h. unterhalb dessen, was heute ein qualifizierter Facharbeiter als selbstverständlichen Lohn verdient -, dann ist für diese Gruppe des Mittelstandes, die im Bereich der Kleinen und Mittleren angesiedelt ist, eine steuerliche Entlastung auch jetzt im Zusammenhang mit unserer aktuellen Diskussion genauso notwendig und genauso vordringlich wie alle anderen Entlastungen, die zur Zeit zur Debatte stehen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, eine Bemerkung zur Sozialpolitik. Ich glaube, wir sind gemeinsam daran interessiert, die Systeme der sozialen Sicherung zu stabilisieren und sie vor Mißbrauch zu schützen. Aber das, was in der Sozialpolitik an Beiträgen gezahlt wird, ist für den Bürger und für die Unternehmen in gleichem Maße ein Kostenfaktor wie die Steuern. Deswegen ist die Frage, ob wir hier dadurch Entlastungen schaffen können, daß wir konzentrieren und die Dinge besser gestalten als in der Vergangenheit, sicherlich ein Thema. Auch dazu hat der Ministerpräsident Albrecht dankenswerterweise hier einige Vorschläge gemacht, die wir gerne unterstützen.

Wir stehen immer wieder in der Diskussion um die Aus- oder Neugestaltung des geltenden Wettbewerbsrechts. Auch der Jahreswirtschaftsbericht hat deutlich gemacht, daß es hier Teilmärkte gibt, in denen es einen ruinösen Wettbewerb zwischen großen und kleinen, zwischen marktstarken und den kleinen und mittleren Unternehmen gibt. Die Bemühungen um eine freiwillige Lösung, um ein freiwilliges Sich-Verständigen auf vernünftige, leistungsgerechte Wettbewerbsregeln sind bisher gescheitert. Wir sind der Meinung, wenn sich da nicht allzubald etwas tut, wenn sich die am Markt Beteiligten nicht bald auf eine gemeinsame Erklärung verständigen, muß der Gesetzgeber tätig werden, um weitere Konzentrationen zu verhindern und um die kleinen und mittleren Unternehmen gegen die Marktmacht der großen zu schützen. Wir sind nicht für Gesetze, wenn sie nicht erforderlich sind. Aber wir sind nicht der Meinung, daß man hier unwidersprochen hinnehmen kann, daß kleine und mittlere Unternehmen vom Markt verdrängt werden, weil die großen und kapitalstarken dies untereinander für sich verabredet haben.

(Beifall)

Deswegen, meine Damen und Herren, bleibt auch dies ein Thema. Ich bin dankbar, daß dazu in den Leitsätzen einige Anmerkungen gemacht worden sind. Ich hoffe, daß wir sie hier einheitlich verabschieden können.

Eine letzte Bemerkung, meine Damen und Herren, weil natürlich auch im Mittelstand die Frage nach der Wende immer wieder gestellt wird und wir überhaupt keinen Anlaß haben, uns hier zu verstecken. Ich möchte nur eines sagen. Wir haben in der Opposition nicht 13 Jahre für den Mittelstand gekämpft und uns als Hoffnungsträger für den Mittelstand politisch darstellen können, um jetzt in der Regierungszeit das nicht zu realisieren, was wir in all den Jahren für politisch notwendig erachtet haben. Das, was wir in 13 Jahren dem Mittelstand als Perspektiven, als Alternativen zu einer sozialistischen Politik vorgetragen haben, müssen wir jetzt in der Regierungsverantwortung realisieren, wenn wir auf Dauer glaubwürdig bleiben wollen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Freund Hauser. Das Wort hat Eimar Pieroth aus Berlin, dann der Minister Schnipkoweit aus Niedersachsen.

Eimar Pieroth: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Vor zwei Wochen wurde ich in Tokio von führenden Vertretern der japanischen Metallarbeitergewerkschaft gebeten, doch einmal ganz offen zu sagen, welche Vorteile die deutschen Arbeitnehmer denn von einer 35-Stunden-Woche hätten. Ich antwortete mit der Gegenfrage, ob es denn in Japan zur Arbeitszeitverkürzung käme, wenn wir eine solche jetzt in Deutschland hätten. Da wurde kategorisch nein gesagt. Erstens hätte man jetzt mehr ältere Menschen, die man versorgen müsse. Zweitens hätte man Arbeitslosigkeit zu beseitigen - wenn auch weniger als bei uns. Drittens hätte man noch andere Aufgaben. Ich sagte: Wir auch; machen Sie sich da keine Sorgen um uns.

Die Leitsätze, die wir heute diskutieren, zeigen, daß auch die CDU die Aufgaben anders sieht: die Erleichterung von Existenzgründungen und -erweiterungen, auch der bessere Zugang zu Beteiligungskapital und zum Aktienmarkt, das Zusammenbringen von Wissenschaft und Wirtschaft, die Verbesserung der Sozialpartnerschaft durch die Beteiligung der Arbeitnehmer an Gewinn und Kapital der Unternehmer, die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit für all die, die mit weniger Arbeitseinkommen zufrieden sein wollen, und die Steuerreform. Hier, beim letzten Punkt - deshalb habe ich mich gemeldet -, wünsche ich mir allerdings eine Verdeutlichung in den Zielen und in der Begründung.

Ich habe jeden Respekt für die, die sich dafür einsetzen, daß die Familien mehr unterstützt werden. Ich habe den gleichen Respekt für die, die die Unternehmensbesteuerung weiter abbauen wollen. Ich bin für mehr Gerechtigkeit in der Besteuerung. Aber jetzt kommt es aus Wachstums- und Beschäftigungsgründen auf die Tarifreform an. Hier bin ich ausnahmsweise einmal anderer Ansicht als Ernst Albrecht.

Liebe Parteifreunde, wir müssen die Steuerprogression für all die mindern, die heute schon viel arbeiten und die in den nächsten Jahren noch mehr arbeiten müssen, weil

nicht durch weniger Arbeit, sondern nur durch dieser Männer und Frauen Mehrarbeit mehr Arbeitsplätze entstehen können.

(Vereinzelt Beifall)

Diese Menschen müssen wir auch mit geringeren Steuergrenzsätzen gewinnen. Wir dürfen sie nicht durch wachsende Grenzbesteuerung in Eigenarbeit, in Hobbyarbeit, in Schwarzarbeit und mehr und mehr in den Bereich der Nichtarbeit abdrängen. Damit sind die kleinen und mittleren Unternehmen gemeint, über die Freund Hauser eben gesprochen hat. Dazu gehören aber auch - sie werden im allgemeinen zu wenig beachtet - die Mittelschichten in den Großunternehmen, ja sogar schon in den mittleren Unternehmen. Diejenigen, die noch nicht ganz oben sind, machen den dynamischen Teil der Wirtschaft aus. Deren Aufstiegswillen müssen wir mehr nutzen, damit wir zu mehr Beschäftigung kommen. Ich meine die Vorarbeiter, die Meister, die Millionen von Außendienstmitarbeitern, die die Aufträge hereinholen, die Erfinder, die Wissenschaftler, die neue Entwicklungen voranbringen. Sie hat auch *Helmut Kohl wohl in erster Linie gemeint, als er davon sprach, daß diese Personen mit ihrer Arbeit eine Stunde früher anfangen und daß sich diese eine Stunde mehr für sie auch finanziell lohnen müsse, und zwar nicht nur brutto, sondern auch netto.*

(Vereinzelt Beifall)

Das Ziel ist dieses: mehr Arbeit, oft auch bessere Arbeit, Innovationen auf breiter Front, auch mit bewährten alten Produkten in neue Märkte hineingehen, neue Arbeit für Hochtechnologie. Hochtechnologie schaffen wir weder mit dem frustrierten Euro-Pessimismus noch mit blinden, politisch motivierten Chip-Chip-Hurrarufen. Hochtechnologie erfordert erstens das Zusammenbringen von Wissenschaft und Wirtschaft. Die Leistungen und Erfindungen unserer Wissenschaftler und Forscher müssen mehr und rascher in Arbeitsplätze in der Wirtschaft umgesetzt werden. Berlin zeigt, daß das geht. Hochtechnologie heißt zweitens neue Produkte in vielen, vielen Arbeitsstunden entwickeln, im Wettbewerb produzieren und dann im In- und Ausland verkaufen. Auch deshalb ist die 35-Stunden-Woche der falsche Weg. Auf dem Weg zum Kunden im Ausland müßte der Verkäufer ja schon wieder umkehren, bevor er die Verkaufsverhandlungen überhaupt begonnen hat, weil die 35-Stunden-Woche um wäre.

Folgendes kommt hinzu - das will ich noch anfügen -, Schaffen wir keine spürbare Minderung der Steuerprogression, dann bleibt es bei der heimlichen Steuererhöhung. Diese Steuererhöhung wirkt dann genauso wie ganz bestimmte Formen der Arbeitszeitverkürzung - dies ist das andere aktuelle Thema -, sie verteuert die Arbeit. Die Arbeit darf aber nicht teurer werden. Sonst würden es immer weniger sein, die Arbeit haben. Die Arbeit muß durch unsere Maßnahmen wettbewerbsfähiger werden. Dann werden es auch wieder mehr sein, die arbeiten können. Wir müssen viele zur Mehrarbeit ermuntern - nicht zu weniger Arbeit -, weil die Quelle unseres Wohlstandes auch in Zukunft nur unsere Arbeit und nichts anderes sein wird.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Freund Pieroth. Nun hat Herr Minister Schnipkoweit aus Niedersachsen das Wort. Ihm folgt Frau Wex aus dem Rheinland. - Ist der Freund Schnipkoweit nicht im Saal? - Offensichtlich nicht. Dann erteile ich jetzt Frau Helga Wex das Wort.

Frau Dr. Helga Wex: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir leid, daß der Weg zum Rednerpult so viel Zeit in Anspruch genommen hat. Ich konnte aber nicht wissen, daß die Herren ihre Chance nicht wahrgenommen haben, hier zu sprechen. Herr Schnipkoweit, der jetzt nicht hier im Saal ist, wird sicherlich gleich kommen.

Heute werden hier Weichen für die Zukunft gestellt. Das hoffen wir jedenfalls. Sie werden aber dann falsch gestellt, wenn bei einer Analyse des gesellschaftlichen Wandels der vergangenen Jahrzehnte die Situation der Frau in der Familie nicht ausreichend beschrieben und gewürdigt wird. Die Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre knüpfen an den Erfolgen der Sozialen Marktwirtschaft in den 50er und 60er Jahren an und entwickeln politische Handlungsmaximen für die 80er Jahre. Der große Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 wäre unter einer anderen Wirtschaftsordnung nicht möglich gewesen, sicherlich aber auch nicht ohne den Beitrag der in den Betrieben und in den Familien tätigen Frauen. Gerade sie sind es, die von den gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahre besonders betroffen wurden.

Der gesellschaftliche Wandel, von dem in den Leitsätzen gesprochen wird, hat in starkem Maße die Situation der Frauen verändert. So ist der Anteil der Frauen an den abhängig Beschäftigten von 29 Prozent im Jahre 1950 auf 40 Prozent im Jahre 1983 gestiegen. Der rapide gesellschaftliche Wandel ist jedoch vor allem durch die Veränderung der sozialen Zusammensetzung des Personenkreises der arbeitenden Frauen gekennzeichnet. Heute ist die auch außerhalb der Familie tätige Frau ein normaler Fall. 93 Prozent aller Frauen sind heute in ihrem Leben einmal berufstätig gewesen; von den Frauen im erwerbsfähigen Alter - 15 bis 65 Jahre - sind es heute 50 Prozent. Die Zunahme der Zahl der außerhalb der Familie erwerbstätigen Frauen konzentriert sich auf die Altersgruppe zwischen 20 und 50 Jahren. Der Anteil der verheirateten Frauen unter allen erwerbstätigen Frauen hat sich nahezu verdoppelt. Der Anteil der Mütter mit Kindern unter 15 Jahren hat sich verdreifacht. Während die berufstätige Frau in den 50er und 60er Jahren jung, ledig und kinderlos war, ist sie heute meistens älter, verheiratet und Mutter.

Die neuen Technologien, die in den letzten Jahren vor allem im industriellen Bereich zum Wegfall von Arbeitsplätzen geführt haben, breiten sich zunehmend in Handel, Büro und Verwaltung aus, also in Arbeitsbereichen, in denen heute vor allem Frauen tätig sind. Obwohl durch die neuen Technologien auch Arbeitsplätze geschaffen werden, können diese Technologien den Verlust an herkömmlichen Arbeitsplätzen doch nicht auffangen. Wir müssen ehrlich sein und zugeben, daß gerade Frauen von den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte besonders betroffen werden und es eine vorrangige Aufgabe der CDU ist, in ihrer Politik auf diesem Gebiet wieder mehr Gerechtigkeit walten zu lassen. So wäre beispielsweise ein Versuch, die Probleme des Arbeitsmarktes und des wirtschaftlichen Wachstums auf Kosten der Frauen lösen zu wollen, nicht der richtige Weg. Notwendig ist vielmehr eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die die Gleichberechtigung der Frau mit einbezieht und die sich am Grundgesetz und am Grundsatzprogramm der CDU orientiert. Meine Damen und Herren, es ist hier heute oft gesagt worden, daß wir kein neues Grundsatzprogramm schreiben. Aber eines ist doch sicherlich unser aller Absicht: daß wir in den grundsätzlichen Aussagen nicht etwa hinter die Aussagen des Grundsatzprogramms zurückgehen. Wir müssen vielmehr auch bei der Konkretisierung der Leitsätze diese unsere Grundsatzpositionen weiter verfolgen.

Hieraus folgt: Die gleichberechtigte Stellung von Mann und Frau in unserer Gesell-

schaft sowie Schutz und Förderung der Familie müssen gleichberechtigte Ziele eines Programmes sein, das die Zukunft Deutschlands als einer modernen und humanen Industrienation sichern will.

(Beifall)

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist bis heute besonders unvollkommen verwirklicht. Als Gestaltungsmerkmal der Sozialen Marktwirtschaft hat sie eine weit über die Frauen hinausgehende Bedeutung. Die Forderung nach Gleichberechtigung bezog sich ursprünglich nur auf die Auseinandersetzung zwischen Mann und Frau. Heute ist in diesem Zusammenhang nicht nur an die Gleichberechtigung von Mann und Frau, sondern auch an die Gleichberechtigung von berufstätigen Frauen und Hausfrauen zu denken. Es zeigt sich heute, daß zu den großen Aufgaben, die es in diesem Jahrhundert zu lösen gilt, gehört, die Erreichung der Gleichberechtigung von diesen beiden Gruppen von Frauen zu gewährleisten.

Die Modelle des Sozialismus - die Frau kann sich nur in der Arbeitswelt verwirklichen -, des Feminismus - die Frau muß sich gegen den Mann verwirklichen - und des Konservatismus - die Frau gehört nur ins Haus - sind gescheitert. Wir sind der Meinung, daß die Wahlfreiheit zwischen Mann und Frau auch beinhaltet, daß man nicht nur zwischen Hausfrauentätigkeit und Berufstätigkeit für Männer und Frauen, sondern auch zwischen der Möglichkeit wählen kann, beides miteinander zu verbinden oder sich für eines von beiden zu entscheiden.

(Beifall)

Noch ein Wort zur Familienpolitik: Familienpolitik ist kein Anhängsel der Bevölkerungspolitik.

(Beifall)

Die Sorgen, daß weniger Kinder zu Schwierigkeiten im System der sozialen Sicherung führen, können niemanden bewegen, Kinder zu bekommen. Meine Damen und Herren, im Ziel sind wir uns doch einig! Wir wollen auch, daß es mehr Kinder in Deutschland gibt, daß mehr Kinder geboren werden. Aber wir möchten, daß das als Ausweis des Mutes zur Zukunft und als eine freie Entscheidung der Menschen angesehen wird. In der Diskussion über die wichtigen Fragen der Familienpolitik müssen wir uns über eines im klaren sein: Niemand zeugt ein Kind, weil wir nicht genug Rententräger haben. Das wäre im übrigen auch nicht christlich. Denn wir sind der Meinung, daß jedes Kind seinen Wert in sich selbst hat und daß die Familie ihr Kind zunächst einmal unverwechselbar als ihr Kind haben möchte, ehe man ihm andere Funktionen zuweist.

(Beifall)

Die Familienpolitik ist die Drehscheibe, wenn es darum geht, eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht zu formen. Wir haben die Aufgabe, die Relation wieder umzudrehen, die durch 13 Jahre SPD-Politik in der Bundesrepublik bewirkt worden ist. Immer weniger Menschen glaubten daran, daß Frauen, sowohl Hausfrauen als auch berufstätige Frauen, in unserer Gesellschaft gleiche Chancen wie andere haben. 1967 waren es noch 40 %, heute sind es nur noch 10 %. Wenn wir von Leitsätzen sprechen, nach denen wir unsere Politik formulieren wollen, dann können wir an dieser Sache nicht vorbeigehen. Sie ist zwar nicht immer gleich mehrheitsfähig.

hig, aber, meine Damen und Herren, denken Sie einmal an die Parteitage zurück, auf denen wir angefangen haben, von Familienpolitik zu sprechen. Da haben wir doch manchmal gehört: Nein, was wollen wir mit Familienpolitik? Familie zu haben ist zwar gut, aber kosten darf sie nichts, wir wollen uns unsere Kinder nicht bezahlen lassen.

Gott sei Dank liegt dieser Weg hinter uns. Mittlerweile ist Familienpolitik ein integraler Bestandteil unserer Politik. Wir werden diese Fragen gemeinsam mit den Betroffenen lösen und nicht den Fehler der Sozialdemokraten machen, Ideologien über die Menschen zu stülpen und sie nach vorgefertigten Bildern zurechtzustutzen.

Wir haben eine große Chance, dieses Ziel zu erreichen, wenn wir es nur erkennen und die große Faszination der Vorurteilslosigkeit bei der Behandlung zukunftsorientierter Ideen zum Mittelpunkt unserer Grundsätze - auch unserer Leitsätze hier in Stuttgart - machen. - Danke schön.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Helga Wex.

Meine Damen und Herren, die anderen Wortmeldungen sind, soweit es sich um die Generaldebatte handelt, zurückgezogen worden.

(Beifall)

Wir können also jetzt in die Beratung der einzelnen Punkte eintreten. Ich darf Sie namens des Präsidiums herzlich bitten, auch hier in Ihren Beiträgen ganz konzentriert zu sein. Die zeitliche Beschränkung von fünf Minuten besteht zunächst fort. Wir sollten versuchen, so zu verfahren, daß wir möglichst nicht bis in die späte Nacht hinein beraten müssen.

Meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 1 zusammen mit dem Antrag D 1 zu Beginn des Kapitels "IV. Politische Folgerungen" zu behandeln. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist offenbar nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

Wir kommen jetzt zur Beratung der Präambel. Dazu gehören die Anträge B 1 bis B 8 und der Initiativantrag B 29. Ich bitte Sie, die genannten Anträge zur Hand zu nehmen, damit Sie das verfolgen können.

Ich rufe also Ziffer 1 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 1 bis B 5, B 7, B 8 und der Initiativantrag B 29.

Der Antrag B 2 wird bei Ziffer 21 behandelt, der Antrag B 6 bei Ziffer 10.

Die Antragskommission hat eine Empfehlung ausgesprochen, die Sie in der Antragsbroschüre auf Seite 2 finden. Ich darf die Antragskommission bitten, eine kurze Begründung für ihre Empfehlung abzugeben. - Gut, es wird empfohlen, daß die Antragskommission nur dann Stellung nimmt, wenn andere Wortmeldungen, Änderungsvorschläge dazu oder dgl. vorliegen.

Mir liegt nun eine Wortmeldung zur Sache vor. Das Wort hat unser Freund Herbert Czaja aus Baden-Württemberg.

Dr. Herbert Czaja: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine humane Nation darf bei Leitsätzen zu ihrer Zukunft nicht ihre besonders bedrängten Glieder vergessen oder verschweigen. Deutschlands Zukunft ist nicht nur die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland, sondern - nach der Verpflichtung gemäß Art. 23 und der Präambel des Grundgesetzes sowie der Regierungserklärung - auch die Zukunft Deutschlands in allen seinen Teilen.

Diese Leitsätze beruhen auf dem Grundsatzprogramm und präzisieren in 50 Punkten Zukunftsaufgaben. Daher sollte wenigstens in drei Sätzen auch der Zukunft der bedrängten Deutschen gedacht werden. Folglich haben als Unterzeichner und Vertreter dieses Anliegens Minister Dr. Wörner, Minister Windelen, Staatssekretär Hennig, Frau Griesinger, Herr Wissmann, 27 weitere Delegierte und ich vorgeschlagen, in die Präambel der Leitsätze auch einzufügen, daß die Bundesrepublik Deutschland in allen ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zukunftsentscheidungen *besonnen und maßvoll, aber auch zielstrebig für alle Deutschen eintreten will*, daß sie die humane Gesellschaft für alle bedrängten Deutschen haben will. Man kann dazu mit Blick auf die Zukunft nicht verlegen schweigen. Deshalb haben die *Unterzeichner und Fürsprecher des Anliegens beantragt einzufügen, daß die CDU in den Leitsätzen hinsichtlich ihrer Zukunftsentscheidungen auch im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich die humane Gesellschaft für alle Deutschen anstrebt, daß sie ihren Sinn auf einen friedlichen Wandel für die persönliche Geborgenheit aller Deutschen und ihre Entfaltung in der personalen Würde im gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Bereich richtet. Dagegen kann schlechthin niemand etwas einwenden. Ein Schweigen zu dieser Zukunft wäre bedauerlich.*

Die Antragskommission lehnt das weder klar ab, noch stimmt sie klar zu wie bei anderen Anträgen. Sie meint, es genüge etwa der Hinweis auf das Grundsatzprogramm. Trotz dieses Hinweises auf das Grundsatzprogramm folgen dann aber hinsichtlich der Zukunft der Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland 50 umfangreiche Leitsätze. Fügen Sie deshalb mit Blick auf unsere Verantwortung für alle Deutschen auch diese drei Sätze ein. In unseren Überlegungen zum technischen und gesellschaftlichen Wandel bei uns sollte das knapp, maßvoll, aber doch klar erwähnt werden.

Darum bitte ich Sie auch namens der führenden Unterzeichner des Antrags: Dr. Wörner, Windelen, Frau Griesinger, Hennig und Wissmann. *Meine Damen und Herren, ich halte es schlicht für meine Pflicht, Sie um Ihre Stimme zum Initiativantrag B 29 zu bitten, da die Antragskommission dies zumindest nicht als schädlich oder falsch erachtet. - Ich danke Ihnen.*

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich möchte Sie noch einmal dringlich darum bitten, sich bei der Begründung von Änderungsanträgen so kurz wie möglich zu fassen. Ich empfehle, den Versuch zu machen, in der Regel nicht über drei Minuten hinauszugehen.

Als nächste hat Frau Renate Hellwig für die Frauenvereinigung das Wort.

Frau Dr. Renate Hellwig: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu dem Antrag der Frauenvereinigung sprechen. Wir sehen den Gedanken der Partnerschaft als ein unverzichtbares Prinzip und als einen unverzichtbaren Bestandteil des Gedankens der sozialen Marktwirtschaft in einer freiheitlichen Demokratie an. Die

Begründung der Antragskommission, daß dies schon in unserem Grundsatzprogramm stehe und wir hier um rein wirtschaftliche Fragen ringen würden, halten wir nicht für ausreichend, weil für uns die wirtschaftlichen Fragen, die jetzt viele Stunden lang beraten werden, doch von Männern und Frauen in gleicher Weise gelöst werden. Ich glaube, es ist gut, wenn die CDU von Anfang an versicherte, daß diese Leitsätze, die auf neue Technologien, auf Leistung, auf Bewährung im Wirtschaftsleben rechnen, sich nicht nur an die Männer in unserer Gesellschaft richten, sondern daß wir natürlich auch die Frauen mit ansprechen möchten. Ich greife hier auf das zurück, was Frau Wex gerade gesagt hat.

Meine Damen und Herren, die Gesellschaften haben sich immer dessen schuldig gemacht, daß sie so etwas wie leichte Lösungen angestrebt haben. Wir können das ganze Jahrhundert nehmen. Dann werden wir feststellen, daß im politischen Bewußtsein die Hausfrauen immer dann ganz oben gewesen sind, wenn es gut war, daß sie zu Hause blieben, weil die Arbeitsplätze knapp waren, daß ihr Ansehen aber immer dann gesunken ist, wenn die Marktwirtschaft dringend Arbeitskräfte brauchte und man dann die Leistungsfähigkeit der Frau in der Wirtschaft anforderte. Wir halten diese sogenannten einfachen Lösungen nicht für gut, sondern wir sind der Meinung, daß Partnerschaft auch im Wirtschaftsleben durch dick und dünn gehen muß,

(Beifall)

daß Männer und Frauen gemeinsam Konjunkturtiefen und -höhen zu bewältigen haben. Deswegen möchte ich Sie dringend bitten, dies auch als ein Prinzip zur Organisation der Wirtschaft zu akzeptieren und unseren Änderungsantrag anzunehmen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen zur Ziffer 1 des Antrages nicht vor. Ich erteile nunmehr für die Antragskommission Herrn Koch das Wort.

Roland Koch, Antragskommission: Meine Damen und Herren, die Antragskommission wird in den folgenden Verhandlungen des öfteren in der Position sein, nicht inhaltlich, sondern formal argumentieren zu müssen, weil es ja zu ihren Aufgaben gehört sicherzustellen, daß das, was wir heute nachmittag beschließen, ein in sich geschlossenes Programm und nicht eine addierte Wiederholung oder Verweisung auf andere Dinge wird.

Deshalb möchte ich zunächst zu dem Initiativantrag B 29 von Herrn Dr. Czaja und anderen sagen, daß die Antragskommission selbstverständlich jeden Satz, wie er hier vorgetragen worden ist, inhaltlich teilt. Darüber kann es wohl keinen Streit geben. Aber nach Abwägung mit anderen Anträgen, die hier ebenfalls gestellt worden sind und zu denen eine Empfehlung in gleichem Sinne erfolgt ist, meinen wir auch, daß es richtig ist, die Präambel auf das unbedingt im Zusammenhang mit dem Thema Wirtschaftspolitik Notwendige zu reduzieren und deshalb alle anderen Wünsche und Anträge auf das Grundsatzprogramm der CDU zu verweisen.

Deshalb finden Sie auch in der Formulierung der Antragskommission als erstes den Satz:

Die Stuttgarter Leitsätze beruhen auf dem Grundsatzprogramm der CDU.

Wir bitten Sie auch im Verfolg der Diskussion, die wir an anderen Punkten haben werden, den Versuch zu machen, alles das, was wir an wichtiger Programmatik haben und was grundsätzlich ist, nur einmal zu sagen und nicht dadurch zu entwerten, daß wir es an verschiedenen Stellen verbrauchen. Ich glaube, es ist unstreitig, daß wir im Grundsatzprogramm der CDU zu dieser Frage eindeutig und unmißverständlich Stellung genommen haben.

Das zweite: Der Antrag der Frauenvereinigung ist von dem, was ich eben sagte, gar nicht ganz zu trennen. Ich glaube, auch hier ist unstreitig, daß im Grundsatzprogramm der CDU die Partnerschaft von Mann und Frau in der richtigen und in unserem Sinne liegenden Weise gewürdigt worden ist.

Nur bestehen nun seitens der Antragskommission auch inhaltliche Bedenken hinsichtlich der Frage, ob es richtig ist, die Partnerschaft von Mann und Frau zu einem Gestaltungsmerkmal einer Wirtschaftsordnung zu erklären. Zweifelsfrei ist die Partnerschaft von Mann und Frau ein wichtiges politisches Ziel, das die Wirtschaftsordnung berücksichtigen muß und an dem Gestaltungsmerkmale gemessen werden können, aber selbst ist sie unseres Erachtens kein Gestaltungsmerkmal. Deshalb meinen wir, daß das Anliegen der Gleichberechtigung von Mann und Frau als ein grundlegendes politisches Thema im Grundsatzprogramm berücksichtigt ist. In diesem Zusammenhang empfehlen wir, dem Antrag der Frauenvereinigung nicht zu folgen.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wenn die jeweils angenommen ist, dann bedeutet das, daß die anderen Änderungs- oder Ergänzungsanträge damit abgelehnt sind.

Meine Damen und Herren, wer also für die Formulierung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das erste war die Mehrheit. Damit ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen.

Wir kommen nunmehr zu Kapitel II, "Analyse des Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft". Dazu gehören die Anträge B 9 bis B 26.

Ich rufe zunächst die Ziffer 2 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 9 bis B 15. Die Antragskommission hat eine Empfehlung ausgegeben, die auf Seite 4 der Antragsbroschüre abgedruckt ist. Da gibt es, wenn ich es richtig sehe, einen Druckfehler. Die Antragskommission weist darauf hin, daß in der von ihr empfohlenen Formulierung das Wort "Menschen" nicht richtig ist. Es muß "Maschinen" heißen. Das Wort "Menschen" ist also durch das Wort "Maschinen" zu ersetzen.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse dann über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe, bitte! - Stimmenthaltungen? - Die Formulierung der Antragskommission ist mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen dann zur Ziffer 3 des Antrags des Bundesvorstandes. Dazu gehört der Antrag B 16. Nachzulesen ist das auf Seite 6 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission

mission empfiehlt die Annahme der Ziffer 3 des Antrags des Bundesvorstandes. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer ihr folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das erste war die überwiegende Mehrheit.

Ich rufe Ziffer 4 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 17 und B 18. Das ist ebenfalls auf Seite 6 der Antragsbroschüre abgedruckt. Keine Wortmeldungen! Wer den Vorschlägen der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das erste war die große Mehrheit.

Ich rufe Ziffer 5 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören der Antrag B 19 und der Initiativantrag B 27. Keine Wortmeldungen? - Dann komme ich zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das erste war die große Mehrheit.

Ich rufe Ziffer 6 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören der Antrag B 20 und der Initiativantrag B 28. Auch das ist auf Seite 6 der Antragsbroschüre abgedruckt. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Anträge B 20 und B 28. - Keine Wortmeldungen! Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Das ist die große Mehrheit. Damit ist es so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 7 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 21, B 22 und der Initiativantrag B 30. Die Anträge sind auf Seite 7 der Antragsbroschüre abgedruckt. Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung des Antrags B 22 bei Ziffer 24. - Keine Wortmeldungen! Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Das ist die große Mehrheit.

Ich rufe Ziffer 8 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 23 bis B 26. Die Anträge sind alle auf Seite 7 der Antragsbroschüre abgedruckt. - Keine Wortmeldungen! Ich komme zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Das ist die große Mehrheit.

Dr. Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Wir kommen nun zum Kapitel III, Perspektiven und Ziele. Dazu gehören die Anträge C 1 bis C 84. Ich rufe Ziffer 9 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 1 bis C 6 sowie der Antrag B 26. Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission ist die Seite 8 der Antragsbroschüre. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht die Antragskommission das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Abstimmung. Wer ist für den Antrag der Antragskommission? - Die Gegenprobe bitte! - Enthaltungen? - Angenommen!

Ich rufe Ziffer 10 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 6 und C 7 bis C 9. Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission ist die Seite 9 der Antragsbroschüre. - Ich habe eine Wortmeldung von Frau Ingrid Siebeke aus dem Rheinland vorliegen. Bitte, Frau Siebeke!

Frau Ingrid Siebeke: Meine Damen und Herren! Ich hatte die Behandlung des Antrages noch gar nicht erwartet; denn ich glaubte, er würde unter Ziffer 32 des Antrages des Bundesvorstandes behandelt werden. Vorab: C 8 beinhaltet einen

Antrag der Jungen Union betreffend den Ladenschluß. Hier wird Ihnen empfohlen, die Ladenschlußgesetzgebung von 1956 ad acta zu legen. Ich selber möchte dem zustimmen und Sie bitten, gleichermaßen zu beschließen. Der Ladenschluß ist ein Ladenhüter, der endlich abgeräumt gehört.

(Beifall)

Wir haben selber beschlossen, daß der Verbraucher Freiheiten haben soll. Es ist einfach nicht einzusehen, weshalb es einem Einzelhändler verboten werden soll, Ihnen nach 18.30 Uhr ein Pfund Butter oder einen Mantel zu verkaufen. Dabei will ich gar nicht, daß ein Einzelhändler, der sein Geschäft um 18.30 Uhr schließen möchte, daran durch irgendwen gehindert wird. Er soll meines Erachtens z.B. auch um 17.00 Uhr schließen können, wie das ja von einigen Hobby-Einzelhändlern bereits getan wird. Aber wer abends um 22.00 Uhr den Leuten noch Zeitungen oder ein Paar Pantoffel oder eine Wärmflasche verkaufen will, der soll das in unserer freiheitlichen Marktordnung tun dürfen. Deshalb bitte ich Sie sehr herzlich, dem Antrag C 8 des Bundesvorstandes der Jungen Union zuzustimmen und den Ladenschluß als Ladenhüter "abzusortieren".

(Beifall)

Dr. Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich muß um Entschuldigung bitten. Mir ist ein Fehler unterlaufen. Die Antragskommission empfiehlt - es tut mir furchtbar leid -, der Antrag möge unter Ziffer 32 behandelt werden. Sind Sie als Antragstellerin damit einverstanden? - Gut!

Ich rufe nunmehr Ziffer 11 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 10 bis C 15 und der Initiativantrag C 81. Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission sind die Seite 10 der Antragsbroschüre sowie die Sammlung der Initiativanträge. Die Antragskommission teilt mit, daß sie mit ihrer Empfehlung auch den Antrag C 11 als erledigt betrachtet. - Wünscht jemand das Wort zu Ziffer 11? - Bitte, Herr Dr. Langner.

Dr. Manfred Langner: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Die Textziffer 11 enthält einen allgemein gehaltenen Appell an das Verantwortungsbeußtsein der Tarifpartner. Das ist meines Erachtens auch aus aktuellen Gründen zu wenig; denn über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit entscheiden die Tarifpartner. Dann muß man das auch deutlich sagen. Dem dient der Initiativantrag C 81. Wird Arbeit zu teuer, dann steigt Arbeitslosigkeit, und wenn Klassenkampfpapolen die Tarifauseinandersetzung bestimmen, breitet sich Unsicherheit aus. Dann muß man aber den Hensches und Steinkühlers auch ihre Mitverantwortlichkeit für einen Teil der Arbeitslosigkeit deutlich vor Augen führen. Denn die allgemeine Beschuldigung gegenüber der Bundesregierung, sie trage die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit, kann für die Tarifpartner nicht bedeuten, daß sie sich aus der Verantwortlichkeit stehlen können. Ich bitte Sie deshalb - auch aus solchen aktuellen Überlegungen heraus - um Ihre Zustimmung zu dem Initiativantrag C 81.

Dr. Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Franz Dormann das Wort.

Franz Dormann, Antragskommission: Die Antragskommission stellt hierzu fest, daß die Ziffer 11 bewußt so allgemein formuliert worden ist; denn es geht ja nicht darum, daß irgendwelchen spezifischen Gruppen eine Verantwortung bei der Arbeitslosig-

keit zugeschoben wird, sondern in Ziffer 11 soll zum Ausdruck kommen, daß alle, insbesondere die Tarifparteien, eine besondere Verantwortung dafür haben. Nach Auffassung der Antragskommission reicht das aus.

Dr. Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Die Antragskommission teilt mit - wie ich schon erklärt habe -, daß sie mit ihrer Empfehlung auch den Antrag C 11 als erledigt betrachtet. - Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Die Empfehlung der Antragskommission ist angenommen.

Ich habe eine Bitte an Sie: Das Tagungspräsidium wird jetzt mit Wortmeldungen überhäuft. Schreiben Sie bitte zu unserer Erleichterung und damit wir keine Fehler machen auf, zu welcher Ziffer des Antrages des Bundesvorstandes Sie sprechen wollen.

Ich rufe Ziffer 12 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 16 bis C 19. Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission ist die Antragsbroschüre, Seite 11. Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Möchte die Antragskommission Stellung nehmen? - Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich die Empfehlung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer ist dafür? - Gegenprobe! - Die Empfehlung der Antragskommission ist angenommen.

Ich rufe Ziffer 13 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 20 bis C 27. Die Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission ist die Antragsbroschüre, Seite 12.

Es liegt eine Wortmeldung vor. Herr Minister Westphal, Schleswig-Holstein.

Dr. Jürgen Westphal: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Strukturwandel ergreift alle Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Regionale Strukturpolitik ist ein geeignetes Mittel, um den Strukturwandel insbesondere in den schwächer strukturierten Räumen, d. h. insbesondere in den ländlichen Räumen, zu fördern. Ich möchte Sie daher bitten, dem Antrag C 25 des Landesverbandes Schleswig-Holstein Ihre Zustimmung zu geben.

Dieser Antrag hat das Ziel, weiter unserem gemeinsamen Anliegen verbunden zu bleiben, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen. Ich betone noch einmal: Das gilt insbesondere für die ländlichen Regionen. Die Diskussionen der vergangenen Tage und die Diskussion, die wir heute noch haben werden, haben deutlich gemacht bzw. wird deutlich machen, daß wir als Christliche Demokraten gerade den ländlichen Räumen besonders verbunden sind und dies unter Beweis stellen müssen.

Wir wissen, daß es zu Strukturänderungen in den ländlichen Räumen kommen wird. Helfen wir durch regionale Strukturpolitik, daß diese Strukturveränderungen möglichst bruchlos überwunden und gemeistert werden können. Vergessen wir niemals, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern wir die Anwälte des ländlichen Raumes sind und auch in der Zukunft bleiben sollten.

Dieser Antrag hat insbesondere auch für solche Regionen Bedeutung, die überalterte Industriestrukturen haben und denen wir helfen müssen, auf ihrem Wege zu

neuer Technologie, zu Innovationen weiterzukommen. Ich denke hier etwa an viele Regionen in Nordrhein-Westfalen, aber auch an andere Regionen. Der Landesverband Bremen hat in einem Antrag das Nord-Süd-Gefälle angesprochen. Auch dieses ist hiermit gemeint, d. h., daß möglichst gleichwertige Regionen in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen sind. - Das Wort vom Nord-Süd-Gefälle ist gefährlich. Aber es wird mit Recht benutzt, weil damit deutlich gemacht wird, daß in allen Regionen, die heute wirtschaftliche Schwächen haben, neben der Technologie-, neben der Innovations- auch regionale Strukturpolitik vernünftig ist.

Liebe Freunde, wir erhalten sonst ein Auseinanderklaffen der Regionen in der Bundesrepublik Deutschland, das wir uns nicht erlauben sollten.

Regionale Strukturpolitik ist ein ordnungspolitisch sauberes Instrument. Es gleicht einen verzerrten Wettbewerb zwischen den verschiedenen Bundesländern aus. Und das sollte unser Ziel sein. Es hilft im übrigen auch den reicheren Ländern und Regionen; denn eine vernünftige regionale Wirtschaftsstruktur trägt dazu bei, daß der Finanzausgleich schrittweise eingeplant wird. Hierfür gibt es gute Beispiele.

Regionale Strukturpolitik greift nicht in den Marktprozeß ein. Sie fördert nur Entwicklungen im Suchprozeß des Marktes in Regionen, wo das besonders notwendig ist. Liebe Freunde, auch in Zukunft wird die Welt nicht nur aus Akademikern und aus High Technology bestehen, sondern wir werden auch an die Regionen denken müssen, die im gewerblich-industriellen Bereich noch nicht da sind, wo sie hin müssen und denen wir helfen sollten.

Meine Bitte daher: Üben Sie Solidarität mit den ländlichen Räumen, mit den Räumen, die besonders schwer zu kämpfen haben, und stimmen Sie dem Antrag C 25 zu. Danke schön.

(Beifall)

Dr. Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Westphal.

Ich stelle die Empfehlung der Antragskommission, Annahme der Anträge C 20, C 22, C 24 und C 26 in der Fassung, die in der Antragsbroschüre auf den Seiten 12 und 13 abgedruckt ist, zur Abstimmung, des weiteren die Empfehlung der Antragskommission, die Anträge C 25 und C 27 abzulehnen. - Mir wird soeben gesagt, daß die Antragskommission dazu Stellung nehmen möchte. Bitte.

Frau Birgit Breuel, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Natürlich fühlt sich auch die Antragskommission dem Auftrag des Grundgesetzes, für Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sorgen, sehr verbunden. Dennoch sind wir manchmal gehalten, formal zu argumentieren. Das Argument, das zu der Empfehlung geführt hat, diesen Antrag abzulehnen, ist, daß in den Stuttgarter Leitsätzen ganz bewußt einzelne Politiken wie Verkehrspolitik, Fremdenverkehrspolitik, Regionalpolitik nicht angesprochen worden sind. Deshalb empfehlen wir Ihnen, diesen Antrag in diesem Bereich außen vor zu lassen.

Dr. Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen sind nicht vorhanden.

Ich lasse nunmehr über die Empfehlungen der Antragskommission hierzu abstimmen. Wer ist für diese Empfehlungen? - Gegenstimmen! - Ich bin mir nicht ganz sicher, wo die Mehrheit ist. Ich bitte die Präsidiumsmitglieder, mit mir die Lage nochmals abzuschätzen. - Ich bitte nochmal: Wer ist für die Empfehlung der Antragskommission? - Wer ist dagegen? - Das erste war die Mehrheit, eindeutig.

Ich rufe Ziffer 14 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 28 bis C 32. Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission ist die Antragsbroschüre, Seite 14. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wünscht die Antragskommission Stellung zu nehmen? - Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich die Empfehlung der Antragskommission zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Anträge C 28, C 29 und C 30 in der auf Seite 14 der Antragsbroschüre abgedruckten Fassung. Wer ist für die Empfehlung der Antragskommission? - Wer ist dagegen? - Die Empfehlung der Antragskommission ist angenommen.

Ich rufe Ziffer 15 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 33 und C 34 und der Initiativantrag C 79. Fundstellen für die Empfehlungen der Antragskommission sind die Antragsbroschüre, Seite 15, sowie die Sammlung der Initiativanträge. Mir liegt keine Wortmeldung vor. Möchte die Antragskommission Stellung nehmen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags C 33, sie empfiehlt Ablehnung des Antrags C 34. Wer ist für die Empfehlungen der Antragskommission? - Wer ist dagegen? - Die Empfehlungen der Antragskommission sind angenommen.

Ich rufe Ziffer 16 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 35 bis C 41. Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission ist die Antragsbroschüre, Seite 15.

Die Antragskommission empfiehlt die Behandlung der Anträge C 36 bis C 41 bei Ziffer 17, so daß hier nur über den Antrag Ziffer 16 des Bundesvorstands abzustimmen ist.

Wortmeldungen liegen mir keine vor. Möchte die Antragskommission dazu Stellung nehmen? - Nicht.

Ich bitte um die Abstimmung. Wer ist für die Empfehlungen der Antragskommission? - Wer ist dagegen? - Die Empfehlungen der Antragskommission sind angenommen.

Ich rufe Ziffer 17 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge C 36 bis C 48. Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission ist die Antragsbroschüre, Seite 16.

Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor. Möchte die Antragskommission Stellung nehmen? - Das ist nicht der Fall.

Ich bitte um Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission, den Antrag C 48 abzulehnen und die Anträge C 36, C 42, C 43, C 44, C 45, C 46 und C 47 in der angegebenen Fassung anzunehmen. Wer ist für die Empfehlungen der Antragskommission? - Wer ist dagegen? - Das erste war die Mehrheit. Die Empfehlungen der Antragskommission sind angenommen.

Ich rufe Ziffer 18 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge C 49 und C 50. Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission ist die Antragsbroschüre, Seite 17.

Die Antragskommission empfiehlt Behandlung des Antrags C 50 bei Ziffer 46, so daß hier nur über die Ziffer 18 des Antrags des Bundesvorstands abzustimmen ist.

Wortmeldungen liegen hier nicht vor. Möchte die Antragskommission Stellung nehmen? - Das ist nicht der Fall.

Wer ist für die Empfehlungen der Antragskommission, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Die Empfehlungen der Antragskommission sind angenommen.

Ich rufe Ziffer 19 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge C 51 bis C 54. Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission ist die Antragsbroschüre, Seite 18.

Hier liegt die Wortmeldung von Herrn Prof. Biedenkopf vor.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie Sie aus der Antragsbroschüre entnehmen können, hat der westfälisch-lippische Landesverband den Antrag gestellt, in Ziffer 19 des Textes des Bundesvorstands den Satz aufzunehmen:

Die Kohlepolitik einschließlich der Kosten ihrer Umweltverträglichkeit ist Bestandteil der nationalen Energiepolitik.

Die Antragskommission hat empfohlen, diesen westfälisch-lippischen Antrag abzulehnen. Wir können uns mit dieser Ablehnung nicht zufriedengeben.

Die Kohlepolitik ist im Land Nordrhein-Westfalen wie in der Bundesrepublik Deutschland seit vielen Jahren ein sehr wichtiger Teil unserer Energiepolitik. Die Bundesregierung, und zwar unabhängig von parteipolitischer Orientierung, hat immer wieder in der nationalen Energiepolitik und damit auch in den energiepolitischen Programmen zum Ausdruck gebracht, daß es einen Vorrang für heimische Energie gibt - und damit auch für die Kohle.

In der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl nach der Bundestagswahl ist dies ebenso zum Ausdruck gekommen wie in zahlreichen anderen Äußerungen.

Wir, die Christlich Demokratische Union in Nordrhein-Westfalen, werden daran gemessen, was diese Worte wert sind. Wir können nicht akzeptieren, daß wir zwar in allgemeiner Form über die Kohlepolitik als eine nationale Aufgabe sprechen, aber dann, wenn es darum geht, zu entscheiden, wie eine solche Aufgabe durchgeführt wird, die Politik klare Entscheidungen verweigert.

(Vereinzelter Beifall)

Und genau dies ist hier der Fall. Es gibt entweder die Kohlepolitik als einen Teil der nationalen Energiepolitik. Dann heißt das, daß die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihres energiepolitischen Konzepts der Verwendung von Kohle einen Vorrang einräumt - mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Oder es gibt eine solche nationale Energiepolitik nicht. Aber es gibt nicht eine Politik, in der steht: Kohle hat bei uns Vorrang; aber die Rechnung bezahlen die anderen.

(Vereinzelter Beifall)

Wir haben hier einen ganz praktischen Fall eines politischen Zielkonflikts zwischen Energiepolitik und Umweltschutz. Wir sind auf der einen Seite der Meinung: Die Kohle hat eine wichtige Funktion in unserer Energiepolitik, und aus diesem Grund erhalten und unterstützen wir die Kohleförderung, die vorrangig in Nordrhein-Westfalen stattfindet, und arbeiten darauf hin, elektrische Energie aus Kohle zu erzeugen, weil wir damit heimische Energie verwenden und auch ein Stück energiepolitische Unabhängigkeit sichern.

Auf der anderen Seite lassen wir die Frage unbeantwortet, wer die mit der Verwirklichung der umweltpolitischen Ziele verbundenen Kosten tragen soll.

Meine Damen und Herren, wir können in Nordrhein-Westfalen keine sinnvolle Standortpolitik betreiben und wir können mit anderen Bundesländern in bezug auf Standorte nicht wettbewerbsfähig sein, wenn wir zwar Kohlevorrangpolitik betreiben, aber in Nordrhein-Westfalen die Kosten dieser Politik im wesentlichen allein tragen sollen. Das ist undurchführbar.

(Vereinzelter Beifall)

Wir wollen hier keine Kollision haben, und wir wollen hier auch nicht partout auf Biegen und Brechen etwas durchsetzen. Wir sind uns darüber im klaren, wie schwierig es ist, die finanziellen Konsequenzen einer solchen Energiepolitik in geeigneter Weise in die nationale Energiepolitik zu integrieren.

Aber wir können nicht akzeptieren, daß die Christlich Demokratische Union die nordrhein-westfälischen Landesverbände in eine politische Auseinandersetzung mit dem Abschmettern eines solchen Antrags entläßt.

(Vereinzelter Beifall)

Das geht nicht.

Wir sind bereit, weil wir uns der Probleme bewußt sind, auch ein Votum zu akzeptieren, daß diese Feststellung zur intensiven Prüfung und politischen Umsetzung an die Bundestagsfraktion gegeben wird. Aber wir sind nicht bereit, eine Ablehnung zu akzeptieren.

Falls sich der Parteitag für diesen Mittelweg entscheiden kann, würden wir dem, wenn auch schweren Herzens, zustimmen. Ansonsten müßten wir aber doch auf jeden Fall ein klares Votum hier für den Zusammenhang von nationaler Energiepolitik, Kohle und den damit verbundenen Umweltproblemen haben.

Ich bitte deshalb um Zustimmung zu dem Antrag des westfälisch-lippischen Landesverbands.

(Vereinzelter Beifall)

Dr. Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, wir haben jetzt mit Herrn Prof. Biedenkopf eine interessante Diskussion erhalten. Als nächste sprechen die Ministerpräsidenten Zeyer, Späth und Albrecht. Bitte, Herr Zeyer.

Werner Zeyer: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es wird Sie sicherlich nicht überraschen, daß ich als Regierungschef eines von der Steinkohle geprägten Landes jetzt zu diesem Punkt das Wort nehme und - um es ganz deutlich zu sagen - sehr nachdrücklich den Antrag des Landesverbandes Westfalen-Lippe unterstütze.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, ich meine, es geht hier um die Glaubwürdigkeit der Energiepolitik, wie sie auch niedergelegt worden ist - der Kollege Biedenkopf hat darauf aufmerksam gemacht - in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers.

Meine Damen und Herren, ich weiß, daß die Situation in Ländern, in denen Steinkohle nicht gefördert wird, natürlich anders gesehen wird und daß man dort auf andere Energiearten setzt. Aber wir sagen in aller Deutlichkeit - ich bin mir sicher, daß ich hier mit meinen Freunden aus Nordrhein-Westfalen einig bin -, Die Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland muß ausgebaut werden. Aber ich füge hinzu: Auch die Rolle der Steinkohle in der Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland muß erhalten bleiben.

(Vereinzelter Beifall)

Das scheint auch notwendig zu sein im Blick auf die Sicherstellung der nationalen Energieversorgung. Neben der Braunkohle ist die Steinkohle der einzige Energieträger, der in der Bundesrepublik Deutschland ausreichend zur Verfügung steht. Eine Steinkohlepolitik kann man nicht kurzfristig mit einem go and stop betreiben. Eine solche Politik kann man nur mittel- und langfristig betreiben. Entscheidungen, die heute im Zusammenhang mit der Steinkohle getroffen werden, wirken sich oftmals erst in zehn Jahren aus.

Wenn der Antrag des Landesverbandes Westfalen-Lippe abgelehnt wird, wird das bei vielen den fatalen Eindruck hinterlassen, als ob diese Bundesregierung von ihrer Haltung hinsichtlich der Rolle der deutschen Steinkohle in der Energieversorgung abrücke. Meine Freunde, das kann auch nicht das Interesse der Bundesregierung sein.

(Beifall)

Ich habe sehr viel Verständnis, wenn gesagt wird, daß die Umweltbelastungen aus Steinkohlekraftwerken beträchtlich seien. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß auch Beträchtliches geschehen ist, um diese schädlichen Emissionen zu begrenzen. Gerade im vergangenen Jahr sind mit der Neufassung der Verordnung über Großfeuerungsanlagen neue Maßstäbe gesetzt worden. Die Verstromungsunternehmen, die Steinkohle einsetzen, sind dabei, den Auflagen der TA Luft nachzukommen, so daß wir in den nächsten Jahren mit einer ganz erheblichen Verminderung der Schadstoffbelastung aus Steinkohlekraftwerken rechnen können.

Nun wird in der Öffentlichkeit vereinfachend gesagt - ich sage bewußt vereinfachend; ich weiß, daß keiner der Kollegen das so einfach darstellt -, vor allem die Steinkohlekraftwerke seien an den neuartigen Waldschäden schuld. Wer sich mit dieser Frage befaßt hat, muß leider feststellen, daß die Ursachen dieser neuartigen Waldschäden und das Zusammenwirken dieser Ursachen bislang leider nicht erforscht sind, daß im Grunde genommen die Forschung hier in den Kinderschuhen steckt. Die Wissenschaftler gehen allgemein davon aus, daß man diese neuartigen Waldschäden nicht monokausal erklären kann, sondern daß hier eine Reihe von Ursachen zusammenwirkt, ohne daß diese im einzelnen quantifiziert werden könnten.

Lassen Sie mich deshalb in aller Deutlichkeit sagen: Ich wehre und verwehre mich dagegen, daß versucht wird, die Steinkohle wegen ihres Einsatzes in Steinkohlekraftwerken allein zum Prügelknaben zu machen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn der Antrag von Westfalen-Lippe abgelehnt wird, wird des weiteren auch der Eindruck entstehen, als ob man bewußt eine andere Energiepolitik einleiten und betreiben wollte, eine, die abweicht von unseren bisherigen Grundsätzen und von dem, was die Bundesregierung zu dieser Frage gesagt hat. Ich glaube, auch das muß man im Zusammenhang mit der Diskussion sehen, die im Augenblick zu diesem Antrag geführt wird.

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Ich bitte Sie ganz herzlich, dem Antrag unserer Freunde aus dem Landesverband Westfalen-Lippe zuzustimmen, damit deutlich wird, daß keine Abkehr von der deutschen Steinkohlepolitik betrieben wird.

(Beifall)

Dr. Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Ministerpräsident Späth.

Lothar Späth: Herr Präsident! Meine lieben Freunde! Sie erwarten jetzt sicherlich nicht, daß ich der dritte im Bunde bin, der für diesen Antrag plädiert.

(Heiterkeit)

Ich habe mich trotz aller Vorwarnungen an dieses Rednerpult begeben, um einmal ein paar Bemerkungen aus der Sicht anderer Länder zu diesem Thema zu machen. Ich bin sehr für eine nationale Energiepolitik. Gelegentlich bin ich ja innerhalb dieser Partei derjenige, der am meisten verdächtigt wird, für eine Planwirtschaft zu sein. Nur, nationale Energiepolitik muß eine Disposition sein, die man nach allen Richtungen immer wieder überprüfen kann. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen.

Ich habe die Frage nach dem Jahrhundertvertrag aufgeworfen und damit sofort ein fürchterliches Gezeter ausgelöst. Warum? Man hat einmal einen Vertrag abgeschlossen, hat gesagt: Wir haben eine Steigerungsrate im Energieverbrauch von 5 %, dafür brauchen wir soundso viel Kohle, und die wird ab jetzt abgenommen und subventioniert. Ergebnis: Wir haben in Baden-Württemberg demnächst Millionen Tonnen auf der Halde. Wir können die natürlich weiterhin auf Subventionsbasis abnehmen. Wenn der Vertrag ausläuft, werden wir dann auf dem Kohlemarkt als ein

Kohleunternehmen mit Übertageabbau auftreten. Dann werden wir die Kohle furchtbar billig auf dem Markt verkaufen und damit schlagartig eine Entwicklung in der Kohleproduktion einleiten, bei der nichts mehr stimmt.

Man muß die Frage doch vorher stellen, nämlich zehn Jahre vorher: Mit welcher Strategie kann man vermeiden, daß mit Subventionen Kohle auf Halden produziert werden, wobei auch noch die Aussicht besteht, daß man anschließend Subventionen dafür zahlen muß, daß man diese Kohle nicht verkauft, sondern auf der Halde läßt? Das kommt mir so vor wie die Milchproduktion in der Landwirtschaft.

(Vereinzelter Beifall)

Nehmen Sie es mir nicht übel: Erst hat man Prämien zum Abschlichten gezahlt, dann Prämien zum Kuhstallbau, und jetzt zahlen wir wieder Prämien an diejenigen, die aus dem Kuhstall eine Ferieneinrichtung machen.

Ich will damit nur eines klarstellen - wir können über dieses Thema ja leidenschaftslos diskutieren -, Wenn wir uns da gegeneinander stellen, wird dadurch nichts besser. Wir zahlen z. B. in Baden-Württemberg zwei Pfennige mehr für den Strom als im übrigen Bundesgebiet. Warum beteiligt sich eigentlich niemand an den Transportkosten, die wir als revierfernes Gebiet beispielsweise im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen aufbringen müssen?

(Vereinzelter Beifall)

Die Transportkosten müßten doch auch national ausgeglichen werden. Wir verlieren zur Zeit Industriebetriebe, weil wir die höchsten Strompreise im Bundesgebiet haben.

Oder: Warum bezahlen wir die teure eigene Steinkohle, während z. B. Niedersachsens Anteil an der Importkohle 100 % beträgt? Das bedeutet ein Drittel weniger Schwefel, und das ist ein Drittel billiger. Da hat man gesagt: Die Kohle kommt in den Häfen in Norddeutschland an, diese Importkohle bekommen die Länder dort; und da unten am Bodensee sowieso keine entsprechenden Gewässer vorhanden sind, bekommen die Länder dort die Steinkohle.

Über all die Dinge müssen wir reden, wenn wir über eine nationale Energiepolitik reden. Des weiteren müssen wir über den Anteil von Kernkraft reden. Wir können unsere Strompreise unter Berücksichtigung der Kohle nur verkraften, weil wir einen hohen Kernkraftanteil haben, d. h. wir haben einen Mischpreis, der vertretbar ist. Das muß man alles im Zusammenhang sehen.

Dann komme ich zur Umweltproblematik.

Sehen Sie, der Kollege Zeyer sagte: "Das ist alles noch nicht erforscht." Das können wir unseren jungen Leuten aber nicht mehr lange erzählen.

(Beifall)

Wir haben extra ein Forschungsinstitut gegründet. Nun weiß jeder, daß SO₂ für den Schwarzwald nicht gut ist. So weit lassen wir uns schon ein.

(Heiterkeit)

NOx stellt einen Bestandteil von Abgasen dar, der ökologisch keine bedeutsamen zusätzlichen Möglichkeiten für die Kreatur schafft. Wenn wir das wissen, müssen wir doch einräumen, daß dieses Zeug heraus muß. Wenn wir es mit dem Umweltschutz ernst meinen, müssen wir zugeben, daß die Lösung, die Nordrhein-Westfalen mit seiner komischen Abgabe und seinem "Waldpfennig" anbietet, überhaupt nicht hilfreich ist. Dem Schwarzwald ist es völlig egal, ob man für den Schwefel, der dort herunterkommt, eine Abgabe gezahlt hat oder nicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Das Zeug muß schlicht weg.

Deswegen gibt es nur einen Weg: Wir müssen Schwefelreinigungsanlagen bauen und diese alle über den Strompreis bezahlen. Was sollen die blödsinnigen Sonntagsreden? Für Umweltschutz müssen wir alle zahlen, und wir müssen auf Konsum verzichten, um unsere Natur in Ordnung zu bringen. Das findet dadurch statt, daß die umweltfreundliche Produktion von Strom teurer ist. Wenn jeder für den Strom ein bißchen mehr zahlt, haben unsere Kinder die Chance, daß unser Wald erhalten bleibt.

(Beifall)

Ich kann doch meinen Kindern nicht erklären: "Der Wald ist weg, wir forschen nach den Ursachen dafür, ihr habt Pech gehabt, ihr seid zur falschen Zeit geboren." Man kann all das nicht in der Weise auseinanderdividieren, daß wir montags über Umwelt reden, dienstags über Kohle, mittwochs über allgemeine Wirtschaftsfragen, donnerstags über den Abbau von Subventionen, und freitags sagen wir dann: "Es muß alles ganz anders werden, wenn es so bleibt, wie es ist."

(Heiterkeit)

Darüber müssen wir alle miteinander nachdenken.

Jetzt will ich speziell etwas zu unseren Freunden aus Nordrhein-Westfalen sagen. Zum Saarland brauche ich nichts zu sagen; das zuletzt gebaute Kohlekraftwerk produziert vor allem Strom für Baden-Württemberg und für Bayern.

(Zuruf)

- Entschuldigung! Das habt ihr doch gewollt, nicht wir! Man hat uns aufgefordert, endlich in Bexbach erzeugten Strom zu kaufen. Das haben wir doch nicht beantragt. Wir haben ihn gekauft, und jetzt ist es auch wieder nicht recht. Wenn wir Strom in Frankreich kaufen wollen, ist es ebenfalls nicht recht. Die Verträge mit Nordrhein-Westfalen werden uns zur Zeit zwecks Preisanpassung gekündigt.

Dazu muß ich einmal ein offenes Wort sagen. Das habe ich auch dem Kollegen Rau gesagt. Ich habe ihm erklärt: "Beschimpft uns doch nicht dauernd! Wenn ich als Vertreter des Exportlandes Baden-Württemberg Kunden im Ausland besuche, behandle ich diese ausgesprochen anständig, wenn ich denen etwas verkaufen will. Fernbeschimpfungen helfen überhaupt nicht und schaffen hier keine Atmosphäre für eine besonders gute Kooperation."

(Beifall)

Das sage ich der SPD-Regierung in Nordrhein-Westfalen.

Wir können aber auch über etwas anderes reden. Ich habe vor kurzem einmal mit dem Kollegen Schmidt und einigen Freunden aus Nordrhein-Westfalen gesprochen und zu ihnen gesagt: "Laßt uns doch einen Pakt schließen! Wir können ja miteinander darüber reden, wie wir die Energiepolitik gemeinsam so weiterentwickeln, daß sie in sich stimmig ist." Aber darüber muß man sprechen, und dann muß man darüber reden, wie man eine umweltfreundliche Kohleproduktion unter Verwertung von Kohle in Kraftwerken erreicht. Dafür müssen wir dann alle zahlen, aber bitte nicht so, daß man einfach sagt: "Die Lasten, die ihr jetzt schon für die Kohle tragt, sind euer Spezialproblem, und das, was wir in Nordrhein-Westfalen investieren, müssen alle bezahlen."

Wir investieren in Baden-Württemberg in einem Sonderprogramm 2,7 Milliarden DM, um Werte zu erreichen, die uns nicht der Bund vorschreibt, sondern die wir freiwillig mit unseren Kraftwerksunternehmen nach dem Prinzip vereinbart haben: Wer diese Werte nicht einhält, der kriegt keine Genehmigung mehr. Jetzt können Sie doch von mir nicht verlangen, daß ich 2,7 Milliarden DM zur Rettung unserer Wälder in Baden-Württemberg aufwende und damit einverstanden bin, daß andere ihre Aufwendungen auf mein Land mit umlegen, wobei Sie dies nationale Politik nennen.

(Beifall)

Nehmen Sie es mir nicht übel; aber so einfach geht es nicht.

Für den Grundsatz, daß wir eine nationale Energiepolitik gemeinsam tragen und finanzieren, können Sie mich gewinnen. Nordrhein-Westfalen verhandelt mit anderen Ländern darüber, ob ihm wegen seiner Strukturprobleme nicht ein besonderes Zugeständnis gemacht werden könnte, etwa bei der Abstufung von Auflagen im Umweltschutz. Hier gehen wir in Baden-Württemberg schneller voran als Nordrhein-Westfalen. Auch darüber können Sie mit mir reden, wenn der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen im Bundesrat nicht die große Keule schwingt und große Sprüche macht, daß er die Nummer eins im Umweltschutz sei, zusammen mit den Frohnaturen, die er damit immer wieder beauftragt. Er erklärt: "Wir gehören im Umweltschutz zur Spitze", während Baden-Württemberg dafür zahlt.

(Heiterkeit)

So geht es nicht, sondern darüber müssen wir alle miteinander einmal reden.

Deshalb sage ich zu dem hier vorgelegten Antrag: Nehmt das Thema Umweltschutz heraus, bis wir uns geeinigt haben. Wenn der Antrag lautet: Wir müssen die finanzielle Verantwortung für eine nationale Energiepolitik mit dem Kohlevorrang zur Sicherung unserer einheimischen Energie gemeinsam tragen, unterschreibe ich das trotz aller Bedenken. Was ich jedoch nicht unterschreibe, ist, daß die Umweltschutzkosten einbezogen werden müssen, ohne daß man vorher miteinander über einen Pakt redet, nach welchem System wir den Umweltschutz in der Bundesrepublik durchführen.

Das, was ich gerade gesagt habe, ist ein großes Entgegenkommen, weil ich akzeptiere, daß die strukturell nicht so stark belasteten Länder größere Lasten auf sich nehmen und Nordrhein-Westfalen mehr Zeit geben. An dem Ziel, die Umweltprobleme so schnell wie möglich zu lösen, müssen wir festhalten. Das ist auch mit einer allgemeinen Strukturdiskussion nicht zu bereinigen. Wenn wir die Kraftwerke,

auch die Altanlagen, nicht schnell in Ordnung bringen, brauchen wir über Umweltschutz gar nicht mehr zu reden.

(Beifall)

Eine letzte Anmerkung. Ich habe viel Verständnis dafür, daß gegenwärtig eine Nord-Süd-Diskussion über die reichen und die armen Länder geführt wird. Alle diejenigen, die diese Diskussion führen, sollten jedoch wissen, daß wir zur Zeit über den Länderfinanzausgleich - bis auf 2 bis 3 % Einnahmeunterschied - nahezu alles ausgleichen. Wenn ich Ihnen einmal vorrechnen würde, was wir nicht nur im Länderfinanzausgleich, sondern auch über den Arbeitsamtsausgleich und über den Rentenfinanzausgleich zahlen, müßten Sie zugeben, daß irgendwo ein Punkt erreicht ist, wo man akzeptieren muß, daß wir unserer Bevölkerung klarmachen müssen - damit bin ich beim generellen Thema Finanzen -, daß wir durch Sparmaßnahmen erwirtschaftetes Geld in diese Dinge nicht einbeziehen können. Sehen Sie sich einmal den Personalhaushalt von Nordrhein-Westfalen und die Tatsache an, daß die nordrhein-westfälische Landesregierung auf der Ausgabeseite noch fröhlich gelebt hat, als auf der Einnahmeseite die Kredite allmählich stärker stiegen als die Steuereinnahmen. Das ist übrigens einer der Gründe dafür, warum wir mit aller Macht dafür kämpfen müssen, endlich die Regierung in Nordrhein-Westfalen zu übernehmen.

(Beifall)

Dann würden wir - davon bin ich überzeugt - für all diese Probleme eine Lösung finden.

Noch einmal: Ich bin im Augenblick gegen die Einbeziehung des Umweltschutzmoments. Ich bin offen auch für eine Kooperation mit Nordrhein-Westfalen. Ich bitte jedoch darum, das Thema Finanzierung einer nationalen Energiepolitik, zu der ich bereit bin, nicht pauschal mit dem Thema Umwelt zu belasten. Das geschieht nämlich durch den nordrhein-westfälischen "Waldpfennig", für den Sie mich nicht gewinnen können; denn hier bin ich für Ordnungspolitik, für klare Auflagen, und nicht für eine neue staatliche Umverteilung, bei der am Schluß alle etwas zahlen und der Dreck trotzdem noch auf die Wälder herunterkommt.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich mache darauf aufmerksam, daß die Alternative nicht nur Annahme oder Ablehnung heißt, sondern daß der Antragsteller, Herr Professor Biedenkopf, als Kompromiß auch die Möglichkeit vorgeschlagen hat, diesen Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Ich bitte das in die Beiträge einzubeziehen.

Als nächster hat Herr Ministerpräsident Albrecht das Wort.

Dr. Ernst Albrecht: Herr Tagungspräsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich habe allergrößte Zweifel daran, ob wir es heute nachmittag überhaupt schaffen können, aus dem Stegreif heraus das gewaltige Problem der richtigen Artikulierung der deutschen Energiepolitik zu lösen. Dabei ist auch niemandem mit zweideutigen Formulierungen gedient, die nur aus einem einzigen Satz bestehen.

Ich glaube, ehrlich gesagt, lieber Kurt Biedenkopf, daß unsere Freunde aus Westfalen-Lippe nicht gut beraten waren, sich nun gerade diesen Satz herauszupicken. In dem Text des Bundesvorstandes heißt es ja bereits: "Wesentlich für die Energieversorgung ist die optimale Nutzung heimischer Vorräte, insbesondere der Kohle." Sie haben die Diskussion über Ihren Satz dadurch nicht leichter gemacht, daß Sie nun auch noch vom Vorrang für die Kohle gesprochen haben. Ich habe das Wort vom "Vorrang für die Kohle" schon einmal gehört. Das ist ein Slogan der Sozialdemokraten gewesen. Vorrang für die Kohle hieß: Absage an die Kernenergie, und dies kann ja wohl nicht die Politik der Christlich Demokratischen Union sein.

(Beifall)

Wer "Vorrang für die Kohle" sagt, der muß sich zumindest dem Problem stellen, daß auch mit Entschwefelung der Satz "Vorrang für die Kohle" auch Vorrang für die Umweltbelastung bedeuten würde. Denn was immer wir herausfiltern: Es bleibt bei dem Einsatz von Kohle ein Problem der Umweltbelastung, auch wenn man die jetzigen technischen Möglichkeiten ausgenutzt hat.

Um das Maß der Schwierigkeiten vollzumachen, haben Sie dann auch ziemlich unmißverständlich gesagt, daß die Kosten des Umweltschutzes auf alle umgelegt werden sollten. Hier muß ich Lothar Späth Recht geben. Dies klingt sehr nach dem von Ministerpräsident Rau geforderten Waldpfennig.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will dazu von unserem Standpunkt aus einige Worte sagen.

Erstens. Wir haben das Verstromungsgesetz. Das ist geltendes Gesetz. Wir alle bemühen uns nach Kräften, dieses Gesetz zu erfüllen. Denn wir wissen ja, daß wir einen Mindestbestand an Förderung der heimischen Kohle aufrechterhalten wollen. Hier sind wir solidarisch, die einen mit den anderen.

Zweitens. Es ist nicht richtig, was Kurt Biedenkopf gesagt hat: daß die Kosten des Umweltschutzes in Nordrhein-Westfalen seien und die Vorteile der Energiepolitik in anderen Ländern. Wir alle zahlen den Kohlepfennig. Die niedersächsischen Bürger zahlen im Jahre 180 Millionen DM an Kohlepfennig, der nach Nordrhein-Westfalen und ins Saarland geht. Das ist keine kleine Summe. Ich muß zum Vergleich darauf hinweisen, daß die gesamte regionale Strukturpolitik der Bundesrepublik Deutschland für Niedersachsen - wenn ich den Bundesanteil und den Landesanteil der Gemeinschaftsaufgabe zusammennehme - nur 120 Millionen DM ausmacht. D.h. 60 Millionen DM kriegen wir vom Bund. Und 180 Millionen DM, die dreifache Summe, zahlen wir aber als Transfer in die Länder Nordrhein-Westfalen und Saarland, um die heimische Kohle zu unterstützen.

Ich habe auch kein Verständnis dafür, daß die Kohlepolitik so geregelt wird, daß die billige, preiswerte Braunkohle, die ein großer Vorteil in der Stromerzeugung ist, allein in Nordrhein-Westfalen verstromt wird - das dadurch den niedrigen Strompreis hat - und daß die teure Steinkohle dann allgemeine Last in der Bundesrepublik Deutschland werden darf. Denn trotz der Tatsache, daß wir in Niedersachsen auf Kernenergie gesetzt haben, haben wir zur Zeit wegen der Braunkohle immer noch einen höheren Energiepreis als etwa in Nordrhein-Westfalen.

Wenn man dies Ganze bedenkt, dann glaube ich, daß der zweite Vorschlag von Kurt

Biedenkopf richtig gewesen ist, nämlich, daß wir diesen Antrag an die Bundestagsfraktion überweisen und daß wir uns vornehmen, dies als Christlich Demokratische Union einmal wirklich auszudiskutieren. Wir brauchen ja eine gemeinsame Position. Ich kann für meinen Landesverband und mein Land nur sagen: Wir sind sehr wohl bereit, die Lasten der deutschen Kohleerzeugung solidarisch mitzutragen. Aber man muß über Quantitäten sprechen, man müßte über Modalitäten sprechen, und man muß über finanzielle Grenzen sprechen. Wenn das alles im Vagen bleibt, ist das Gespräch wenig sinnvoll.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächstes hat das Wort Herr Prof. Biedenkopf.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ernst Albrecht war der Meinung, wir seien nicht gut beraten gewesen, diese Formulierung zu beantragen. Ich finde es ein außerordentlich positives Ergebnis der bisherigen Debatte über unseren Antrag, daß wir feststellen können, wieviel offene Fragen es in der nationalen Energiepolitik gibt.

(Beifall)

Ich möchte darauf hinweisen, daß wir in unserer sehr schwierigen Auseinandersetzung in Nordrhein-Westfalen - Lothar, du wirst es mir nicht übelnehmen, es ist zwar der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, aber es ist nicht unser Ministerpräsident, wir wollen ihn ja gerade absetzen -

(Beifall)

natürlich auf eine zuverlässige politische Basis über die Energiepolitik dringend angewiesen sind.

Um noch einem Mißverständnis vorzubeugen: Wir wollen den Waldpfennig nicht. Diejenigen, die unsere Arbeit in Nordrhein-Westfalen verfolgt haben, wissen das.

(Beifall)

Wir haben mit der Landesregierung gerade über diese Frage leidenschaftlich gestritten, weil wir der Meinung sind, daß dieser Weg falsch ist.

Nun hat Lothar Späth - dafür bin ich sehr dankbar - eine Reihe von Dingen formuliert, für die er, wie er es sagte, zu haben sei. Ich respektiere natürlich voll und ganz den Umstand, daß wir, wenn wir Lothar Späth haben, dann eine ganze Menge mehr haben. Deshalb wollen wir uns auch große Mühe geben, auf solche Dinge einzugehen. Lothar Späth hat gesagt - dafür bin ich dankbar -, daß er bereit sei mitzuwirken, etwas gemeinsam zu tragen und zu finanzieren und auch die besonderen Strukturprobleme, mit denen wir zu kämpfen haben, mit zu berücksichtigen. Ich finde das einen sehr guten und tragfähigen Ausdruck der Solidarität, meine Freunde - das möchte ich jetzt doch einmal sagen -, die ja in der Zeit, in der Baden-Württemberg nicht den wesentlichen Teil des positiven Finanzausgleichs getragen hat, sondern Nordrhein-Westfalen, auch gültig war zwischen den Bundesländern in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Wir können die Solidarität nicht zu Zeitgesetzen machen - um an die Debatte von gestern zu erinnern -,

(Beifall)

sondern Solidarität ist eine Sache, die über die ganze Strecke andauert. Und jetzt brauchen wir sie einmal.

Wir haben eben im Gespräch untereinander die Möglichkeit empfunden, daß wir vielleicht eine Formulierung für diesen Antrag finden können, die dem Anliegen, das wir hier diskutieren, Rechnung trägt und die mehrheitsfähig ist. Deshalb, Herr Vorsitzender, möchte ich Sie in Abweichung dessen, was ich vorhin gesagt habe, bitten, daß Sie vielleicht die Beratung über Ziffer 19 und C 52 aussetzen und wir den Versuch machen, untereinander noch einmal eine Formulierung zu finden. Das wäre natürlich ein besseres Ergebnis als eine Überweisung.

(Beifall)

Eine solche hätte den Beigeschmack, daß man die Sache auf diese Weise beerdigen will.

(Beifall)

Ich bitte deshalb um die Zustimmung des Präsidiums, daß wir diese Beratung unterbrechen und noch einmal den Versuch machen, zu einer Formulierung zu finden.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Es ist der Vorschlag gemacht worden, eine kompromißfähige Formulierung zu finden. Dies benötigt etwas Zeit. Deshalb möchte ich darüber abstimmen lassen, ob Sie mit dem soeben von Herrn Prof. Biedenkopf gemachten Vorschlag einverstanden sind, die Ziffer 19 auszusetzen, diesen Kompromißvorschlag zu finden und dann später darüber abzustimmen. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke, das ist die große Mehrheit. Wir setzen dann die Ziffer 19 aus und kommen später darauf zurück.

Ich rufe dann die Ziffer 20 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 55 bis C 57. Die Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission finden Sie in der Antragsbroschüre auf Seite 19.

Zu dieser Ziffer 20 liegen keine Wortmeldungen vor. Ich gehe davon aus, daß deshalb auch die Antragskommission nicht das Wort wünscht. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 20 abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen, wie die Antragskommission vorschlägt.

Ich rufe die Ziffer 21 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 2 und C 58 bis C 61. Die Empfehlungen der Antragskommission finden Sie auf Seite 19 der Antragsbroschüre.

Dazu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Die Empfehlung der Antragskommission ist angenommen.

Ich rufe Ziffer 22 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 62 bis C 67 und die Initiativanträge C 83 und C 84. Gehe ich richtig in der Annahme, daß zu dem Antrag C 63 eine Wortmeldung von Frau Marlene Lenz, Rheinland, vorliegt? - Das ist der Fall. Frau Lenz hat das Wort.

Frau Marlene Lenz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Es sind wahrhaft sportliche Leistungen, die man in dieser Halle vollbringen muß, wenn man an seinem Platz sitzt und plötzlich zum Rednerpult gerufen wird.

(Zustimmung)

Herr Vorsitzender, ich möchte nur einige Worte zu dem Antrag C 63 der Frauenvereinigung sagen. Die Ziffer 22 der Stuttgarter Leitsätze ist mit "Europäische und weltwirtschaftliche Verantwortung" überschrieben. Diese Überschrift fordert in der Tat heraus. Die Frage nach der Stellung Europas in der Welt wird sich aber nicht nur mit rein wirtschaftlichen Aussagen beantworten lassen, die dann im folgenden gemacht werden. Meine Freunde, es geht hier um die Frage nach der Stellung Europas. Wir kommen gerade aus einem anderen Erdteil zurück, wo die Stellung Europas nach politischen Kriterien beurteilt wird. Auch ich gehörte zu den Wahlbeobachtern in Salvador. Die Frage nach der Stellung Europas wird danach beantwortet, ob wir den politischen Mut haben, an dem weiter zu bauen, was wir sein wollen, nämlich eine politische Union und eine politische Kraft in dieser Welt. Nur dann sind wir für unsere Freunde draußen wirklich die Unterstützung, die sie von diesem starken wirtschaftlichen Europa auch erwarten.

Ich meine, wir sollten eine These, die wir auf allen Parteitagern seit Jahrzehnten vertreten haben, auch in den Stuttgarter Leitsätzen wieder verankern, und zwar in der Weise, daß wir den Begriff "politische Union" in den Text aufnehmen. Dies ist der Hauptinhalt des Antrags der Frauenvereinigung.

Das Europäische Parlament hat den Verfassungsentwurf auf den Tisch gelegt, um die Herausforderung deutlich zu machen. Ich kann verstehen, daß die Antragskommission nicht alle Einzelheiten in den Text hineinschreiben will, weil die Leitsätze Hauptthesen darstellen. Ich kann aber nicht verstehen, daß der Begriff "politische Union" in der Antwort, die wir geben wollen, nicht vorkommt. Ich möchte Sie sehr bitten, in diesem Sinne alle Anträge zu unterstützen, die die Aufnahme dieses Begriffes fordern. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Jetzt müßte der Vertreter der Antragskommis-

sion das Wort nehmen. Herr Dr. Klepsch war dafür vorgesehen. Die Stellungnahme wird jetzt aber von Herrn Koch vorgetragen. Er hat das Wort.

Roland Koch, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Auch hier geht es nicht um eine inhaltliche Frage. Wir beschließen morgen ein Programm, das sich mit den Fragen der europäischen Integration und der europäischen Union im weitesten Sinne beschäftigt. Wir beschließen dies in einem engen Zusammenhang mit verschiedenen europäischen Themen. Wir waren der Auffassung, daß es ein Akt der Vernunft und der Diskussionsökonomie ist, daß wir über Europa morgen und über die nationale Wirtschaftspolitik im wesentlichen heute diskutieren. Daraus resultiert unser Vorschlag. Die Antragskommission bittet, so zu verfahren, wie sie vorgeschlagen hat.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich lasse jetzt über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen, die soeben noch einmal begründet wurde. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 22 des Antrags des Bundesvorstandes zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Nach meiner Auffassung war das erste die Mehrheit. Wird das bezweifelt? - Das erste war die Mehrheit. Damit ist die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 22 angenommen.

Ich rufe die Ziffer 23 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 68 bis C 71 und der Initiativantrag C 80. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor.

Ich lasse dann über die Empfehlung der Antragskommission - sie ist auf Seite 21 der Broschüre zu finden - abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 23 zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Die Empfehlung der Antragskommission ist angenommen.

Ich rufe Ziffer 24 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 22 und C 72 bis C 78. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Köhler vor.

Dr. Volkmar Köhler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wenn sich die Christlich Demokratische Union unter der Perspektive unserer eigenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zukunft in dem Text mit einigen Sätzen auch den Problemen der Dritten Welt zuwendet, scheint es mir angebracht zu sein, daß wir darüber doch noch einige wenige Minuten miteinander sprechen, damit uns der Gesamtrahmen deutlich wird. Ich halte dies für um so angebrachter, als sich ein Bundesparteitag der CDU zum letztenmal im Jahre 1981 in Hamburg mit diesen Fragen der Dritten Welt beschäftigt hat und wir auch das im Auge behalten müssen, was wir damals gesagt haben.

Zum Verständnis der hier vorgelegten Texte, die, wie ich hoffe, die Mehrheit finden werden, meine ich sagen zu sollen, daß Entwicklungspolitik in jedem Falle eine *Investition in die Zukunft* ist, in eine Zukunft, die sowohl für uns wie auch für die Menschen in der Dritten Welt in erster Linie die Sicherung des internationalen Friedens bedeuten muß. Soziale Not und Ungerechtigkeit für die Mehrheit der Menschen in den Entwicklungsländern sind die größte Gefahr unseres Jahrhunderts

für eben diesen internationalen Frieden. Ihn sicherer zu machen, hängt in hohem Maße von der Wirksamkeit unserer Entwicklungshilfe ab.

Wir haben damit Schluß gemacht, Entwicklungshilfe als eine Art von bedingungslosen Tribut oder als eine weltweit ausgestreute Wohlfahrtshilfe zu betrachten und in diesem Sinne gewissermaßen nur zu verwalten. In den anderthalb Jahren unserer Regierung haben wir die Entwicklungshilfe wieder zu einem aktiven Instrument unserer Gesamtpolitik gegenüber der Dritten Welt gemacht.

Dabei geht es nicht immer nur um unser Geld, sondern es geht eben gerade auch um die politischen Rahmenbedingungen für erfolgreiche Entwicklung, die die Regierungen in den Entwicklungsländern selbst schaffen müssen. Und so haben wir ein Tabu der früheren Bundesregierung gebrochen und sprechen mit den Regierungen in Afrika, Lateinamerika und Asien ganz offen über deren eigene Entwicklungspolitiken.

Um ein Beispiel zu nennen: Wenn eine Regierung ihre Agrarpreispolitik nur an der Billigversorgung der städtischen Massen mit Nahrungsmitteln orientiert, dann lohnt es sich für die Bauern in dem betreffenden Lande bald nicht mehr, selbst ausreichend Nahrungsmittel zu produzieren. Wertvolle Devisen werden dann produktiven Zwecken zugunsten immer weiter steigender Importe entzogen.

Vor solchen Entwicklungen in einer Reihe von Ländern der Dritten Welt können wir nicht einfach die Augen zumachen. Statt unser Geld in aussichtslose Einzelprojekte zu stecken, müssen wir die Verantwortung, die wir haben, voll akzeptieren und mit unseren Partnern in der Dritten Welt über die Änderung des politischen Gesamtrahmens offen sprechen. Das wird sicher auch dann nicht immer leicht sein, wenn man sich gegenseitig als souveräne Partner behandelt und respektiert. Nur: Dieser offene Dialog ist heute der einzige Weg, um die Wirksamkeit der internationalen Hilfe wirklich zu steigern.

Um es ganz deutlich zu machen, was in diesen unseren Texten gemeint sein muß: Wir wollen dabei niemandem die Form - unsere Form - der Sozialen Marktwirtschaft aufoktroieren. Aber die Erfahrungen, die wir haben, haben überdeutlich gezeigt, daß auch in den Ländern der Dritten Welt die Versuche mit bürokratisierten Planwirtschaften zum Schaden der Menschen gescheitert sind. Dies muß in aller Offenheit gesagt werden.

(Vereinzelter Beifall)

Deshalb wenden wir uns auch nachdrücklich gegen alle derartigen weltweiten Ordnungsmodelle: von der neuen Weltinformationsordnung angefangen bis hin zur neuen Weltwirtschaftsordnung. Entwicklung bei uns und auch in der Dritten Welt braucht die Initiative des einzelnen und offene Wirtschaftssysteme.

Entwicklungspolitik nur auf den an sich berechtigten Nenner zu bringen, "Wir müssen anders leben, damit andere überleben können", darf uns nicht dazu führen, eine komplexe Welt weltfremd zu sehen. So war dieser Satz auch nicht gemeint, den wir auf dem Parteitag 1981 in Hamburg beschlossen haben; das ist aus den damaligen Diskussionen ganz eindeutig hervorgegangen. Andererseits wäre es aber auch zu einseitig, Entwicklungspolitik nur mit Blick auf unsere kurzfristigen Wirtschaftsinteressen definieren zu wollen. Ich halte es für selbstverständlich, daß Entwicklungshilfe

auch unsere eigenen Wirtschaftsinteressen berücksichtigt, wenn dies nicht zum Nachteil Dritter, vor allem der Entwicklungsländer, ausfällt. Entwicklungshilfe bedeutet in der Praxis ja überwiegend wirtschaftliche Zusammenarbeit, für die wir sowohl den Ländern der Dritten Welt als auch unserer Wirtschaft ein breitgefächertes Instrumentarium zur Förderung anbieten. Auch die Entwicklungshilfe sichert bei uns Arbeitsplätze. Denn jede Mark, die wir hier aus Steuermitteln einsetzen, steht ein angemessener Rückfluß in Form von Aufträgen und Arbeit in unserer Wirtschaft gegenüber.

Das allein, meine Freunde, ist noch keine Dritte-Welt-Politik, die wir brauchen und die unsere Partner auch von uns erwarten. Entwicklung umfaßt wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Prozesse. Davon sind neben der engeren Entwicklungspolitik die Außen- und Kulturpolitik, die Außenwirtschafts- und nicht zuletzt die Sicherheitspolitik berührt. Wenn wir den Entwicklungsländern wirksam helfen wollen, ihre strukturellen Probleme zu meistern, dann werden wir unser Verständnis aus der Gesamtschau der verschiedenen Politikbereiche heraus gestalten müssen. Wenn wir eine solche Gesamtschau nicht entwickeln, wird dies unser Gewicht als ernstzunehmender Partner entsprechend vermindern.

Meine Freunde, hier liegt noch eine Aufgabe vor uns. Wir müssen unseren Blick hinsichtlich der Entwicklungspolitik eher noch weiten und dürfen ihn nicht eng an unsere eigenen Probleme ankoppeln. In diesem Sinne halte ich die hier vorgeschlagenen Formulierungen in hohem Maße für richtig und berechtigt, Herr Präsident.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächste hat das Wort Frau Leni Fischer.

Frau Leni Fischer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hören aus der Diskussion der Bevölkerung oft die bange Frage heraus, ob alle unsere Anstrengungen in der Entwicklungspolitik in den letzten Jahren nicht vielleicht doch in ein Faß ohne Boden gegangen seien; denn die Zahl der absolut Armen in der Welt hat sich in den letzten Jahren eher vergrößert, als daß sie kleiner geworden wäre. Aber eines sollten wir dabei wissen: Selbst wenn die Entwicklungshilfe international schwieriger geworden und in manchen Ländern zurückgegangen ist, so können wir in der Bundesrepublik Deutschland sehr stolz darauf sein, daß wir vergleichsweise noch gut dastehen, auch was die Begründung und die Akzeptanz von Entwicklungspolitik in weiten Teilen unserer Bevölkerung angeht. Denn drei Viertel der Bevölkerung bejahen Entwicklungshilfe grundsätzlich. Das ist ein bisher unerreichter Grad an Zustimmung.

Trotz größter Belastungen der öffentlichen Haushalte konnte der Etat des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Vergleich zum Gesamthaushalt wieder überdurchschnittlich gesteigert werden. Wir hoffen, den derzeitigen Höchststand mit einem Anteil von fast 0,5 % am Bruttosozialprodukt - das betrifft nur die öffentliche Entwicklungshilfe - zu halten, auch natürlich mit Hilfe des Bundesfinanzministers.

Auf eines möchte ich in diesem Zusammenhang hinweisen: Wenn wir Entwicklungsruinen in der Dritten Welt nicht mit offenen Augen mitfinanzieren wollen, müssen wir in verstärktem Maße das tun, was diese Bundesregierung dankenswerterweise zu beginnen den Mut gehabt hat, nämlich den politischen Dialog mit den Ländern der Dritten Welt zu führen, um klarzumachen, daß diese Form der Politik des politischen Dialogs eben keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes ist.

Wir haben im Gespräch mit Politikern von Ländern der Dritten Welt sehr wohl festgestellt, daß sie für wirklich partnerschaftliche und freundschaftliche Gespräche dankbar sind.

Nun noch kurz zu einem anderen Thema: Die Frage der Beschäftigungswirksamkeit der deutschen Entwicklungshilfeleistungen ist vielfach umstritten gewesen. Wir sagen - so wie der Herr Staatssekretär das soeben sehr deutlich ausgeführt hat -, daß das dort seine Grenze findet, wo die langfristigen Anliegen der Partner in der Dritten Welt negativ beeinflußt werden. Aber im Blick auf strukturelle Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe im eigenen Land bekennen wir uns ausdrücklich zur Beschäftigungswirksamkeit unserer Hilfe. Das heißt: In allen geeigneten Fällen muß unsere Entwicklungshilfe für die deutsche Wirtschaft und für die deutschen Arbeitnehmer beschäftigungswirksam werden. Manche Bereiche sind davon natürlich ausgenommen. Aber wenn bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, bei Projekten der Entwicklungshilfe Maschinen, Lokomotiven gebraucht werden, wenn Material für den Bau von Staudämmen gebraucht wird, wenn Elektrizitätswerke gebraucht werden, dann ist es, so meine ich, völlig legitim, daß auch unsere eigenen Beschäftigungsinteressen dabei Berücksichtigung finden.

Wir tragen den Ländern der Dritten Welt gegenüber Verantwortung. Unsere Hilfe kommt den Menschen in der Dritten Welt zugute. Darüber hinaus leisten wir - davon sind wir felsenfest überzeugt und sehen unsere Hauptaufgabe darin - mit einer sinnvollen Entwicklungspolitik auch einen Teil unseres Beitrags zum Frieden in der Welt. - Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Das Wort für die Antragskommission hat Franz Dormann.

Franz Dormann, Antragskommission: Da es keinen Änderungsantrag gibt, empfiehlt die Antragskommission Annahme in der vorliegenden Fassung unter Berücksichtigung der genannten Anträge.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich lasse jetzt über die Ziffer 24 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen.

Meine Damen und Herren, bevor wir jetzt das Kapitel III verlassen, komme ich auf Ziffer 19 zurück, deren Beratung wir vorhin ausgesetzt haben, damit eine Kompromißformulierung gefunden werden kann. Dazu wird jetzt Lothar Späth das Wort nehmen.

Lothar Späth: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns auf eine Formulierung geeinigt. Ich werde sie vortragen und möchte dann noch zwei Bemerkungen dazu machen. Wir würden den Zusatz zur Ziffer 19 im Sinne des Antrags C 52 von Westfalen-Lippe wie folgt neu formulieren:

Die Kohlepolitik ist Bestandteil der nationalen Energiepolitik. Dies gilt auch für ihren umweltgerechten und wettbewerbsfähigen Einsatz.

Damit ist nun dem Anliegen insoweit Rechnung getragen, als die Wettbewerbsfähigkeit und auch die Umweltverträglichkeit der Kohle sichergestellt werden sollen, andererseits der Anspruch an die nationale Seite nicht über den Preis in eine neue Umverteilung hineinführen darf. Es ist also eine Frage der Partnerschaft zwischen dem Nationalstaat und dem Land, in dem Kohle gefördert wird, wobei sichergestellt werden soll, daß sie umweltgerecht und wettbewerbsfähig bleibt. In diesem Sinne ist der Antrag hinsichtlich der nationalen Verantwortung zu billigen.

Ich glaube, daß dies ein Kompromiß ist, dem die Kollegen Biedenkopf, Worms und Albrecht zusammen mit mir zustimmen können. Ich meine, dies ist ein Vorschlag, wo wir zu einer klaren Position kommen, und das ist besser als ein Überweisungsantrag.

(Beifall)

Ich bitte den Parteitag, diesem Kompromiß zuzustimmen, der gleichzeitig zeigt, wie elegant es zwischen uns allen ginge, wenn die CDU in Nordrhein-Westfalen regierte.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt zu Ziffer 19 vorweg über den veränderten Antrag C 52 abstimmen, der wie folgt lauten soll - ich wiederhole, was Lothar Späth vorgetragen hat -:

Die Kohlepolitik ist Bestandteil der nationalen Energiepolitik. Dies gilt auch für ihren umweltgerechten und wettbewerbsfähigen Einsatz.

Wer dieser Formulierung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist die große Mehrheit. Damit ist dieser Antrag so angenommen.

(Beifall)

Zu Ziffer 19 gehören dann noch die Anträge C 51, C 53 und C 54. Dazu gibt es die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 18 der Antragsbroschüre. Wortmeldungen dazu lagen nicht vor. Ich lasse über diese drei Änderungsanträge zu Ziffer 19 abstimmen. Wer der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist die Ziffer 19 entsprechend den Empfehlungen der Antragskommission - abgesehen von dem Beschluß, den wir eben zu C 52 gefaßt haben - angenommen.

Ich rufe jetzt das Kapitel IV auf, "Politische Folgerungen". Das sind die Anträge A 1 und D 1 bis D 193.

Ich rufe den Antrag D 1 auf. Gleichzeitig soll auch der Antrag A 1 behandelt werden. Beide Antragsteller fordern eine Umstellung der Ziffern 46 und 47 des Antrags des Bundesvorstandes.

Ich habe es so verstanden, daß Frau Hellwig zur Erklärung der Empfehlung der Antragskommission ein paar Worte sagen möchte. Frau Hellwig hat das Wort.

Frau Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: Meine Damen und Herren, die Antragskommission hat diese beiden Umstellungswünsche geprüft, sie aber beide nicht für geeignet angesehen, und ihrerseits einen Vorschlag gemacht, der besagt, daß der Umweltschutz zwar nach vorne soll, aber nicht nach Ziffer 14 und auch nicht nach Ziffer 25, weil dies noch die allgemeinen Beschreibungstatbestände sind. Da wir den Umweltschutz jedoch im Maßnahmenenteil haben wollen, schlagen wir jetzt vor, daß der Umweltschutz nach Ziffer 38 kommt.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich lasse gleich darüber abstimmen: Umweltschutz nach Ziffer 38, so wie Frau Hellwig es eben für die Antragskommission vorgeschlagen hat. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das war die Mehrheit.

Ich rufe dann die Ziffer 25 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehört der Antrag D 2. Den Vorschlag der Antragskommission finden Sie auf Seite 23 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Ziffer 25 des Antrags des Bundesvorstandes. Liegen dazu Wortmeldungen vor? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer für den Vorschlag der Antragskommission zu Ziffer 25 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das war die Mehrheit.

Ziffer 26 des Antrags des Bundesvorstandes! Dazu gehören die Anträge D 3 bis D 6. Die Antragskommission empfiehlt darüber hinaus die Einführung einer Ziffer 26 a. Dazu gehören die Anträge C 21 und D 8 sowie der Initiativantrag D 188. Im übrigen finden Sie die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 24 der Antragsbroschüre. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist der Fall. Ich erteile das Wort Herrn Professor Winfried Pinger.

Prof. Dr. Winfried Pinger: Meine Damen und Herren, die Bundesmittelstandsvereinigung hat zur Ziffer 26 den Antrag D 5 gestellt. Dieser Antrag D 5 ist von der Antragskommission nicht berücksichtigt worden. Die Bundesmittelstandsvereinigung möchte auf den Satz 2 verzichten, nicht aber auf den Satz 1 des Antrages D 5. In dem Antrag der Antragskommission steht der Satz:

Die Sozialpolitik hat einen wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet.

Das kann nur unterstrichen werden. Dann geht die Passage der Antragskommission zu den Subventionen über. Die Bundesmittelstandsvereinigung ist der Meinung, daß dazwischen ein Satz über die künftige Sozialpolitik eingeführt werden soll. Demgemäß bitte ich Sie, aus dem Antrag D 5 den ersten Satz mit aufzunehmen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Frau Minister Breuel das Wort.

Frau Birgit Breuel, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! In der Antragskommission wurde die Meinung vertreten, daß die Formulierung mißverständlich und auch etwas einseitig sei, wenn man von einer "großen Mehrheit" spricht, der ja eine kleine Mehrheit gegenübersteht, wie es auch für die Steuer- und Subventionspolitik gelten müßte. Insoweit haben wir die Auffassung



CDU
sicher
sozial
und frei





CDU


Aufw
M



**Arbeitsgemeinschaft
mit uns für
Europa**

CDU










vertreten, daß es nicht angehen kann, dies für die Sozialpolitik hier stehenzulassen, und empfehlen die Ablehnung des Antrages.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich lasse jetzt über den Vorschlag der Antragskommission zu den Ziffern 26 und 26 a abstimmen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Mit Mehrheit ist der Vorschlag der Antragskommission beschlossen worden.

Ich rufe dann Ziffer 27 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge D 7 bis D 20 und der Initiativantrag D 177. In diesem Zusammenhang sollen auch die Anträge G 23, G 27 und G 28 behandelt werden. Die Empfehlung der Antragskommission finden Sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 25 und 80 bis 83. Außerdem liegt Ihnen die Empfehlung der Antragskommission als Tischvorlage in der Sammlung der Initiativanträge vor. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist der Fall. Mehrere Wortmeldungen liegen vor. Ich verlese sie in der Reihenfolge, damit sich die Redner dann schon zum Podium begeben können.

Als erster wird Herr Heinz Soenius, Rheinland, das Wort haben. Ihm folgen Herr Dr. Lammert, Westfalen-Lippe, Roland Koch, Junge Union, Dr. Ludolf von Wartenberg, Niedersachsen, Dr. Peter-Hubert Köpinger, Rheinland, und Frau Anneliese Hieke, Mittelstandsvereinigung.

Jetzt hat zunächst Herr Soenius das Wort.

Heinz Soenius: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Steuerpolitik, die in den letzten Wochen eines der beherrschenden Themen gewesen ist, wird uns sicherlich auch noch in den nächsten Monaten beschäftigen. Wir haben hier heute Vorschläge für die erste Stufe zu diskutieren. Ich stimme Herrn Späth zu, wenn er meint, daß es wohl richtig ist, daß wir einmal darüber nachdenken, wie zu einem späteren Zeitpunkt ein Umbau in dieses Steuersystem hineinkommen kann. Ich will in dem Zusammenhang nur anmerken, daß man dann auch einmal wieder das, was in den beiden Regierungserklärungen unseres Bundeskanzlers genannt worden ist, mit in die Diskussion einbeziehen muß, nämlich das Familiensplitting, das ja etwas sang- und klanglos in den letzten Wochen aus der öffentlichen Diskussion verschwunden ist.

Ich meine schon, daß sich der Parteitag auch an der Festsetzung der Rahmenbedingungen beteiligen soll. Ich habe in den letzten Wochen gelernt, daß die Festlegung im Detail sehr schwierig ist. Es ist wohl relativ einfach, einige allgemeine Festlegungen zu finden und einige Grundsätze zu finden. Wenn die dann aber in konkrete Positionen, in konkrete Festlegungen umgesetzt werden müssen - etwa die Frage, welche Einkommensgruppen bevorrechtigt in die Entlastung einbezogen werden sollen -, dann wird das schon sehr viel schwieriger.

Der Herr Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat heute morgen dazu gesagt, daß wir bald zu einem Ergebnis kommen sollten und dieses Ergebnis dann auch gemeinsam nach außen vertreten müßten. Das ist sicherlich nicht falsch, allerdings hängt das auch davon ab, welches Ergebnis gefunden wird und ob alle Gruppen in dieser Volkspartei CDU diesem Ergebnis - wenn auch nach Kompromissen - zustimmen können.

Was hier auf diesem Parteitag geschehen kann, ist, daß gewisse Prioritäten, also die Rahmenbedingungen, festgelegt werden. Der Initiativantrag D 177, den ich mit einer Reihe von Freunden aus der Jungen Union und mit anderen eingebracht habe, beschreibt solche Prioritäten. Allerdings heißt es in der neuen Fassung durch die Antragskommission, die wir heute morgen erhalten haben, so etwas lapidar, daß dieser Antrag - wie auch viele andere - einbezogen werden soll. Darüber, ob die Anträge einbezogen worden sind, kann man ja erst entscheiden, wenn sich diese allgemeinen Grundsätze, die von der Antragskommission hier festgeschrieben worden sind, wieder konkret gefüllt haben. Ich meine aber schon, daß uns daran liegt, daß das, was wir in dieser Prioritätenfestsetzung geschrieben haben, auch Bestandteil der Überlegungen sein soll, die dieser Parteitag an die Bundestagsfraktion gibt.

Die erste Priorität ist die Familienpolitik. Dazu ist gestern und heute so viel gesagt worden - vom Bundeskanzler, vom Bundesarbeitsminister, vom Generalsekretär der Partei und Familienminister -, daß ich dazu sicherlich keine Ergänzung zu finden brauche. Aber ich glaube, es sollte festgehalten werden - damit das auch immer wieder deutlich wird -, wo wir aus den Vereinigungen und aus den Kreisverbänden die Priorität für eine solche erste Stufe der steuerlichen Entlastungen sehen.

Das zweite ist die Bejahung dessen, was der Bundesfinanzminister hier heute morgen als sein wesentliches Ziel herausgestellt hat, nämlich die Konsolidierung der Haushalte. Ich halte die Konsolidierung auch für ein Stück Familienpolitik, wenn wir unseren Kindern ein Stück weniger Schulden hinterlassen. Allerdings will ich hier auch ein Wort von Norbert Blüm aufgreifen, das er heute morgen gesagt hat, daß nämlich die Gruppen, die in den letzten eineinhalb Jahren einen gewaltigen Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes geleistet haben, jetzt da, wo es - ich scheue mich fast, es so zu sagen - um Vergünstigungen geht, die ersten sein müssen, die daran teilhaben werden. Das bedeutet - wie wir es geschrieben haben -, daß bis zum unteren Teil der Progressionszone - das hört sich alles etwas kompliziert an; das kann man schon in Mark und Pfennig ausdrücken - überwiegend die Entlastung stattfinden muß, weil hier auch - das ist ja interessant, weil das in der Diskussion etwas untergeht - die Steigerung der Grenzbelastungen, also die Steigerung des Mehr an Einkommen, am größten ist; sie ist in diesem unteren bis mittleren Teil der Progressionszone am stärksten und flacht nach oben hin ab.

Wir haben auf die weitere Präzisierung unseres Antrages verzichtet. Aber, meine Damen und Herren, wir haben in dem letzten Teil, in dem letzten Satz unseres Antrages festgehalten: "Um den leistungsfördernden Effekt dieser Korrekturen sicherzustellen und um die zu Recht gewollte familienpolitische Wirkung zu erreichen, sind beide Maßnahmen ohne Steuererhöhungen zu finanzieren." Hierauf möchte ich einen besonderen Wert und Nachdruck legen und auch abweichend von der Empfehlung der Antragskommission beantragen, daß über diesen Satz gesondert abgestimmt wird, weil ich meine, hier muß ein Votum dieses Parteitages an die Bundestagsfraktion gegeben werden.

Ich tue dies auch in Übereinstimmung - die Vereinigungen werden es sicherlich naher auch noch selbst begründen - mit der Mittelstandsvereinigung, mit der Frauenvereinigung und mit der Jungen Union; denn ich meine, meine Damen und Herren, irgendwo muß draußen der Bürger auch präzise erfahren, was denn nun bei uns bei der steuerlichen Entlastung Sache ist. Heut morgen ist das so mit "Ausgleichsleistungen" ausgedrückt worden; das ist eine vornehme Umschreibung dafür, daß diejenigen, die auf der einen Seite - wenn es so gemeint ist - eine steuerliche Entlastung erfahren, diese steuerliche Entlastung über die indirekten Steuern selbst

bezahlen. Es kann nicht der Sinn unserer Entscheidungen in der Steuerpolitik sein, daß diejenigen, die bisher im letzten Jahr bei der Konsolidierungspolitik am stärksten betroffen sind, jetzt wieder durch die Erhöhung der indirekten Steuern belastet werden. Hier will ich besonders auf die Familien mit Kindern hinweisen. Wir wissen ja durch empirische Untersuchungen, daß etwa die Belastungen bei den kinderreichen Familien aufgrund der indirekten Steuern am höchsten sind. Dies ist ja auch sehr einleuchtend, weil der direkte Konsum dort am stärksten ist. Deshalb beantrage ich hier, Herr Präsident, daß über diesen letzten Absatz gesondert abgestimmt wird. Ich meine, daß ein Votum dieses Parteitages in der Öffentlichkeit sehr deutlich machen wird, daß wir hier mehr noch als in der Steuerpolitik in diese Steuerreform der nächsten Monate ein Stück Gerechtigkeit hineinbringen. Dann, Herr Bundesfinanzminister, bin ich sicher, daß wir Ihrem Appell, das gemeinsam zu vertreten, was wir dann entschieden haben werden, auch in großer Breite folgen können.

Ich darf Sie also alle noch einmal um diese Unterstützung bitten. Dies auch vor dem Hintergrund, meine Damen und Herren, daß wir - und das ist uns nicht leichtgefallen - den übrigen Teil dieses Antrages - wie es die Antragskommission vornehm umschrieben hat - als mit einbezogen sehen in den vorliegenden Antrag der Antragskommission. Wir bitten um Ihre Unterstützung.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster Redner hat Herr Dr. Lammert, Westfalen-Lippe, das Wort.

Dr. Norbert Lammert: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute vormittag in der Generaldebatte festgestellt, daß es nicht viele Punkte gibt, zu denen Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden müssen, daß aber zu einigen wenigen gewichtigen Einzelfragen sicherlich Kompromisse gefunden werden müssen. Ich habe heute mittag den Wunsch geäußert, daß wir in dem notwendigen Bemühen um Kompromisse möglichst formelhafte Einigungen vermeiden, denen wir nur deswegen hinterher mit großer Mehrheit oder sogar einmütig zustimmen, weil darin überhaupt keine Festlegung mehr enthalten ist und deswegen jeder damit beliebige Interpretationen verbinden kann.

Meine Damen und Herren, genau dies ist nach meiner Überzeugung in dem *Formulierungsvorschlag der Antragskommission jetzt der Fall*. Wenn man sich ansieht, was uns die Antragskommission zu dem gewichtigen politischen Thema der Steuerreform zu beschließen vorschlägt, wird man feststellen, daß das im Ergebnis etwa bedeutet: Wir sind der Meinung, daß wir die heimlichen Steuererhöhungen soweit wie möglich zurückgeben sollten, dabei Steuererhöhungen soweit wie möglich vermeiden müssen, daß wir die vorrangige Aufgabe der Haushaltskonsolidierung im Auge behalten sollten, aber vor allen Dingen die besonderen Belastungen der

Familien soweit wie möglich in Rechnung stellen müssen. Dabei sind mögliche Reibungen zwischen den beiden Koalitionspartnern soweit wie möglich zu vermeiden. - Meine Damen und Herren, ich möchte Sie herzlich bitten, diesem Antrag der Antragskommission Ihre Zustimmung zu verweigern, weil dies eine der zentralen Fragen ist, zu denen die Öffentlichkeit eine Auskunft dieses Parteitages erwartet.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist im Laufe der Debatte dieser Tage eine Reihe von Vorschlägen zu einer möglichen Fassung eines Parteitagsbeschlusses gemacht worden. Der Ministerpräsident Späth hat heute morgen eine sehr klare Position bezogen, über die man sicher

streiten kann. Aber das war eine Position. Es gibt Vorschläge der Jungen Union, die sehr detailliert sind und über deren Zweckmäßigkeit in einer so präzisen Festlegung man sich sicher streiten kann. Aber das ist immerhin eine Position. Und es gibt Vorschläge der Sozialausschüsse, der Mittelstandsvereinigung, die allesamt den Versuch einer Positionsbestimmung für den Parteitag vornehmen. Das, was uns die Antragskommission empfiehlt, ist, keine Position zu beziehen. Ich denke, damit vergibt der Parteitag die Chance, einer der Aufgaben gerecht zu werden, zu deren Erfüllung er stattfindet. Es geht doch darum, Orientierungspunkte, Leitpunkte zu setzen, die auch für die Regierung und für die eigene Bundestagsfraktion für die weitere Beratung und für das Finden von Detailregelungen unverzichtbar sind.

Ich meine, wir sollten uns jetzt schon auf das verständigen, was ohne Festlegung von Details an grundsätzlichen Orientierungen im Initiativantrag D 177 vorgeschlagen wird. Es kann, denke ich, keinen Zweifel daran geben, daß bei dieser Steuerreform der erwirtschaftete Verteilungsspielraum nun auch in erster Linie denjenigen zugute kommen muß, die ihn durch Einsparungen, die sie im eigenen Portemonnaie spüren, ermöglicht haben. Ich bin sehr dafür, daß wir der Empfehlung meines Vorredners folgen, gegebenenfalls über den letzten Teil dieses Initiativantrages in einer gesonderten Abstimmung zu befinden.

Der Begriff der Steuerentlastung ist ohnehin eine eher freundliche Beschreibung dessen, was stattfindet; denn wir entlasten nicht von Steuerverpflichtungen, sondern wir wollen den Prozeß einer wachsenden, einer zusätzlichen Besteuerung stoppen. Wenn wir aber eine wachsende Belastung durch zunehmende heimliche Steuererhöhungen nicht in die Zukunft fortschreiben wollen, d. h. nicht entlasten, sondern nur weitere Belastung vermeiden wollen, können wir auf diese Weise die ins Auge gefaßten Bevölkerungsgruppen nicht für eine Entlastung, die gar nicht stattfindet, auch noch die Finanzierung aufbringen lassen. Dies wäre die Vortäuschung eines Vorgangs, der gar nicht stattfände. Deswegen, meine ich, sollten wir an der Stelle auf Argumente zurückgreifen, die wir in früheren Monaten selber vorgetragen haben. Wir haben immer wieder, gerade im Zusammenhang mit dem letzten Bundestagswahlkampf, darauf verwiesen, daß die Verweigerung einer überfälligen Entlastung von weiteren Steuerbelastungen durch den Progressionstarif und das Hineinwachsen in diesen Progressionstarif schon für sich genommen leistungshemmend wirken und damit dem Bundeshaushalt Einnahmen entziehen, die ihm anderenfalls zur Verfügung stehen könnten. Insofern sollten wir die von uns zu früheren Zeitpunkten immer offensiv vorgetragene Selbstfinanzierung - den Selbstfinanzierungsanteil - einer solchen "Steuerentlastungsmaßnahme" nicht dadurch ad absurdum führen, daß wir uns nun in eine Diskussion begeben, die dies in der Sache faktisch zurücknimmt.

Meine Bitte ist noch einmal, die Chance dieses Parteitages nicht dadurch zu verspielen, daß wir uns auf einen Formelkompromiß einlassen, wie es uns die Antragskommission vorschlägt, und uns gegebenenfalls zwischen den verschiedenen Positionen, die uns hier zur Beschlußfassung vorliegen, eindeutig zu entscheiden. Ich plädiere für die Annahme des Initiativantrages D 177.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Minister Wagner, Rheinland-Pfalz, das Wort.

Dr. Carl-Ludwig Wagner: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es ist vielleicht gut, wenn auch ein Finanzminister eines Bundeslandes zu dieser Sache spricht, weil die Bundesländer und die Gemeinden dies politisch und finanziell mittragen müssen. Bekanntlich geht doch der überwiegende Teil, nämlich 57,5 % des Aufkommens der Steuer, von der wir reden, der Einkommensteuer, an die Länder und an die Gemeinden. Es muß uns also möglich gemacht werden, dies auch mit Überzeugung mitzutragen, auch im Bundesrat.

Ich muß sagen, ich bin da etwas besorgt, nicht über den Antrag der Antragskommission - es ist wahr, er ist ein bißchen inhaltsarm; da stimme ich der Kritik durchaus zu; aber er ist tragbar -, sondern über den Drive, den die Diskussion in unseren Reihen, bis hinein in die Bundestagsfraktion, seit einigen Wochen nimmt und der auch heute hier bei den beiden Vorrednern schon wieder erkennbar war. Das hat so ungefähr die Tendenz: Die Konsolidierung muß weitergeführt werden. In dem Antrag D 177 wird das übrigens nicht einmal mehr in Anspruch genommen. Während das sonst wenigstens noch verbal zum Ausdruck kommt, kommt es hier nicht einmal mehr vor. Aber dann wird stark unterstrichen: Wir wollen eine Reform zum 1. Januar 1986, also sehr früh. Wir wollen ein großes Paket, nämlich Familienentlastung und Tarifentlastung. Und wir wollen selbstverständlich keine Steuererhöhungen. - Das ist sehr schön, und ich könnte dem allen auch zustimmen. Nur bleibt dabei eine Frage auf der Strecke, die: Wie soll es denn nun finanziert werden? Diese Frage stellt sich vor allen Dingen dann, wenn man sich vorher darauf festgelegt hat, daß es am 1. Januar 1986 sein muß und daß es nicht ein kleines Paket, sondern ein großes sein soll.

Es ist vielleicht richtig, sich hier einmal kurz auch quantifizierend auszudrücken. Das, worum es sich handelt, sind Steuerentlastungen. Es handelt sich sehr wohl um Entlastungen, nämlich um Erleichterungen der Steuerlast nach dem geltenden Recht. Wir sollten uns das nicht selber kaputtreden, daß das keine Entlastungen seien, wenn wir jetzt eine Entlastung vorsehen. Das ist doch eines der größten politischen Vorhaben dieser Legislaturperiode, von dem wir auch politisch leben müssen, das wir auch ein bißchen verkaufen müssen. Deswegen habe ich wenig Verständnis dafür, daß wir uns jetzt hier hinstellen und sagen: Eigentlich ist das Ganze von vornherein überhaupt nichts. - Das möchte ich auch zu dem sagen, was Herr Lammert hier äußerte.

Das ist also eine sehr bedeutsame Entlastung. Und gerechnet wird mit 20 - 21 Milliarden DM. Ich muß hierzu sagen: Diese Größenordnung ist ohne Ausgleichsmaßnahmen auch nicht annähernd zu finanzieren. Jedenfalls können die Länder, soweit ich das sehe - und das gilt ganz bestimmt für das Land, für das ich hier sprechen kann; aber ich glaube, auch die anderen sehen es so -, ihren Anteil an einem solchen Paket nicht ohne Ausgleichsmaßnahmen tragen. Und wenn es richtig ist, daß die Konsolidierung Vorrang hat, dann gibt es eben nur zwei Wege: entweder das große Paket mit beiden Teilen, die wir ja wollen, und Ausgleichsmaßnahmen am 1. Januar 1986 oder, wenn man die absolut nicht will oder zustande bekommt, ein verkleinertes Paket, und zwar nicht um zwei, drei Milliarden, sondern nach meiner Überzeugung etwa um die Hälfte der vorgesehenen Größenordnung von 20 - 21 Milliarden DM. Wir haben das einmal kurz gerechnet. Eine Steuerentlastung in dem vorgesehenen Umfange würde für unser Land beispielsweise dann, wenn wir den Ausfall ohne Ausgleichsmaßnahmen tragen müßten, bedeuten, daß wir im Jahre 1986 im Prozeß der Haushaltskonsolidierung auf das Stadium zurückgeworfen würden, das wir jetzt, im Jahre 1984, erreicht haben. Das halte ich nicht für tragbar. Eine gewisse Verlangsamung des Konsolidierungstempos muß geschluckt werden; aber wir können uns nicht wieder um Jahre zurückwerfen lassen. Ich brauche wohl

nicht zu begründen, warum das nicht geht und warum die Konsolidierung bei uns den Vorrang hat.

Noch ein Wort: Ich fürchte, daß wir jetzt anfangen, uns reich zu rechnen und uns Illusionen zu machen. Das ist dann nicht mehr sehr seriös. Jetzt soll die nächste Steuerschätzung abgewartet werden, offenbar in der Hoffnung, daß die ein bißchen mehr bringt. Und dann werden Rechnungen aufgemacht. Dann heißt es: Dann steigern wir eben die Ausgaben um noch weniger als 3 % im Jahresdurchschnitt. Ich sage Ihnen, daß das aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren nicht möglich sein wird. Man sollte sich dann auch nicht einbilden oder vorreden, daß das gehen würde. Und dann wird gesagt: Die Wirtschaftsentwicklung wird wahrscheinlich noch viel günstiger sein, als wir es gerechnet haben.

Wir kriegen also mehr Steuern. Dann können wir das alles bezahlen. - Na, meine lieben Parteifreunde, darauf möchte ich mich lieber erst dann verlassen, wenns passiert ist. Das sage ich Ihnen ganz offen.

Die Zahlen, auf denen wir jetzt basieren, beruhen auf einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 2,5 % in den nächsten Jahren. Das ist gar nicht so pessimistisch. Jetzt einfach zu sagen, das werden 3 oder 4, und darauf basieren wir unsere Rechnungen, das halte ich für verwegen. Das war ja gerade der Fehler unserer Vorgänger in der Bundesregierung, daß die sich immer reichgerechnet haben und immer optimistische Varianten angenommen haben, die nachher nicht kamen. Wir haben uns finanzpolitisch durch Realismus ausgezeichnet, durch Angaben, die nachher von der Wirklichkeit sogar übertroffen werden konnten.

Dabei sollten wir bleiben. Die Haushaltssanierung ist das Marken- und Gütezeichen der Finanzpolitik dieser Regierung und auch ihrer Wirtschaftspolitik. Wir sollten uns dieses Marken- und Gütezeichen jetzt nicht selber zerreden und vor allem nicht durch Beschlüsse selber kaputtmachen.

(Vereinzelter Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Koch, Junge Union.

Roland Koch: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will zwei Dinge vorweg sagen.

Zum einen. Ich glaube, daß es die Aufgabe eines Parteitags ist, in einer aktuellen politischen Diskussion, die doch offenkundig viele Menschen in diesem Land, weil sie betroffen sind, in hohem Maß interessiert, nicht einen Beschluß zu fassen, der sagt: "Wir fassen keinen Beschluß und überlassen es denen, die wir in die Regierung geschickt haben", sondern auch eine Meinung der politischen Instanz, nämlich der Partei, zu formulieren; nicht als imperatives Mandat - das ist doch nicht unser Sinn -, sondern als eine Meinungsbildung innerhalb der Partei. Wir können es doch in einer so wichtigen Frage wie der Steuerpolitik nicht dazu kommen lassen, daß wir als Bundesparteitag der CDU, weil wir zugleich Regierungsvertreter haben, auf eigene Meinungsbildung verzichten und sie auf das Kabinett delegieren;

(Vereinzelter Beifall)

sondern wir müssen auch in einer Frage, in der dann das Kabinett abzuwägen hat, unsere Position in den Meinungsbildungsprozeß einer Partei einbringen.

(Vereinzelter Beifall)

Und deshalb ist es, meine ich, notwendig, daß wir heute hier zu den wesentlichen Punkten eine Entscheidung des Parteitags fällen.

Dies ist aber nur dann konsequent, wenn es tatsächlich die wesentlichen Punkte insgesamt berührt.

In der Tat haben wir einige Vorgaben, über die wir in der Vergangenheit Einigung wohl in weiten Kreisen erzielt haben. Der Termin ist einer der wichtigsten Punkte. Die Frage der familienpolitischen Komponente ist ein weiterer Teil.

Aber die Frage, die uns alle draußen stellen, ist doch die: Und wie haltet ihrs mit der Frage von Steuererhöhungen?

Und, meine Damen und Herren, da will ich das zweite hinzufügen. Wir müssen als Christliche Demokraten ein hohes, ein höchstes Interesse daran haben, daß diese Diskussion um die Frage der Steuererhöhungen möglichst schnell politisch beendet wird, weil wir sonst die Steuerentlastungsdiskussion gar nicht mehr richtig führen und darstellen können und niemand mehr sich darüber freut, daß ihm endlich Gerechtigkeit widerfährt und er weniger Steuern bezahlen muß, sondern sich jeder - dann inzwischen jeder - darüber ärgert, daß er schon wieder zur Kasse gebeten wird. Und das kann doch nicht das politische Ziel dessen sein, was wir in mühsamer Arbeit diskutieren und was der Bundeskanzler gestern hier mit vorgetragen hat.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, ich will zur Sache sagen: Unsere Debatte über Steuerentlastung hat ja neben dem Grund, daß wir alle wollen, daß wirtschaftliche Aktivität durch steuerliche Korrekturen erleichtert wird, eben auch das Ziel, Ungerechtigkeiten, die im Steuersystem in den letzten Jahren durch die Progressionsstaffel entstanden sind, abgebaut werden. Dies bedeutet nichts anderes, als daß der Staat bei seinem eigenen Steuersystem bleibt, daß er dafür sorgt, daß nicht Entwicklungen eintreten, die die von ihm selber gegebenen Annahmen ad absurdum führen, weil alle mehr bezahlen als er in seinem eigenen Gesetz ihnen gegenüber für zumutbar gehalten hat.

Das ist die Lage, warum wir begründen, daß in dem Einkommensteuertarif etwas geschehen muß.

Und dann kann der Staat, wenn dies die Argumentation ist, doch nicht gleichzeitig sagen: Ich kann dir aber doch nur das zurückgeben oder nur den Zustand herstellen, der nach meiner eigenen Meinung derjenige war, der hier angemessen ist, wenn ich dir auf der anderen Seite Geld dafür wegnehme, um diese angemessene Regelung zu finanzieren. Dann habe ich eben eine Diskussion, die im wesentlichen dann leider Gottes über Steuererhöhungen und nicht mehr über die Steuerentlastung geht.

Und deshalb meinen wir, die Junge Union, gemeinsam mit CDA, Frauenvereinigung, Mittelstandsvereinigung und auch den Vertretern des Wirtschaftsrats, die hier gesprochen haben, daß das der Weg ist, daß der Parteitag sagt, daß wir die jetzige

Einkommensteuertarifreform ohne Steuererhöhungen durchführen wollen, und daß er dies dem Finanzminister mit auf den Weg gibt.

Ich will hinzufügen - weil es sonst genauso unvollständig wie die Formulierung der Antragskommission wäre, die dazu nichts sagt -, daß jedermann im Saal, der sich in irgend einer Weise beschäftigt hat, weiß, daß es Risiko in der Finanzierung gibt. Dieses Risiko liegt bei denen, die am pessimistischsten sind, bei der Hälfte des jetzt von der Bundesregierung in ersten Gesprächen in der Koalition wohl angestrebten Gesamtbetrags.

Und in der Tat müssen wir uns darüber klar sein - auch das muß jeder wissen, der einem solchen Antrag zustimmt -, daß es Fragen an den Länderfinanzausgleich geben wird und nicht einfach ein lineares Festschreiben bei den einzelnen Beteiligten - Bund, Land und Kommunen -, wie es zur Zeit ist.

Wir haben allerdings - und ich meine, daß dieser Auftrag an die Bundestagsfraktion und an die Bundesregierung in aller Schärfe bestehen bleiben muß; Herr Stoltenberg hat selber heute darüber gesprochen - natürlich auch zu Fragen, ob es Möglichkeiten gibt, beschleunigt etwas im Bundeshaushalt zu tun, um dafür Mittel freizubekommen.

Hier ist über die These 26 a, die die Antragskommission eingefügt hat, ohne eine große Debatte hinweggegangen worden, wohl auch deshalb, weil alle sich schon auf die Steuerdebatte vorbereitet haben. Da steht etwas über Subventionen drin. Da steht etwas über die Frage drin, ob es nicht möglich ist, Subventionen in anderer Form als bisher zu gewähren. Und ich meine, daß die Frage zurückgegeben werden muß, daß eine 5 %ige lineare Kürzung etwa der Subventionen einen beachtlichen, wenn nicht den beachtlichen Teil des hier vorhandenen Finanzierungsdefizits bereits decken würde und daß es deshalb im Sinn dessen, was CDU/CSU in Oppositionszeiten gefordert hat, was wir in wirtschaftspolitischen Programmen geschrieben haben. Vernünftig wäre, zunächst einmal auf diese Finanzierungsquellen zurückzugehen, weil dann die Steuerreform den Sinn hätte, den sie tatsächlich nach den Grundlagen unserer Politik erreichen sollte.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie sehr herzlich, daß wir heute uns darauf verständigen können, den Antrag der CDA in diesem letzten Satz, auf den sich die Vereinigungen verständigt haben, hier zu beschließen. Ich bitte Sie, damit ein Zeichen zu setzen, daß wir bereit sind, das, was Helmut Kohl angekündigt hat, nämlich die größte Steuerreform, so zu gestalten, daß die Menschen draußen erstens in ihrem Portemonnaie und zweitens in dem, was an politischer Diskussion hier stattfindet, bemerken können, daß das tatsächlich unsere Absicht war und - ich sage das auch -, was die Verteilung auf die Progressionszonen angeht, es diejenigen bemerken können, die in den letzten Jahren in ungerechter Weise durch den Progressionszuzug ständig mehr belastet worden sind und jetzt auch diejenigen Adressaten sind, die die Entlastung tatsächlich am Ende haben sollen.

Deshalb bitte ich Sie sehr herzlich um Zustimmung zu diesem Antrag. - Vielen Dank.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster: Herr Dr. von Wartenberg, Niedersachsen.

Dr. Ludolf-Georg von Wartenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir

diskutieren Leitsätze der 80er Jahre und in diesem Zusammenhang ein Steuerpaket, das zu einer Entlastung ab 1986 führen soll. Es empfiehlt sich deshalb, einmal einen Blick auf die Entwicklung der direkten Steuern in diesem Zeitraum ab 1986 zu werfen.

Wir haben zur Zeit ein Lohnsteueraufkommen von rund 130 Milliarden DM. 1987 werden es über 180 Milliarden DM sein. In den nächsten Jahren steigen die direkten Steuern - Lohnsteuer - jährlich um rund 10 %, in unserer Regierungszeit also fast um 50 %.

Wir haben zur Zeit rund 10 Millionen von 19 Millionen Lohnsteuerpflichtigen in der Progressionszone. Im Jahre 1987 werden es über 13 Millionen sein.

Diese Zahlen belegen, daß beim Tarif Handlungsbedarf besteht, daß eine Tarifkorrektur notwendig ist, weil die direkten Steuern in den Jahren 1986 und 1987 als immer drückender empfunden werden.

Die Dynamik geht in eine falsche Richtung. Die direkten Steuern - die Lohnsteuer - wirken leistungshemmend und fördern - machen wir uns doch nichts vor - auch die Schwarzarbeit.

Insoweit bin ich für eine spürbare Entlastung der direkten Steuern im Jahre 1986 und damit für eine Zusammenfassung der Entlastung der Familien mit einer deutlichen Tarifkorrektur.

Wir glauben, daß diesen Ansprüchen mit einem Entlastungsvolumen von rund 20 Milliarden DM Rechnung getragen werden kann. Das wäre dann der in dem Antrag formulierte erste Schritt in eine richtige Steuerreform mit dem Ziel einer durchgehend linearen Kurve zwischen den beiden Proportionalzonen.

Nun wäre es natürlich ideal, wenn wir diese Entlastung für das Jahr 1986 ohne jede Kompensation durchführen könnten. Ich glaube, wir wären alle dafür. Das würde dann ja auch die größte Reform in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bedeuten. Wenn man aber nach sorgfältiger Prüfung der zukünftigen Steuerschätzung, des Bundesbankgewinns, des konjunkturellen Handlungsbedarfes und nach einer konkreten Beschreibung des Konsolidierungsziels für den Bundeshaushalt dennoch zu dem Ergebnis kommt, daß man dieses Entlastungspaket nicht ohne Kompensation durchführen kann, kommen wir um eine solide Kompensationsdebatte nicht herum; denn wir müssen Wert darauf legen, daß es ab 1986 zu einer spürbaren Entlastung der direkten Steuern kommt.

Ich würde dem Antrag des Mittelstandes, der Jungen Union und der CDA zustimmen, wenn darunter verstanden wird, daß in diesem Zusammenhang eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf keinen Fall in Frage kommt.

(Vereinzelter Beifall)

Aber das Nichtgenehmigen von Steuererhöhungen auf diesem Parteitag, insbesondere also der Erhöhung der Mehrwertsteuer, darf nicht dazu führen, daß wir dann im Tarifbereich zu einer kleinen Lösung kommen, die letztendlich nur das fortsetzt, was die SPD in den letzten Jahren betrieben hat: eine kurzatmig, jeweils flickschusterhaft betriebene Tarifkorrektur, die nur kurzfristig hält.

Ich bejahe den Antrag insoweit, als er Druck auf uns ausübt, ernsthaft nach Möglichkeiten des Abbaus von einigen Steuervergünstigungen zu suchen, und die Tür offenläßt für die Erhöhung kleinerer indirekter Steuern, die nicht so massenwirksam sind.

In diesem Zusammenhang muß als letztes auch in allem Ernst die Frage gestellt werden: Was ist denn das Konsolidierungsziel? In der mittelfristigen Finanzplanung stehen für das Jahr 1987 22,5 Milliarden DM Nettokreditaufnahme für den Bund. Heute morgen hören wir vom Bundesfinanzminister - aus dem Protokoll -, die Neuverschuldung müsse bis 1987 auf etwa 20 Milliarden DM zurückgeführt werden. Das ist, wenn dem so wäre, meine Damen und Herren, ein himmelweiter Unterschied. Wir sollten fragen, wie das errechnet worden ist; denn wenn die Konsolidierungsziele so eng geschrieben werden, dann allerdings besteht überhaupt keine Möglichkeit, Steuerentlastungen zurückzugeben. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Dr. Peter Köppinger, Rheinland.

Dr. Peter-Hubert Köppinger: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zunächst möchte ich etwas klarstellen, was Minister Wagner angesprochen hat. Es stimmt nicht, daß die Sozialausschüsse mit ihrem Antrag D 177 die Länder unter finanziellen Druck setzen, indem sie den Termin 1986 nennen, eine große Lösung fordern und jegliche Kompensation ablehnen. Ich bitte Sie wirklich, fair zu sein und auch das zu berücksichtigen, was Herr Soenius eben deutlich gesagt hat: daß wir das Ziel der Haushaltskonsolidierung sowohl für den Bund wie auch für die Länder als wesentliches Ziel ansehen. Bitte, lesen Sie diesen Antrag genau. Darin steht nichts von einem Termin und einer großen Lösung.

Zum zweiten: Ich habe gestern und heute in den Aussagen zur geplanten Steuerreform eine breite Übereinstimmung festgestellt von Bundeskanzler Helmut Kohl bis hin zu Alfred Dregger, von Ernst Albrecht bis zu Norbert Blüm. Die Übereinstimmung besteht darin, die heimlichen Steuererhöhungen zurückzuzahlen, die leistungshemmende Grenzabgabenbelastung abzubauen, die Entlastungswirkungen auf den unteren Teil der Progressionszone zu konzentrieren und nicht zuletzt denen die steuerlichen Entlastungen zugute kommen zu lassen, die sie durch ihre Sparopfer in den vergangenen Jahren erst ermöglicht haben. Offen gesagt, liebe Parteifreunde: Diese breite Übereinstimmung hat für mich etwas Provozierendes; denn wenn ich mir die konkreten Vorschläge von Bundesfinanzminister Stoltenberg zur Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs ansehe, stelle ich eine deutliche Diskrepanz zwischen diesen Vorschlägen und den hier übereinstimmend genannten Grundsätzen und politischen Zielen der Steuerentlastung fest.

Minister Stoltenberg schlägt zwei Alternativen für die Tarifreform vor. In beiden Modellen, T 1 und T 2 genannt, ist eine Erhöhung des Grundfreibetrags lediglich um 324 DM vorgesehen. Daraus ergibt sich bei Kosten von 2,2 Milliarden DM pro Jahr ein Entlastungseffekt - und jetzt hören Sie gut zu - von monatlich rund 6 DM, bei Verheirateten von 12 DM. Das gilt für Einkommensbezieher bis zu 18000 DM, soweit sie alleinstehend sind, und bis zu 36000 DM, soweit sie verheiratet sind. Das sind

rund 5,6 Millionen Steuerzahler, d.h. knapp 30 % aller Steuerzahler erhalten eine Entlastung von 6 bzw. 12 DM. Mehr nicht.

Diese Entlastung, die natürlich auch allen Personen mit höherem Einkommen in gleicher Höhe zugute kommt, deckt nicht einmal die heimlichen Steuererhöhungen, die diese Bezieher kleiner Einkommen in den Jahren 1982 bis 1987 erfahren haben bzw. erfahren werden.

Nach dem von Minister Stoltenberg favorisierten Tarifmodell T 1 ist neben der Entlastung durch die Erhöhung des Grundfreibetrags eine Abflachung für den gesamten Progressionsbereich des Tarifs, also bei Jahreseinkommen zwischen 18000 und 130000 DM für Alleinstehende und 36000 und 260000 DM für Verheiratete, vorgesehen. Nach diesem Modell ergeben sich Entlastungen - ohne Kinderfreibeträge - von rund 36 DM im Monat bei einem Jahreseinkommen von 30000 DM bzw. einem Jahreseinkommen von 60000 DM bei Verheirateten.

Diese Entlastungswirkung geht bis zu rund 500 DM pro Monat bei Einkommen ab 130000 DM aufwärts bei Alleinstehenden bzw. 260000 DM bei Verheirateten. Das heißt in Prozentzahlen: Die 5 % der Steuerzahler, die sich im oberen Teil der Progressionszone und in der oberen Proportionalzone befinden, die also mehr als 60000 DM Jahreseinkommen bzw. 120000 DM Jahreseinkommen bei Verheirateten haben, erhalten nach diesem Modell rund 30 % der gesamten Entlastungswirkung.

Da bei Einkommen oberhalb von 60000 DM im Jahr aber ohnehin die Grenzabgabenbelastung stagniert oder sogar sinkt, weil Sozialabgaben wegen der Bemessungsgrenzen nicht mehr steigen, wäre es durchaus vertretbar, den steuerlichen Entlastungseffekt ab solchen Jahreseinkommen nicht mehr weiter steigen zu lassen. Das bedeutet, der Verheiratete mit 260000 DM Jahreseinkommen bekäme dieselbe steuerliche Entlastung wie der Verheiratete mit 120000 DM Jahreseinkommen.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung fordert z. B. in seinem Jahresgutachten 1983/84 als Ziel der Tarifreform genau das, nämlich den Abbau der hohen leistungshemmenden Grenzabgabenbelastung im unteren und mittleren Bereich der Einkommen, wo es das Zusammenspiel von Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen gibt.

Auch das Argument, man müsse vor allem denjenigen die Entlastung zugute kommen lassen, die in den vergangenen Jahren und in den Jahren bis zum Inkrafttreten der Tarifreform von heimlichen Steuererhöhungen besonders betroffen waren bzw. sind, spricht nicht dagegen, diese Entlastungswirkungen ab einer Grenze von 60 000 oder 70 000 DM bei Alleinstehenden bzw. 120 000 oder 140 000 DM bei Verheirateten stagnieren zu lassen; denn in diesem Bereich, oberhalb dieser Grenze, liegen die Grenzsteuersätze, liegt also die Steuer, die von jeder zusätzlich verdienten Mark gezahlt werden muß, bereits oberhalb von 50 % und steigen nur noch ganz langsam bis auf 56 % an, nämlich bei 130 000 DM Jahreseinkommen, so daß hier heimliche Steuererhöhungen nur in sehr geringem Umfang stattfinden. Mit einem solchen Stagnierenlassen der Entlastungswirkung könnten wir die Steuertarifreform nicht nur viel billiger machen, was ja eines unserer Ziele ist, damit wir Kompensationsmaßnahmen, wie Steuererhöhungen, vermeiden können, sondern wir könnten sie in der Bevölkerung auch eher mehrheitsfähig machen. Das ist selbstverständlich, wenn man sich diese Zahlen ansieht.

Ein Wort nun zur Finanzierung der Steuerentlastungen. Zur Finanzierung ist u.a. eine

Erhöhung der Mehrwertsteuer im Gespräch. Diese aber würde in erster Linie einkommenschwache Familien mit Kindern treffen und wäre deshalb von der Gesamtzielsetzung des Entlastungspakets her völlig verfehlt. Bei einem verstärkten Beitrag aus dem Abbau von Steuersubventionen zur Finanzierung des Entlastungspakets, der grundsätzlich wünschenswert ist, muß streng darauf geachtet werden, daß jetzt nicht durch den Abbau bestimmter Vergünstigungen gerade für geringverdienende Arbeitnehmer am Ende eine zusätzliche Belastung als Effekt dieser Steuerreform an Stelle einer Entlastung herauskommt. Auch das droht bei den Vorschlägen, die heute auf dem Tisch liegen.

Liebe Parteifreunde, wenn ich die Vorschläge von Minister Stoltenberg zusammenfassend bewerte und zunächst einmal die Frage der Übereinstimmung zwischen den genannten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und diesen Vorschlägen stelle, dann muß ich festhalten, daß die Grundziele der Tarifreform, nämlich der Abbau der leistungshemmenden Grenzabgabenbelastung im unteren Teil der Progressionszone und die Rückgabe heimlicher Steuererhöhungen, eine Konzentration der Entlastungswirkungen auf den unteren Teil der Progressionszone geboten erscheinen lassen. Der weitere, starke Anstieg dieser Entlastungen für Einkommensbezieher oberhalb der Grenze von 60 000 DM für Alleinstehende und von 120 000 DM für Verheiratete, wie er in beiden von Minister Stoltenberg vorgeschlagenen Modellen vorgesehen ist, ergibt sich nicht notwendig aus diesen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen. Dagegen ist die Rückgabe heimlicher Steuererhöhungen bei kleinen und durchschnittlichen Einkommen nur möglich, wenn der Grundfreibetrag wesentlich stärker erhöht wird, als dies von Minister Stoltenberg vorgeschlagen wird.

Zu den verteilungspolitischen Auswirkungen ist zu sagen, daß Entlastungswirkungen von 500 DM im Monat für Höchstverdiener gegenüber Entlastungen von 6 DM im Monat für immerhin rund 30 % der Steuerzahler, die möglicherweise sogar noch durch Kompensationsmaßnahmen in zusätzliche Belastungen umschlagen, angesichts der Sparopfer der Arbeitnehmer in den vergangenen Jahren politisch nicht vertretbar sind.

Ebenso schwierig dürfte die Argumentation zur Rechtfertigung der Tatsache sein, daß 30 % der gesamten Entlastungswirkungen den 5 % Steuerzahlern an der Spitze der Einkommenspyramide zufließen. Der Bevölkerung - hier sollten wir uns nichts vormachen, auch wenn es sachliche Gründe dafür gibt - ist so etwas kaum zu verkaufen.

Ich bitte deshalb den Bundeskanzler und die Bundestagsfraktion dringend darum, noch einmal die Vorschläge zur Reform des Steuertarifs, also nicht nur den Zeitpunkt der Entlastung und die Frage der Finanzierung, sondern auch diese konkreten Tarifmodelle, im Sinne des Initiativantrages D 177 der Sozialausschüsse zu bedenken und zu überprüfen.

Wenn die Tarifkorrekturen so, wie sie vorgeschlagen wurden, verwirklicht werden, stehen sie im Widerspruch zu einem Teil der politischen Zielsetzungen der Reform. Vor allem aber werden sie bei der breiten Bevölkerung als Schuß nach hinten losgehen - das sage ich hier ganz deutlich - und dem Ansehen der Bundesregierung und unserer Partei eher schaden als nützen.

(Beifall)

Bernd Neuman, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bitte, bei den nächsten Wortmeldungen immer auch die Ziffer, auf die sich die Wortmeldung bezieht, aufzuschreiben, also nicht nur das Thema und den Änderungsantrag - das sowieso - , sondern auch die Ziffer, weil das dann einfacher zu erkennen ist.

Als nächster hat Bundesminister Gerhard Stoltenberg das Wort.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Beitrag von Herrn Köppinger, der hier soeben sehr ausführlich, sehr kritisch, mit sehr vielen Details die vorgeschlagenen Tarife kritisiert hat, war aus einem bestimmten Grunde für mich von besonderem Interesse. Ich habe heute morgen in den Zeitungen wie manche von Ihnen vielleicht auch mit Interesse gelesen, daß ein anderer namhafter Mitbürger, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, gestern ebenfalls harte Kritik an den beiden vorgeschlagenen Tarifen geübt hat, so wie es jetzt unser Freund Köppinger getan hat, nur mit einer genau entgegengesetzten Argumentation. Wer es nicht gelesen hat, sollte es nachlesen. Otto Wolff erklärte, diese beiden Tarifmodelle des Bundesministers der Finanzen, die sich nun seit acht oder neun Wochen in der öffentlichen Diskussion befinden, und zwar in einer - das muß ich sagen - insgesamt konstruktiven Diskussion mit überwiegend positiven Akzenten, hätten eine soziale Schlagseite, sie seien in keiner Weise leistungsgerecht und leistungsfördernd. Sie nehmen - so sagt Otto Wolff - viel zuwenig Rücksicht auf die gewaltige Belastung der mittleren und höheren Einkommen, die - das ist wahr, und hier nehme ich ein Stichwort des Antrages auf - in den letzten Jahren in der Tat in weit überdurchschnittlichem Maße die Belastungen aus den heimlichen Steuererhöhungen getragen haben. Otto Wolff von Amerongen appelliert, und zwar nicht nur als Person, sondern nach Beratungen einer bedeutenden Institution, an uns alle, stärker als in den von mir vorgeschlagenen Tarifmodellen den Gesichtspunkt der Leistungs- und Investitionsförderung zu beachten. Er bezieht sich dabei auf Entscheidungen und Diskussionen etwa über die britische und amerikanische Steuerpolitik, von der ich ebenfalls sagen würde: Darüber ist weniger unter sozialen Gesichtspunkten entschieden worden als bei dem, was nach meinen Vorschlägen jetzt in einer alternativen oder weitergehenden Diskussion entschieden werden muß.

Ich muß sagen, der Beitrag von Herrn Köppinger hat mein inneres Gleichgewicht an diesem Tage insofern voll wiederhergestellt. Es war zwar nicht ernsthaft bedroht; aber es ist doch gut, feststellen zu können, daß in einer - ich unterstelle das auch bei meinem Vorredner - ernsthaften, kritischen Diskussion dieser Kernbereich meiner Vorschläge aus zwei verschiedenen Richtungen mit völlig entgegengesetzten Erwartungen und Maßstäben kritisch behandelt wird. Eine mittlere Position ist für einen Politiker der Partei der Mitte in dem Meinungsstreit, den wir im Augenblick über diese und andere Fragen erleben, gar nicht schlecht. Das wollte ich zu der Diskussion am heutigen Tag sagen.

(Beifall)

Aber nun muß ich natürlich, weil einige Formulierungen ein bißchen herb waren, auch Ihnen, lieber Herr Köppinger, eine klare Antwort zu einigen Punkten geben. Ich sehe davon ab, weil das auch bei großer Aufmerksamkeit unsere Beratungen hier wohl überfordern würde, Einzelheiten der Begründung für Entlastungsvorschläge für die Einkommensgruppen von 18 000 bis über 100 000 DM vorzutragen. Sonst müßten wir nämlich über Verheiratete mit und ohne Kinder und über Alleinerzie-

hende mit Kindern sowie über Ledige reden. Hier gehen die Meinungen weit auseinander, und zwar, wie die Vorschläge zeigen, bewußt mit einem deutlichen Akzent zugunsten der Familie, ein Punkt, in dem wir uns einig sind.

Ich möchte zu T 1 und T 2 folgendes bemerken. Ich empfehle jedem, der diese Frage vertieft prüfen will, einmal die Anlage 3 meiner Vorlage vom 26. Mai zu lesen.

Ich habe nicht bei allen, die in den ersten Tagen flotte Interviews gemacht haben, den Eindruck gehabt, daß alles gelesen wurde. Aber das ist eine historische Randbemerkung. - Ich empfehle, das noch einmal sorgfältig zu lesen.

Die Anlage 3 der Vorschläge, die ja Alternativen aufweisen, weist in bis heute nicht bestrittenen Berechnungen nach, daß der Arbeitnehmer mit Durchschnittseinkommen bereits wenige Jahre nach Inkrafttreten eines neuen Tarifs bei T 1 eine stärkere Absenkung der Grenzbelastung bekommt als bei T 2. Ich sage einmal in aller Freundschaft, Herr Köppinger, weil wir ja vor der Veröffentlichung der Vorschläge mit den Repräsentanten der Sozialausschüsse ein mehrstündiges Gespräch geführt haben, bei dem Sie dabei waren - ich habe es als ein gutes Gespräch empfunden; Sie kennen meine Argumente durchaus, ein bißchen ausführlicher, als ich sie heute darlegen kann -, Das, was Sie anschließend zur öffentlichen Diskussion gestellt haben mit einem anderen Tarifmodell, gibt zwar - das ist richtig - für zwei, drei Jahre dem Arbeitnehmer mit Durchschnittseinkommen eine stärkere Momententlastung als T 1 oder auch T 2, führt aber bei einer jährlichen Einkommenssteigerung von 3 1/2 % bis 4 % dazu, daß der Arbeitnehmer mit Durchschnittsbelastung spätestens vier Jahre nach Inkrafttreten des Tarifs wieder eine höhere Grenzbelastung hat als heute und als bei den von mir vorgeschlagenen Tarifmodellen.

Man kann die Bandbreite zwischen T 1 und T 2 ausmessen und auch Argumente für T 2 finden. Ich behaupte im Gegensatz zu Ihnen, daß die Dauerhaftigkeit der Entlastung - darauf kommt es an - bei meinen Tarifmodellen stärker ist als bei Ihrer Alternative. Da wir lange gearbeitet haben, bevor wir geredet haben, haben wir im Frühstadium auch einmal von uns aus einen Tarif durchgerechnet, der etwa Ihren Vorstellungen entspricht. Er heißt bei uns TVKG. Aus diesem Tarifmodell leite ich die Aussage her: Man darf in der Steuerpolitik Tarife nicht nur danach beurteilen, was sie in der Momentaufnahme bewirken, im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten. Man muß sie daraufhin diskutieren, ob sie den berufstätigen Menschen, und hier den Bürgern mit Durchschnittseinkommen, hier besonders den Bürgern mit Familie und Kindern, eine dauerhafte Entlastung geben. Diese Dauerhaftigkeit muß das Ziel unserer steuerpolitischen Diskussion sein.

(Beifall)

Lieber Herr Köppinger, man kann mit Statistik viel machen. Mich hat das ein bißchen gestört, was Sie zur oberen Proportionalzone - das sind die berühmten Reichen - gesagt haben. Ich will Ihnen ein paar wenige Zahlen vortragen, nach den vielen, die wir gehört haben. Ich komme damit zum Gesamtantrag, der uns vorliegt.

Ich kann dem zustimmen, was auf Seite 1 zum Schluß gefordert wird: eine Konzentration der weiteren Entlastungswirkungen auf den unteren Teil der Progressionszone. Wenn Konzentration als die stärkste Entlastung gemeint wird, bin ich einverstanden. T 1 bedeutet, daß die Entlastungswirkung zu 62 % bis 63 % in diesem Bereich erfolgt, T 2 bedeutet, zu 68 %. Hier gibt es keinen prinzipiellen, erkennbaren Unterschied zu dem letzten Absatz Ihres Antrages.

Aber was nun die berühmten Bezieher großer Einkommen angeht, eine kleine Zahl in der oberen Proportionalzone, so gibt es hier einen anderen Zahlenvergleich, den ich für schlüssiger halte. Sie zahlen - es ist eine kleine Zahl - nach geltendem Recht 15 % bis 16 % des Gesamtsteueraufkommens. Sie würden nach meinen Tarifvorschlägen von der Gesamtentlastung um etwa 6 % entlastet werden. Auch so kann man argumentieren. Ich glaube, daß das überzeugender ist. - Ich spreche zur Zeit von der oberen Proportionalzone, sehr verehrte Frau Hellwig, weil die hier so kritisch angesprochen wurde.

Jetzt will ich mich, weil noch viele sprechen wollen und wir vieles zu tun haben, auf die Punkte des Antrags konzentrieren.

Absatz 1: Einvernehmen. Absatz 2, erster und zweiter Spiegelstrich: Einvernehmen, aber zum Teil doch interpretationsbedürftig. Es heißt hier: Die Entlastung soll vor allem denen zugute kommen, die durch ihre Einkommensverzichte diese wiedergewonnenen Verteilungsspielräume erwirtschaftet haben. Es gibt auch eine ernsthafte Diskussion, die sagt: Diejenigen, die die heimlichen Steuererhöhungen besonders getragen haben - diese Argumentation findet sich beim Sachverständigenrat und anderen -, haben dadurch erhebliche Einkommensverzichte geleistet. Man kann von daher auch folgern, daß die zu der Gruppe gehören, die hier unter diesen Spiegelstrich einzubeziehen ist. - Also identisch mit zweitem Spiegelstrich.

Der dritte Spiegelstrich wirft ein schwieriges Problem auf, das ich der weiteren Prüfung empfehle. Es ist die für mich neue Argumentation, daß ein Steuertarif auf die Belastungsstruktur der Sozialversicherungsabgaben - also die berühmte Sozialversicherungspflichtgrenze - Rücksicht nehmen soll. Ich mache hier mit der notwendigen Vorsicht ein großes Fragezeichen. Natürlich wird man Gesamtbelastungen vergleichen. Aber Steuerpolitik ist auch ein autonomer Bereich und kann nicht in erster Linie eine Hilfs- oder Ausgleichsfunktion gegenüber dem Problem der Struktur der Sozialversicherungsabgaben haben. Insofern empfehle ich diesen Satz einer weiteren sorgfältigen Prüfung über diesen Parteitag hinaus.

Nun komme ich zum letzten Absatz. Er ist der entscheidende politische Punkt. Es gibt offenbar eine Überlegung bei den Antragstellern, wie ich höre, das andere zu überweisen und über dies gesondert abstimmen zu lassen.

Meine lieben Freunde, ich habe von Anfang an in meinen Vorschlägen am 26. März auf Seite 2 die Alternative beschrieben und zur Diskussion gestellt als eine mögliche - nicht bevorzugte -, ohne jede Ausgleichsmaßnahme zum 1. Januar 1986 die Steuern zu senken. Aber ich sage hier - jeder hat es in diesem Punkt heute morgen nicht nur von mir, sondern auch von Ernst Albrecht und Lothar Späth gehört, und ohne für andere zu reden, weiß ich auch aus monatelangen Gesprächen, daß dies auch die Grundposition der anderen Ministerpräsidenten der CDU ist; sie haben das ja alle in unseren wiederholten Beratungen im Präsidium unserer Partei gesagt -, Wer dies heute beschließen will, der muß auch ehrlich und konsequent sein. Er sollte nicht vier Zeilen zur Abstimmung stellen, sondern er sollte einen neuen Antrag einbringen, in dem er sagt: Wir gehen davon aus, daß nach dem Stand der letzten Wochen eine Verständigung über sogenannte Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen nicht möglich ist. - Für mich ist diese Feststellung zu früh, aber man kann das ja unterstellen. - Zweitens gehen wir deshalb davon aus, daß der zunächst vorgeschlagene Rahmen der Entlastung leider nicht erreichbar ist und daß eine drastische Absenkung notwendig ist. Bei der würde ich bei dem Verzicht auf jede

Ausgleichsmaßnahme unter Bezugnahme auf die Position der Freunde der Länder sagen: Dann reden wir über zehn oder elf Milliarden DM.

Meine lieben Freunde, dann müssen Sie alles vergessen, was Sie auf Seite 1 gefordert haben. Das ist der innere Widerspruch dieses Antrages.

(Beifall)

Ich möchte die Antragsteller einfach aus Gründen der Redlichkeit - weil wir doch nichts beschließen wollen, was in sich nicht stimmig ist - darauf hinweisen. Ich will es noch einmal sagen: Für mich hat es von Anfang an diese zweite Alternative - Seite 2 meiner Vorschläge vom 26. Mai - gegeben, weil ich die Schwierigkeit der Ausgleichsdiskussion nach den Vorgesprächen kannte. Natürlich spürt jeder, daß diese Bedenken etwa im Hinblick auf die Mehrwertsteuer eher größer geworden sind. Man muß dann aber offen und ehrlich sein. Man kann nicht auf Seite 1 schreiben, was man alles möchte, und auf Seite 2 dann sagen, die Voraussetzungen dafür würden verneint.

Deshalb ist mein Rat, daß wir uns über den Parteitag hinaus einen gewissen Spielraum in der Diskussion offenhalten.

(Beifall)

Der Bundesvorsitzende Helmut Kohl hat den Bundesvorstand für Freitag nach Schluß des Parteitages zu einer fünfständigen Debatte eingeladen, in der es im wesentlichen um diese Fragen gehen soll - auch im Lichte der Beratungen hier. Wir können es am Freitag dann sehr kurz machen, wenn diese vier Zeilen hier angenommen werden. Für mich ist die Konsequenz klar: Seite 2 meines Vorschlages. Dies wäre aber nicht klug. Ich will einmal aus dem letzten Koalitionsgespräch am 1. Mai folgendes sagen. Viele Kollegen aus den Fraktionen von CDU/CSU und FDP waren ja dabei, ebenso zwei unserer Finanzminister. In diesem Gespräch haben wir gemeint, um den Rahmen zu erweitern, könne man über eine Erhöhung der Versicherungssteuer sprechen. Wer dies beschließen will, nimmt uns jeden Spielraum für eine weitere Diskussion und macht Seite 1 gewissermaßen zunichte.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, deshalb schlage ich vor, daß wir hier zwar diskutieren, daß wir aber unter genauer Beachtung der Tendenz dieser Diskussion den Antrag der Antragskommission, der auch im Präsidium besprochen worden ist, beschließen und diesen Antrag dem Bundesvorstand und der Bundestagsfraktion zur weiteren Beratung überweisen. Dies soll nicht geschehen, um einer Entscheidung, die getroffen werden müßte, auszuweichen oder um eine Tendenz in der Meinungsbildung zu vermeiden, sondern deshalb, weil es unserer politischen Verantwortung entspricht, noch ein paar Tage und Wochen miteinander zu reden, um dann ein Ergebnis vorzulegen, mit dem wir vor unserer Partei und der deutschen Öffentlichkeit bestehen können.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächste hat Frau Anneliese Hieke von der Mittelstandsvereinigung das Wort.

Frau Anneliese Hieke: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Korrektur muß insbesondere ohne Mehrwertsteuererhöhung erfolgen. Sie trifft alle Bürger. Vor allem die kleinen und mittleren Betriebe können eine Mehrwertsteuererhöhung in der Regel nicht weitergeben. Dafür sorgt schon der Verdrängungswettbewerb. Die Belastungswirkung wäre also insbesondere für den Mittelstand gravierend und schwer und würde den Erfolg der Steuerreform wieder in Frage stellen.

Die Mittelstandsvereinigung hält es deshalb für erforderlich, über die Empfehlung der Antragskommission hinaus den letzten Absatz des Initiativantrages mitzubeschließen. Ich möchte Sie um Ihre Unterstützung bitten.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Minister Ritz das Wort.

Dr. Burkhard Ritz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben vorhin die Ziffern 25 und 26 ohne Aussprache und ohne besondere Änderungen verabschiedet. In Ziffer 26 wird das Ziel der Haushaltskonsolidierung sehr nachdrücklich beschrieben. Nun konnte man daraus, daß darüber nicht diskutiert wurde, entnehmen, daß dies für uns ein so selbstverständliches Ziel ist, daß wir auf diesem Parteitag darüber gar nicht mehr zu diskutieren brauchten. Wenn ich jetzt allerdings manche Passagen der Diskussionsbeiträge zu Ziffer 27 höre, habe ich den Eindruck, als wären wir mitten in einer großen Umverteilungsdiskussion. Ich kann nur sagen: Diese ist mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht vereinbar.

Meine Freunde, in Wahrheit haben wir bis heute trotz aller Anstrengungen nicht eine Mark weniger an Schulden in den Staatshaushalten. Wir haben lediglich mit großen Anstrengungen und auch mit großem Erfolg die Zuwächse in der Neuverschuldung reduziert. Die laufenden Haushalte werden aber immer noch zu einem beachtlichen Teil über Kredite finanziert.

(Vereinzelt Zustimmung)

Ich finde, diese Zielsetzung behält auch unter den in Ziffer 26 beschriebenen Zielen die Priorität, nicht deshalb, weil Sparen Selbstzweck wäre, sondern deshalb, weil Sparen unverzichtbar ist, wenn wir größere Spielräume im privaten Bereich und eine Absenkung der Staatsquote erreichen wollen. Wir haben ja auch als Länder zusammen mit dem Bund das Ziel ins Auge gefaßt, die Zuwachsraten auf 3 % zu begrenzen. Ich stimme meinem Kollegen Wagner aus Rheinland-Pfalz zu: Dies ist bereits ein sehr ehrgeiziges Ziel. Täuschen wir uns nicht, meine Freunde. Es soll doch niemand glauben, daß wir den öffentlichen Dienst weiterhin - über dieses Jahr hinaus - als Reservekasse für Konsolidierung nutzen können. Dies ist doch einfach nicht mehr möglich und nicht mehr realistisch.

(Zustimmung)

Die Begrenzung der Ausgabenzuwächse auf 3 % ist also ein ehrgeiziges Ziel.

Meine Freunde, wenn dies aber so ist, können wir heute absehen, welche Spielräume wir für die Entlastung von Familien und Steuerzahlern zum 1. Januar 1986 haben. Die Zahlen haben der Kollege Wagner und gerade eben der Bundesfinanzminister, Herr Stoltenberg, genannt. Man mag sich streiten, ob es 8 oder 10 Milliarden

DM sind. Hier ist etwas Spielraum gegeben. Wir sagen: Es ist eher etwas weniger.

Ich glaube, daß wir nicht anfangen dürfen, uns für die nächsten Jahre reich zu rechnen. Diese Zahlen sind ja keine Zufallszahlen. Sie basieren vielmehr auf der Annahme einer bestimmten wirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahre 1987 und nach der Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung demnächst bis zum Jahre 1988. Ich finde, für die nächsten Jahre im Durchschnitt ein jährliches reales Wachstum von 2,5 % anzunehmen, ist eine durchaus realistische Erwartung. Ich hoffe, daß sie zutrifft. Es kann auch sein, daß es 1984 besser läuft. Es mag ebenso sein, daß der Spielraum 1986 etwas größer wird. Insgesamt wird er sich aber in der genannten Größenordnung bewegen. Ich warne davor, daß wir uns - wie die SPD-geführten Bundesregierungen - am Beginn eines Jahres reich rechnen und am Ende des Jahres auf Grund der Ausweitung der Neuverschuldung dann wieder die Lücken schließen müssen.

Meine Damen und Herren, solide Haushalte und Fortsetzung der Konsolidierung - auch dies wiederhole ich - sind ein unverwechselbares Gütesiegel der Christlich Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union, ein Gütesiegel noch nicht einmal der Koalition, sondern der Union. Ich habe die Überzeugung, daß nicht zuletzt im Hinblick auf die Zuversicht, daß die Union an diesem Ziel festhält, ein Stück der wirtschaftlichen Erfolge im letzten Jahr und in diesem Jahr von uns erreicht worden ist, eben weil man uns Solidität in diesem Bereich zutraut. Diese dürfen wir auch nicht aufs Spiel setzen, wenn wir zur Entlastung der Familie zum 1. Januar 1986 ja sagen und zu einem Einstieg in die Entlastung der Steuerzahler ja sagen. Die Schritte, die dann notwendig sind, haben sich aber an den genannten Zahlen zu messen. Auch ich kann nur davor warnen, hier jetzt zu sagen, die Entlastung solle ein Volumen von 20 Milliarden DM umfassen, und gleichzeitig zu sagen, es solle auf keinen Fall Steuererhöhungen geben. Wer will schon gern Steuererhöhungen? Auch ich finde, unsere Anstrengungen sollten darauf konzentriert sein, auf sie zu verzichten. Im Bereich des Abbaus von Steuervergünstigungen sind weiterhin Anstrengungen zu unternehmen und ist zu prüfen, ob nicht weitere Spielräume gewonnen werden können. Ich meine, es könnte auch der Perspektive insgesamt nicht schaden, wenn man einen ersten Schritt etwa in Sachen Tarifkorrektur tut, aber bereits 1985 den zweiten Schritt für später beschließt, damit auch über den weiteren Fortgang der Dinge Klarheit herrscht.

Meine Damen und Herren, wir sehen das als Länder nicht zuletzt auch deshalb engagiert, weil wir nicht sehen, daß wir hinsichtlich der Ausgabenstruktur in den nächsten Jahren noch entscheidende Abstriche vornehmen können. Denn gerade die unionsregierten Länder waren es, die bereits in Zeiten der SPD-geführten Bundesregierung begonnen haben, harte, schmerzliche Einschnitte in der Ausgabenstruktur vorzunehmen. Ich sehe nicht, daß wir die hier benötigten Spielräume noch durch Sparen in den Haushalten schaffen können, wenn die Politik der Länder und Kommunen - das will ich hier mit großem Nachdruck sagen - handlungsfähig bleiben soll.

Dies alles, so meine ich, spricht dafür, daß wir die Spielräume nutzen, die uns die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 27 gibt, um damit klarzumachen: Unter der Priorität der Konsolidierung der Staatsfinanzen über einen längeren Zeitraum werden wir das, was zur Entlastung der Familien und auch der Steuerzahler möglich ist, am 1. Januar 1986 in Gang setzen. Aber wir werden dabei das Ziel solider Staatsfinanzen als Gütesiegel der unionsgeführten Bundesregierung und unionsgeführter Landesregierung nicht preisgeben.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächste hat das Wort Frau Renate Hellwig.

Frau Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich auf diese Diskussion mit den Finanzexperten der Fraktion, von der Herr Minister Stoltenberg gesprochen hat, berufen und hierzu noch einmal einen Diskussionsbeitrag geben, bevor ich meine Empfehlung ausspreche.

Die vorgeschlagene - übrigens von allen Vereinigungen - Ablehnung einer Mehrwertsteuererhöhung - nur der Erhöhung der Mehrwertsteuer, nicht anderer Steuererhöhungen - sollte von diesem Parteitag doch ernsthaft erwogen werden. Ich glaube, daß sie auch die Mehrheit der Meinung in der Bundestagsfraktion wiedergibt. Herr Minister Stoltenberg, wenn wir nur die Mehrwertsteuererhöhung ablehnen, bleibt meines Erachtens genügend Spielraum, um dennoch ein vernünftiges Paket zusammenzubekommen, in dem sowohl eine ausreichende familienpolitische als auch eine ausreichende tarifpolitische Komponente enthalten ist.

Ich gehe einmal davon aus, daß man heute sagt, es müsse ein Paket mit einem Umfang von 20 Milliarden DM sein. Die Länder schreien da auf und sagen: 10 Milliarden davon müssen irgendwie durch Steuererhöhungen aufgebracht werden.

Ich mache Ihnen eine andere Rechnung auf: Es ist durchaus machbar, ein Paket in der Größenordnung von ca. 13 Milliarden DM, das eine tarifpolitische und familienpolitische Komponente hat, zu schnüren und als eine mittelgroße Steuer- und Familienlastenausgleichsreform zu verkaufen. Allerdings liegt der Spielraum dafür nicht bei weiteren Einschränkungen dessen, was an familienspezifischen Entlastungen vorgesehen ist - die betragen in dem Gesamtpaket nämlich nur 5 Milliarden DM -, sondern der Spielraum liegt beim Zuschnitt der Tarifreform.

Gestatten Sie, daß ich noch einmal sage, was Peter Köppinger gesagt hat, nämlich daß, wie groß die Tarifreform auch immer ist - 1988 hätte sie allein 18 Milliarden gekostet, 1986 wird sie rund 14 Milliarden kosten -, in jedem Falle, so wie die Tarife von Minister Stoltenberg jetzt vorgesehen sind, ein Drittel der Summe - also bei 18 Milliarden DM 6 Milliarden DM, bei 14 Milliarden DM mehr als 4 Milliarden DM - allein an die obersten 5 % der Einkommensbezieher geht. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir müssen uns gut überlegen, wie wir das draußen verkaufen.

(Beifall)

Herr Minister Stoltenberg hat gesagt, wir sollten uns die Zahlen genau ansehen, und uns damit unterstellt, wir hätten sie uns nicht genau angesehen. Er hat gemeint, es sei doch immerhin so, daß 2,5 % dieser 5 %, also jener, die in der obersten Progressionszone sind, die also an der obersten Grenze der Steuerbelastung angekommen sind, die von 130 000 DM und mehr 56 % Steuern bezahlen, immerhin 15 bis 16 % der Steuern aufbringen und nur zu 6 % entlastet werden. Das ist richtig, Herr Minister Stoltenberg, aber auch das war eine politische Entscheidung. Da haben wir nämlich überlegt - das wurde vorher in der Fraktion und auch in der Öffentlichkeit diskutiert -, ob man den Grenzsteuersatz von 56 % nicht senkt. Man ist zu dem Ergebnis gekommen, daß das politisch und letztlich auch unter gewissen

Gesichtspunkten der Ent- und Belastung - ich will nicht sagen: unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit; das ist eine Frage auch der Opportunität des Zeitpunktes; es ist durchaus denkbar, daß wir mal einen Zeitpunkt haben werden, zu dem wir den Grenzsteuersatz senken, aber so gut geht es uns im Moment nicht, daß wir den Grenzsteuersatz von 56 % senken können - nicht geht. Deswegen, haben wir gesagt, müssen wir denen eine unterdurchschnittliche Entlastung zumuten

Jetzt komme ich zu der zweiten Gruppe, um die es hier geht, nämlich um die Einkommensbezieher von 70 000 DM bis 130 000 DM. Das ist die Gruppe, die nur 14 % der Steuern aufbringt, aber mehr als 20 % der Entlastung bekommt. So bekommen Sie die 30 % Entlastung, die die beiden Gruppen zusammen erhalten.

Genau hier setzt unsere Überlegung an dieser Steuerreform an, daß wir sagen, wir schneiden den Tarif anders. Wir schneiden ihn so, daß die Entlastung dort, wo die Belastung pro 100 DM besonders stark zunimmt, nämlich in der Zone von 18 000 DM bis 70 000 DM, vorgenommen wird. Allen, die mehr als 70 000 DM verdienen, muten wir dann im Gottes Namen zu, daß sie im Jahr rund 2000 DM Entlastung kriegen, so wie die, die 70 000 DM Einkommen haben - aber nicht mehr. Wir lassen es also nicht auf zwölf mal 500 DM ansteigen, also auf eine Summe von weit mehr als 5 000 DM Entlastung, da wir ja den Einkommensbeziehern in den unteren Tarifzonen nur 36 DM pro Monat geben können.

Meine Damen und Herren, ich bin keine Sozialistin, ich vertrete keinen totalen Gleichheitsgrundsatz, wonach alle das gleiche verdienen sollen und alle das gleiche an Steuerentlastung haben sollen. Aber ich glaube, es gibt doch noch einen Unterschied zwischen Akzeptierung einer Steuerentlastung, bei der 30 % der Entlastung auf die oberen 5 % entfallen, und dem blanken Sozialismus. Diese Mittelposition möchte ich hier vertreten und Ihnen empfehlen, die Erhöhung der Mehrwertsteuer abzulehnen. Glauben Sie mir: Wenn wir diese Bremse einsetzen, dann wird es nicht zu einem solchen verfehlten Tarif kommen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort der Parteivorsitzende.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Sie erlauben mir zunächst die Bemerkung, daß ich Sie um Verständnis bitte, daß ich bei meinen Amtsgeschäften, die ja weiterlaufen müssen, nicht zu jedem Zeitpunkt hier im Plenarsaal sein kann. Sie wissen, daß ich sonst, wann immer das mir möglich ist, den Verhandlungen auf allen Parteitagungen zugehört und mitdiskutiert habe.

Frau Hellwig, mir hat besonders gut Ihr Satz gefallen: Man muß gut überlegen, was man tut. Und dazu habe ich mich zu Wort gemeldet.

„Gut überlegen“ heißt zunächst einmal, daß man sagt, woher wir kommen. Wir kommen - nach meiner Wahl zum Bundeskanzler am 1. Oktober 1982 - von einem absolut desolaten Zustand der Staatsfinanzen her. Wir haben damals zwischen dem 1. Oktober und Weihnachten rund um die Uhr sozusagen eine Art Vollbremsung gemacht, um die notwendigen Gesetze Ende 1982 auf den Weg zu bringen. Das war -

das will ich noch einmal unterstreichen - eine großartige Leistung des Kollegen Stoltenberg, aber auch der Kollegen aus der Bundestagsfraktion und aus der Bundesratsgruppe der Union; ohne deren Hilfe wäre das alles überhaupt nicht geglückt.

(Beifall)

Wir sind dann in die Wahl gegangen. Viele - lassen Sie mich das hier noch einmal sagen - hielten ja auch die Absicht, daß wir Wahlen herbeiführen wollten, für weitgehend abwegig. Wenn wir auf einem Parteitag darüber abgestimmt hätten, ob wir frühzeitige Wahlen herbeiführen oder nicht, hätten wir eine satte Mehrheit gegen den Wahltermin gehabt.

Aber jeder weiß in der Zwischenzeit, daß die Entscheidung politisch richtig war. Die sicherheitspolitischen Entscheidungen im Oktober/November 1983 wären anders gar nicht möglich gewesen.

Dann haben wir vor der Wahl am 6. März unseren Bürgern gesagt, daß wir den Staat wieder in Ordnung bringen. Daß erste, was wir dabei getan haben, war, daß wir uns die Konsolidierung der Staatsfinanzen vorgenommen haben. Ich habe in meinem Rechenschaftsbericht gestern früh deutlich gesagt, daß wir auf Kurs bleiben. Damit das ganz klar ist: Eine Regierung, die meinen Namen trägt, wird keine unsolide Politik machen.

(Beifall)

Das ist die grundsätzliche Voraussetzung für mich in diesem Augenblick. Weil Sie jetzt so freundlich dazu Beifall klatschen, will ich hinzufügen, daß das in der Konsequenz heißt, daß sich einer wie ich dreimal überlegt, ob er Steuern erhöht. Der Konsolidierungskurs wird fortgesetzt.

Aber wir haben auch gesagt, daß wir zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Möglichkeit schaffen, daß Steuern an den Bürger zurückgegeben werden. Auf Parteitagern spricht sich ja der Satz, Leistung dürfe nicht länger bestraft werden, leicht aus. Sie haben mir gewaltig Beifall gesendet, wofür ich ja dankbar bin. Leistung dürfe nicht bestraft werden, das heißt, daß wir etwas zurückgeben müssen, wobei ich es jetzt - Sie erlauben mir, daß ich direkt etwas dazu sage - für wenig sinnvoll halte, daß wir hier über eine Vorlage von Gerhard Stoltenberg diskutieren, die er auf Wunsch der Fraktion angefertigt hat und in der er Alternativen aufgezeigt hat. Keiner dieser Tarife ist bis jetzt von irgendjemandem akzeptiert worden, sondern Gerhard Stoltenberg hat, wie es seine Pflicht ist, auf meine Bitte hin Alternativen vorbereitet.

Frau Hellwig, um es einmal deutlich zu sagen: Natürlich bin ich an sozialer Gesinnung in diesem Raum von niemandem zu übertreffen. Aber es muß beides gelten: soziale Gesinnung und Leistungsgerechtigkeit. Liebe Freunde, irgendwo gibt es hier einen Punkt, den man klar aussprechen muß: Wer immer mehr Gleichheit herbeiführt, verkürzt immer mehr Freiheit.

(Beifall)

Wir führen diese Steuertarifdiskussion wirklich intensiv. Aber ich trete den Delegierten doch nicht zu nahe, wenn ich da sage das ist ein Job auch der Fraktion und der Bundesländer. Wir müssen intensiv in der Partei diskutieren, aber nicht in der Form,

daß die, die für den einen Tarif sind, mehr sozial und damit womöglich auch noch mehr christlich sind, während die anderen irgendwelchen kapitalistischen Erwägungen erlegen sind.

Meine Damen und Herren, wir haben seit 1969 in der Bundesrepublik eine Grundströmung gehabt, die den Neid zu einem Mittel der Politik gemacht hat.

(Beifall)

Ich sage Ihnen, daß dies meine Position nicht ist, und niemand in diesem Saal vertritt diese Position. Aber wir dürfen doch nicht übersehen, daß wir uns mitten in einer Diskussion befinden, in der noch gar nichts entschieden ist und in der jetzt schon die Sozialdemokraten - genauer gesagt: die Sozialisten - mit ihren vordergründigen Parolen durchs Land ziehen, daß die Reichen immer reicher würden und was weiß ich. Wenn Sozialisten die Steuertarife machen, dann wissen Sie, wohin das am Ende führt. Es gibt in Europa genug Beispiele dafür.

Mit anderen Worten: Wir wollen die Entlastung für die Familien ohne Wenn und Aber, und zwar zum 1. Januar 1986. Das ist völlig unstrittig. Dabei bedeutet Entlastung nicht nur die Steuern, sondern im Hinblick auf den Transferbereich auch Haushaltsbelastungen. Das muß man ja zusammenzählen. Die Diskussion läuft ja auch bei uns etwas verkürzt, weil, wenn über Familie geredet wird, nur über den steuerlichen Teil geredet wird, nicht aber über den sehr erheblichen Teil in jenem Bereich, der über die Haushaltsgesetzgebung geregelt werden muß. Beides wird zusammen gemacht. Ich habe das in der Regierungserklärung namens der CDU als CDU-Vorsitzender eingebracht, und dabei bleibt es. Das hat absoluten Vorrang für mich, um es noch einmal klar und deutlich zu sagen.

(Beifall)

Das zweite ist, daß wir dann über die Größenordnung der Entlastung sprechen müssen. Liebe Freunde, diese Debatte ist einfach noch nicht abgeschlossen. Jetzt füge ich auch hinzu: Ich bin Regierungschef einer Koalitionsregierung. Natürlich ist die mächtige Säule dieser Koalitionsregierung die Christlich Demokratische Union Deutschlands. Wenn Sie das Handbuch des Deutschen Bundestages betrachten, sehen Sie auch, daß gegen die CDU in letzten Konsequenzen nichts möglich ist, um dies einmal so freundlich anzudeuten. Aber, meine Damen und Herren, das heißt natürlich, daß wir über die Sache, die wir hier erörtern, in der Koalition miteinander reden müssen.

Ich habe überhaupt nichts gegen diese Diskussion. Ich bin auf einem Bundespartei-tag der CDU nicht gewesen, auf allen anderen bin ich gewesen; ich habe selbst schon Anträge unterschrieben. Wenn etwas in anderer Weise nicht zustande kam, hat man im Saal diese und jene Vereinigung zusammengeführt und zu Mehrheiten zusammengebaut. Bloß muß doch der erste Satz hier heißen, daß wir gut überlegen müssen, was wir tun. Deswegen, liebe Freunde, plädiere ich schlicht und einfach dafür, daß die Formulierung im letzten Satz "sind beide Maßnahmen ohne Steuererhöhung zu finanzieren" ersetzt wird durch: "ist zu prüfen, ob beide Maßnahmen ohne Steuererhöhung zu finanzieren sind".

Welche Vorstellung von der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und von dem Parteivorsitzenden der CDU hätte derjenige, der so dächte, daß wir uns mitten im Strom, wo wir uns in Gesprächen befinden, in einer Weise festlegen, die unzulässig

ist und auch im höchsten Maße schwierig zu vollziehen wäre?

Ein letztes! Wenn ich Sie bitte, so zu beschließen, wie ich es formuliert habe, dann gehen Sie bitte davon aus, daß weder Gerhard Stoltenberg noch Alfred Dregger noch irgendjemand von uns danach süchtig wäre, die Steuern zu erhöhen. So verformt haben wir uns in 20 Monaten der Regierungsverantwortung wirklich nicht. Bitte folgen Sie meinem Wunsch.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es liegen noch drei Wortmeldungen vor. Ich schlage vor, daß wir danach zur Entscheidung kommen. Als nächster hat Herr Scharrenbroich, Landesverband Rheinland-Pfalz, das Wort.

Heribert Scharrenbroich: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Diskussionsbeiträge des Bundeskanzlers wie des Bundesfinanzministers haben deutlich gemacht, daß dies ein sehr entscheidender Punkt des Parteitages ist. Ich glaube, daß sich die Diskussion gelohnt hat. Es ist anzuerkennen, daß der Bundesfinanzminister Modellvorschläge in die Diskussion gebracht hat, und ich glaube, daß es richtig ist, daß ein Parteitag Kriterien festlegt, nach denen man sich zwischen diesen Modellen entscheiden soll. Genau dies hat der Initiativantrag zu leisten versucht. Es geht also nicht um die Frage der sozialen Gesinnung; wir unterstellen auch nicht, daß der Bundesfinanzminister eine weniger soziale Gesinnung hätte. Es geht lediglich um die Frage, wie wir gemeinsam unsere soziale Gesinnung umsetzen können, ohne daß hier etwas beschädigt wird. Ich möchte noch einmal unterstreichen, daß dies für alle Antragssteller selbstverständlich ist, wie es auch für alle Antragsteller selbstverständlich ist, daß das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht gefährdet werden darf.

Ich meine, daß es gut ist, daß die Antragsteller nach diesem Vorschlag des Bundeskanzlers ihren Antrag nicht weiterverfolgen. Ich glaube, daß dies richtig ist; denn die Diskussion hat jetzt eindeutig klar gemacht, daß wir alle Anstrengungen unternehmen wollen, daß diese Steuerentlastungsdiskussion draußen keine Steuererhöhungsdiskussion wird.

Ich darf dem Bundeskanzler für seinen Vermittlungsvorschlag sehr herzlich danken, und ich glaube, daß die Diskussion des heutigen Tages unsere Vorstellungen sehr deutlich gemacht hat. Im Namen der übrigen Antragsteller möchte ich also sagen, daß wir unseren Antrag nicht mehr weiterverfolgen, sondern empfehlen, den Vorschlag der Antragskommission so anzunehmen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt noch zwei Wortmeldungen. Aber die Frage ist, ob sie noch sein müssen, weil wir doch ziemlich nahe an einem Kompromißbeschuß sind. Die eine Wortmeldung ist die von Lothar Späth, die andere ist von Dr. Dregger - mit dem Zusatz. Wir könnten jetzt an sich abstimmen. - Herr Späth und Herr Dregger? - Beide Herren sind einverstanden.

Dann möchte ich Ihnen noch einmal sagen, worüber wir abstimmen. Es geht um die

Ziffer 27. Zu dieser Ziffer 27 gibt es eine Empfehlung der Antragskommission, die Ihnen im Rahmen der Initiativanträge vorliegt. Dieser Ziffer 27, Vorschlag der Antragskommission, wird jetzt ein weiterer Absatz angefügt, nämlich der, den der Parteivorsitzende vorhin genannt hat. Es geht also um eine Ergänzung zu der vorliegenden Fassung durch die Antragskommission. Ich lese diesen weiteren Absatz, der angefügt werden soll, noch einmal vor:

Um den leistungsfördernden Effekt dieser Korrekturen sicherzustellen und um die zu Recht gewollte familienpolitische Wirkung zu erreichen, ist zu prüfen, ob beide Maßnahmen ohne Steuererhöhung zu finanzieren sind.“

Ich habe mir von der Antragskommission sagen lassen, daß die Antragskommission diesen Absatz übernimmt, so daß wir jetzt in einer Abstimmung zu dem Gesamtvorschlag der Antragskommission votieren können. - Es besteht darüber Einvernehmen. Ich lasse deshalb jetzt abstimmen über den ergänzten Vorschlag der Antragskommission zur Ziffer 27. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke! Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Ich stelle fest, daß dieser Beschluß einstimmig gefaßt worden ist.

(Beifall)

Ich rufe jetzt die Ziffer 28 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge D 21 bis D 28 und die Initiativanträge D 185 und D 186. Die Empfehlung der Antragskommission ist auf Seite 29 der Antragsbroschüre zu finden. - Es liegt dazu eine Wortmeldung von Dr. Hans Burggraf, Landesverband Hessen, vor. Bitte!

Dr. Hans Burggraf: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich spreche zum Initiativantrag D 186, Ziffer 28 des Antrages des Bundesvorstandes. Danach soll der Antragsempfehlung der Antragskommission zur Ziffer 28 der Leitsätze der folgende Satz angefügt werden:

Die Bildung von Eigenkapital aus Unternehmenserträgen darf steuerlich nicht schlechter gestellt sein als Entnahmen.

Die Antragskommission will diesen Antrag durch die Annahme des Initiativantrages D 185 als erledigt betrachten. Den letzteren Antrag begrüße ich ausdrücklich und plädiere auch für dessen Annahme. Während aber der Antrag D 185 die Höhe der Gewinne der Unternehmen betrifft, geht es beim Antrag D 186 um deren Besteuerung.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß wir bereits 1971 beim Parteitag in Düsseldorf einen Antrag zur Unternehmensbesteuerung beschlossen haben, und zwar die sogenannte Teilhabersteuer nach Professor Engels. Dieser Antrag hier ist wesentlich allgemeiner formuliert. Aber ich darf darauf verweisen, daß die Antragskommission bereits die Anträge G 23, G 27 und G 28 der Bundestagsfraktion zur Behandlung überwiesen hat. Das Problem der Unternehmensbesteuerung wird - das haben wir vorhin in Reden von Ministerpräsident Späth, Ministerpräsident Albrecht und anderen gehört - in der nächsten Zeit ohnehin überdacht werden müssen. Ich beantrage deshalb zur Geschäftsordnung, den Antrag D 186 an die Bundestagsfraktion bzw. die zuständigen Fachkommissionen und Arbeitsgruppen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur weiteren Beratung zu überweisen. Ich bitte die Delegierten, diesem Überweisungsantrag zuzustimmen.

Hans Peter Schmitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Burggraf. Das Wort für die Antragskommission hat Peter Jungen.

Peter Jungen, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Wir haben in der Antragskommission die Empfehlung gegeben, daß der Antrag D 186 durch die Annahme der Empfehlung der Antragskommission zum Antrag D 185 als erledigt betrachtet werden kann. In D 186 wird auf den Wunsch abgestellt, die Bildung von Eigenkapital aus Unternehmenserträgen darf steuerlich nicht schlechter gestellt sein als Entnahmen. Wir sind der Auffassung, daß D 185 im Grunde genommen das Kernproblem zum Ausdruck bringt, nämlich, daß es zunächst einmal darum geht, für eine bessere Eigenkapitalausstattung zu sorgen und daß die bessere Eigenkapitalausstattung der Unternehmen vor allem dann wieder gewährleistet sein wird, wenn die Gewinne der Unternehmen die Erträge aus risikolosen Geldeinlagen übertreffen.

Nun befinde ich mich ja hier persönlich in der etwas schwierigen Lage, daß es sich dabei um einen Initiativantrag handelt, den einige Freunde und ich selber hier eingebracht haben. Den Antrag D 186, meine Damen und Herren, betrachten wir deshalb als erledigt, weil der Antrag D 185 weitergehend ist, weil er das eigentliche Grundproblem beinhaltet, nämlich, daß es darum gehen muß, vor allen Dingen die Eigenkapitalausstattung zu verbessern, und daß im Grunde die Frage, was erleichtert werden soll - die Entnahme oder auch die Bildung von Eigenkapital -, unseres Erachtens und meines Erachtens durch diesen einen Satz so nicht ausreichend beantwortet werden kann. Die Antragskommission hat Ihnen deshalb die Annahme von D 185 vorgeschlagen. Sie ist der Auffassung, daß damit der D 186 ausreichend abgedeckt ist.

Ich wiederhole noch einmal: Es ging hier nicht um die Frage der Ablehnung des Grundgedankens in D 186, sondern wir waren der Auffassung, daß D 186 mit der Annahme von D 185 abgedeckt ist.

Hans Peter Schmitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Jungen. Wir befinden uns hier in einer etwas schwierigen Situation, weil hier ein geschäftsordnungsmäßiger Antrag gestellt worden ist. Aber ich glaube - wenn ich das so richtig sehe -, daß dann, wenn wir den Antrag D 185 zur Annahme empfehlen, eine geschäftsordnungsmäßige Abstimmung eigentlich nicht mehr notwendig ist. Deshalb lasse ich zunächst einmal über den Antrag der Antragskommission abstimmen. - Herr Dr. Burggraf, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

Dr. Hans Burggraf: Herr Präsident! Ich bitte doch, über den Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung an die Bundestagsfraktion abzustimmen. Über Geschäftsordnungsanträge ist immer vorweg abzustimmen. Den Antrag für erledigt zu erklären, ist ein Beschluß in der Sache. Ich bitte doch wirklich, so zu verfahren.

Hans Peter Schmitz, Tagungspräsidium: Wir sind uns hier im Präsidium eigentlich einig, daß der von Ihnen gestellte Antrag auf Überweisung ein inhaltlicher und kein geschäftsordnungsmäßiger Antrag ist. Insofern bleibe ich bei meiner Haltung, daß wir über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen lassen.

Wer für die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 28 unter Einbeziehung des

Antrages D 185 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Mit wenigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe Ziffer 29 auf. Dazu gehören die Anträge D 29 bis D 31. Die Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission ist die Broschüre, Seite 30. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Ziffer 29 des Antrags des Bundesvorstandes entsprechend der Empfehlung der Antragskommission die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Einstimmig angenommen.

Ich rufe nunmehr Ziffer 30 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge D 32 bis D 35. Die Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission ist die Antragsbroschüre, Seite 31. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Ziffer 30 des Antrags des Bundesvorstandes in der vorgeschlagenen Form und die Empfehlung der Antragskommission zu den dazugehörigen Anträgen D 32 bis D 35 ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 31 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge D 36 bis D 41 und der Initiativantrag D 187. Die Fundstelle für die Empfehlungen der Antragskommission ist die Antragsbroschüre, Seite 32. - Das Wort hat Herr Faust, Baden-Württemberg.

Herbert Faust: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag D 41 und kann dazu berichten, daß wir bei der Behandlung der Stuttgarter Leitsätze in unserem Kreisverband doch mit einiger Verwunderung und auch Bedauern festgestellt haben, daß keine nennenswerten Aussagen zur regionalen Strukturpolitik gemacht werden. Es wäre eine Menge zu den unterschiedlichen Chancen, den Strukturwandel mitzumachen und ihn dort, wo er unangenehme Begleiterscheinungen hat, zu verkraften, zu sagen. Dies gilt sowohl für die Ballungsräume als auch für die ländlichen Räume und dort insbesondere.

Mir war nicht ganz verständlich, warum man von seiten der Antragskommission, als es um den Antrag C 25 des Landesverbandes Schleswig-Holstein ging, nicht näher darauf eingegangen ist. Meine Damen und Herren, wir beobachten mit großer Sorge die Vergrößerung des Abstandes zwischen den ländlichen Räumen und den Ballungsräumen in Sachen Strukturwandel, technischer Fortschritt und dessen, was damit zusammenhängt. Die Distanz wird größer, wenn wir, wo wir in diesen Stuttgarter Leitsätzen soviel über Strukturveränderungen reden, nicht auch eine politische Aussage machen. Das gilt nicht nur für die ländlichen Räume. Ich denke da z. B. an die Stadt Mannheim, die große Probleme hat, die sozialen Folgen des ökonomischen Wandels vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit zu verkraften.

Wenn nun schon, offenbar aus systematischen Gründen, keine regionalen Gesichtspunkte aufgenommen werden sollen - ich wäre dankbar, wenn ich doch noch einmal ein deutliches Wort zur Begründung dessen hören könnte, warum dies nicht erfolgt ist -, sollte, meine ich, eine Formulierung aufgenommen werden, die wenigstens eine politische Präzisierung angesichts der bescheidenen Aussagen in dem Entwurf der

Stuttgarter Leitsätze in Ziffer 12 versucht. Da steht etwas von ländlichen Räumen drin, aber sonst steht davon im ganzen Papier nichts.

Deshalb bitte ich, diesen Antrag anzunehmen, entgegen dem, was die Antragskommission empfiehlt. Auf jeden Fall wäre ich dankbar, wenn wir über Antrag D 41 getrennt abstimmen könnten. - Ich danke Ihnen.

Hans Peter Schmitz, Tagungspräsidium: Das Wort für die Antragskommission hat Herr Professor Dr. Zeitel.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Antragskommission: Die Antragskommission hat den Antrag D 41 nicht in erster Linie aus sachlichen, sondern aus formalen Aspekten heraus abgelehnt. Die Ziffer 31 des Antrags des Bundesvorstandes behandelt im Zentrum die Förderung der Eigenkapitalbildung, insbesondere die vermehrte Bereitstellung von Risikokapital durch ein Existenzgründungssparen. Mit diesem Inhalt ist die Frage, die in Antrag D 41 behandelt wird, die in der Tat sehr viel weitergehend die Regionalpolitik umfaßt, über deren Berechtigung kein Zweifel besteht, nicht abzudecken. Deswegen lehnen wir den Antrag hier ab.

Hans Peter Schmitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Professor Zeitel. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich lasse über die Ziffer 31 des Antrags des Bundesvorstandes entsprechend der Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Mit wenigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe Ziffer 32 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 8, D 42, D 44 und der Initiativantrag D 194. Die Fundstelle für die Empfehlung ist die Antragsbroschüre, Seite 34. - Als erster hat Kollege Klapheck, Rheinland-Pfalz, das Wort.

Helmut Klapheck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mir geht es um den Initiativantrag, in dem jede Änderung des bestehenden Ladenschlußgesetzes von vornherein abgelehnt wird. Ich möchte in diesem Zusammenhang zunächst unseren Generalsekretär beglückwünschen, daß er dieses Thema wieder aufgegriffen hat, wohlwissend, welche Widerstände er damit hervorrufen würde.

(Vereinzelt Beifall)

Ich meine, daß der Bundesparteitag die Chance wahrnehmen sollte, diese Initiative aufzugreifen und sich für flexiblere Ladenschlußzeiten auszusprechen.

(Vereinzelt Beifall)

Damit wird klar, daß ich mich gegen den vorliegenden Initiativantrag wende.

Meine Damen und Herren, welche Gründe sprechen für flexiblere Ladenschlußzeiten? Ich meine, der grundsätzlichsste ist der, daß das bestehende Gesetz mit seinen sehr strikten Regelungen gemessen an den ordnungspolitischen Leitlinien der Sozialen Marktwirtschaft systemwidrig ist; denn es verhindert Wettbewerb zu Lasten

der wirtschaftlichen Leistung und eindeutig zu Lasten des Verbrauchers. Niemand kann bestreiten, daß bei den Verbrauchern wirklich Bedarf für flexiblere Ladenschlußzeiten vorhanden ist, und zwar bei allen Schichten der Verbraucher, nicht nur bei Berufstätigen. Ich meine, daß darüber hinaus flexiblere Ladenschlußzeiten sehr positive Wirkungen im Hinblick auf die Entzerrung des innerstädtischen Verkehrs hätten. Wer sich einmal angeschaut hat, was zwischen 18 und 19 Uhr in den Innenstädten los ist, wenn die Geschäfte schlagartig zumachen, der wird das nur bestätigen können. Flexiblere Ladenschlußzeiten würden dazu beitragen, unsere Innenstädte zu beleben. Dann würde nicht um 19 Uhr der Hammer fallen, und wir hätten nicht zum Teil regelrechte Geisterstädte vor uns. Die Leute wohnen doch dort nicht mehr.

Schließlich, meine ich, sollte man noch eine andere grundsätzliche Überlegung heranziehen. Ist es denn nötig, daß auch in diesem Bereich durch Gesetz der alltägliche Lebensablauf des Bürgers so reglementiert wird, wo doch im Alltag schon genug reglementiert ist? Wäre das nicht auch ein Stück für das Atmosphärische, für den Lebensstil wichtige Freiheit, die wir uns leisteten, wenn wir uns in diesem Bereich den Alltag ein Stück erleichterten?

Was spricht gegen flexiblere Ladenschlußzeiten?

Ich finde, es spricht dagegen eigentlich nur das Kartell, die gewaltige Machtposition der beiden großen Interessenverbände, die hier in dieser Frage auch eine Elefantenhochzeit gefeiert haben. Und da möchte ich auf das zurückgreifen, was der Bundesarbeitsminister heute morgen zu diesem Thema gesagt hat, als er seine Vorschläge für Änderungen im Arbeitsrecht hier vorgetragen hat. Da hat er klipp und klar gesagt, zitierend die gleichlautenden Stellungnahmen der großen Interessenverbände: Wir sind nicht die Notare dieser Interessenverbände, sondern wir verfolgen eigene grundsätzliche ordnungspolitische Vorstellungen und haben uns daran zu orientieren, was wir aus unserer Sicht und aus unseren Grundsätzen für besser halten. Und genau diesen Maßstab müssen wir hier auch in dieser Frage anlegen, auch dann, wenn wir gegen die beiden mächtigsten Interessengruppen in diesem Staat dabei antreten müssen.

Und deswegen bitte ich Sie, diesen Initiativantrag so abzulehnen und damit deutlich zu machen, daß man es mit flexibleren Zeiten versuchen sollte.

Und noch ein Wort. Es ist dann doch Aufgabe der Tarifpartner, dafür zu sorgen, daß bei flexibleren Ladenzeiten die Interessen der Arbeitnehmer arbeitsrechtlich sauber formuliert sind. Warum muß denn das der Staat über Gesetz machen? Man kann nicht immer nur auf die Tarifautonomie verweisen und es sich in diesem Fall in diesem Bereich so sehr bequem machen. Und deswegen meine ich, es ist nicht unser Interesse, daß die großen Verbände hier schlicht und ergreifend zu bequem sind, sich neue Ideen einfallen zu lassen und ihren Kopf ein bißchen anzustrengen, um in diesem Bereich das Nötige zu regeln.

(Vereinzelter Beifall)

Hans Peter Schmitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Als nächster hat das Wort Hans Heinz Hauser. Er hat sich mit Herrn Haarmeyer (?) geeinigt.

Hans Heinz Hauser: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte eigentlich gewünscht, daß die Antragskommission zu diesem Komplex hier zunächst ihr Votum vorgetragen hätte, weil nach einer sehr eingehenden Beratung in der Antragskom-

mission eine Formulierung gefunden worden ist, die in Ihren Unterlagen gedruckt ist und von der ich meine, daß sie für diesen Parteitag ein Kompromiß ist, dem alle ihre Zustimmung geben können. Wenn aber hier jetzt in der Sache diskutiert werden soll - und man hat ja wohl so den Eindruck -, dann muß ich zunächst feststellen, daß der Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung am vorigen Wochenende in Aachen mit einer Mehrheit von etwa 98 % der Delegierten sich für die Beibehaltung des Ladenschlusses nach einer eingehenden Diskussion eingesetzt hat.

(Vereinzelter Beifall)

Ich möchte hierzu feststellen, daß das Ladenschlußgesetz in seinen wesentlichen Elementen sich als tragfähiger Kompromiß zwischen den unterschiedlichen Interessen bewährt hat. Meine Damen und Herren, dieses Ladenschlußgesetz ist seit 1956 in Kraft. Es hat immer wieder Diskussionen darüber gegeben. Und solchen Diskussionen stellen wir uns. Wir weichen ihnen nicht aus. Das ist auch der Grund, weshalb wir dem Vorschlag der Antragskommission folgen.

Aber das Gesetz ist und bleibt ein Kompromiß, der nicht alle gleichermaßen befriedigen kann - was ja auch dem Wesen eines Kompromisses entspricht -.

Und dieser Kompromiß hat sich in seinen wesentlichen Elementen bewährt, so daß aus unserer Sicht eine Änderung nicht geboten ist.

Aber, meine Damen und Herren, die etwas leichtfertigen Bemerkungen, die in diesem Zusammenhang dann immer wieder gemacht werden, bedürften einer Klärung. Und ich muß mich jetzt mal an den Präsidenten wenden und fragen, ob wir eine solche Debatte hier im Plenum des Parteitags wollen. Ich würde es eigentlich nicht für besonders hilfreich halten, weil wir dann etwas Ähnliches wie vorhin bei der Steuerdebatte bekommen, was in fünf Minuten nicht erledigt ist. Oder könnten wir uns nicht unter Berücksichtigung auch der Antragsteller von C 8 und der Mittelstandsvereinigung auf das Votum der Antragskommission verständigen? Denn angesichts der Gesamtlage sind wir der Meinung, daß wir diesen Vorschlag der Antragskommission hinnehmen können. Er beinhaltet ja zunächst einmal keine neue Position. Aber er eröffnet für uns die Verpflichtung, uns wie in den zurückliegenden Jahren über diese Frage zu unterhalten und um eine beste Lösung im Interesse der Verbraucher, der Arbeitnehmer und des Mittelstands zu bemühen.

Deswegen würde ich hier meine Bemerkungen unterbrechen, wenn wir, Herr Präsident, dazu kommen könnten, dem Votum der Antragskommission zu folgen. Sonst müßte ich mich in der Sache hier äußern. Aber das hätte, wie gesagt, natürlich eine längere Debatte zur Folge.

Hans Peter Schmitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hans Heinz Hauser. - Ich habe hier noch eine kleine Anzahl von Wortmeldungen. Ich schlage Ihnen vor, daß wir zunächst den Sprecher der Antragskommission vortragen lassen, damit wir klar erkennen können, in welcher Form dieser Kompromiß gefunden worden ist. Sind die Kolleginnen und Kollegen damit einverstanden, daß wir so verfahren? - Ich höre keinen Widerspruch. Ich erteile Herrn Westphal das Wort.

Dr. Jürgen Westphal, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr geehrten

Damen und Herren! Die Antragskommission hat ihren ursprünglichen Antrag verändert - ich möchte darauf ausdrücklich hinweisen -, und zwar in dem Interesse, eine kompromißfähige Formulierung zu finden. Ich weise darauf hin, daß der letzte Satz in der gedruckten Antragsbroschüre geändert worden ist und folgende Fassung hat:

In diese Überprüfung sollte einbezogen werden, in welchem Umfang flexiblere Öffnungszeiten neben der Verbraucherfreundlichkeit mehr Möglichkeiten zur Arbeitsplatzteilung bieten.

Die Antragskommission ist der Meinung, daß dies ein tragfähiger Kompromiß ist und auch das künftige Verfahren dadurch in seinen sachlichen Grundlagen festgelegt ist. Sie empfiehlt Ihnen die Annahme dieser Empfehlung in der zuletzt geschriebenen Fassung.

Hans Peter Schmitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Zu Wort hat sich der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, gemeldet. Er hat das Wort.

Dr. Heiner Geißler: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ja nicht ganz unschuldig, daß wir eine Debatte über dieses wichtige Thema haben, das ja im übrigen, wenn ich das einmal sagen darf, auch schon ein bißchen etwas mit der Parteigeschichte zu tun hat. Ich habe von der Ludwig-Erhard-Stiftung eine ganze Reihe von Briefen und Vermerken bekommen. Also diese Frage der Ladenschlußregelungen hat schon Ludwig Erhard beschäftigt und er hat eine klare Position zu dieser Frage als überzeugter Marktwirtschaftler gehabt, nicht wahr.

Wir haben in der Antragskommission von Anfang an - darauf möchte ich hinweisen - dem Parteitag empfohlen, diese Frage zu prüfen, und zwar auch unter dem Gesichtspunkt zu prüfen - weil dies zu dem großen Thema gehört, das wir auf diesem Parteitag behandeln -, inwieweit dadurch zusätzliche Arbeitsplätze gewonnen werden können.

Ich will jetzt nicht unterschiedliche Positionen darstellen, weil ich der Auffassung bin: Von Anfang an hat die Antragskommission - und ich bin ja der Vorsitzende der Antragskommission - dem Parteitag empfohlen, diese Sache zu prüfen.

Ich habe ja gerade unserem Freund Hauser gesagt: Prüfen bedeutet in diesem Fall ganz sicher nicht eine Beerdigung 1., 2. oder 3. Klasse; sondern wir sollten schon einmal darangehen, wirklich ernsthaft zu überlegen, ob es nicht richtig ist, auch im Interesse der Einzelhändler, hier zu einer flexibleren Lösung zu kommen.

(Vereinzelter Beifall)

Es ist ja nun nicht so, daß - darf ich das mal den Freunden von der Mittelstandsvereinigung sagen; da kommt man ja leicht in eine falsche Frontlage - diejenigen, die hier für eine flexiblere Lösung eintreten, nun plötzlich a priori sozusagen im kontradiktorischen Prinzip gegen den Einzelhandel wären. Es gibt eine ganze Reihe von ernst zu nehmenden Stimmen und auch Erfahrungen aus dem Ausland, die genau das Gegenteil sagen und die behaupten - und ich habe hier Aussagen -, daß die jetzige Regelung des Ladenschlusses wettbewerbsfeindlich ist

(Vereinzelter Beifall)

und sich zugunsten der großen City-Kaufhäuser und zu Lasten des kleinen städtischen Einzelhandels auswirkt.

Ich finde, wir sollten diese Sache nun wirklich einmal vorurteilsfrei prüfen, miteinander reden, ob wir nicht ein bißchen Bewegung in die Sache bringen können; denn wir sind ja für Flexibilisierung der Arbeitszeiten, wir sind für mehr Eigenverantwortung, für mehr Chancen, die sich aus der Selbständigkeit ergeben. Es ist doch ganz klar, daß hier auch Mißverständnisse und Irrtümer vorhanden sind. Bei vielen wird nämlich der Eindruck erweckt, das Länger-aufhalten-Können sei gleichbedeutend mit Länger-aufhalten-Müssen, was ja gar nicht der Fall ist.

Das ist ein ganz wichtiges ordnungspolitisches, marktwirtschaftspolitisches Thema. Das sollten wir bedenken, wenn wir, Mittelstandsvereinigung und andere, darüber jetzt reden. Wir haben ja nun die Chance, die Politik zu bestimmen. Wir sind an der Regierung. Wir haben die Mehrheiten. Ich finde, dann darf man eine so wichtige Frage auch nicht tabuisieren.

Ich wiederhole: Diejenigen, die eine positive Auffassung zu einer flexibleren Lösung haben, sind nicht gegen die Position des Einzelhandels eingestellt. Ganz im Gegenteil. Aber genau aus diesem Grunde befürworte ich den Antrag der Antragskommission in der jetzt vorliegenden Fassung. Das ist ein vernünftiges Verfahren; denn eine solche Frage können wir ja nun wirklich nicht auf einem Parteitag sozusagen ex cathedra entscheiden. Aber es ist ein wichtiges Thema, das Millionen von Menschen, das viele Einzelhändler beschäftigt, die Sorge haben. Das muß hier auch ausgedrückt werden.

Wir sollten jetzt nichts über das Knie brechen, aber wir sollten an die Sache herangehen. Der Prüfungsauftrag, den wir beschließen sollen und für den ich eintrete, muß zur Folge haben, daß wir uns wirklich ernsthaft zusammensetzen, daß endlich einmal geredet wird und daß wir dann auch zu einem Vorschlag kommen, der sagt, wie wir die Sache weiterbehandeln wollen. - Ich darf mich herzlich bedanken.

(Beifall)

Hans Peter Schmitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, daß die inhaltliche Diskussion wieder eröffnet worden ist. Ich erteile das Wort Herrn Paul Haarmeyer.

Paul Haarmeyer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Nachdem Herr Minister Geißler die Debatte nun doch wieder eröffnet hat, meine ich, daß wir einige Dinge klar und deutlich sagen müssen.

Herr Geißler hat den Eindruck erweckt, als wenn es zum Vorteil des Einzelhandels wäre, wenn die Ladenschlußzeiten verlängert würden. Das kann so nicht im Raume stehen bleiben. Ich will mich bemühen, von Emotionen wegzukommen; denn ich glaube, daß dieses ein Thema ist, das man sehr sachlich behandeln sollte. Leider geschieht das in der Öffentlichkeit in der Regel nicht so, weil sich die Betroffenen eben sehr berührt fühlen. Man muß also zunächst versuchen, auf eine sachliche Ebene zu kommen.

Es geht im Grunde um Spielregeln, die wir uns geben, Spielregeln, die immer dann notwendig sind, wenn Menschen etwas miteinander unternehmen. Das ist beim Skatspiel genauso wie beim Wirtschaften. Diese Spielregeln betreffen beim Handel neben Fragen der Gewichtskontrolle und der Preisauszeichnung eben auch das Problem, zu welchen Zeiten sich Käufer und Verkäufer auf dem großen Markt des Einzelhandels treffen sollen. Darüber kann man nicht so leichtfertig hinweggehen und sagen: Wir lassen das einmal alles so laufen, wie die Teilnehmer des Marktes das gerne wollen. Von dieser Regelung hängen nämlich sehr wohl die Wettbewerbsschancen, auch die Existenz der kleinen und mittleren Unternehmen ab.

Es fällt ja immer ein bißchen schwer, sich in die Situation anderer zu versetzen. Ich bin Einzelhändler, Handwerker und Verbraucher. Ich glaube deshalb, daß ich zwei, drei Sätze zur Situation der Einzelhändler sagen kann. Wenn Sie einmal zurückblicken: Vor 20, 30 Jahren war es für uns alle gang und gäbe, sechs Tage in der Woche zu arbeiten. Die Entwicklung der letzten 20 Jahre hat dazu geführt, daß fast 20 % unserer Bevölkerung inzwischen eine 5-Tage-Woche und ein langes Wochenende hat. Davon ausgenommen sind einige wenige, bei denen es nicht anders geht. Dazu gehört aber insbesondere die große Gruppe der selbständigen Einzelhändler und der Arbeitnehmer im Einzelhandel, die seither kein Wochenende so gestalten können, wie es 90 % unserer Bevölkerung kann.

(Vereinzelter Beifall)

400 000 bis 500 000 Einzelhändler und 2,5 Millionen Arbeitnehmer fühlen sich deshalb - ich sage das pointiert - mehr und mehr als Wirtschaftler zweiter Klasse.

Nun kommen manche - keine Mehrheit, sondern eine Minderheit - und sagen, daß dieser Personenkreis am besten abends bis 9 oder 10 Uhr arbeiten sollte; das schade ja nichts. Ich kann nur sagen: Die Folge wäre, daß viele kleine Fachgeschäfte aufgeben müssen, weil die Inhaber oft ohne Hilfe im Laden stehen und nicht in der Lage sind, Ersatzleute einzustellen. Wir bekämen dadurch eine Verschlechterung des Wettbewerbs, was sicherlich nicht im Interesse der Verbraucher sein kann. Es käme zu einer Verstärkung der Konzentration; denn schon heute steht fest, daß von einer solchen Regelung einer Verlängerung der Ladenschlußzeiten die Großen besser Gebrauch machen können, die, bezogen auf einen bestimmten Umsatz, weniger Personal beschäftigen als die kleinen Fachgeschäfte. Das wäre ganz sicherlich nicht eine Politik für den mittelständischen Einzelhandel, sondern gegen ihn.

Dann wird behauptet, es könnten zusätzliche Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden. Das war ja auch eine der Grundüberlegungen von Herrn Minister Geißler. Aber wer die Praxis kennt, weiß, daß es zwar eine Reihe von Frauen gibt, die auch bereit sind, in den Abendstunden zu arbeiten. Wenn man das jedoch flächendeckend machen will, ist es völlig unmöglich - das kann ich auf Grund aller Erfahrungen sagen -, dafür Mitarbeiter zu finden. Diese Aussage wird auch gestützt durch eine Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit, die bei einer Befragung von Arbeitslosen festgestellt hat, daß für zwei Drittel aller dieser Interessenten nur eine Vormittagsarbeitszeit in Frage kommt. Nur ein geringer Prozentsatz wäre bereit, abends zu arbeiten.

In dem Antrag wird auf die Verbraucherfreundlichkeit hingewiesen. Bisher haben alle

Umfragen ergeben, daß die weit überwiegende Zahl der Verbraucher mit der jetzigen Regelung zufrieden ist. Die Erklärung dafür liegt auf der Hand. Seit 1956 ist nämlich für alle die Arbeitszeit von damals noch 48 und mehr Stunden verkürzt worden auf heute höchstens 40 Stunden, wenn nicht darunter. Dazu kommt längerer Urlaub, dazu kommt Gleitzeit, so daß der einzelne sehr viel eher in der Lage ist, vernünftig einzukaufen. Beweis dafür ist eben auch, daß Geschäfte abends nach 6 Uhr fast leer sind.

Wenn vorhin von der Rush-hour gesprochen worden ist, so ist doch wohl jedem klar, daß sie nicht ihre Ursache darin hat, daß plötzlich die Geschäfte schließen. Vielmehr liegt ihre Ursache darin, daß die arbeitende Bevölkerung zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags Büroschluß hat und dann einkauft. Höchstens ein ganz geringer Teil dieser Arbeitnehmer würde abends um 8 oder 9 Uhr noch einmal in die Geschäfte gehen.

Dann wird immer das Ausland angeführt, z. B. Amerika oder Italien. Dazu kann ich nur sagen: In Italien spielt sich vieles auf Grund des Klimas in den Abendstunden ab. Dann wird auch eingekauft. Dafür sind aber in den Mittagsstunden die Geschäfte lange geschlossen. Und wenn wir Verhältnisse wie in Amerika haben wollen - rund um die Uhr verkaufen -, müssen wir auch andere Regelungen übernehmen, die in Amerika gelten. Dann müssen wir uns z. B. in der Sozialpolitik entsprechend verhalten. Dann müssen wir, Herr Geißler, erst einmal das Betriebsverfassungsgesetz abschaffen und viele andere Dinge mehr machen. Dann können wir unsere Verhältnisse mit denen in Amerika vergleichen.

(Vereinzelter Beifall)

Lassen Sie mich ein letztes Wort sagen. Wir haben schon die Ziffer 1 der Stuttgarter Leitsätze verabschiedet. Sie, Herr Geißler, haben heute morgen selber auf die Gesellschaft mit einem menschlichen Gesicht hingewiesen. Wir sprechen in der Ziffer 1 von menschenwürdigen Arbeitsplätzen. Ich meine, das gilt auch für die Ehefrau, die im mittelständischen Einzelhandel mitarbeitet.

(Vereinzelter Beifall)

Auch sie hat Kinder, auch sie hat eine Familie.

(Beifall)

Wir sollten diese Gruppe unserer Bevölkerung nicht dahin bringen, daß sie an der CDU zweifelt, die für sie bisher die Partei war, für die sich diese Gruppe bisher immer bei der Wahl entschieden hat.

Ich glaube, wir sollten vermeiden und uns davor hüten, die Belastbarkeit des mittelständischen Einzelhandels zu erproben. Das könnte für uns alle als Bürger, als Verbraucher - ich füge einmal hinzu, auch als CDU - ein Bumerang sein. Wir sollten keiner Verschlechterung der Arbeitszeit im Einzelhandel das Wort reden, weil ich glaube, daß dafür zur Zeit auch keine zwingende Notwendigkeit besteht. - Vielen Dank.

(Beifall)

Hans Peter Schmitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Haarmeyer. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir liegen zu diesem Thema noch fünf Wortmeldungen vor. Darf ich davon ausgehen, daß Sie einverstanden sind, wenn ich hiermit die Rednerliste schließe? - Ich höre keinen Widerspruch.

Dann darf ich Herrn Schmandt das Wort erteilen. Als nächster Redner ist dann Herr Böhr, Rheinland-Pfalz, vorgesehen.

Paul Schmandt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte für den Initiativantrag 194 sprechen und mit der Bemerkung beginnen, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland - und das sagen alle Fachleute übereinstimmend - wohl die beste Einzelhandelsform in der Welt haben. Sie können bei uns eine Dose Bohnen schon für 65 Pfennig kaufen. Darüber staunen alle Ausländer, die zu uns kommen. Über das preiswerte Angebot hinaus haben wir ein Angebot an Fachgeschäften in einer Breite, wie Sie es sonst nirgendwo finden. Einige von Ihnen pflegen ja auch zu reisen und können das kontrollieren, wenn Sie es bisher noch nicht getan haben.

Womit wir im Einzelhandel noch zu kämpfen haben - ich bin aktiver Einzelhändler, der täglich mit Kunden im Geschäft umzugehen hat, wenn er nicht bei Tagungen wie dieser hier ist - , ist das furchtbare Ausmaß der Konzentration hin zu großen Betriebsformen. Wir wissen, daß früher als Giganten bezeichnete Hersteller mittlerweile zu Gartenzwergen gegenüber Betriebsformen im Lebensmitteleinzelhandel geworden sind. Die großen Lebensmitteleinzelhändler - ich nenne nur den Namen ALDI - setzen vier- bis fünfmal soviel um, wie große Hersteller a la Oetker erzeugen.

Diese Konzentration im Handel spielt sich auch auf dem Felde der Flächenexpansion ab. Die Fläche wird im Verdrängungswettbewerb gebraucht. Die vorhandenen Verkaufsflächen sind ein Produkt von Quadratmeterflächen mal Zeitfaktor. Wenn wir den Faktor Zeit erhöhen, wird auch die Ausdehnung der Flächen, ohne daß ein Quadratmeter mehr gebaut wird, um den Prozentsatz erhöht, wie wir die Öffnungszeit verlängern.

Das würde zu einer Vernichtung vieler mittelständischer Einzelhandelsbetriebe führen, mit der Folge, daß auch das Einzelhandelsangebot verodet. Der Einzelhandel lebt von der Vielfalt. Besonders in Gebieten mit geringer Besiedelung würden Sie dann schnell feststellen, daß die Verbraucher - etwa wie in den Vereinigten Staaten - ungewöhnlich weite Wege zurückzulegen haben, um zu einem Geschäft zu kommen, das vielleicht rund um die Uhr geöffnet ist.

Von der Belastung der Familien hat mein Freund Haarmeyer soeben schon gesprochen. Ich kann auch nicht einsehen, warum wir die Familien der Einzelhändler damit belasten sollten, den nicht aufzufangenden Mehranteil an Personalkosten im Betrieb mit der eigenen Familie abzudecken. Es ist ja heute schon so, daß Einzelhändler, ohne zu knurren, 60 Stunden arbeiten, um überhaupt leben oder überleben zu können.

Ich frage mich auch, warum diese Debatte überhaupt begonnen worden ist, Herr Generalsekretär, und ich frage mich, was sie bezwecken soll. Verändert wird wahrscheinlich nicht viel oder gar nichts. Bei Hunderttausenden oder bei Millionen von Beschäftigten im Einzelhandel werden wir unglaublich, weil die Einzelhändler vor der Wahl auf vielen Fachkongressen gehört und in vielen Fachzeitschriften gelesen

haben, daß das Ladenschlußgesetz für die CDU tabu sei. Nach den Wahlkämpfen hören wir das heute wieder anders.

Ich meine, daß wir diese Debatte schnell beenden sollten. Wir sollten uns dem Initiativantrag 194 anschließen, dessen Wortlaut Ihnen vorliegt. - Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Hans Peter Schmitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank! - Als nächster hat Christoph Böhr das Wort.

Christoph Böhr: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte sehr nachdrücklich für den Antrag plädieren, den die Antragskommission heute vorgelegt hat, und Sie bitten, darüber abzustimmen.

(Beifall)

Ich habe mich trotz dieser späten Stunde noch zu Wort gemeldet, weil ich der Meinung bin, daß die Frage, über die wir hier diskutieren, sehr viel bedeutsamer ist, als es dem einen oder anderen auf den ersten Blick vielleicht erscheinen mag, bedeutsamer nämlich deshalb, weil sich hiermit auch die Frage verbindet, wie ernst wir eigentlich die Grundsätze nehmen, die wir ansonsten in Grundsatzprogrammen und klugen Sonntagsreden immer wieder vor uns hertragen.

(Beifall)

Wenn es richtig ist, daß unsere Gesellschaft in vielen Bereichen sehr stark geworden ist, daß sie auf zahlreichen Gebieten sehr stark reglementiert ist, und wenn es richtig ist, daß wir in unserer Gesellschaft mehr Flexibilität brauchen, dann müssen wir diese Grundsätze auch konkret und praktisch zur Anwendung bringen. Ich finde, in diesem Zusammenhang ist es dann eben eine bedeutende Frage, ob wir an Reglementierungen festhalten oder ob wir, wie es die Antragskommission vorgeschlagen hat, zumindest einen Überprüfungsprozeß in Gang setzen, um nachzuschauen, wo mehr Beweglichkeit in unserer Gesellschaft möglich ist.

In diesem Zusammenhang finde ich die Gründe, die Heiner Geißler beispielsweise vorgetragen hat und die für eine solche Überprüfung sprechen - es wird ja kein Ergebnis vorweggenommen - , außerordentlich überzeugend, und zwar deswegen, weil wir nicht das Mißverständnis erzeugen dürfen, daß wir mit einer neuen, einer flexibleren Regelung eine neue Reglementierung wollten. Ganz im Gegenteil, wir wollen mehr Beweglichkeit. Ich meine, daß die Vorteile, die beispielsweise für den Verbraucher, die aber auch im Hinblick auf eine größere Konkurrenzfähigkeit des Einzelhandels z.B. gegenüber größeren Unternehmen entstehen, abgesehen von dem Argument, daß dadurch neue Arbeitsplätze entstehen könnten, sehr überzeugend sind.

Deswegen bitte ich Sie, dem Vorschlag der Antragskommission Ihre Zustimmung zu geben, damit wir jetzt eine Sachdiskussion mit dem Ziel in Gang setzen können, die Argumente, die dafür und dagegen sprechen, gegeneinander abzuwägen und dann in absehbarer Zeit nach einer sehr ernstesten, gründlichen Prüfung zu einem Ergebnis zu kommen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Hans Peter Schmitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christoph Böhr! - Als nächstem Redner darf ich Herrn Doss, Rheinland-Pfalz, das Wort geben. Ich darf hinzufügen, daß sich darüber hinaus noch Herr Hauser und Herr Minister Geil gemeldet haben.

Hansjürgen Doss: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß dieses Thema eher ein Thema für den Rechenstift und des Abwägens als ein Thema für große, wohlklingende Formeln ist. Ich bin der Auffassung, daß die CDU die Partei der sozial verpflichteten Marktwirtschaft ist, und sozial verpflichtete Marktwirtschaft heißt, daß wir auch kleinen Wettbewerbern eine Chance geben müssen.

(Zustimmung)

Unsere Sorge ist, daß, wenn jene kleinen Geschäftsleute unter veränderten Wettbewerbsbedingungen antreten müssen, der Verdrängungswettbewerb fortschreitet. Das sind keine leeren Argumente, sondern das ist rechnerisch nachweisbar. Die Personalkosten bei den großen Einheiten betragen - ich habe mich erkundigt und habe mich mit dem Gesetz beschäftigt, weil auch ich meine, daß wir es überprüfen müssen; alles, was ist, muß permanent überprüft werden, aber nicht präjudizierend, sondern vorbehaltlos - zwischen 6 und 8 % und bei kleinen Einheiten bis zu 25 %.

Wenn ich jetzt also mit zwei Schichten fahre - Herr Geißler, das läßt sich beweisen -, heißt das, daß der Kleine kostenintensiver kalkuliert als der Große. Das liegt auf der Hand. Das ist das eine Argument.

Das andere Argument ist: Wenn ich jetzt die Kosten der zweiten Schicht Personal umlege, bedeutet das die Verteuerung z.B. von einem Viertelpfund Butter zwischen 6 % und 12 %. Es hat alles im Leben seinen Preis. Wenn ich das will - gut. Aber dann müssen wir das natürlich jenen Beziehern von 1600 DM netto, von denen es noch eine ganze Menge gibt, erklären. Das ist klar.

Es gibt ein weiteres Argument. Wie sieht der Alltag jenes kleinen Einzelhändlers aus, der im Vorort die Versorgung übernimmt? Morgens um vier ist er in der Großmarkthalle und kauft den Salat, weil er nur mit diesem speziellen Angebot gegenüber den Großen bestehen kann. Er ist dann um zehn Uhr noch im Laden, weil er es selbstverständlich nicht aushält, daß sein Laden zwischendurch einmal zu ist, ein Kunde zweimal da war und anschließend sofort zum Großmarkt fährt.

Oder wie ist es mit der jungen Familie? Da kommt er von der Arbeit nach Hause, und sie geht weg. Ich kann nicht erkennen, wo der Vorteil liegt.

Meine Damen und Herren, wir müssen das Gesetz alleine deshalb überprüfen, weil z.B. eine Flughafenlösung hinein muß, da das nicht mehr paßt. Darüber müssen wir reden. Aber wir müssen wissen, daß jede Veränderung an diesem Gesetz, wie hier bereits ausgeführt wurde, ein Kompromiß zwischen allen beteiligten Kräften ist. Wir müssen nicht nach draußen den Eindruck erwecken, als ob wir dieses Gesetz zur Disposition stellen in dem Sinne, daß Wirtschaftsliberalismus einen Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Kräften erlauben würde.

Ich glaube, die Einzelhändler wie auch deren Personal haben einen Anspruch darauf, von uns zu wissen, daß wir mit diesen sensiblen Dingen sehr sorgfältig umgehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Hans Peter Schmitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Doss. Als nächster Redner hat Herr Hauser das Wort.

Hansheinz Hauser, Krefeld: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Bemerkung aufgreifen, die Herr Böhr hier eben gemacht hat. Er sagte, dieser ganze Komplex sei bedeutsamer, als manche meinen. Das ist in der Tat so. Wenn man hier die Diskussion über dieses Thema verfolgt, hat man manchmal den Eindruck, als ob die, die darüber reden, sich in der Sache nicht hinreichend informiert haben und zweitens nicht darüber nachdenken, daß es hier um das Schicksal von Millionen Menschen geht, die im Einzelhandel eingebunden sind, auch um deren Lebensqualität, von der wir soviel reden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Bundestagsfraktion hat in den letzten Legislaturperioden immer wieder in Kommissionen, die mit Kolleginnen und Kollegen sehr unterschiedlicher Auffassungen zu dieser Frage besetzt waren, das Gesetz überprüft. Wir haben auch jetzt wieder eine Kommission in Tätigkeit, die beispielsweise die Frage überprüft, von der der Herr Kollege Doss hier eben sprach. Es gibt auch hier in Stuttgart einen aktuellen Fall, über den man sicherlich nachdenken mußte.

Nur, meine Damen und Herren, möchte ich hier Illusionen zerstören, die den Eindruck erwecken könnten, als seien hier große Reserven an Arbeitskräften vorhanden. 40 % der Beschäftigten im Einzelhandel sind bereits heute Teilzeitarbeitskräfte. Wenn wir uns als mittelständische Einzelhändler und Handwerker an das Arbeitsamt wenden und weiteres Personal mit dieser Einschränkung der Arbeitszeit wollen, dann teilen uns die Damen und Herren des Arbeitsamtes mit, daß sie uns keine Angebote machen können. Es ist nämlich richtig, was eben gesagt wurde: Es gibt eine Menge von Frauen, die am Vormittag gerne ein paar Stunden arbeiten; aber es gibt kaum welche, die bereit wären, abends nach fünf Uhr noch eine neue Arbeitsschicht zu beginnen, die dann bis in den späten Abend hineingeht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns auch darüber klar werden, daß es - Gott sei Dank, aber leider viel zu wenig - sehr kleine Geschäfte im Einzelhandel und im Handwerk gibt, wo entweder die Frau oder der Mann abwechselnd die Verantwortung in dem Laden tragen. Nicht jeder hat einen Geschäftsführer oder einen Stab von Mitarbeitern, die er wechselweise einsetzen kann. Hier muß abwechselnd der Mann oder die Frau tätig werden, mit dem Ergebnis, daß hier ohnehin schon ein Defizit an Freizeit zu beklagen ist. Wir sind in der Bundesrepublik Deutschland nämlich inzwischen in einer Situation, wo die einen um die 35-Stunden-Woche kämpfen und die anderen 70 Stunden in der Woche arbeiten, damit sie ihren Laden flotthalten.

(Beifall)

Deswegen bitte ich, dies alles in die Überlegung einzubeziehen. Ich habe das darum gesagt, weil ich mich dagegen wehre, daß man hier zwar die Einsetzung einer Kommission beschließt, gleichzeitig aber schon festlegen möchte, wie das Ergebnis ist. Ich wehre mich überhaupt nicht gegen die Kommission. Ich wehre mich überhaupt nicht gegen die Überprüfung dieser Frage. Ich habe selbst dazu beigetragen, daß in mehreren Fällen solche Überprüfungen stattfanden. Aber ich wehre mich dagegen, daß hier mit einer ganz eindeutigen Zielrichtung und mit einem vorgegebenen Ergebnis solche Kommissionen eingesetzt werden, ohne daß man sich hinreichend Mühe gemacht hat, einmal die Details zu untersuchen.

Ich stimme der Antragskommission zu - aber mit der offenen Frage, was im Ergebnis steht, und nicht mit irgendwelchen vorgefaßten Erklärungen.

(Beifall)

Hans Peter Schmitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hansheinz Hauser. Das Wort hat Rudi Geil. Er wollte uns seine Meinung in zwei Sätzen sagen.

Rudi Geil: Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich jetzt in der Tat nach der zweiten Wortmeldung von Herrn Hauser sehr kurz fassen. Es ist sicherlich richtig, daß das Ladenschlußgesetz ein Kompromiß ist, vielleicht auch einer, der von breiten Schichten der Betroffenen durchaus befürwortet wird. Aber, meine Damen und Herren, es ist immer schlecht, wenn man irgendetwas zu einem Tabu erklärt. Das ist hier der Fall.

(Beifall)

Jetzt darf ich etwas dazu sagen aus der Sicht dessen, der für Ausnahmegenehmigungen zuständig ist. Es vergeht keine Woche, ohne daß ich eine Fülle von Anträgen auf Ausnahmen zum Ladenschlußgesetz auf den Tisch bekomme. Die Stellungnahmen, die eingeholt werden, laufen nach einem ganz bestimmten Muster ab. Die Vertreter des Einzelhandels befürworten in weit überwiegenderem Maße diese Ausnahmegenehmigungen, und die Gewerkschaften sagen konsequent nein. Dann muß der Minister entscheiden. Entschuldigen Sie, das ist nun einmal so.

Da ich ständig mit diesen Ausnahmegenehmigungen zu tun habe, bin ich sehr dafür, daß wir der Antragskommission folgen und in der Tat eine Überprüfung von uns aus anregen, eine Prüfung dergestalt, ob flexiblere Öffnungszeiten tatsächlich zu mehr Verbraucherfreundlichkeit führen und ob sie mehr Möglichkeiten der Arbeitsplatzbeschaffung bieten.

Vielen Dank.

(Beifall)

Hans Peter Schmitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Minister Geil.

Ich darf das Wort für die Antragskommission Herrn Dr. Westphal erteilen. Ich bitte ihn, die Kompromißformel noch einmal zu erläutern.

Dr. Jürgen Westphal, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich glaube, es bedarf keiner weiteren Erläuterung. Sie kennen den Text der Antragskommission.

(Beifall)

Ich weise noch einmal darauf hin, daß insbesondere durch die Änderung des letzten Satzes eine ergebnisoffene Prüfung zum Gegenstand der Beschlußfassung gemacht worden ist.

(Vereinzelt Beifall)

Hans Peter Schmitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Wer für den Antrag der Antragskommission in der eben vorgetragenen geänderten Form ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit wenigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe die Ziffer 33 auf. Dazu gehören die Anträge D 45, D 53 und die Initiativanträge D 181 und D 193.

Ich habe eine Wortmeldung vorliegen. Herr Rolf Kruse hat sich gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Rolf Kruse: Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist Gott sei Dank nur der Parteitag der langen Wege - der Anmarsch zum Rednerpult dauert lange - und nicht der Parteitag der langen Reden. Auch ich möchte mich kurz fassen. Es geht darum, zu dem Antrag D 45 des Bundesvorstandes, der sich auf die Privatisierung bezieht, eine vorsichtige Korrektur anzubringen. In diesem Antrag des Bundesvorstandes wird sehr knapp gesagt - ich zitiere -:

In Bund, Ländern und Gemeinden wird die CDU staatliche Unternehmensanteile und Dienstleistungen so weit wie möglich privatisieren.

Wir von der CDA glauben, daß man Kapitalanteile und Dienstleistungen nicht so zusammenbinden darf. Es geht um Kapitalanteile bei der Lufthansa, der VEBA oder wo immer, also bei Unternehmen, die ohnehin schon privatwirtschaftlich organisiert sind und im Prinzip nur auf Grund der Vermögensanteile staatliche Unternehmen sind. Bei Dienstleistungen ist in vielen Fällen eine bewußte Inanspruchnahme durch den Staat erfolgt, weil er meinte, Leistungen den Bürgern gegenüber gleichmäßig und gut zu erbringen. Deswegen sind wir von der CDA der Meinung, daß der Antrag D 47 die harsche Ablehnung, die er durch die Antragskommission erfahren hat - es geht darum, bei der Privatisierung von Dienstleistungen auch die Versorgung der Bürger mit im Auge zu haben -, nicht verdient hat.

Uns wäre sicher geholfen, wenn der Parteitag der Antragskommission insoweit nicht folgen würde, sondern den Antrag mindestens der Bundestagsfraktion zur Berücksichtigung überwiese, denn die Umsetzung von Privatisierungsmaßnahmen wird letztlich durch Bundesgesetz beschlossen. Uns wäre schon geholfen, wenn die erwähnte Anregung der Bundestagsfraktion übermittelt würde.

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Ist es richtig, daß Sie

soeben zu dem Initiativantrag D 181 gesprochen haben? Ich frage dies nur, damit keine Irrtümer entstehen.

Rolf Kruse: Nein, ich habe zu dem Antrag D 47, der in der Antragsbroschüre ausgedruckt ist, gesprochen.

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Wir konnten Sie fast nicht verstehen.

Da hier eine Einfügung vorgenommen werden soll, möchte ich den Vertreter der Antragskommission bitten, zu der Ziffer 33 und der neu einzufügenden Ziffer 33 a Stellung zu nehmen. Herr Jungen, bitte.

Peter Jungen, Antragskommission: Frau Vorsitzende! Ich schlage vor, über die Ziffern 33 und 33 a getrennt zu beraten. Im Zusammenhang mit Ziffer 33 a müssen wir über die Initiativanträge D 181 und D 193 sprechen, zu denen eine gesonderte Empfehlung vorliegt. Ich schlage vor, daß wir uns zunächst ausschließlich mit Ziffer 33 bzw. mit der Empfehlung der Antragskommission hierzu befassen.

Meine Damen und Herren, was in Ziffer 33 vom Bundesvorstand vorgeschlagen worden ist, entspricht einer Forderung, die wir seit vielen Jahren in allen unseren Programmen und in unseren politischen Äußerungen finden. Wir haben jetzt die Gelegenheit, damit ernst zu machen. Es ist gut, daß die Bundesregierung damit begonnen hat, jedenfalls was die Privatisierung oder die Teilprivatisierung von Unternehmen angeht, die im Bundesbesitz sind. Daß sich dieser Antrag auch auf Landesbeteiligungen bezieht, versteht sich von selbst.

Die Antragsteller des Antrags D 47 schlagen vor, in dem generellen Auftrag - dort privatisieren, wo möglich - die Worte "und Dienstleistungen" zu streichen. Die Antragskommission ist der Auffassung, daß diesem Antrag nicht gefolgt werden sollte. Wir sind der Auffassung, daß auch Dienstleistungen, die in öffentlicher Hand betrieben werden - egal, in welcher Rechtsform -, zumindest in jene Überprüfung einbezogen werden müssen. Im übrigen ist im Antrag des Bundesvorstandes ja auch enthalten, daß die jeweilige gesellschaftliche Notwendigkeit überprüft werden soll. Ich meine also, daß hier ausreichend Spielraum für Entscheidungen im Einzelfall gegeben ist.

Für den Fall aber, daß es sich um Dienstleistungsbereiche handeln sollte, bei denen wettbewerbsähnliche Formen möglich wären, diese aber noch nicht eingeführt worden sind, hätte die Privatisierung zur Folge, daß diese Einführung erreicht wird.

Am Rande ist noch zu bemerken, daß damit natürlich auch neue Betätigungsmöglichkeiten für mittlere Firmen, für Selbständige eröffnet werden. Das ist einer der Gründe dafür, weshalb ich bitte, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen und so zu beschließen, wie die Antragskommission vorgeschlagen hat. - Danke schön.

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Sie haben die Vorschläge der Antragskommission gehört. Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 33; diese Empfehlung ist auf Seite 35 ausgedruckt. Wer der

Empfehlung der Antragskommission, wie soeben vorgetragen, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe sodann den Initiativantrag D 181 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Initiativantrages D 181 als neue Ziffer 33 a im Antrag des Bundesvorstandes mit der Maßgabe, daß erstens im vorletzten Abschnitt der erste Satz lautet:

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß der Landwirtschaft zur Bewältigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten ein besonderer Ausgleich gewährt wird.

und zweitens im letzten Absatz der letzte Satz gestrichen wird.

Mir liegen hierzu keine Wortmeldungen vor. Ich nehme an, daß Sie dann mit dem Vorschlag der Antragskommission einverstanden sind. Ich lasse nun über den Vorschlag der Antragskommission zum Initiativantrag D 181 abstimmen. Wer diesem Vorschlag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Ich rufe Ziffer 34 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge D 54 bis D 56. Die Empfehlung der Antragskommission finden Sie auf Seite 36 der Antragsbroschüre. Da keine Wortmeldungen vorliegen, stelle ich die Empfehlung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Einstimmige Annahme.

Ich rufe Ziffer 35 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge D 57 bis D 62 und der Initiativantrag D 190. Sie finden diese Ziffer auf Seite 37 der Broschüre. Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Ringwald aus Baden-Württemberg vorliegen. Er hat das Wort.

Rudolf Ringwald: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte hier noch einmal ganz kurz begründen, warum ich den Initiativantrag D 190 gestellt habe, den die Antragskommission abschlägig beschieden hat. In der aktuellen Diskussion, die wir hier über den Wissenschaftstransfer führen, ist mir eine zu einseitige Ausrichtung auf den technisch-naturwissenschaftlichen Bereich gegeben. Wer aber vor Ort mit Unternehmen, vor allem mit mittelständischen Unternehmen zu tun hat, muß feststellen, daß es oft gar nicht technische Fragen sind, welche die größten Schwierigkeiten bereiten. Akute Probleme ergeben sich oft vielmehr aus unzureichenden Kenntnissen über Problemlösungstechniken im Managementbereich, im Bereich der allgemeinen Unternehmensführung, in Finanzierungsfragen und im Absatzbereich.

Aus diesem Grunde habe ich diesen Antrag gestellt, der beinhaltet, daß wir auch den Technologietransfer, wie wir ihn gerne nennen, verstärkt ausweiten und in ihm einen allgemeinen Wissenschaftstransfer sehen. Wir müssen dieses Faktum in einem Papier, welches im wirtschaftlichen Bereich Weichen stellen soll, auch ansprechen.

Die Forschungsergebnisse und Erkenntnisse aus dem Bereich der Betriebswirtschaftslehre sind insbesondere auch dem Mittelstand zu erschließen. Das ist der Kernpunkt des Initiativantrages. Dazu bedarf es auch einer Unterstützung der

entsprechenden Forschungsbereiche und des Ausbaus von Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis. Ich darf hier als Beispiel die Technologieparks anführen, in die betriebswirtschaftliche Erkenntnisse sinnvollerweise durchaus verstärkt eingebracht werden sollten.

Damit sehe ich in dem vorliegenden Antrag D 190 eine sinnvolle Ergänzung des Leitantes und bitte Sie deshalb um Zustimmung zu diesem Antrag. - Danke schön.

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Ich darf den Vertreter der Antragskommission, Herrn Schulte, bitten, hierzu Stellung zu nehmen.

Dr. Bernt Schulte, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission ist der Auffassung, daß bei aller Berechtigung der Problematik dieses Initiativantrages doch wohl gesagt werden muß, daß - vom Inhaltlichen, aber auch von der Detailausfüllung dieses Antrags her - der Duktus des Leitantes dadurch ausufern würde. Darum bleiben wir bei unserem Votum, das Ihnen vorliegt, auf Ablehnung dieses Initiativantrages.

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Schulte.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich stelle jetzt den Vorschlag der Antragskommission zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Einige Gegenstimmen. - Wer enthält sich der Stimme? - Dann ist der Antrag mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe Ziffer 36 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge D 63 bis D 66 sowie der Initiativantrag D 178. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich schlage Ihnen vor, den Vorschlag der Antragskommission zu bestätigen. Wer dies tun möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest: Bei einigen Gegenstimmen ist der Vorschlag der Antragskommission angenommen.

Ich rufe Ziffer 37 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehört der Antrag D 67; Fundstelle ist die Seite 39 der Antragsbroschüre. Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Ziffer 37 des Antrags des Bundesvorstands. Ich stelle dies zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Vorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 38 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge D 68 bis D 82 - Fundstelle ist Seite 39 der Antragsbroschüre - sowie der Initiativantrag D 191.

Ich erteile Herrn Hermann-Josef Arentz (Rheinland) das Wort und bitte Herrn Klapheck (Rheinland-Pfalz), sich bereitzuhalten.

Zunächst hat Herr Arentz das Wort.

Hermann-Josef Arentz: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag D 69 beinhaltet das Anliegen, die Dienstleistungen des Post- und Fernmeldewesens kundenorientiert zu gestalten und zu gewährleisten. Ich bin der Auffassung, daß wir diesen Antrag hier - in Ergänzung zu dem, was die Antragskommission uns vorgelegt hat - beschließen sollten. Es kann ja wohl nicht Beschlußfassung des Bundesparteitags der CDU sein, daß die Post ihre Dienstleistungen nicht kundenorientiert ausrichten sollte. Im übrigen haben wir ja festzustellen, daß die SPD eine Kampagne gegen unsere Post- und Medienpolitik führt mit der Begründung, daß die Dienstleistungen für den Postbenutzer dadurch im ganzen verschlechtert würden. Auch deshalb, so meine ich, wäre eine Annahme dieses Punktes wichtig.

Schließlich wissen wir alle, daß Monopole dazu neigen, mehr sich selber als den Kunden, den Verbraucher zu sehen. Das einzige, was Monopole dazu bringen kann, sich am Verbraucher und am Markt zu orientieren, ist eben ein solches Verhalten, wie es hier gefordert wird. Ich meine, wir sollten das nicht nur von der Privatwirtschaft, sondern auch von öffentlichen Unternehmen fordern. Deshalb bitte ich die Antragskommission, noch einmal zu überlegen, ob sie - in Ergänzung ihres Vorschlags - nicht diesen einen Satz mit aufnehmen kann. - Danke schön.

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Arentz. - Ich erteile Herrn Klapheck das Wort.

Helmut Klapheck: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag D 74 des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, d.h. , ich spreche sowohl als Delegierter des Landesverbandes Rheinland-Pfalz als auch für die Junge Union, die diesen Antrag unterstützt. Es geht dabei darum, daß das Monopol der Deutschen Bundespost in manchen Bereichen überprüft und, wenn möglich, abgeschafft werden soll.

Um welchen Punkt geht es dabei? Es geht dabei darum, daß die Deutsche Bundespost in zentralen Bereichen a) das Monopol für Dienstleistungen des Alltags hat und b) über das Medium des Hoheitsrechts mit den Kunden in Kontakt tritt.

Daraus entsteht ein ganz sensibles Problem, nämlich daß der Kunde, der in diesem Fall der Staatsbürger ist, für alles, was in diesem Bereich passiert, den Staat, die jeweilige Regierung und natürlich vor allem den jeweiligen Minister verantwortlich macht, weil er sich an niemand anderen wenden kann, weil das der einzig Verantwortliche für den Bereich ist. Jedermann kann sich ausmalen, welche Empfindlichkeiten damit berührt werden. Wir haben in diesem Jahr ja schon erlebt, daß im Extremfall ganze Regime über die Festlegung des Brotpreises stürzen können. In diesem Fall geht es zwar nicht um so dramatische Dinge, aber es geht doch um Empfindlichkeiten, um einen sensiblen Bereich, in dem sich sehr schnell eine bestimmte Grundstimmung verstärken und wirklich schlimme Auswirkungen auf das Staatsbewußtsein in unserer Gesellschaft haben kann.

Ich meine, wir sollten schon überlegen, ob eine Behörde, ein Ministerium wirklich so weitreichende Kompetenzen haben darf und haben soll, wo es doch schlichtweg um das Angebot lebensnotwendiger, alltäglicher Dienstleistungen geht, ob hier eine

Behörde mit ihren Kompetenzen wirklich so weit in alle Einzelheiten eingreifen muß oder ob hier nicht privatwirtschaftliche Elemente und Wettbewerb eingeführt werden müssen.

Jetzt will ich Ihnen ein Beispiel nennen, ein Beispiel, das der Landesverband Bremen in einem Antrag aufgegriffen hat. Da geht es um die sogenannten Endgeräte. Wenn man sich bei der Bundespost etwas anderes als ein Normtelefon bestellt - ein Telefon mit einer anderen Farbe oder ein Telefon, das statt der Wählscheibe eine Tastatur hat -, dann muß ich monatlich was drauflegen. Mir macht kein Mensch weis, daß das Tastentelefon in der Produktion, in den Gestehungskosten wirklich so viel teurer ist als das Wählscheiben-Telefon. Wenn ich das Gerät - ich glaube, 3,50 DM muß ich da monatlich drauflegen - zwei Jahre habe, dann habe ich schon einen Betrag gezahlt, der eigentlich unangemessen ist. Ich finde, solche Späßchen - ich bezeichne das als Späßchen - kann sich nur ein staatlicher Monopolist leisten.

(Beifall)

Darüber besteht, so meine ich, zu Recht weitreichende Unzufriedenheit in der ganzen Bevölkerung. Im übrigen sehe ich auch die Notwendigkeit für das, was ich gerade kritisch angesprochen habe, nicht ein. Erklären läßt es sich nur mit dem Besitzstandsdenken hinsichtlich staatlicher Kompetenz und - das sage ich ganz deutlich - dem Interesse der Deutschen Postgewerkschaft an der Aufrechterhaltung eines bequemen Besitzstandes.

Ich bin dafür, daß man diesen Satz hier wirklich so wörtlich verabschiedet, damit ganz klar ist, in welche Richtung nach unserer Auffassung der Zug geht. Es geht jetzt nicht darum, Details festzulegen, sondern es geht um die Willenserklärung, an diesen Bereich wirklich ernsthaft heranzugehen. Wir können damit dem Bundespostminister das Leben erleichtern, ihm viel Ärger ersparen und dem Bürger Nutzen bringen.

(Beifall)

Frau Ingeobrg Seitz, Tagungspräsidium: Schönen Dank. - Ich erteile das Wort Herrn Dieter Weirich vom Landesverband Hessen.

Dieter Weirich: Frau Parteitagpräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wenn wir ein Programm für die 80er Jahre machen und das Postmonopol in dieser Weise festschreiben, dann finde ich das enttäuschend und einer marktwirtschaftlich denkenden Partei nicht angemessen.

(Beifall)

Wir tun das zu einem Zeitpunkt, in dem die Deutsche Bundespost selbst eine Untersuchung eingeleitet hat, wie auf den künftigen Endgerätemärkten liberale Bedingungen für Angebot und Wartung sichergestellt werden sollen. In diesen Untersuchungen soll geprüft werden, ob die jetzt gefundenen Strukturen den Hoheitsaufgaben und den Unternehmensaufgaben der Deutschen Bundespost gerecht werden oder ob in der Zukunft neue Strukturen gefunden werden müssen.

Wir tun das zu einem Zeitpunkt, zu dem die Monopolkommission beim Bundeswirtschaftsminister selbst für eine Auflösung des Postmonopols eintritt. Und wir tun das zu einem Zeitpunkt, zu dem der Postminister im Zusammenhang mit der Errichtung des ISDN-Netzes die Frage aufwirft, ob das Postmonopol in der jetzigen Struktur noch zeitgemäß ist. Wir tun das schließlich als eine Partei, die über den Bundesrat mehrere Initiativen zur Liberalisierung des Endgerätemarktes in der Vergangenheit gestartet hat.

Meine Damen und Herren, dies alles findet sich in der etwas flauschigen und flockigen Erklärung des Bundesvorstands und in der redigierten Fassung der Antragskommission leider nicht wieder.

Niemand will das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Post steht im internationalen Vergleich, auch was ihre Erfindungen und ihre Innovationskraft angeht, nicht schlecht da. Sie hat 1925 schon die automatische Fernwahl und im vergangenen Jahr den Teletextdienst eingeführt. Aber, meine Damen und Herren, seien wir ehrlich zueinander! Ist die jetzige Situation befriedigend? Ich sage dazu nein, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens. Als marktwirtschaftlich denkende Partei können wir nicht dafür eintreten, daß auf dem Endgerätemarkt dauernd bei neuen Diensten Marktanteilsbegrenzungen eingeführt werden, die zwischen dem Postminister und dem Wirtschaftsminister ausgehandelt werden. Dies ist eine völlig unbefriedigende Situation.

(Vereinzelter Beifall)

Zweitens. Dort, wo die Post als Wettbewerber auftritt, ist sie gleichzeitig Hoheitsbehörde. Auch dies ist eine unbefriedigende Situation.

Drittens hat sich die Post in der Vergangenheit durchaus nicht immer als innovationsfreundlicher, sondern auch als innovationshemmender Faktor erwiesen. Ich denke in diesem Zusammenhang an das Datentelefon. Man rennt dem Fetisch der funktionalen Einheitstechnik nach, und hinzu kommt die Schwerfälligkeit eines gigantischen Unternehmens. Die Schwerfälligkeit von gigantischen Unternehmen orientiert sich nicht unbedingt an der Frage, ob der Postminister von der Union oder von den Sozialdemokraten gestellt wird.

Lassen Sie mich noch zwei Bemerkungen machen. Wir haben in der Diskussion über neue Technologien zu Beginn dieses Parteitages die teilweise dramatisch schlechte Lage der deutschen Industrie im Bereich der Informations- und Kommunikationstechniken beklagt. Dafür gibt es viele Gründe. Aber zwei Gründe sind die verharrende Marktregulierungspolitik im Telekommunikationssektor bei der Deutschen Bundespost und die sehr konservative und zurückhaltende Beschaffungspolitik der öffentlichen Hand. Obwohl - das will ich gern einräumen - die Marktregulierungspolitik unter der Fernmeldehoheit der Deutschen Bundespost unter anderem zum Schutz des Deutschen Marktes und damit im Interesse der deutschen Telekommunikationsunternehmen betrieben wurde, hat sie letztlich der Exportfähigkeit der deutschen Industrie, die mit Informations- und Kommunikationstechniken befaßt ist, eher geschadet als genutzt.

Meine Damen und Herren, wenn man ein Programm für die 80er Jahre macht, muß man zumindest das Postmonopol in Frage stellen. Ich füge hinzu: Unserem Freunde Christian Schwarz-Schilling, der sicherlich dazu reden wird, tun wir einen großen

Gefallen, denn er hat sich in seiner Oppositionszeit mit Recht - wir haben auch mit solchen Thesen die Wahl gewonnen - als vehementer Kritiker des Postmonopols ausgewiesen und damit eine klare Ordnungspolitik vertreten. Für diese klare Ordnungspolitik trete ich ein.

Ich möchte noch hinzufügen: Wenn von der Kooperation des privaten Handwerks mit der Deutschen Bundespost geredet wird, dann können die momentanen Kooperationsmodelle etwa bei der Verkabelung nur ein pragmatisches Verfahren für eine bestimmte Zeit darstellen. Wenn wir auch eine Partei des Handwerks und der kleinen Unternehmen sein wollen, dann muß langfristig klar sein, daß die Aufbereitung und Verteilung der Radio- und Fernsehsignale im Ortsbereich Sache des privaten Handwerks sind. Auch das ist ein klares ordnungspolitisches Anliegen für die Union.

Man kann von einem Postminister, der es schwer genug hat, nicht erwarten, daß er für die Abschaffung des Monopols direkt eintritt. Aber dies ist ja keine Frage der Unternehmenspolitik der Deutschen Bundespost. Das ist eine ordnungspolitische Frage, die die Regierungspartei, die Union, direkt angeht und in den kommenden Jahren von zentraler Bedeutung sein wird.

(Glocke des Tagungspräsidenten)

Im übrigen ist es so, daß auch in anderen Monopolbereichen, in denen wir dagegen angekämpft haben - etwa im Medienbereich, bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten -, die Intendanten nie dafür gekämpft haben, daß ihre Monopolanstalten abgeschafft werden.

Aus all diesen Gründen trete ich dafür ein, den Antrag D 74 des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, der moderat und vernünftig ist und vieles offen läßt und in dem für eine Auflockerung des Postmonopols plädiert wird, was unserer ordnungspolitischen Position entspricht, anzunehmen, nicht aber die Vorlage der Antragskommission. Die Union bleibt damit ihren bisherigen marktwirtschaftlichen Vorstellungen treu.

(Beifall)

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Ich bitte den Sprecher der Antragskommission, Herrn Minister Dr. Schwarz-Schilling, dazu Stellung zu nehmen.

Dr. Christian Schwarz-Schilling, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe hier zum Postmonopol sehr viele Anmerkungen gehört, die durchaus ihre Berechtigung haben. Es ist richtig, daß im Zuge der technischen Entwicklung, die sich gerade auf dem Gebiet der Telekommunikation in stürmischer Weise vollzieht, über die Frage der Rolle der Deutschen Bundespost nachgedacht werden muß. Wir müssen uns vor zwei Dingen hüten. Das eine ist zu meinen, es müsse alles beim alten bleiben, weil es seit Jahrzehnten so ist. Der zweite extreme Punkt heißt, wir müßten so schnell wie möglich das Monopol abschaffen und womöglich alles privatisieren. Auch dazu gab es ja Anträge auf diesem Parteitag.

Der richtige Weg ist, daß man die Situation erkennt, analysiert und dort das Monopol auflockert, wo es erforderlich ist. Was dies angeht, möchte ich hier gerade gegenüber Herrn Weirich drei Bemerkungen machen.

Der Bereich Endgeräte! Wenn die Deutsche Bundespost bei dem Ausbau ihrer Netze, insbesondere des Telefonnetzes, jetzt durch die Digitalisierung ab 1987 durch die Zusammenführung verschiedener Spezialnetze, Datennetze und Fernkopierernetze auf die digitalisierte Telefonleitung zu einem integrierten Netz kommt, dann wird die Abschlußdose des Netzes die Schnittstelle sein, und die Endgeräte können, wenn sie mit dieser Schnittstelle kompatibel sind, im Wettbewerb vollkommen frei konkurrieren.

(Vereinzelter Beifall)

Es ist die Aufgabe der Deutschen Bundespost, für einheitliche Standards zu sorgen, damit jedes Endgerät mit den anderen korrespondieren kann und dadurch verhindert wird, daß irgendwelche großen Unternehmen sozusagen geschlossene Kreise schaffen - nur ihre Endgeräte bleiben kompatibel - und damit Markt oligopol entstehen, wie wir sie in verschiedenen Ländern der Welt heute feststellen müssen.

Insofern befinden wir uns hier in gar keiner Kontroverse. Es ist eines der wichtigsten Dinge, daß, wenn dieses Netz in dieser Weise geschaffen wird, die Endgeräte frei miteinander in Wettbewerb stehen sollen. Wenn dieses Netz 1987 eingeführt wird und Anfang der 90er Jahre rund 4 bis 5 Millionen Anschlüsse haben wird, dann ist darüber nachzudenken, ob nicht auch der Telefonhauptapparat dazugehört wie das Telex-Gerät, das Datengerät oder ähnliches mehr. Darüber gibt es auch ganz klare Vorstellungen; dies ist mit in die Planung einzubeziehen.

Auch zu dem, was das Handwerk angeht - zu dem, was hierzu gesagt worden ist -, möchte ich deutlich machen, daß es zu großen Gefahren führen könnte, wenn wir einfach sagten: Und jetzt sollen das alles Private machen. - In keinem Land der Welt wird die Hausverkabelung getrennt von anderen Unternehmen gemacht, die von den Erdfunkstellen bis zur Steckdose arbeiten. Es wird dann, wenn es die Bundespost auf dem Gebiet der dritten oder zweiten Netzebene nicht mehr gibt, für das Handwerk außerordentlich schwer sein, die finanziellen und technologischen Voraussetzungen zu schaffen, auf diesem Gebiet konkurrenzfähig zu bleiben. Die Post, die bis zur dritten Netzebene geht, ist der geeignete und beste Partner gerade für das Handwerk, denn die Post hat sich ganz klar verpflichtet, nicht in die vierte Netzebene zu gehen. Eine solche Verpflichtung wird von einem Privaten ganz normalerweise nicht eingegangen werden.

Ich habe hier folgende Anmerkung zu dem Petikum zu machen: Die Bundesregierung hat in ihrem Informationsbericht, den wir am 14. März im Bundeskabinett verabschiedet haben, bereits klar und deutlich festgelegt, daß eine hochrangige Kommission von Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichen Kräften eingesetzt wird, um genau über die Fragen, über die hier diskutiert wird; zu beraten, um dort zu liberalisieren, wo es möglich ist, dort das Monopol zu erhalten, wo es erforderlich ist, die Fragen der Standardisierung der neuen Telekommunikationsdienste im einzelnen zu beraten und als Empfehlung zu entscheiden. Dies ist bereits beschlossen worden. Es hat deshalb an sich wenig Sinn, nunmehr durch eigene Anträge diese Dinge hier noch einmal nachzuvollziehen, denn es ist bereits von der Bundesregierung die Einsetzung dieser Kommission zur Überprüfung vorgenommen worden. Es kann sein, daß das mehrere übersehen haben.

Lassen Sie mich hier noch sagen, daß ich diesen Beschluß der Bundesregierung lebhaft unterstützt habe, weil ich um die Schwere des Problems weiß und ich mich nicht dagegen stelle, daß darüber beraten wird, Richtiges für die Zukunft zu tun.

Es wurde hier der Antrag D 74 von Rheinland-Pfalz gestellt:

Dazu bedarf es in einer Reihe von Punkten einer Auflockerung des Postmonopols.

Es gibt überhaupt keinen Zweifel darüber, daß diese Fragen untersucht werden müssen. Und dieser Auftrag ist bereits in dem Auftrag dieser Kommission enthalten. Insoweit unterstützt dieser Antrag nur das, was die Bundesregierung bereits beschlossen hat. Ich habe gerade mit den Kollegen der Antragskommission gesprochen. Ich bin sehr gern bereit, dies als einen entsprechenden Zusatz in Zusammenarbeit mit der Antragskommission in den von der Antragskommission vorgelegten Text mit aufzunehmen, weil er in keiner Kontroverse zu dem steht, was die Bundesregierung beschlossen hat. Ich glaube, daß damit auch dem Petitum in Wirklichkeit Rechnung getragen ist und daß damit das, was hier vorgetragen wurde, was die berechtigten Wünsche sind, auch durch die Antragskommission berücksichtigt wird. Ich möchte darum bitten, daß Sie dem Votum der Antragskommission mit diesem zusätzlichen Satz entsprechen, und bitte darum, daß dies hier zum Antrag erhoben wird.

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Meine Damen und Herren! Sie haben auf den Seiten 39 und 40 die Empfehlung der Antragskommission, der jetzt nach diesen Vorschlägen des Vertreters der Antragskommission als zusätzliche Ziffer der Antrag D 74 hinzugefügt würde:

Dazu bedarf es in einer Reihe von Punkten einer Auflockerung des Postmonopols.

Ich denke, ich kann dies hier jetzt zusammen zur Abstimmung stellen, weil es keinen Widerspruch gegeben hat. Mit der Erweiterung um den Antrag D 74 stelle ich den Vorschlag der Antragskommission zur Abstimmung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr! Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Bei wenigen Gegenstimmen so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 39 auf. Dazu gehören die Anträge D 83 bis D 97 und der Initiativantrag D 189. Fundstelle ist die Seite 42 der Antragsbroschüre. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich möchte damit den Vorschlag der Antragskommission zur Abstimmung stellen. Wer dafür stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr! - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe die Ziffer 40 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge D 98 bis D 107. Die Fundstelle ist die Seite 45 der Antragsbroschüre. Es liegen keine Wortmeldungen vor. - Doch, Herr Scharrenbroich zu Ziffer 40. Bitte, Herr Scharrenbroich, Sie haben das Wort.

Heribert Scharrenbroich: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich meine, daß die Beratung dieser Anträge, insbesondere die Beratung des Antrags D 70, dazu benutzt werden sollte, eines zu klären. Die Antragskommission hat hier zum Beispiel die Ablehnung des Antrags D 70 empfohlen. Ich finde das etwas seltsam, weil nämlich
nämlich ein gleichlautender Text später in Ziffer 45 voll angenommen worden ist. Dies ist noch eklatanter bei der Ablehnung des nachfolgenden Antrages D 71. Ich

hoffe, daß ich das hier gleich mitbehandeln darf. Der Text des Antrages D 71 wird zur Ablehnung empfohlen, ist allerdings zwei Ziffern vorher von uns wortwörtlich im Antrag D 65 von Bochum angenommen worden. Ich möchte doch schon darum bitten, daß man hier fairerweise feststellt, daß die Anträge erledigt sind.

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Einen Moment bitte! Entweder haben wir Sie falsch verstanden oder Sie haben sich geirrt. Sie haben von D 70 gesprochen. Der Antrag gehört in diesen Antrag Ziffer 40 nicht hinein.

Heribert Scharrenbroich: Dann habe ich das mißverstanden. Aber meine Erklärung gilt trotzdem zu diesen beiden Anträgen D 70 und D 71. Ich möchte das bitte zu Protokoll gegeben haben.

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Das war ein Mißverständnis. - Es liegen also zu der Ziffer 40 keine Wortmeldungen vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Einstimmig angenommen!

Ich rufe die Ziffer 41 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge D 108 bis D 116 und die Initiativanträge D 184 und D 192. Fundstelle ist die Seite 47 der Antragsbroschüre. Wortmeldungen liegen vor. Frau Laurien, Senatorin für Schulwesen, Jugend und Sport von Berlin, hat das Wort.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem Initiativantrag D 192 feststellen, daß wir, die wir den Antrag gestellt haben, es sehr begrüßen, daß die Antragskommission ihn bejaht. Dies ist familienpolitisch und wirtschaftspolitisch ein wichtiges Datum; denn derjenige, der gern möchte, daß sich eine Frau der Familie zuwendet, wenn sie die Familienaufgaben ganz beanspruchen, der muß ihr auch die Rückkehr in das Arbeitsleben ermöglichen. Meine Damen und Herren! Es war die CDU-Initiative 1969, die das Arbeitsförderungsgesetz in diesem Sinne gestaltet hat, und es ist die SPD-Regierung gewesen, die dieses Gesetz wieder verändert hat. Wir müssen klarmachen, daß wir bei dem normalen Lebensablauf von Frauen und bei unserer Betonung der Wahlfreiheit wirklich dafür sorgen müssen, daß nicht viele Frauen nur deshalb während der Zeit der Familienpflichten total im Beruf bleiben, weil sie keine Rückkehrmöglichkeit haben. Wir müssen die Gesamtheit ihres Lebens sehen und Wahlfreiheit ermöglichen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Auch wenn man sich angesichts der Zeit möglichst kurz fassen soll, möchte ich doch noch zu diesem Punkt, nämlich zu dem Antrag D 108 des Bundesvorstandes auf Seite 47 der Antragsbroschüre etwas bemerken, was ich für unsere künftige Beratung für wichtig erachte.

Da steht der gute Satz:

Die Einführung neuer Technologien muß dazu genutzt werden, erweiterte

Spielräume für humanere Arbeitszeiten, -bedingungen und -strukturen zu schaffen.

Ja, das ist die eine Seite der Medaille. Aber lassen Sie uns auch zur Sprache bringen, daß wir dann auch das Ehrenamt aus seiner Kümmerexistenz herausholen müssen. Wenn wir mehr verfügbare Zeit haben, dürfen wir diese verfügbare Zeit nicht ausschließlich für uns nutzen, sondern wir müssen sie auch unseren Mitmenschen zur Verfügung stellen, weil wir Arbeit haben. Gerade wenn die vergütete Arbeit knapp wird, müssen wir sagen: Wir haben viel Arbeit, die auch eine Initiative von uns verlangt.

Lassen Sie mich in aller Kürze sagen, daß es deshalb nötig ist, das Ehrenamt öffentlich immer wieder zur Sprache zu bringen, pauschale Absicherungen der Risiken Unfall und Haftung vorzusehen. Es geht nicht um Vergütung, aber das im Ehrenamt gebrochene Bein darf nicht noch zum Ehrenamt hinzukommen. Hier gibt es neue Wege, wenn wir in eine solche vernünftig miteinander lebende Gesellschaft kommen wollen. Wir brauchen eine radikale Durchforstung aller Rechtsmaterien, die ehrenamtlicher Mitarbeit im Wege stehen.

Lassen Sie mich ein einziges Beispiel nennen: Der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe in Baden-Württemberg berichtet, daß er ein Eigenheim gebaut und bei der Bemessung der Wohnfläche in bezug auf die Grundsteuerbefreiung für seine ehrenamtliche Betätigung einen entsprechenden Raum beantragt hat. Das ist voller Wohlwollen genehmigt worden, und zwar der Ansatz von 18 qm. Aber zugleich wurden ihm von seiner eigentlichen Wohnfläche 20 qm abgezogen, so daß das Ergebnis der Anerkennung seiner ehrenamtlichen Tätigkeit hier negativ war. Solch ein Unsinn muß weg.

(Beifall)

Wir müssen unsere Gesetze durchforsten, damit nicht derjenige, der sich engagiert, auch noch finanziell der Dumme ist.

Lassen Sie mich ganz ernsthaft damit schließen, daß unser demokratisches und freiheitliches Verständnis den Menschen Lebensbedingungen sichern muß, die es ermöglichen, daß sie in freier Entscheidung so leben können, wie sie leben sollten, und daß wir Eigeninitiative mit mehr Nachdruck als den monotonen Schrei nach dem Staatszuschuß betonen sollten.

(Beifall)

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Laurien. - Ich darf Herrn Adolf Müller für die Antragskommission bitten.

Adolf Müller, Antragskommission: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt, wie Sie aus den Unterlagen entnehmen können, die Annahme des Initiativantrages D 192 in einer leicht veränderten Fassung. Ich bitte Sie aber, in dieser veränderten Fassung noch eine kleine Änderung vorzunehmen. Der erste Satz des zweiten Absatzes soll lauten:

Staat und Tarifparteien tragen Verantwortung für die Verwirklichung der sozialen Gleichberechtigung von Männern und Frauen in der Arbeitswelt.

Ursprünglich stand dort noch "und in der Familie". Ich glaube, das war ein Fehler. Staat und Tarifparteien tragen keine Verantwortung für die Verwirklichung der sozialen Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Familie.

(Beifall)

Ich meine, es ist notwendig, daß diese Änderung vorgenommen wird.

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Schönen Dank.

Sie haben die Empfehlung der Antragskommission gehört. Wer dieser Empfehlung Folge leisten will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Die Ziffer 41 des Antrags des Bundesvorstandes ist damit mit einigen Gegenstimmen so beschlossen worden.

Ich rufe die Ziffer 42 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge D 117 bis D 131 und der Initiativantrag D 182. Die Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission ist die Antragsbroschüre, Seite 49.

Es liegt eine Wortmeldung von Herrn Werner Schreiber, Landesverband Saar, CDA, vor. Herr Schreiber, ich darf Sie bitten. Sie haben das Wort.

Werner Schreiber: Frau Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Wir sind als Partei 1983 angetreten, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wir haben diese Arbeitslosigkeit und die Probleme, die im Zusammenhang mit dieser Arbeitslosigkeit stehen, als den größten sozialen Skandal bezeichnet und, wie ich meine, dies mit Recht. Von daher liegt auf der Hand, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Auseinandersetzung um den besten Weg dafür das Hauptthema der Politik der letzten Monate waren.

Eine der am meisten diskutierten Methoden für die Reduzierung der Arbeitslosigkeit ist natürlich die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, wenn Sie so wollen: der Regelarbeitszeit, oder - lassen Sie mich das Reizwort nennen - die 35-Stunden-Woche. Meine Damen, meine Herren, wir haben aus gutem Grunde der Vorruhestandsregelung den Vorrang gegeben. Die CDA hat diese Regelung voll unterstützt. Es war doch auch insbesondere unser Bundesvorsitzender Norbert Blüm, der als zuständiger Minister einen erheblichen Anteil an der Durchsetzung dieses Gesetzes hatte.

Meine Freude, es muß aber nach wie vor erlaubt sein, über alle Möglichkeiten der Reduzierung der Arbeitslosigkeit zu diskutieren. Was will ich damit sagen? Das Thema "Verkürzung der Wochenarbeitszeit", das Thema "35-Stunden-Woche", muß von uns enttabuisiert werden. Wir dürfen aus der Diskussion dieses Themas keine Ideologiediskussion machen. Die 40-Stunden-Woche ist keine heilige Kuh, genauso wenig wie es einst die 48-Stunden-Woche oder die 44-Stunden-Woche waren. Ich freue mich, daß beim Bericht des Generalsekretärs durchklang, daß die CDU die Frage der Verkürzung der Wochenarbeitszeit nüchtern und rational beurteilt.

Meine Freunde, wir haben klargemacht - und ich bekenne mich zu dieser Klarstellung -, daß die 35-Stunden-Woche derzeit nicht in die wirtschaftliche und konjunkturelle Landschaft paßt. Es muß auch deutlich werden, daß die Steigerung der Produktivität, das Voranschreiten der Automatisierung, das Vordringen der neuen

Technologien als Herausforderungen in die Zukunft projiziert werden und ihren Niederschlag in der Arbeitszeitregelung finden müssen. Von daher meine ich: Wir dürfen die Tür der Argumentation nicht zuschlagen. Die CDA hat dem Parteitag eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Wir begrüßen in dem Zusammenhang auch ausdrücklich - das darf ich unterstreichen - den Initiativantrag des Landesvorsitzenden der Saar-CDU, Werner Zeyer - das ist der Antrag D 182 -, der konkret aufzeigt, unter welchen Bedingungen eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit möglich ist. Ich freue mich - ich habe dies den Unterlagen entnommen -, daß die Antragskommission einen wesentlichen Teil dieses Antrags übernommen hat. Ich meine, es steht uns gut an, als CDU klarzumachen, daß eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit derzeit zwar nicht in Betracht kommt, daß wir uns aber die Möglichkeit offenlassen, dann, wenn die Bedingungen es erlauben, darüber miteinander zu diskutieren.

(Beifall)

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Schönen Dank. - Ich darf jetzt Herrn Dr. Wilhelm das Wort erteilen.

Dr. Hans-Otto Wilhelm: Sehr verehrte Tagungspräsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Es geht bei diesem Antrag im besonderen um die flankierende Rolle der Arbeitszeitverkürzung beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Die hohe Arbeitslosigkeit, über 2 Millionen Arbeitslose, ist ein unerträglicher Zustand. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist die wichtigste innenpolitische Aufgabe der Bundesregierung. Nicht zuletzt daran, ob diese Arbeitslosigkeit in einem einigermaßen erträglichen Zeitraum abgebaut werden kann, werden die Bürger die CDU und die Bundesregierung messen.

Daher muß alles getan werden, was eine zusätzliche Beschäftigung schafft. Und diese Dinge müssen auf den Weg gebracht werden. Die gesamte Politik muß so weit als möglich beschäftigungspolitisch orientiert werden. Hier herrscht Einvernehmen darüber, daß in erster Linie im qualitativen Wachstum Arbeitslosigkeit bekämpft werden muß.

Aber Wachstum allein reicht nicht aus, das Problem der Arbeitslosigkeit in den 80er Jahren zu lösen. Wir brauchen eine Flankierung auch durch eine ganze Reihe anderer Maßnahmen, im besonderen beschäftigungspolitische Flankierung durch Änderungen im Sozial- und Arbeitsrecht, aber auch durch den Vorruhestand und mehr Teilzeitbeschäftigung und weitere Formen der Arbeitszeitverkürzung.

Daher einige Anmerkungen speziell zum Instrument der Arbeitszeitverkürzung als einem flankierenden Instrument der Beschäftigungspolitik. Das eigentliche Problem der Arbeitszeitverkürzung ist das verteilungspolitische Problem, d. h. wie hoch Löhne sein können, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird. Wenn Arbeitszeitverkürzungen vereinbart werden, können nur Löhne vereinbart werden, die niedriger als die sind, die ohne Arbeitszeitverkürzung hätten vereinbart werden können. Bei Kostenneutralität kann der Beitrag bestimmter Arbeitszeitverkürzungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit erheblich sein. Dies gilt vor allem für Vorruhestand und mehr Teilzeitbeschäftigung.

Die Arbeitszeitverkürzung ist ein seit vielen Jahrzehnten laufender Prozeß. Die Arbeitszeitverkürzung betrug von 1960 bis 1973, also in 13 Jahren, pro Jahr 0,7 %

des Arbeitsvolumens, aber seit 1975 nur noch 0,5 %. Also ausgerechnet in der Zeit, als die Arbeitsmarktprobleme härter wurden, ist die Arbeitszeitverkürzung weniger intensiv gefahren worden.

Hier ist die Frage, ob z. B. heute nicht die frühere höhere Jahresrate oder eine andere Rate die bessere im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wäre.

Wegen dieser flankierenden Wirkungen der Arbeitszeitverkürzungen beim Abbau der Arbeitslosigkeit befürworte ich den Antrag in der von der Antragskommission vorgelegten Fassung. Er trägt dem Erfordernis Rechnung, das Problem Arbeitszeitverkürzung genügend differenziert zu behandeln.

(Vereinzelter Beifall)

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Schönen Dank. - Ich darf den Sprecher der Antragskommission, Herrn Adolf Müller, bitten, für die Antragskommission zu sprechen.

Adolf Müller, Antragskommission: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich brauche nach diesen Wortbeiträgen keine allzu große Stellungnahme mehr abzugeben. Die Antragskommission schlägt Ihnen die Formulierungen auf den Seiten 49 und 50 vor und im Anschluß daran aus dem Initiativantrag 182 die Formulierung, die Sie in dem Antragspaket zu den Initiativanträgen finden.

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag und die Empfehlung der Antragskommission gehört.

Wer diesen Empfehlungen, wie sie auf den Seiten 49 und 50 und zu dem Initiativantrag vorgeschlagen sind, seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Bei einer Gegenstimme ist so beschlossen worden.

(Vereinzelter Beifall)

Ich rufe die Ziffer 43 auf. Dazu gehören die Anträge D 55 und D 132 bis D 138. Fundstelle für die Empfehlung der Antragskommission ist die Seite 55.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 44 auf. Dazu gehören die Anträge D 139 bis 154 und der Initiativantrag D 180.

Das Wort hat dazu Frau Rita Waschbüsch, Saar.

Frau Rita Waschbüsch: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frauenvereinigung und die Delegierten des Saarlands sind mit der Entscheidung der Antragskommission nicht zufrieden, die ungünstige Bevölkerungsentwicklung entgegen ihren beiden Anträgen am Anfang dieser Aussagen über die Familien stehen zu lassen.

Meine Damen und Herren, als die Schöpfer des Grundgesetzes Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung gestellt haben, haben sie dies mit Sicherheit - wie die CDU es im übrigen auch in all den Jahren nachher vertreten hat - nicht aus demografischen Gründen getan. Die Bevölkerungsentwicklungszahl ließ sicher erwarten, daß alles in Ordnung geht. Sie haben es getan, weil man die Leistung der Familie für die Gesellschaft anerkennen wollte, weil man sich bewußt war, daß ohne die Familien, ohne das, was sie für die Gesellschaft einbringen, dieser Staat keine richtige Existenzgrundlage hat.

Nach unseren Vorstellungen - ich glaube, auch da sind wir einig - haben die Politiker den Eltern nicht irgendwelche Vorschriften zu machen, ob und wie viele Kinder sie bekommen sollen. Nach unseren christlich-demokratischen Vorstellungen hat der Staat die Rahmenbedingungen so zu schaffen, daß Familien sich frei entscheiden können, daß sie auch zu Kindern ja sagen können, ohne praktische Benachteiligungen hinnehmen zu müssen.

Und genau dies war doch der Vorwurf, den wir in der Vergangenheit gemacht haben: daß diese Freiheit, zu Kindern ja zu sagen, eigentlich durch die Benachteiligungen eingeengt ist, die die Familien wirtschaftlich hinnehmen mußten - der letzte Familienbericht hat es ja deutlich mit Zahlen belegt -, und daß sie andererseits hinnehmen mußten, daß in einem ungeheuerlichen Maß die Institutionen Familie und Ehe abgewertet worden sind und daß man die, die noch ja sagten, im Grund zu den Dummen der Nation gemacht hat. Die SPD hat eigentlich auch falsche Leitbilder für die Frauen aufgezeigt. Sie hat denen, die versucht haben, ihrer Verantwortlichkeit in Familie und Gesellschaft gerecht zu werden, eigentlich nur das einseitige Leitbild der erwerbstätigen Frau als der allein emanzipierten hingestellt und damit zur Verunsicherung beigetragen; sie hat darüber hinaus durch die wirtschaftliche Benachteiligung diesen Frauen und damit ihren Familien das Leben schwermacht.

Wenn wir nun darangehen und, wie es in dem Antrag im 2. Teil dankenswerterweise kommt und von der Antragskommission in der Aussage erweitert ist, sagen, daß wir diese Rahmenbedingungen verbessern wollen, dann wird sich nach unserer Meinung auch diese demografische Fehlentwicklung von selber wieder zugunsten von hoffentlich etwas größeren Kinderzahlen verbessern.

Aber wir sollten doch nicht denen ins Messer laufen oder gar vor denen Kniefälle machen, die jetzt erst im Zusammenhang mit den schlechten Geburtenzahlen und den damit für die Zukunft unsicher gewordenen Renten und sozialen Sicherungen entdecken, daß da etwas nicht stimmt. Die, denen jetzt erst, wo die Zahlen nicht mehr stimmen, bange wird, waren nie die, die für die Gerechtigkeit in Sachen Familie gestritten haben. Die CDU hat aber immer das Anliegen, Gerechtigkeit zu schaffen. Und ich meine, diese Verbesserungen, die wir hier fordern und anstreben, müßten wir um der Gerechtigkeit willen auch dann, wenn die demografischen Zahlen anders wären, verlangen.

(Vereinzelter Beifall)

Ich möchte also ausdrücklich darauf hinweisen, daß es nicht gut wäre, - und das ist die Ansicht der Frauenvereinigung, und das war auch die Ansicht der Saarländer -, wenn man der CDU in die Schuhe schiebt, sie mache Familienpolitik nur, um Bevölkerungspolitik zu treiben. Das ist zweitrangig; das ist nachrangig.

Im übrigen ein Hinweis: Wir wollen diese demografischen Dinge nicht ganz außer acht lassen. Ich sage es Ihnen gleich noch.

Ich habe eine weitere Bitte. Man macht Gerechtigkeit für Familien nur dann wirklich, wenn man die soziale Gleichberechtigung der Frau einbezieht. Auch das sollten Sie bitte bedenken. Frauen dürfen nicht länger, weil sie Kinder bekommen können - Männer werden das ja wohl nie lernen -, bei der Ausbildung, bei Arbeitsplätzen, bei Lohn usw. benachteiligt werden.

Und sie dürfen nicht benachteiligt bleiben, wenn sie Kinder bekommen und deswegen auf Erwerbseinkommen, auf Renten usw. verzichten. Sonst brauchen wir uns nämlich überhaupt keine Gedanken darüber zu machen, wie das mit der Entwicklung weitergeht. Dann können wir uns in Zukunft höchstens noch wundern, wenn sich junge Menschen überhaupt noch für die Familie und für Kinder entscheiden.

Darum möchte ich Ihnen folgenden Vorschlag machen. Wenn Sie bitte den Katalog der Anträge auf Seite 57 aufschlagen: Die Antragskommission empfiehlt, alle Anträge zu diesem Thema einzubinden. Ihr Antrag fängt an mit: "Die ungünstige Bevölkerungsentwicklung ..." Wir bitten, diese Passage zu streichen, und zwar bis "Die Familie ist die wichtigste Gemeinschaft in unserer Gesellschaft".

Damit auch die Demographen ihre Ruhe bekommen, sind wir gerne bereit, den letzten Satz aus dem Antrag der Frauenvereinigung - unserer Meinung nach steht er dort an der richtigen Stelle -, der beginnt mit "Ein Abbau der materiellen und sozialen Benachteiligungen ...", dort in dem Antrag der Antragskommission einzufügen, wo es fett gedruckt weitergeht: "Sie muß die Leistungen und Lasten von Familien mit kleinen Kindern, ...".

Ich habe noch eine weitere Bitte. Wenn Sie umblättern, sehen Sie, daß der letzte Absatz dankenswerterweise fett gedruckt ist: "Die Verwirklichung der Gleichberechtigung ..." fängt dieser Absatz an. Das ist schon durch die Annahme eines anderen Antrags erledigt, so daß wir das streichen können. Wir bitten jedoch, an den vorhergehenden Absatz Satz 1 des Antrages der Frauenvereinigung D 140 anzufügen: "Die soziale Gleichberechtigung der Frau ist eine wichtige Aufgabe im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft.", damit eben das zuletzt von mir Gesagte in diesem Zusammenhang noch einmal betont wird, daß Frauen nämlich nicht benachteiligt werden, wenn und weil sie Kinder bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Waschbüsch.

Ich erteile Herrn Kroll-Schlüter das Wort.

Hermann Kroll-Schlüter: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Initiativantrag D 180 würde sich erledigen, wenn wir

dem folgten, was Frau Waschbüsch vorgeschlagen hat. Ich möchte mich ausdrücklich der Bitte anschließen, damit wir endlich aus diesem fruchtlosen Streit herauskommen, inwieweit Familienpolitik Bevölkerungspolitik ist. Sie ist es nicht, hat aber sehr wohl einen demographischen Akzent.

Ich glaube, je öfter wir darüber sprechen, um so größer wird auch der Verdacht in der Bürgerschaft: Na, was versteckt sich alles hinter höherem Kindergeld, was haben sie alles mit uns vor? Wir müssen von diesem Verdacht, irgend etwas regeln zu wollen, ganz loskommen; denn sonst wird auch das andere Wort von der Wahlfreiheit völlig unglaubwürdig. Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß die Union irgend etwas steuern oder manipulieren möchte, wenn wir einerseits von der Wahl zwischen mehr Beruf und mehr Familie sprechen und andererseits erörtern, in welcher Weise das Ja zum Kind gesagt wird. Wir trauen dem mündigen Bürger doch so viel zu. Wir wollen diesen mündigen Bürger zwar subsidiär fördern und unterstützen, aber eben nicht bevormunden. Wenn das irgendwo gilt, dann gilt es für den Bereich der Familie. Das ist der eine Punkt, zu dem ich etwas sagen wollte.

Der zweite Punkt: Wir müssen uns unterscheiden von der Familienpolitik der 70er Jahre, und zwar dadurch, daß wir die Familie nicht nur hinsichtlich der verschiedenen Funktionen sehen, die aneinander gereiht werden. Summe darunter: Es klappt oder es klappt nicht. Wenn die Familie dann eine bestimmte Funktion nicht erfüllt, darf sie keineswegs sofort bedrängt werden bzw. dürfen keine Drohungen ausgesprochen werden, daß diese Funktion eines Tages auf eine halbstaatliche Einrichtung verlagert wird. Aus der Mutter wurde dann bekanntlich die Tagesmutter. Das muß auch weg.

Wir müssen die Familie nicht nur in ihren Funktionen, sondern in ihrer Gesamtheit sehen. Sie ist mehr als die Summe von Funktionen. Ihr versöhnlicher und tief humanisierender Charakter - jung und alt, Junge und Kranke, arm und reich - ist es an und für sich, was die Begründung ausmacht. Sie ist ohne Alternative.

Das dritte, was ich sagen möchte, ist: Es wäre sehr viel wert, wenn man den Lebensentwurf Frau und Mutter ohne Abstriche akzeptierte hinsichtlich derer, die das wollen. Es wäre sehr viel wert, wenn wir die Öffnung der Familie auf die Gesellschaft hin ohne Wenn und Aber akzeptierten.

Wenn Mütter im Alter von 40 oder 45 Jahren wieder eine Tätigkeit aufnehmen wollen, muß es in diesem Staate auch noch andere Möglichkeiten für sie geben, als den alten Beruf wieder aufzunehmen. Es muß doch so etwas geben, wie Frau Laurien das vorhin gesagt hat: die ehrenamtliche Tätigkeit, wie sie nach den Worten von Herrn Fink möglicherweise jetzt in Berlin und in anderen Regionen praktiziert wird. Es muß möglich sein, nach einem Orientierungskurs eine ehrenamtliche Tätigkeit aufzunehmen und dafür auch Rentenansprüche zu begründen. Warum nicht diese Wege?

Was ich sagen möchte, ist: Man sollte nicht immer nur die eine Möglichkeit der Rückkehr in das Berufsleben im Auge haben. Es gibt so vielfältige Möglichkeiten, eine verantwortliche Tätigkeit - auch mit Verdienst - aufzunehmen. Wir sollten uns dadurch auszeichnen, daß wir das Ganze in einer viel stärkeren Weise öffnen, als es die Sozialdemokraten mit der stur geforderten sogenannten Rückkehr in den Beruf immer getan haben. Auch hier täten mehr Phantasie und Flexibilität im Sinne der Familienpolitik sehr gut. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat jetzt das Wort Herr Senator Fink.

Ulf Fink, Antragskommission: Frau Präsidentin! Die Systematik der Ziffer 44 war davon bestimmt, daß der Geburtenrückgang für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland als einer sozialen und humanen Industriegesellschaft eine der größten Herausforderungen ist. Das ist die Erklärung dafür, warum Ihnen die Antragskommission diese Ziffer in dieser Abfolge zur Annahme empfohlen hat.

Nachdem ich aber mit meinen Kollegen noch einmal darüber gesprochen habe und nachdem ich sehe, daß Mißverständnisse entstehen könnten, kann ich mich für die Antragskommission damit einverstanden erklären, dem Petitum von Frau Waschbüsch zu folgen.

(Beifall)

Die Ziffer 44 beginnt dann also mit: "Die Familie ist die wichtigste Gemeinschaft in unserer Gesellschaft". Nach dem Satz "... in einer modernen Industriegesellschaft." wird dann der Satz aus dem Antrag D 140 angefügt: "Ein Abbau der materiellen und sozialen Benachteiligungen der Familien mit Kindern kann auch ein Beitrag sein, die ungünstige demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen, und so auch einen Beitrag leisten, die negativen Konsequenzen für das System der sozialen Sicherung abzumildern." Insofern folgt also die Antragskommission dem Vorschlag von Frau Waschbüsch.

Frau Waschbüsch hat dann noch einen weiteren Antrag gestellt, nämlich den Satz aufzunehmen: "Die soziale Gleichberechtigung der Frau ist eine wichtige Aufgabe im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft." Hierzu muß beachtet werden, daß die beiden letzten Sätze in der Empfehlung der Antragskommission nun nicht mehr in der Ziffer 44 behandelt werden, sondern in der Ziffer 41, wo sie systematisch auch hingehören. Das Petitum der Frauenvereinigung ging ja gerade dahin, das Thema Frauen nicht ausschließlich und nur unter dem Thema Familie abzuhandeln.

Wenn ich es recht sehe, bleibt damit nur das Petitum übrig, in Ziffer 41 nach den Worten "Die Verwirklichung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau bleibt eine wichtige Aufgabe" die Worte "im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft" anzufügen. Ich kann mich für die Antragskommission auch mit dieser Ergänzung einverstanden erklären.

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Senator Fink.

Sie haben den Vorschlag der Antragskommission gehört. Bestehen noch Unklarheiten? - Das ist nicht der Fall. Ich möchte dann die Empfehlung der Antragskommission zur Abstimmung stellen.

Wer dem von Senator Fink vorgetragenen Änderungsvorschlag zu Ziffer 44 seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 45 auf. Dazu gehören die Anträge D 155 bis D 159 auf der Seite 61. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich lasse entsprechend dem Vorschlag auf Seite 61 abstimmen. Wer diesem Vorschlag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - Ich sehe 1 Gegenstimme. Wer enthält sich der Stimme? - Bei 1 Gegenstimme mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Ziffer 46 auf. Dazu gehören die Anträge C 50 und D 160 bis D 166 sowie der Initiativantrag D 176. Ich erteile Herrn Rudi Geil von Rheinland-Pfalz das Wort.

Rudi Geil: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich glaube, wir sind uns darin einig, daß Umweltpolitik auch langfristig angelegte Wirtschaftspolitik ist. So haben wir es jedenfalls als Union immer wieder gesagt. In unserer Umweltpolitik, so meine ich, wird deutlich, meine verehrten Freunde, daß wir Wohlstand nicht auf Kosten, sondern zum Nutzen der künftigen Generation ausbauen wollen. Aber ich glaube, ich muß ergänzend darauf hinweisen, daß Umweltschutz immer auch eine ethische Verpflichtung ist. Umweltpolitik läßt sich nicht allein auf Nützlichkeit und wirtschaftliche Vorteile reduzieren, so wichtig dieser Aspekt sicherlich auch ist.

Daher bin ich der Meinung, meine verehrten Damen und Herren, daß der Bundesvorstand seinen Vorschlag nicht richtig formuliert hat, indem er nämlich den Umweltschutz als ein "gleichrangiges wirtschaftspolitisches Ziel" apostrophierte, sondern Umweltschutz und Umweltpolitik müssen gleichrangig neben wirtschaftspolitischen Zielen stehen. Wir sollten nicht den Fehler machen, meine verehrten Freunde, Umweltschutz unsererseits immer nur in Abwägung zu wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen zu formulieren. Ich bin insofern dankbar dafür, daß die Antragskommission dem Vorschlag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz Rechnung getragen hat.

Wenn es richtig ist - und wir sind davon überzeugt - , daß die Soziale Marktwirtschaft ihre Überlegenheit gegenüber allen anderen Ordnungsvorstellungen für Wirtschaft und Gesellschaft mehr als überzeugend bestätigt hat, dann, glaube ich, müssen wir allerdings auch mehr als in der Vergangenheit marktwirtschaftliche, wirtschaftliche Instrumentarien gerade für die Umweltpolitik und in der Umweltpolitik nutzen.

Meine verehrten Freunde, ich setze in der Umweltpolitik mehr auf den Einfallsreichtum des Unternehmers als auf eine Behörde, die eine Genehmigung erteilt, die nach meiner Überzeugung einer wirtschaftlichen Entwicklung zwangsläufig immer nur hinterherlaufen kann. Insofern glaube ich, daß wir auch heute feststellen müssen, daß eine frühere Bundesregierung in dieser Hinsicht Fehler gemacht hat, indem sie Umweltpolitik zu sehr bürokratisierte.

Wir sollten heute alle Möglichkeiten nutzen, überall dort, wo Dynamik möglich ist, dieser Dynamik auch eine Chance zu geben, damit wir letztlich mit allen marktwirtschaftlichen Instrumenten auch den Fortschritt in der Umweltpolitik nutzen.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Wir brauchen auch in Zukunft Grenzwerte. Wir müssen Grenzwerte reduzieren. Wir brauchen in der Umweltpolitik sicherlich nach wie vor auch Gebote und Verbote. Ohne diese wird es nicht gehen. Aber die Öffnung des Instrumentariums sollten wir ohne Tabus vornehmen.

Lassen Sie mich noch ein Problem ansprechen, das in der Union nach wie vor umstritten ist. Wenn ich "ohne Tabus in der Umweltpolitik" sagte, dann gehört dazu auch der Gedanke der Abgabe. Ich meine Abgabe nicht als eine zusätzliche Steuer oder als einen zusätzlichen Preis, wie die SPD es formuliert, sondern ich meine Abgabe im Sinne einer zusätzlichen Steuerungsmöglichkeit, damit durch ein Steuerungselement letztlich derjenige belohnt wird, der in der Umweltpolitik oder für den Umweltschutz mehr leistet als derjenige, der diese zusätzliche Leistung nicht erbringt.

Ein letzter Gedanke zu diesem Antrag. Ich bin dankbar dafür, daß das Ausgleichsprinzip in diesem Antrag, vor allen Dingen auch durch die Ergänzung des Antrags der Antragskommission angesprochen ist, das Ausgleichsprinzip, auf dessen Grundlage wir gerade in der Luftreinhaltepolitik zu einer Reduzierung der Emissionen kommen können. Auch das bedeutet für mich mehr Flexibilität gegenüber starren bürokratischen Regelungen, wie wir sie bisher noch haben. Mehr Flexibilität aber kann dann bedeuten, daß wir mehr Umweltschutz zu gleichen oder sogar zu geringeren Kosten produzieren können.

In diesem Sinne sollten wir diesen Antrag einschließlich der Änderungen verstehen, die beschlossen worden sind.

(Beifall)

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Minister! - Ich darf, ehe ich die Antragskommission bitte, dazu Stellung zu nehmen, darauf aufmerksam machen, daß der letzte Satz des Antrags D 162 der Bundesfrauenvereinigung, der lautet: "Die CDU tritt dafür ein, den Schutz unserer Umwelt im Grundgesetz zu verankern", im Zusammenhang mit dem Antrag G 1 behandelt wird.

Ich bitte jetzt den Sprecher der Antragskommission, Herrn Kruse, um eine Stellungnahme.

Rolf Kruse, Antragskommission: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Geil hat hier eigentlich nur das verteidigt, was die Antragskommission vorgeschlagen hat. Er hat es interpretiert und keinen konkreten Antrag gestellt. Der Antrag der Frauenvereinigung, die dem Umweltschutz einen Platz im Grundgesetz einräumen möchte, ist von der Antragskommission abgelehnt worden. Wir sollten aus guten Gründen dabei bleiben, den Forderungskatalog des Grundgesetzes nicht plakativ zu erweitern, sondern uns mit konkreten Beschlüssen begnügen, die uns hier, wenn der Antrag der Antragskommission angenommen wird, im Umweltschutzbereich weiterführen.

(Beifall)

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Herr Kruse, ich darf daran erinnern, daß ich soeben darauf aufmerksam gemacht hatte, daß dieser Komplex im Zusammenhang mit dem Antrag G 1 behandelt und insofern nicht abgelehnt werden soll, damit hier keine Verwirrung entsteht.

Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag der Antragskommission gehört.

(Zuruf: Wir sind mit der Überweisung einverstanden!)

Ich lasse jetzt über diesen Vorschlag abstimmen, wobei der letzte Satz des Antrags D 162 ausgenommen bleibt. Er wird nach Aufruf des Antrags G 1 behandelt. Diesen Vorschlag, den der Sprecher der Antragskommission, Herr Kruse, vorgetragen hat, stelle ich zur Abstimmung. Wer der Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Bei einigen Gegenstimmen ist der Antrag mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 47 auf. Dazu gehören die Anträge D 167 bis D 170 und der Initiativantrag D 179. Der Vorschlag steht auf Seite 66. Ich erteile Frau Senatorin Laurien aus Berlin das Wort.

Frau Dr. Hanna Renate Laurien: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag D 168 der Frauenvereinigung auf Seite 66 ist von der Antragskommission nahezu vollständig aufgenommen worden. Ein einziger Satz ist ganz offensichtlich aus systematischen Gründen, weil man in einen Leitantrag nicht zu viele Einzelheiten aufnehmen möchte, entfallen. Dieser Satz lautet: "Die CDU schlägt eine ständige Umweltschutzkonferenz aller europäischen Staaten in Berlin vor."

Liebe Freunde, ich hoffe, daß wir uns nicht nur systematisch verstehen, sondern daß Sie hier ein berlinpolitisches und ein umweltpolitisches Zeichen setzen können. Denn wo sollten die europäischen Länder des Ostens und des Westens besser miteinander beraten können als in Berlin?

Ich bitte die Antragskommission deshalb sehr freundlich, auch diesen Satz der Frauenvereinigung zu übernehmen.

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Laurien. Ich bitte den Sprecher der Antragskommission, Herrn Kruse.

Rolf Kruse, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission folgt der Anregung von Frau Dr. Laurien und ergänzt dies entsprechend. Im übrigen empfiehlt sie den sonstigen Antrag der Annahme.

(Beifall)

Frau Ingeborg Seitz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag gehört. Ich bitte jetzt um Abstimmung über den Vorschlag der Antragskommission mit der Ergänzung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 48 auf. Dazu gehört der Antrag D 171. Fundstelle ist die Seite 67. Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Ziffer 48 des Antrags des Bundesvorstands. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich lasse über die Empfehlung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Einstimmig so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 49 auf. Dazu gehören die Anträge D 172 bis D 174. Die Fundstelle ist die Seite 67. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich stelle den Vorschlag der

Antragskommission zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Bei einer Stimmenthaltung und einer Gegenstimme so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 50 des Antrags des Bundesvorstands auf. Fundstelle ist die Seite 68 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Ziffer 50 des Antrags des Bundesvorstandes. Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Einstimmig so angenommen.

Damit ist die Einzelberatung der Stuttgarter Leitsätze abgeschlossen.

Wir kommen nun zur Schlußabstimmung. Wer dem Antrag des Bundesvorstandes in der durch die Einzelabstimmung festgelegten Fassung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? - Keine Stimmenthaltung.

(Beifall)

Damit sind die Beratungen der Stuttgarter Leitsätze abgeschlossen. Sie sind einstimmig angenommen worden. Ich danke Ihnen für die zügige Mitarbeit.

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium:

Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 15:

SONSTIGE ANTRÄGE

Dazu gehören die Anträge G 1 bis G 22, G 24 bis G 26, G 29 bis G 33 sowie die Initiativanträge G 35 bis G 44 und die vorher genannten Anträge D 162 und D 179. Die Anträge G 23, G 27 und G 28 sind bereits bei der Beratung der Ziffer 27 des Antrags des Bundesvorstands behandelt worden.

Ich rufe den Antrag G 1 auf. Die Fundstelle ist in der Antragsbroschüre auf Seite 74. Dazu gehören auch die vorher genannten Anträge D 162 und D 179. Es liegt keine Wortmeldung vor. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Überweisung der Anträge an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Ich stelle diesen Antrag zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Er ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Antrag G 2. Fundstelle: Antragsbroschüre Seite 74. Wir haben keine Wortmeldung. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich stelle dies zur Abstimmung. - Entschuldigung, ich muß das zurücknehmen. Es ist doch eine Wortmeldung eingegangen.

Wortmeldung zu Antrag G 2: Elmar Brok.

Elmar Brok: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Ich höre gerade, daß die Antragskommission eine Überweisung beantragt. Im Antragsbuch ist ursprünglich eine Annahme vorgeschlagen. Ich kenne den Grund für den Sinneswandel nicht.

Ich möchte nur einmal darauf hinweisen, daß gerade in diesen Tagen des europäischen Wahlkampfes deutlich wird, daß wir hier eine gemeinsame Medienpolitik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft dringend nötig brauchen. Im Zeitalter eines grenzüberschreitenden Fernsehens müssen wir doch sehen, daß wir ganz offensichtlich dieses versuchen, im Zeitalter des Satellitenfernsehens mit den medienrechtlichen Bedingungen des Dampfradios in Angriff zu nehmen.

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Entschuldigung, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie offensichtlich etwas verwechselt haben. Wir hatten vorhin doch Recht. Ihre Wortmeldung ist nicht zu G 2. Würden Sie bitten zurücktreten.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Wir kommen also noch einmal zum Antrag G 2, zu dem keine Wortmeldung vorliegt. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ist also einstimmig beschlossen.

Antrag G 3. Fundstelle für Antrag und Empfehlung ist in der Broschüre auf Seite 74 zu finden. Keine Wortmeldung. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Darf ich Sie um Ihre Zustimmung bitten. Wer dafür ist: Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit offensichtlich einer Gegenstimme angenommen.

Antrag G 4. Fundstelle für Antrag und Empfehlung in der Broschüre Seite 74. Keine Wortmeldungen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer für diese Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Eine Enthaltung, angenommen.

Antrag G 5. Fundstelle: Antragsbroschüre Seite 74. Eine Wortmeldung, Herr Hubert Doppmeier, bitte.

Hubert Doppmeier: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesem Antrag verfolgt der Kreisverband Gütersloh eine wirksamere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, und zwar der Arbeitslosigkeit vor Ort. Heute bekommen wir die Arbeitslosenstatistik auf die Arbeitsamtsbezirke bezogen. Das heißt beispielsweise für den Kreis Gütersloh konkret, daß sich die Arbeitslosenstatistik auf die 13 Städte und Gemeinden des Kreises Gütersloh und auf die Stadt Bielefeld bezieht, so daß die einzelnen Gemeinden überhaupt keinen Überblick haben, wie es innerhalb ihrer Gemeindegrenzen genau aussieht. Nach Aussagen des Direktors a.D. des Arbeitsamtes Bielefeld, Herrn Boll, ist die beantragte Erstellung der gemeindebezogenen Statistik ohne Schwierigkeiten möglich. Der Arbeitsminister müßte nur eine Entscheidung treffen.

Ich bitte also nicht nur dem Antrag zuzustimmen, sondern auch darum, daß die Bundesregierung hier schnell an die Arbeit gehen kann. Das ist bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sehr hilfreich.

Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat nun Herr Wolfgang Vogt das Wort.

Wolfgang Vogt, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da der Bundesparteitag die Bundesregierung entsprechend der Empfehlung der Antragskommission auffordern soll, eine Prüfung vorzunehmen, habe ich dieser Empfehlung nichts hinzuzufügen.

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich. Wir stellen diese Empfehlung zur Abstimmung. Wer dafür ist, gebe bitte das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Empfehlung ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Antrag G 6 auf. Fundstelle: Seite 75 der Antragsbroschüre. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Hubert Doppmeier vor.

Hubert Doppmeier: Frau Präsidentin! Ich spreche zu dem Antrag G 6. Zunächst einmal: Die Empfehlung der Antragskommission ist schlichtweg falsch. Sie hat den Antrag des Kreisverbandes Gütersloh entweder nicht gelesen oder aber das Gesetz über die Vorruhestandsregelung nicht gelesen. Die Vorruhestandsregelung stellt die älteren Arbeitnehmer vor die Frage: alles oder nichts? Es ist nicht möglich, daß sie beispielsweise mit 58 Jahren in eine Teilzeitarbeit gehen, um einem jungen Menschen, der gerade die Berufsausbildung absolviert hat, die Möglichkeit zu eröffnen, zumindest einen Teilzeitarbeitsplatz zu bekommen.

Wir alle wissen: Das größte Problem etwa der nächsten zehn Jahre ist die Jugendarbeitslosigkeit. Wir wissen, daß viele, die wir mit großen Anstrengungen auf eine Lehrstelle gebracht haben, nach Absolvierung der Ausbildung nicht übernommen werden. Dieses ist ein hartes Schicksal. Deshalb müssen wir über das, was die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen dankenswerterweise beschlossen haben, hinaus denken. Meine Bitte ist daher, daß die Antragskommission wenigstens die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung empfiehlt.

Ein Letztes. Es geht hier um ein Thema, über das wir aus anderen Gründen spätestens in den 90er Jahren ohnehin noch intensiv diskutieren werden. Ich bitte daher, diesen Antrag wenigstens an die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung zu überweisen. Im übrigen, meine Damen und Herren von der Antragskommission, sind sowohl der Bundesarbeitsminister als auch der Generalsekretär der Meinung, daß eine solche Überweisung vorgenommen werden sollte. - Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Danke. Die Antragskommission hat das Wort.

Wolfgang Vogt, Antragskommission: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Parteifreund, natürlich muß ich zuerst einmal pflichtgemäß die Annahme dementieren, daß die Antragskommission weder das Gesetz über die Vorruhe-

standsregelung kenne noch den Antrag gelesen habe. Mit diesem einen Satz soll es aber schon sein Bewenden haben.

Im übrigen weise ich darauf hin, daß durch das Vorruhestandsgesetz keine neue Sozialleistung des Staates begründet worden ist, sondern nach diesem Gesetz ein Zuschuß zu einer Vereinbarung gezahlt wird, die zwischen den Tarifvertragsparteien bzw. zwischen einzelnen Arbeitnehmern und Arbeitgebern getroffen wird, wobei es darum geht, daß ein ausscheidender älterer Arbeitnehmer durch einen jüngeren Arbeitnehmer ersetzt wird. Der Zuschuß wird gezahlt, wenn ein Jüngerer den freigewordenen Arbeitsplatz wieder besetzt. Das heißt, die Zahlung und auch das, was in dem Antrag in der Sache enthalten ist, setzen zuerst einmal das Handeln von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bzw. von Tarifvertragsparteien voraus.

Die Antragskommission stimmt der Überweisung an die Bundestagsfraktion im übrigen zu.

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Danke. Sie haben gehört, daß Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen wird. Wer sich dem anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen ist es so beschlossen.

Ich rufe Antrag G 7 auf. Fundstelle: Seite 75 der Antragsbroschüre. - Keine Wortmeldungen.

Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wer sich dem anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. - Nein-Stimmen? - Enthaltungen? - Bei einer Gegenstimme ist es so beschlossen.

Ich rufe Antrag G 8 auf. Fundstelle: Seite 77 der Antragsbroschüre. - Keine Wortmeldungen.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Nein-Stimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen nun zu den Anträgen G 9, G 10 und G 11, die die Antragskommission gemeinsam zu behandeln empfiehlt. Fundstelle: Seiten 77 und 78 der Antragsbroschüre. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Es folgen nun die Anträge G 12, G 13 und G 14. Die Antragskommission empfiehlt wiederum gemeinsame Behandlung. Fundstelle: Seite 78 der Antragsbroschüre. - Keine Wortmeldungen.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der vorgeschlagenen Fassung sowie Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Es folgen die Anträge G 15, G 16 und G 17, die auf Vorschlag der Antragskommis-

sion ebenfalls gemeinsam behandelt werden sollen. Fundstelle: Seiten 78 und 79 der Antragsbroschüre. Wir haben zwei Wortmeldungen vorliegen. Als erster hat Herr Hubert Doppmeier das Wort.

Hubert Doppmeier: Frau Präsidentin! Meine lieben Parteifreunde! Ich spreche hier zum Antrag G 17 des Kreisverbandes Gütersloh. Dieser Antrag lag zuletzt 1979 dem Kieler Parteitag vor. 1979 hat der Bundesparteitag auf Empfehlung der Antragskommission beschlossen - ich zitiere aus dem Protokoll des 27. Parteitages -:

Der Staat darf sich seiner sozialen Verantwortung gegenüber der Mutter und dem werdenden Leben nicht entziehen. Die CDU fordert daher erneut ein Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens.

Auf dem Ludwigshafener Parteitag im Jahre 1978 haben wir bei der Verabschiedung des Grundsatzprogramms praktisch die entscheidende Stelle für den Antrag im Jahre 1979 festgeschrieben.

Auf Antrag des CDU-Kreisverbandes Gütersloh wurde seinerzeit in das Grundsatzprogramm aufgenommen:

Wir bekennen uns zur Würde des Menschen. Würde und Leben des Menschen, auch des ungeborenen, sind unantastbar.

So das Grundsatzprogramm, beschlossen 1978 in Ludwigshafen.

Unser Parteivorsitzender hat in seinem Rechenschaftsbericht gestern u.a. formuliert: "Als Christen wissen wir uns in der Verantwortung vor Gott, und wir wissen uns in seiner Obhut." Meine Damen und Herren, auch diesen Satz hat der Parteitag gestern akzeptiert, der Rede des Parteivorsitzenden durch großen Beifall zugestimmt. Deshalb möchte ich Sie hier noch einmal sehr herzlich bitten, zu überlegen, ob wir dem Vorschlag der Antragskommission so zustimmen können. Denn der Vorschlag der Antragskommission ist im Grunde nichts anderes als die Wiederholung des Beschlusses von 1979. Zumindest sind hier auf Grund der Erfahrungen, die wir gemacht haben, Fragezeichen erlaubt, ob wir mit dieser Empfehlung der Antragskommission nicht nur wieder auf einen der nächsten Parteitage verwiesen werden, bis wiederum ein Kreisverband einen solchen Antrag einbringen wird. Meine Damen und Herren, das, worum es uns hier geht, ist ein zentrales Problem für viele, und zwar nicht nur für betroffene Frauen, sondern auch für betroffene Männer. Ich meine, wir als Christlich Demokratische Union können uns mit solchen Beschlüssen nicht länger zufrieden geben. Wir sind aufgefordert, hier Position zu beziehen, wir als Partei sind aufgefordert, Position zu beziehen. Dabei ist zunächst völlig unmaßgeblich, ob diese Position - sollte sie so bezogen werden, wie wir es mit dem Antrag G 17 beantragt haben - in der jetzigen Konstellation, mit der jetzigen Koalitionspartei - spricht: mit der FDP im Bundestag - durchgesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, dem Antrag G 17 zuzustimmen. - Vielen Dank.

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Als nächstes kommt Franz Sauter (Baden-Württemberg), dann Johanna von Westphalen, dann Frau Editha Limbach.

Franz Sauter: Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte mich ausdrücklich bei den Kreisverbänden, Emmendingen, Gütersloh und Hildesheim bedanken, daß sie diese Anträge gestellt haben.

Das Thema, das wir hier zu erörtern haben, in Zukunft einen verstärkten Schutz des ungeborenen Lebens zu gewährleisten, ist ein unangenehmes Thema. Ich habe, was die Antragskommission angeht, den Eindruck, daß sie diese unbequemen Anträge dadurch unter den Tisch kehren wollte, daß sie gesagt hat: Wir tun ja etwas, wir haben eine interministerielle Kommission eingesetzt. Ich bin aber der Auffassung, daß sich die Christlich Demokratische Union diesem Thema nicht entziehen kann, sondern daß dieses Thema - neu aufgerollt - in unserer Partei und in unserer Gesellschaft erneut diskutiert werden muß.

(Vereinzelter Beifall)

Wir begrüßen, meine sehr geehrten Damen und Herren, alle sozialen Maßnahmen, auch das, was Bundesminister Geißler mit der Stiftung "Mutter und Kind - Zum Schutz des ungeborenen Lebens" eingeleitet hat. Wir wissen auf der anderen Seite, daß wir nie in der Lage sein werden, hier absolute Gerechtigkeit herzustellen. Der Sozialminister des Landes Baden-Württemberg, Dietmar Schlee, hat das Statistische Landesamt in Stuttgart beauftragt, hier einmal entsprechende Untersuchungen anzustellen. Dabei ist folgendes herausgekommen: Wenn man Vergleiche zwischen einem kinderlosen Ehepaar - beide verdienen - auf der einen Seite und einem Ehepaar mit einem Kind auf der anderen Seite anstellt, dann stellt man fest, daß das Nettoeinkommen nur noch 62 Prozent, bei zwei Kindern nur noch 50 Prozent und bei drei Kindern nur noch 43 Prozent beträgt. Was ich damit sagen will, ist dies: Wir werden eine endgültige materielle Gleichstellung der Familie mit Kindern gegenüber dem kinderlosen Ehepaar nie herstellen können.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns mit diesem Thema beschäftigen, dann sollten wir auch daran denken, daß in der Bundesrepublik Deutschland heute ca. 500 Menschen - unschuldige Menschen - umgebracht worden sind, daß gestern 500 Menschen umgebracht worden sind, daß sich das morgen und auch in weiterer Zukunft fortsetzen wird. Ich meine: Die Christlich Demokratische Union darf sich mit diesen schrecklichen Tatsachen in Deutschland nie und nimmer abfinden.

(Beifall)

Nun gibt es, meine Freunde, Argumente, die da lauten: Wir haben keine Mehrheit, vielleicht nicht einmal eine in der eigenen Partei, geschweige denn in der Öffentlichkeit. Aber ich glaube, die Christlich Demokratische Union hat sich immer dadurch ausgezeichnet, daß sie um Mehrheiten gerungen und um Mehrheiten gekämpft hat. Ich begrüße alles, was zusätzlich für den Tierschutz getan wird - Kollege Worms hat hier Anträge gestellt, die ich unterstützen möchte -, aber wir werden letzten Endes unglauwürdig, wenn wir auf der anderen Seite nicht bereit sind, den ernsthaften Versuch zu unternehmen, das in die Tat umzusetzen, was Generalsekretär Geißler heute als Solidarität mit dem ungeborenen Leben bezeichnet hat.

Deshalb hoffe ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß dieses Thema mit der heutigen Diskussion in der Christlich Demokratischen Partei nicht beendet ist, sondern daß es zum Schutze des ungeborenen Lebens neu eröffnet wird.

(Beifall)

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Sauter. - Ich rufe Frau Johanna von Westphalen auf.

Frau Johanna von Westphalen: Ich möchte gern für den Antrag G 17 sprechen. Vorab würde mich allerdings interessieren, was es beinhaltet, wenn die Antragskommission diesen Antrag anders formuliert und dabei auf das umfassende Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens hinweist, das die CDU/CSU-Fraktion erarbeiten soll. Ich wüßte also gerne, wie umfassend dieser Schutz sein wird, ob es sich dabei weiterhin nur um soziale und finanzielle Maßnahmen handeln wird oder ob dieses Programm auch den Rechtsschutz, den staatlichen Rechtsschutz beinhalten wird.

Zum Schutz des menschlichen Lebens - ob es sich um geborenes oder ungeborenes Leben handelt - gehört der volle rechtsstaatliche Schutz. Das ungeborene menschliche Leben ist in unserem Staat das einzige Rechtsgut, das nunmehr seit fast zehn Jahren keinen Rechtsschutz genießt. Das bedeutet, daß es einen effektiven rechtlichen Schutz ungeborener Kinder vor Abtreibung in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr gibt.

In der Praxis werden die Indikationen des 218 StGB so uferlos gehandhabt, daß man trotz des verfassungsgerichtlichen Verbots aus dem Jahre 1975 von einer Fristenlösung sprechen kann. Aber selbst diese Fristenlösung ist nicht gewährleistet, weil niemand überwacht, ob die Ärzte wenigstens diese Fristen einhalten. Auch die Krankenkassen prüfen das nicht; sie zahlen halt. Es ist schon so weit, daß in der Rechtsprechung - sogar des Bundesgerichtshofs - Ansätze zu einem Recht der Schwangeren auf Abtreibung sichtbar werden.

Diese Uferlosigkeit der Abtreibungspraxis rührt daher - und das ist auch ein rechtliches Unikum in Deutschland -, daß die beispiellos unbestimmten Rechtsbegriffe des 218 StGB von jedermann nach Belieben ausgelegt werden. Eine Kontrolle oder Auslegung dieser Begriffe durch den Staat, der hier doch verantwortlich ist - sei es durch die Verwaltung, sei es durch die Gerichte -, findet de facto nicht statt. Auch dies ist angesichts des hohen Rechtsguts, worum es sich hier ja schließlich handelt, mit seriösem Rechtsdenken schlechthin unvereinbar. Straffreiheit plus Subventionierung - ich meine damit die Krankenkassenfinanzierung - bedeuten Billigung und Förderung der Abtreibung - ob wir das wahrhaben wollen oder nicht.

So hat sich konsequenterweise auch das Rechtsbewußtsein vieler Menschen in den letzten Jahren schon verformt. Wenn es in diesem Bereich nicht bald eine Wende gibt, dann wird es im geistigen Bereich auch sonst keine Wende geben, jedenfalls nicht zum Besseren. Eine Gesellschaft mit menschlicherem Gesicht - damit bin ich beim Thema unseres Parteitages - wird uns nicht ohne Wiederherstellung des vollen Rechtsschutzes für die Ungeborenen gelingen.

(Beifall)

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Gräfin Johanna, darf ich trotz großen Verständnisses für das wichtige Thema bitten, sich im Interesse von uns allen etwas kürzer zu fassen.

Gräfin Johanna von Westphalen: Ich bin sofort fertig. - Ich verkenne nicht die praktischen Schwierigkeiten, die es bei der Novellierung des 218 für die Regierung, insbesondere für die CDU/CSU-Fraktion durch die hinderlichen Wünsche der FDP gibt; aber die CDU als Partei, der CDU-Parteitag, darf sich doch von der FDP nicht davon abhalten lassen, rechtsstaatliche Mißstände aufzugreifen und klar definierte politische Zielvorstellungen zu entwickeln.

(Beifall)

Wenn ich sehe, wieviel Diskussion, Emotion und Engagement wir für andere Themen in diesen drei Tagen aufwenden, Frau Präsidentin,

(Beifall)

dann bitte ich, auch diesem Thema einen gebührenden Raum einzuräumen.

(Lebhafter Beifall)

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Als nächste hat Frau Limbach das Wort.

Frau Editha Limbach: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nur damit kein Mißverständnis entsteht, ich selbst bin Mutter von vier Kindern, die alle in unserer Familie willkommen waren.

(Beifall)

Ich bin persönlich vor meinem Gewissen der Auffassung, daß eine Abtreibung nur dann gerechtfertigt ist, wenn sie dazu dient, ein anderes Leben, nämlich das der Mutter, zu retten. Aber ich akzeptiere auch, daß es andere Frauen gibt, die ihr Gewissen genauso prüfen wie ich das meine und zu einem anderen Ergebnis kommen. Ich glaube, daß wir diese andere Gewissensentscheidung auch respektieren und ihr in unserer Politik ebenfalls Rechnung tragen müssen.

Nun werden Sie sagen - ich selbst stelle das wie wir alle auch mit Erschrecken fest -, daß die Zahl der Abtreibungen, die auf Grund der Indikation einer sozialen Notlage geschehen, viel zu hoch ist und in der Tat den Verdacht nahelegt, der hier vorhin geäußert wurde, dies könne von einigen mißbräuchlich an Stelle der Fristenregelung genutzt werden. Ich bin aber der Auffassung, daß man das nicht dadurch bekämpft, daß man nach dem Richter ruft, sondern man bekämpft es dadurch, daß man soziale Notlagen, die zur Abtreibung zwingen könnten, beseitigt, verhindert und gar nicht erst entstehen läßt.

(Beifall)

Leider ist in der Tat im Rechtsbewußtsein vieler durch die zum Teil auch sehr ungute Diskussion dieses Themas vor einigen Jahren der Eindruck entstanden, als sei die Abtreibung nunmehr erlaubt, wenn auch vielleicht unter bestimmten Einschränkungen. Nur wissen wir doch, daß der 218 nicht etwa sagt, Abtreibungen seien erlaubt, sondern daß er die Tatbestände regelt, in denen die Abtreibung straffrei bleibt. Ich glaube, der Ruf, der auch hier zuweilen aus mir verständlichen Gründen ertönt, dies müsse auch mit rechtlichen Maßnahmen verhindert werden, übersieht, daß wir

dadurch bei den Frauen, die sich nun tatsächlich in einer sozialen Notlage befinden, zweierlei Recht schaffen: das Recht derer, deren eigenes Portemonnaie - es mag auch das Portemonnaie des Mannes, des Freundes oder einer anderen Person sein - dick genug ist, um damit in Nachbarländer zu reisen, wo "problemlos" abgetrieben werden kann, und das Recht derjenigen, die das aus finanzieller Not nicht tun können oder gar die Kurpfuscherin aufsuchen.

Ich glaube deshalb, daß dem schlimmen Übel der Abtreibung am besten abgeholfen werden kann mit dem, was die Frauen der CDU/CSU-Fraktion zusammen mit weiteren 170 Abgeordneten getan haben. Sie haben nämlich ein Programm mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens entwickelt, das ja hier auch in der Empfehlung der Antragskommission erwähnt ist. Wie ich gehört habe, sind die Verhandlungen mit den Koalitionspartnern, die zur Verabschiedung dieses Programms notwendig sind, so weit gediehen, daß nur noch ein einziger Punkt zu regeln ist, so daß dann dieses Programm auch Wirklichkeit werden, Frauen in Not geholfen werden kann und das ungeborene Leben besser geschützt wird, als es heute geschützt werden kann.

Ich bitte deshalb um Annahme der Empfehlung der Antragskommission.

(Beifall)

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Böhr das Wort. Dann kommt Frau Susanne Rahardt.

Christoph Böhr: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich wie meine Vorrednerin in dieser sehr schwierigen Frage für die Empfehlung der Antragskommission aussprechen. Ich möchte das mit ein paar Sätzen begründen, weil mir diese Entscheidung in der Tat nicht leichtfällt.

Am Anfang der Diskussion zu diesem Punkt war davon die Rede, daß wir in dieser Frage Position beziehen müssen. Ich halte es für sehr richtig und entscheidend, daß wir sehr klar Position beziehen. Aber Position zu beziehen heißt für uns zunächst und vorab, daß wir zu einem umfassenden Schutz des ungeborenen Lebens ja sagen. Ich gehe davon aus, daß wir uns in dieser Positionsbeschreibung einig sind.

Dies heißt für mich persönlich dann auch in letzter Konsequenz, wenn wir zum Schutz des ungeborenen Lebens ja sagen, daß wir irgendwann einmal auch über eine Änderung der strafrechtlichen Bestimmungen nachdenken müssen. Nur stellt sich, meine Damen und Herren, die Frage der Priorität heute für uns anders. Entscheidend ist: Wenn wir diesen umfassenden Schutz des ungeborenen Lebens wirklich wollen, dann sollten wir nicht vorab darüber nachdenken, welche strafrechtlichen Bestimmungen möglicherweise geändert werden müssen, sondern wir sollten jetzt darangehen - der Bundesfamilienminister hat dies dankenswerterweise in den ersten Wochen nach der Regierungsübernahme getan -, einen solchen Schutz auch wirklich zu gewährleisten und dem, was wir in den letzten Jahren gesagt haben, auch Taten folgen zu lassen.

Dann muß Ziel unserer Bemühungen sein, die Grundlagen etwa der sozialen Indikation nicht mehr Realität werden zu lassen, die Voraussetzungen für die soziale Indikation in unserer Gesellschaft zu beseitigen. Wir müssen alles tun, damit in der

Tat keine Mutter mehr gezwungen ist, diese soziale Indikation in Anspruch zu nehmen, weil es eben ein Skandal ist, wenn inmitten einer Wohlstandsgesellschaft ungeborenes Leben aus Motiven abgetrieben wird, denen eine soziale Indikation zugrunde liegt.

Ich bitte sehr herzlich darum, daß wir darüber reden und dann entsprechende politische Entscheidungen treffen, die die genannten Voraussetzungen schaffen, daß wir in der Sache argumentieren und daß wir nicht zum jetzigen Zeitpunkt den mißverständlichen und falschen Eindruck erwecken, als gehe es uns eher um Strafrechtsdiskussionen denn um den Schutz des ungeborenen Lebens.

(Vereinzelter Beifall)

Ich fürchte, daß dieser mißverständliche Eindruck dann entsteht, wenn wir zum jetzigen Zeitpunkt der Diskussion beides so eng miteinander verknüpfen. Deswegen bitte ich Sie sehr herzlich, der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen, zum Schutz des ungeborenen Lebens ja zu sagen, nicht aber jetzt schon auf das hinzuweisen, was möglicherweise irgendwann später auch an strafrechtlichen Konsequenzen daraus abzuleiten ist.

(Beifall)

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Frau Susanne Rahardt.

Frau Susanne Rahardt: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe diesen Antrag hier gelesen. Es ist ja so, daß in den letzten Jahren in unserer Partei diese Frage wieder hochgekommen ist, das sie in den Landesverbänden, auch in der Jungen Union diskutiert worden ist, daß sie in den Kreisverbänden unserer Partei diskutiert worden ist. Wir sehen alle, daß bei der Vielzahl von Abtreibungen, die es gibt, ein großes Problem liegt. Der Streit, der sich entzündet hat, geht doch nur um den Weg, um diese Vielzahl von Abtreibungen zu verhindern. Dann muß ich wirklich sagen, der Weg, die Gesetzeslage zu ändern, ist sicherlich genau der falsche.

Wir haben zuvor, damals, als die Regelung anders gewesen ist - viele von uns werden sich noch an die Diskussionen Anfang der siebziger Jahre erinnern -, es immer erlebt und es immer gehört, daß es eine Vielzahl von Abtreibungen gegeben hat, die legal im Ausland, illegal im Inland vorgenommen worden sind, daß es massive und schwere Probleme gegeben hat, daß Frauen in Notlagen gezwungen gewesen sind, zu Mitteln zu greifen, die nicht nur illegal gewesen sind, sondern die auch sie, ihre Gesundheit, ihre psychische Situation extrem verschlimmert haben. Wir wissen aber auch, daß es immer Frauen gegeben hat, die aufgrund von Beziehungen oder anderen Dingen in der Lage gewesen sind, "gute Ärzte" zu finden, die das vorgenommen haben, ohne nachzufragen. Es hat damals ein Zwei-Klassen-Recht gegeben - wenn man so will. Mit dieser Änderung des Paragraphen ist jedenfalls dieses Zwei-Klassen-Recht aufgehoben worden.

Ich möchte wirklich dringend davor warnen, daß wir wieder dazu kommen. Ich möchte wirklich nicht, daß der Mißbrauch der sozialen Indikation, den es ja gibt, weiter dadurch betrieben wird, daß diejenigen, die dies heute tun, die Gelegenheit weiter nutzen - nicht nur mit dem Mißbrauch der sozialen Indikation, sondern auch dadurch, daß sie es sich leisten können, sich um nichts kümmern und es tun -, und daß die Frauen, die wirklich in einer extremen sozialen Notlage sind, wieder auf das Ausland oder auf die klassische Situation der Stricknadel oder der Engelmacherin

angewiesen sind. Ich glaube auch, daß wir dann, wenn wir die Situation so ändern würden, Situationen, Notlagen und Schwierigkeiten verursachten, die - dies gilt auch dann, wenn man von dem grundsätzlichen Ansatz ausgeht, daß Abtreibungen nicht nur nicht wünschenswert, sondern schwierig und problematisch sind - man beinahe wirklich als verheerend empfinden kann.

Ich möchte Sie alle bitten zu überlegen, ob Sie das tun wollen, ob Sie meinen, dies tun zu können. Ich meine, der Weg muß genau andersherum gehen. So ist es hier ja auch vorgeschlagen worden. Ich meine, wir müssen eine Situation schaffen, in der es keine Notlage gibt, die eine Frau daran hindern kann, ein Kind auszutragen. Und das ist nicht nur Geld, das sind nicht nur materielle Anreize, sondern es geht doch ganz einfach darum, daß der Wille zum Kind, der Wille, das Kind zu bekommen, nicht nur davon abhängt, ob man genügend Geld auf dem Konto hat, sondern er hängt doch auch davon ab, wie das von der Gesellschaft akzeptiert wird, welches die Hilfestellungen sind.

(Beifall)

Wenn es so ist, daß eine junge Frau, ein junges Mädchen damit rechnen muß, aufgrund ihrer Schwangerschaft, aufgrund des Austragens eines Kindes zum Beispiel gesellschaftlich verfeimt zu werden, wenn man davon ausgehen muß, daß die Familie, die Umgebung hier nur Schwierigkeiten machen, daß man mit der Ausbildung nicht weiterkommt, daß das Elternhaus ablehnend reagiert, dann kann man nicht damit rechnen, daß sich eine junge Frau für das Kind entscheidet. Dann muß man damit rechnen, daß sie in dieser Situation, in diesem Dilemma an den Schwierigkeiten zerbricht und den Weg der Abtreibung wählt. Den Weg wollen wir nicht. Wir wollen, daß es andersherum ist. Nur, dann müssen wir das zuerst ändern, dann müssen wir sagen, daß wir die Situation schaffen. Dann müssen wir die junge Frau, die sich unter diesen Schwierigkeiten zu dem Kind bekennt und das Kind gebärt, achten, unterstützen.

(Beifall)

Und wenn wir das tun, dann wird sie auch nicht mehr den Weg zum Arzt wählen. Keine verantwortungsbewußte Frau wird das dann noch tun. Das ist die Schiene, die wir fahren müssen, das ist der Weg, den wir gehen müssen. Alles andere - so fürchte ich - würde wieder zu einer Auseinandersetzung führen, die eher das Gegenteil von dem bewirkt, was wir wollen. Und was wir wollen, ist der Schutz des ungeborenen Lebens. Den Weg dazu müssen wir anders gehen. Ich möchte wirklich dringend darum bitten, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen.

(Beifall)

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich. - Die nächsten Wortmeldungen kommen von Frau Hachmöller und Herrn Dr. Peter Schröder.

Frau Wiltrud Hachmöller: Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich einmal darauf hinweisen, daß ich es von der Frau Präsidentin für ungerechtfertigt hielt, daß sie Gräfin von Westphalen an die Kürzung ihrer Rede erinnert hat, obwohl andere bei anderen Punkten, aber auch bei diesem Punkt viel länger reden durften.

(Beifall)

Es ist erstaunlich, daß bei der Handhabung des 218 so viele Frauen abtreiben, die das im Grunde nicht aus Not tun, sondern die das vielfach tun, weil sie in etwas hineingeschlittert sind, weil sie gleichgültig und bequem waren. Diesen Mißbrauch können wir nicht länger dulden. Wir müssen deshalb - ich möchte darauf nur ganz kurz hinweisen - bei der vielleicht etwas schwammigen Formulierung, die Bundesregierung solle ein umfassendes Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens aufstellen, ganz präzise sagen, daß der Mißbrauch - es handelt sich ja nicht nur immer um Notlagen - bestraft werden muß. Sonst haben wir ein aufgeweichtes Rechtsbewußtsein. Fragen Sie heute einmal junge Menschen: Darf man abtreiben? Die sagen Ihnen fast alle, samt und sonders: selbstverständlich. Die kennen das Unrechtsbewußtsein nicht, das auch heute noch trotz der Fassung des 218 im Gesetz angesprochen wird. Es geht nicht, daß das weiter um sich greift und wir im Grunde nicht nur den Schutz des ungeborenen Lebens, sondern demnächst auch den Schutz des kranken oder "unwerten" Lebens nicht mehr kennen. Es ist eine große Gefahr, daß das in diese Richtung weisen kann. Deshalb - so meine ich - muß die Bundesregierung unsere Bedenken gegen den Mißbrauch dieses Paragraphen sehr ernst nehmen und jetzt eine etwas andere Fassung vorlegen, wenn sie möchte, daß der Antrag der Antragskommission durchgeführt wird.

(Beifall)

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich. Weil es - glaube ich - angebracht ist, darf ich noch folgendes hinzufügen: Ich habe weder aus Mißachtung des Themas, das mir selbst ein Anliegen ist, noch aus Mißachtung der Person von Gräfin von Westphalen vorher darum gebeten, etwas kürzer zu treten, sondern deshalb, weil dieses Thema außerhalb des großen Leitantes liegt und weil es schon sehr spät ist und ich nicht gern möchte, daß wir wichtige Themen wie dieses in einem leeren Saal abhandeln. Ich bitte also, das zu entschuldigen.

Die nächste Wortmeldung kommt von Dr. Peter Schröder.

Dr. Peter Schröder: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ein paar Bemerkungen dazu machen, was Gräfin von Westphalen vorhin vorgetragen hat, weil sie in diesem einen Punkt Recht hat. Das Problem ist für mich nicht eine Änderung der im Moment bestehenden Strafrechtsvorschrift, also des 218 StGB, sondern das Problem ist, daß wir kontrollieren müßten, ob die Vorschrift des 218 von den zuständigen Institutionen eingehalten wird. Wir wären einen wesentlichen Schritt in dieser Diskussion weiter, wenn wir nicht der Gefahr anheim gegeben wären, uns hier zunehmend in einem rechtsfreien Raum zu bewegen. Das ist tatsächlich so, meine Damen und Herren.

So sehr ich für das soziale Schutzprogramm bin, das hier erstellt werden soll: Wir werden vor demselben Problem in kurzer Zeit wieder stehen, wenn wir nicht kontrollieren, ob dann das neue Programm beachtet wird. In 218 steht nämlich, daß die Abtreibung auf Grund der sozialen Indikation nur dann zulässig ist, wenn andere Lösungsmöglichkeiten nicht mehr vorhanden sind. Und dies muß kontrolliert werden, meine Damen und Herren, ganz egal, wie groß und gut der soziale Schutz ist. Meine Bitte ist, daß in dieses Programm eine solche Rechtskontrolle auch tatsächlich eingebaut und dann praktisch gehandhabt wird. Wenn die Vorschrift des 218 nur auf

dem Papier steht, dann, da kann sie lauten, wie sie will, werden wir nie eine für uns befriedigende Lösung erreichen.

Ich darf noch eine zweite Bemerkung machen: Mir liegen die genauen Werte einer entsprechenden Umfrage nicht vor. Ich habe mich hier spontan gemeldet und habe die Daten deswegen nicht bei mir. Aber die Vorrednerin hat zu Recht darauf hingewiesen, daß bei einer Umfrage unter 2 000 Bundesbürgern 73 Prozent auf die Frage, ob Abtreibung nach deutschem Recht erlaubt sei, mit Ja geantwortet haben. Das ist eine völlige Verkennung der Rechtslage. Das ist mit eine Folge dessen, daß 218 im tatsächlichen Funktionieren nicht mehr kontrolliert wird.

Dieselbe Umfrage, meine Damen und Herren, hat aber auch ein sehr ermutigendes Ergebnis gehabt, nämlich daß ein viel höherer Prozentsatz der Bundesbürger als vor fünf Jahren der Auffassung ist, daß der heutige Zustand verbesserungsbedürftig und änderungsbedürftig sei, daß die heutige Praxis nicht in Ordnung sei. Diese Zahlen - ich möchte keine unrichtigen nennen; ich habe sie nicht mehr genau im Kopf - waren drastisch anders als bei einer gleichen Umfrage vor fünf Jahren.

Wir täten gut daran, uns dieser Diskussion immer von neuem zu stellen, meine Damen und Herren. Weil ich meine, daß wir hier etwas mehr tun müßten, habe ich mich entschlossen, jetzt für diesen Antrag des Kreisverbandes Gütersloh zu stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Es folgt Herr Merz, Westfalen-Lippe.

Joachim Merz: Frau Präsidentin! Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte nur zwei etwas polemische Sätze sagen.

Ich möchte, daß in diesem Lande der Schutz des ungeborenen Lebens genauso ernst genommen wird wie der Tierschutz.

(Beifall)

Ein zweiter Satz: Ich möchte, daß unsere Staatsanwälte den 218 in der geltenden Form genauso ernst nehmen wie die Parteispendenaffäre.

(Beifall)

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Nunmehr hat Herr Doppmeier das Wort.

Hubert Doppmeier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die letzten drei Diskussionsbeiträge haben das Kernproblem sehr deutlich angesprochen, nämlich die Bewußtseinsänderung, die in dieser Frage in der Bundesrepublik Deutschland seit der Initiative der damaligen SPD/FDP-Koalition zur entsprechenden Änderung

der 218 ff. eingetreten ist. Ich wollte hierauf noch einmal hinweisen und etwas zur Antragslage sagen.

Ich habe eben - und ich möchte das hiermit bekräftigen - für den Antrag G 17 des Kreisverbandes Gütersloh gesprochen, der zumindest die Zielvorgabe klarer macht, als es der Antrag der Antragskommission vorsieht. Für den Fall, daß dieser Antrag keine Mehrheit finden sollte, sollten wir als Parteitag darauf bestehen, daß uns vom Bundesvorstand der CDU ein Antrag zum umfassenden Schutz des ungeborenen Lebens zur Beschlußfassung vorgelegt wird, damit wir als Bundesparteitag hier letztlich unsere Position beziehen können. Ich bitte um Entschuldigung, Herr Generalsekretär, daß ich an dieser Stelle inzwischen etwas mißtrauisch geworden bin; denn wir haben hier die Vorläufer Kieler Parteitag und Ludwigshafener Parteitag - Beratung des Grundsatzprogramms 1978.

Meine Bitte: Stimmen Sie für den Antrag G 17 des Kreisverbandes Gütersloh. Sollte dieser Antrag keine Mehrheit finden, bitte ich die Antragskommission, dem Parteitag, hilfsweise sozusagen, folgenden Beschlußvorschlag zu unterbreiten:

Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand auf, auf dem nächsten Bundesparteitag einen Antrag zur Beschlußfassung eines umfassenden Programms zum Schutz des ungeborenen Lebens vorzulegen.

- Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Und jetzt Herr Minister Geißler.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in den vergangenen Wochen auch im Deutschen Bundestag bewegende Diskussionen über diese Frage, die hier zur Debatte steht, gehabt. Ich möchte, weil in dieser Debatte auch die Auseinandersetzung innerhalb der Bundestagsfraktion der Christlich Demokratischen Union eine Rolle gespielt hat, dazu vorweg eine Bemerkung machen.

Über 70 Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben einen Antrag mit dem Ziel eingebracht, zu erreichen, daß Schwangerschaftsabbrüche aus einer Notlageindikation heraus in Zukunft nicht mehr über die Reichsversicherungsordnung finanziert werden sollen. Dagegen haben sich andere Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewandt, auch die Frauen innerhalb der CDU/CSU-Fraktion.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte hier folgendes dazu sagen: Hierbei handelt es sich in der Tat um eine Gewissensfrage. Ich habe Respekt und Achtung vor meinen Freunden in der Fraktion, die es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, die jetzige rechtliche Regelung der finanziellen Ausgestaltung von Schwangerschaftsunterbrechungen zu akzeptieren. Und sie wissen sich in Übereinstimmung mit vielen Tausenden, Hunderttausenden, von Mitbürgern in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Ich will Ihnen aber meine Position hier darlegen und die baut auch auf einer langjährigen Erfahrung, die ich gehabt habe, auch in den zehn Jahren, in denen ich Mitglied der Landesregierung von Rheinland-Pfalz gewesen bin.

Wir hatten Anfang der 70er Jahre die Debatte über die Rechtsänderung des 218, über die Fristenlösung, die die damalige Regierung und die damalige liberal-sozialistische Koalition vorgeschlagen haben. Wir hatten schon damals - der Kollege Vogel und viele andere sind Zeugen - im Bundesrat gesagt: Alle Diskussionen um Rechtsfragen, die wir führen, sind für den wirksamen Schutz des ungeborenen Lebens nicht viel wert, wenn dieser Staat, diese Gesellschaft, ein reiches Land, nicht in der Lage sind, die sozial- und gesellschaftspolitischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß in diesem Land niemand sich zu Recht darauf berufen kann, in eine soziale Notlage zu geraten, wenn ein Kind auf die Welt kommt.

(Beifall)

Der Bundesrat hat damals ein Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens verabschiedet. Und dieses Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens hat im Deutschen Bundestag wegen der anderen Mehrheit keine Chance gehabt.

Das Recht wurde geändert. Das Strafrecht wurde geändert. Die Reichsversicherungsordnung, Paragraphen wurden geändert.

Und hat sich etwas verändert hinsichtlich des Schutzes des ungeborenen Lebens? Ich glaube, es hat sich nicht viel geändert, was die Zahl der Abtreibungen und der Schwangerschaftsunterbrechungen anlangt.

Wir haben jetzt Rechtsänderungen gehabt, einmal die, und dann wieder jene; und die Richter haben gesprochen.

Und das ungeborene Leben? Für seinen Schutz - ich wiederhole es - hat sich nicht viel in der Praxis und in der Wirklichkeit verändert.

Ich habe damals sehr darunter gelitten - und mit uns andere -, daß die gesetzgebenden Körperschaften - in diesem Fall der Deutsche Bundestag - nicht in der Lage waren, die Maßnahmen zu ergreifen, die einfach notwendig waren, um wirkliche Notlagen zu beheben.

Ich weiß auch, daß nicht allen Schwangerschaftsabbrüchen, die mit einer Notlageindikation begründet werden, eine soziale Notlage zugrunde liegt. Aber es ist auch falsch, zu behaupten, daß soziale Probleme nur vorgeschoben würden. Es gibt schwere Konfliktsituationen, die Frauen in eine Notlage hineinbringen, in Gewissenskonflikte bringen, die wir nicht lösen können, wo wir nicht helfen können.

Aber es gibt Konflikte, wo diese Gesellschaft, wo dieser Staat und wo wir als Mitmenschen einen Beitrag leisten können.

Und der Staat, das Parlament, hat bisher solche Beiträge nicht geleistet. Das möchte ich einmal festhalten.

(Beifall)

Das einzige, was an sozialen Entscheidungen - dies in Anführungsstrichen gesagt - geleistet worden ist, ist in der Tat die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen über die Reichsversicherungsordnung. Das ist das einzige, was bisher hier von den gesetzgebenden Körperschaften gemacht worden ist.

Aber die Wirklichkeit ist eben doch eine andere. Und sie bezieht sich ja nicht nur auf die familienpolitischen Entscheidungen, die zu treffen sind. Wenn eine Frau schwanger ist und die Röteln bekommt, dann muß sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit damit rechnen, daß sie ein behindertes Kind auf die Welt bringt. Eltern - die Mutter und der Vater - können bereit sein, auch ein behindertes Kind auf die Welt zu bringen, wenn sie wissen, daß dieses Kind, wenn es auf die Welt kommt, in eine Welt hineingeboren wird, die dieses Kind auch als behindertes Kind annimmt, daß soziale Verhältnisse vorhanden sind, die garantieren, daß dieses Kind ein menschenwürdiges Leben führen kann. Und diese Eltern werden dazu vor allem dann bereit sein, wenn sie davon überzeugt sein können, daß dieses behinderte Kind ein menschenwürdiges Leben führen kann, wenn sie, die Eltern, einmal nicht mehr da sind, wenn dieses Kind 20 Jahre alt ist, 30 Jahre alt ist.

Deswegen ist es nicht einfach so dahergesagt und eine Ausrede, wenn wir von einem sozialen Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens sprechen.

Ich bin gefragt worden, was in diesem Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens, das die Bundesregierung ausarbeitet, steht, was die Inhalte sind. Es sind solche Entscheidungen. Das, was ich über die Behinderten gesagt habe, ist auch eine Aufforderung an die Länder, was die Einrichtungen für Behinderte angeht.

In diesem Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens sind ganz konkrete Vorschläge enthalten, die wir als Christliche Demokraten seit langen Jahren fordern, vergeblich in der Zeit gefordert haben, in der wir in der Opposition waren. Und jetzt sind wir an der Regierung. Und jetzt können wir Mehrheiten bewirken. Und ich bin der Auffassung, daß wir dies jetzt auch tun sollten.

(Beifall)

Und damit haben wir einen Anfang gemacht. In diesem Jahr wird die Stiftung - eine Bundesstiftung - Mutter und Kind zum Schutz des ungeborenen Lebens in Kraft treten: in der 2. Hälfte dieses Jahres mit 25 Millionen DM und in dem folgenden Jahr und darüber hinaus mit 50 Millionen DM ausgestattet.

Ich bin wegen dieser Stiftung von Gruppierungen angefeindet worden, die mit unseren politischen Zielen und - ich behaupte es - auch mit den Interessen der Frauen nichts im Sinn haben - davon bin ich überzeugt.

Diese Stiftung soll die Beratungsstellen in die Lage versetzen, Frauen zu helfen, wenn sie sich in einer sozialen Notlage befinden: unbürokratisch, schnell, ohne daß staatliche oder kommunale Bürokratien eingeschaltet werden müssen.

Das ist ein erster Schritt.

Diese Stiftung ergänzt, was wir in Bayern, in Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein und in Berlin mit den Landesstiftungen Familie

in Not auch zum Schutz des ungeborenen Lebens gemacht haben.

Ich kann die Sozialdemokraten und vor allem die sozialdemokratischen Landesregierungen nicht verstehen, wenn sie diese Stiftung, die wir jetzt ins Leben rufen, ablehnen. Diese Haltung der Sozialdemokraten geht zu Lasten der Frauen, die in den Beratungsstellen Rat suchen. Es wäre besser gewesen, die Sozialdemokraten hätten im Bundesrat nicht solche Reden gehalten, sondern in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen auch das getan, was in den christlich-demokratisch regierten Ländern längst realisiert worden ist.

(Beifall)

Diese Stiftung ist ein erster Schritt. Es ist ein wichtiger Schritt, aber es ist nur ein kleiner Schritt. Wir können damit den Frauen vor der Geburt, während der Phase, während der das Kind auf die Welt kommt, und in den ersten Wochen danach helfen. Aber dann hat die Stiftung ihre Wirksamkeit verloren. Deswegen muß ein zweiter Schritt kommen - das ist die Konsequenz; das ist ebenfalls Inhalt dieses Programms zum Schutz des ungeborenen Lebens, und das haben wir seit zehn Jahren gefordert; deshalb müssen wir das jetzt auch einführen -, d. h. wir müssen dafür sorgen, daß den Müttern, die sich dafür entscheiden, ihre Kinder auf die Welt zu bringen und auch in den ersten Monaten bzw. Jahren bei ihrem Kind zu bleiben, ihr Kind selbst erziehen zu wollen - nicht weil wir sie dazu zwingen, sie in eine Rolle zwingen wollen, sondern weil sie es selber wünschen -, ein Erziehungsgeld gegeben wird, das ihnen diese Erziehung ermöglicht. Das ist eine alte Forderung der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Das ist ein wichtiger Bestandteil dieses Programms zum Schutz des ungeborenen Lebens. Das gehört zu unseren Forderungen, die wir im Rahmen der Verbesserung des Familienlastenausgleiches stellen - das, was wir in diesen Tagen und Wochen diskutieren. Ich brauche das nicht weiter zu begründen; darüber haben wir lange gesprochen.

Es muß noch etwas anderes hinzukommen. Frauen, die sich für das Kind entscheiden, müssen die Gewißheit haben, daß die Aufgabe, die sie dadurch übernehmen, daß sie sich für das Kind entscheiden, daß sie beim Kind bleiben, in der Rentenversicherung grundsätzlich nicht anders beurteilt wird, als wenn sie einer Arbeit im herkömmlichen Sinne nachgingen. Auch darüber werden wir in diesen Tagen und in diesen Wochen sprechen. Die Anerkennung der Erziehungsjahre ist ebenfalls eine klare Forderung der Christlich Demokratischen Union und Bestandteil des Programms zum Schutz des ungeborenen Lebens.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Verbesserung des Familienlastenausgleiches, das, was Gerhard Stoltenberg mit den Kinderfreibeträgen, der steuerlichen Entlastung vorgeschlagen hat. Das muß ergänzt werden um eine Erhöhung des Kindergeldes für die Familien, die ein geringes Einkommen haben und bei denen sich die Steuerfreibeträge nicht oder nicht ausreichend auswirken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist, wenn Sie so wollen, der materielle Inhalt dieses Programms zum Schutz des ungeborenen Lebens: die Verbesserung der Beratungshilfen und vieles andere mehr.

Es wird gesagt, es komme nicht so sehr auf die materiellen Hilfen an. So mag man reden. Aber - ich habe das heute morgen schon gesagt - manchmal kann ich das, was man sagt, nicht mehr hören: Es komme auf die geistige Bewertung, auf die sittliche Bewertung und die größte Anerkennung der Familie in unserer Gesellschaft an. Das ist alles wahr und richtig. Aber welchen Wert diese Gesellschaft und dieser Staat der Familie beimißt, erweist sich jetzt, wo wir an der Regierung sind, in erster Linie daran, was wir zu tun bereit sind, um den Familien zu helfen, die sich gegenüber denen, die keine Kinder haben, in einer sozialen Benachteiligung befinden.

(Beifall)

Hier muß der Beweis angetreten werden.

Aus diesem Grunde, meine sehr verehrten Damen und Herren, bin ich in der Tat der Auffassung: Jetzt sind wir nicht in erster Linie gefordert, Worte zu machen und - obwohl ich das nicht unterschätze - über die Änderung von Gesetzen zu sprechen, sondern jetzt sind wir gefordert, das endlich wahr zu machen, was wir immer zur Verbesserung der Familien beantragt haben. Das ist eine wichtige, eine entscheidende Voraussetzung für die gesellschaftliche Höherbewertung der Familie, für die Achtung vor dem ungeborenen Leben und auch für den Schutz des ungeborenen Lebens.

Das ungeborene Leben ist die schwächste Form des menschlichen Lebens. Deshalb bedarf auch dieses Leben in ganz besonderer Weise unserer Fürsorge. Da gibt es keine großen Sprecherorganisationen, da stehen keine Droh- und Störpotentiale zur Verfügung, und da kann auch nicht gestreikt werden. Das ungeborene Leben und die Familien müssen, wenn sie schon keine Lobby haben, ihre Vertreter in der Bundesregierung, in den Landesregierungen, in unseren Parlamenten finden.

(Beifall)

Dort muß gehandelt werden.

Ich könnte mein Gewissen nicht beruhigen - das will ich einmal sagen, nachdem wir lange darum gekämpft haben -, wenn ich jetzt sagen würde, wir ändern das Recht, wenn wir aber nicht die Konsequenzen zögen, die wir ziehen müssen, und konkrete Maßnahmen und Hilfen für die Mütter und Familien beschlössen. Ich gehe den anderen Weg und schlage vor, daß wir ihn gehen. Wir müssen jetzt unsere Pflicht erfüllen in der Regierung und als Gesetzgeber, um endlich das zu realisieren, was wir seit über einem Jahrzehnt gesagt und gefordert haben: ein wirksames Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens verwirklichen. Das gibt uns dann auch die moralische Legitimation, über alles andere zu sprechen.

Aus diesem Grunde trete ich dafür ein, daß wir dem Antrag der Antragskommission unsere Zustimmung geben.

(Beifall)

Eva Wachter, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Generalsekretär.

Inzwischen habe ich noch eine Wortmeldung bekommen. Herr Abgeordneter Czaja.

Dr. Herbert Czaja: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Generalsekretär hat auf das Programm der Regierungskommission verwiesen. Aber das Programm der Regierungskommission ist noch nicht als Antrag eingebracht. Es hat in einer Reihe von Punkten bisher nicht die Zustimmung des Koalitionspartners erhalten. Das muß man einmal ganz klar sagen. Deshalb muß man hinzufügen, daß eine klare Stellungnahme des Bundesparteitags der Christlich Demokratischen Union zum Vorrang, zur Priorität des Schutzes des Lebens außerordentlich wichtig ist, um die Ziele, die Herr Geißler angerissen hat, tatsächlich zu erreichen.

Der Herr Generalsekretär hat auf einen Antrag von 74 Abgeordneten hingewiesen. Dieser Antrag von 74 Abgeordneten enthielt alles das, was er vielleicht unter dem Programm der Regierungskommission versteht und hier in Einzelheiten nicht dargelegt hat. Er enthielt den Vorschlag, daß die Bundesregierung bis Ende Juni dieses Jahres dem Bundestag zur Beschlußfassung Maßnahmen vorlegt zur Steuererleichterung für Familien mit mehreren Kindern, zum Kindergeld, zum Erziehungsgeld und zur Anrechnung eines Erziehungsjahres bei den Renten.

Meine Damen und Herren, Steuererleichterungen zeichnen sich ab. Die Erhöhung des Kindergeldes für diejenigen Familien, die keine Steuererleichterungen bekommen, ist bisher völlig unklar. Die Höhe des Erziehungsgeldes dagegen scheint klarer zu sein. Völlig aus dem Ruder gelaufen aber ist die Frage eines Erziehungsjahres bei der Rentenbemessung. Auch das muß man in aller Offenheit hier sagen, wobei ich keineswegs die bestehenden Schwierigkeiten verschweigen möchte.

Herr Böhr hat mit Recht von Prioritäten gesprochen. Meine Damen und Herren, warum haben die 74 Abgeordneten den Antrag zur Reichsversicherungsordnung, nachdem anderes noch nicht möglich war, vorweg eingebracht? Sie waren über die grauenhaften Zahlen erschrocken, die der Staatssekretär im Justizministerium, Kollege Erhard, vor kurzem auch öffentlich bekanntgegeben hat. Er hat erklärt, daß die Statistiken nicht mehr stimmen, und zwar nicht durch falsche Angaben von Frauen, sondern durch die Meldungen einzelner Ärzte. Tatsächlich liegen bereits 212 000 Abtreibungsfälle im Jahr auf Grund sozialer Indikation vor. Das sind grauenhafte Zahlen. Nicht alle, die hier die Erleichterung der Kostenübernahme durch die Krankenkasse anfordern, sind tatsächlich einkommensschwach. Das kann man unmöglich sagen.

Die Krankenkasse dient dem Schutz des Lebens und der Heilung. Sie sollte nicht für die Übernahme der Kosten von Abtreibungen in Anspruch genommen werden.

(Beifall)

Der Herr Generalsekretär hat darauf hingewiesen, daß wir verschiedene Gesetze haben. Ja, Herr Minister Geißler; unsere Situation hat sich aber in den letzten Jahren erheblich verschlechtert. Noch vor wenigen Jahren hat die CDU/CSU-Fraktion als Ganzes ein absolutes, durch Abstimmung bekräftigtes Nein zur Finanzierung von Abtreibungen durch Krankenkassen gesagt. Heute, meine Damen und Herren, scheint diese Sache strittig zu sein.

Die 74 Abgeordneten haben ihren Antrag vor allem deswegen eingebracht, um das Gewissen der Politiker, aber auch das Gewissen aller Parteien mit Blick auf einen Dialog über den Bewußtseinswandel zu wecken, der in voller Kenntnis - und dazu möchte ich auch noch einiges sagen - der Belastung der Frau, insbesondere der

alleinstehenden Mutter, trotzdem dem Schutz des ungeborenen Lebens den Vorrang gibt.

Meine Damen und Herren, wir brauchen diesen Dialog. Natürlich wissen wir, und die Antragsteller wußten es auch, daß Mütter, insbesondere alleinerziehende Mütter, unter der Gefühllosigkeit und Hartherzigkeit eines Teils der Umwelt, unter der Haltung vieler Männer, unter Brutalität in Familien und unter vielem anderen schwer leiden. Wir haben auch nicht über die Mütter zu rechten, die andere Entscheidungen, als wir sie für richtig halten, getroffen haben. Dennoch meinen wir, daß sich trotz der Belastungen, auch der Belastungen durch Studium und Beruf, wenigstens ein Teil der über 200 000 Mütter mit sozialer Indikation für den Schutz des wehrlosesten Geschöpfes, das es auf dieser Welt gibt, des ungeborenen Lebens, entscheiden müßten.

Wir sind der Auffassung, daß wir diese Belastung sehen müssen. Aber wir müssen auch sehen, daß das ungeborene Leben ebenfalls materielle und immaterielle Empfindungen hat. Wenn wir gegen Folter und Qualen erwachsener Menschen sind, dann dürfen wir auch die Qualen des abgetriebenen ungeborenen Kindes nicht übersehen. Über diese Frage allerdings wollten wir einen Dialog führen, den letztendlich nur die Frauen entscheiden können.

Einige Männer - und ich möchte das auch für mich in Anspruch nehmen - haben diesen Antrag in voller Übereinstimmung mit ihren Frauen und mit dem Wissen dieser Frauen gestellt, was eine Familie mit mehreren Kindern und den damit verbundenen Erziehungslasten bedeutet. Wir wünschen nicht nur eine Respektierung des Gewissens der 74 Abgeordneten, sondern wir wünschen uns auch ein bißchen Unterstützung für diese Abgeordneten von denjenigen in der Partei, die ähnlich denken. Wir wünschen Hilfe für diese Abgeordneten, damit sich dieser Dialog und damit auch das Programm, das Herr Geißler vorgestellt hat, bei dem kleineren, empfindlichen Koalitionspartner, der zugleich aber auch auf den größeren Koalitionspartner achten muß, durchsetzt.

Wir wissen, daß dieser Bewußtseinswandel letzten Endes von den Frauen entschieden wird. Wir wissen auch, daß ein Durchbruch dieses Bewußtseinswandels nicht auf einmal möglich ist und daß es dazu vieler Ansatzpunkte bedarf. Ich möchte an viele Frauen appellieren, indem ich sie an folgendes erinnere. Hier in diesem Saal sitzen eine ganze Reihe von Delegierten, die 38 bis 43 Jahre alt sind. Deren Mütter haben in den Jahren 1943 bis 1947 in schwersten Notlagen, auf den eisigen Straßen des Rückzuges und der Flucht, in den Hungerlagern und Bombennächten, zum überwiegenden Teil ja zur Priorität des Schutzes des ungeborenen Lebens gesagt.

Der amerikanische Präsident Reagan ist bei dem ersten Versuch, die Abtreibungsgesetzgebung zu mildern, gescheitert. Er hat bei den vier Punkten im Bericht zur Lage der Nation in diesem Jahr, unmittelbar vor den Wahlen, als einen dieser vier Punkte, als eine entscheidende soziale, aber auch rechtliche Maßnahme, die anzustrebende Senkung der Abtreibungszahlen genannt.

Meine Damen und Herren, ich meine, die CDU/CSU, insbesondere der Parteitag der CDU, sollten durch Unterstützung klarer Anträge all denen, die in der Fraktion nicht mehr als nur Zwischenkompromisse durchsetzen können, den nötigen Rückhalt geben, damit die Zahl von 212 000 und mehr Abtreibungen aus sozialer Notlage gemindert wird. Deshalb bitte ich, den Antrag des Kreisverbandes Gütersloh zu unterstützen.

(Beifall)

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich für Ihre Wortmeldung. Wir haben noch eine Wortmeldung bekommen. Ich denke, Sie sind damit einverstanden, daß wir danach dem Sprecher der Antragskommission das Wort geben. Die Wortmeldung ist von Frau Bueren, Westfalen.

(Zuruf)

- Es wird Schluß der Rednerliste beantragt. Sind Sie damit einverstanden?

(Beifall)

- Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu heben. -
Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Die Mehrheit war für Schluß der Rednerliste.

Ich darf also die letzte Wortmeldung von Frau Bueren, Westfalen, aufrufen.

Frau Gisela Bueren: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Geißler hat soeben von einer Gewissensentscheidung gesprochen, über die die Fraktion noch nicht entschieden habe. Ich bin der Meinung, eine Partei muß Akzente setzen und entscheiden. Ob sie diese Entscheidung hinterher parlamentarisch durchsetzen kann, ist eine andere Frage. Wir müssen hier Stellung beziehen und können das nicht dem Parlament allein überlassen. Das ist ebenso wie die Amnestiefrage Sache des Parteitages.

(Beifall)

Ich danke allen Männern in der Bundestagsfraktion, die heute zu diesem Antrag des Kreisverbandes Gütersloh Stellung genommen haben. Als Vorsitzende eines großen Kreisverbandes bedaure ich es außerordentlich, daß nicht eine der weiblichen Bundestagsabgeordneten der CDU hingegangen und den Standpunkt der Frauen hier vertreten hat. Ich frage Frau Verhülsdonk, was sie am 21. März 1974 im Bundestag gesagt hat. Sie sagte:

Es versteht sich von selbst, daß die Fraktion der CDU/CSU eine solch fragwürdige gesetzliche Regelung ablehnt.

Hier geht es um die Krankenkassen. Unser Änderungsantrag, den Sie abgelehnt haben, wollte sicherstellen, daß in den Fällen einer anerkannten medizinischen Indikation Versicherte Anspruch auf Leistung bei Abbruch der Schwangerschaft durch einen Arzt haben, d.h. im Sinne des Gesetzentwurfs der CDU/CSU-Fraktion bei Vorliegen einer medizinischen Indikation, nicht aber bei einer sozialen Indikation.

Das war in der Zeit, als wir in der Opposition waren. Heute sind wir an der Regierung und haben nicht den Mut, zu unseren Worten von gestern zu stehen.

(Beifall)

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich. - Jetzt hat die Antragskommission das Wort, die Frau Abgeordnete Roswitha Verhülsdonk.

Frau Roswitha Verhülsdonk, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle einig, daß diese ernste und bewegende Diskussion zu diesem bewegenden Thema heute abend notwendig war. Lassen Sie mich zusammenfassen, was wir hier gehört haben.

Einig sind wir uns in der Betroffenheit über die hohe Zahl von Abtreibungen auf Grund von Notlagenindikationen. Einig sind wir uns in dem Ziel, daß etwas geschehen muß, um diese Entwicklung zu stoppen. Aber über den Weg, wie man das Ziel am besten erreicht, gibt es - so hat es sich heute abend hier in der Diskussion dargestellt - unterschiedliche Meinungen und darüber, wie man Erfolg haben kann.

Herr Doppmeier hatte den Antrag gestellt:

Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand auf, dem nächsten Bundesparteitag einen Antrag eines umfassenden Programmes zum Schutz des ungeborenen Lebens zur Beschlußfassung vorzulegen.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß ein solcher Antrag auf dem Parteitag in Berlin vorgelegen hat und beschlossen worden ist. Der Parteitag der Union hat in dieser Frage seinen Willen bekundet.

Wir waren damals Opposition. Inzwischen sind wir Regierung. Der zuständige Ressortminister, Dr. Geißler, hat heute abend hier sehr nachdrücklich vorgetragen, wie entschlossen er ist, ein entsprechendes Programm der positiven Hilfe vorzulegen.

Wenn ich abwäge, was heute abend hier geäußert worden ist, dann stelle ich fest: Es gab keine einzige Stimme dagegen, daß ein solches Programm der sozialen Hilfe für Familien und für Mütter in Not notwendig ist, wie es Ihnen die Antragskommission vorschlägt. Darüber hinaus erinnere ich an das, was Frau Limbach hier in der Diskussion gesagt hat: Einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion zu diesem Thema gibt es bereits. Wer ihn einsehen möchte und sich davon überzeugen möchte, daß er sehr konkret ist, der kann ihn am Stand der Frauenvereinigung entgegennehmen. Dort liegt noch eine ganze Anzahl von Exemplaren dieses Antrags vor, und zwar in der Fassung, wie ihn die Unionsfraktion verabschiedet hat.

Es wurde eben von Herrn Dr. Czaja darauf hingewiesen, daß es mit der FDP noch einen Punkt der Abstimmung gibt. Dieser ist nicht substantieller Art. Wir haben Koalitionsverhandlungen geführt. Frau Adam-Schwaetzer, die Generalsekretärin der FDP, hat für ihre Fraktion in der Debatte zu der Abtreibungsgesetzgebung in der vorletzten Woche erklärt, daß es mit einigen redaktionellen Änderungen eine gemeinsame Verabschiedung dieses Antrags an die Bundesregierung geben wird. Wir gehen davon aus, daß dieser Antrag in der nächsten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages eingebracht werden kann, d.h. in der übernächsten Woche, noch in diesem Monat.

Dieses Programm ist sehr konkret. Es enthält nicht nur einen Teil zur Förderung der Familie, sondern in einem zweiten Teil werden aus dem interministeriellen Bericht, der in dem Antrag der Antragskommission erwähnt wird, bereits Konsequenzen gezogen. Diese Konsequenzen beziehen sich auf eine Verbesserung der Beratungspraxis, auf eine strikte Trennung zwischen Sozialberatung und Indikationsfeststellung und auf entsprechende Maßnahmen, um die Statistiken, die in unserem Lande ja sehr unehrlich sind, ehrlicher zu machen. Wir müssen uns bei alledem im klaren

sein, daß es in diesem Bereich nie möglich sein wird, letzte Ehrlichkeit einer Statistik herbeizuführen. Dafür gibt es hier zuviel Grauzone und Dunkelzone.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zur Begründung des Vorschlags der Antragskommission noch auf folgendes hinweisen. Es liegen uns jährlich Berichte über die Erfahrungen mit der Beratungspraxis der verschiedenen Beratungsstellen vor. Es ist sehr interessant und eindrucksvoll, daß gerade die kirchlichen Beratungsstellen - hier nenne ich ganz besonders die katholischen - immer wieder darauf hinweisen, daß es ihnen nur dann gelingt, Frauen, die abtreibungswillig in die Beratungsstelle kommen, weil sie meinen, in ihrer Verzweiflung keinen anderen Weg zu wissen, auf einen anderen Weg zu bringen und zum Austragen des Kindes zu bewegen, wenn die Beratungsstellen nicht nur in der Lage sind, bis zur Geburt des Kindes Hilfen anzubieten, sondern auch sicherstellen können, daß die materiellen Hilfen und auch die psychologischen unterstützenden und beratenden Hilfen über diesen Zeitpunkt hinausgehen. Dies alles, meine Damen und Herren, ist Gegenstand des Antrages, den die CDU-Frauen in der Fraktion erarbeitet haben als einen Weg, wie wir dem Übel begegnen können, über das wir alle betroffen sind.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der Antragskommission sehr nachdrücklich, auch angesichts des kontroversen Meinungsbildes, das sich hier gezeigt hat, dem Antrag der Antragskommission zu folgen und zu beschließen, daß die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion aufgefordert werden, ein solch umfassendes Programm in Kürze dringendst zu erarbeiten.

Lassen Sie mich noch darauf hinweisen, daß es im Koalitionspapier zwischen CDU/CSU und FDP einen von der Fraktion angenommenen Beschluß gibt, daß wir in der Frage der Kostenregelung in der Reichsversicherungsordnung das schwebende Verfahren beim Bundesverfassungsgericht abwarten wollen. Es ist nach Lage der Dinge damit zu rechnen, daß dieses Urteil zur Sache ergehen und im nächsten Frühjahr vorliegen wird. Der Bundeskanzler hat angekündigt, daß zu diesem Zeitpunkt nach Kenntnis des Urteils auch innerhalb der Koalition beraten werden soll, wie in der Frage der Kostenregelung über die Krankenkassen bei Abtreibungen auf Grund der Notlagenindikation politisch verfahren werden soll.

Nochmals meine Bitte: Stimmen Sie dem Antrag der Antragskommission zu.

Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Eva Wachter, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich herzlich für die Stellungnahme der Antragskommission.

Meine Damen und Herren, inzwischen ist es zehn Uhr, und wir haben einen Antrag zur Geschäftsordnung, und zwar einen Antrag auf geheime Abstimmung zu diesem Antrag.

Ich mache Sie darauf aufmerksam - es ist wie gestern -, Ein Viertel der Anwesenden müßte durch Handzeichen sein Einverständnis geben, damit wir eine geheime Abstimmung durchführen können. Ich bitte, daß alle Stimmberechtigten jetzt Platz nehmen.

Ich rufe diesen Geschäftsordnungsantrag auf. Wer von Ihnen will geheime Abstimmung zu diesem Antrag? - Wer ist gegen die geheime Abstimmung? - Wer enthält sich? - Es war eindeutig die Mehrheit, die gegen die geheime Abstimmung ist. Das heißt also, es waren keine 25 % dafür.

Das bedeutet, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Die Antragskommission hat, wie Sie gehört haben, Annahme in der vorgeschlagenen Fassung empfohlen. Wer sich diesem Antrag der Antragskommission anschließen will, erhebe bitte die Hand. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das erstere war die Mehrheit. Damit wird so verfahren.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde! Ich rufe Antrag G 18 auf. Fundstelle für Antrag und Empfehlung der Antragskommission: Seite 79 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich komme damit zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Soweit ich sehe, einstimmige Annahme.

Ich rufe Antrag G 19 auf. Fundstelle für Antrag und Empfehlung der Antragskommission: Seite 79 der Antragsbroschüre. Es liegt die Wortmeldung von Herrn Giersberg, Landesverband Rheinland, vor.

Alfred Giersberg: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einen scheinbar kleinen Antrag richten, der aber eminent wichtig ist. Zunächst einmal darf ich den Kreisverband Emmendingen zu diesem Antrag beglückwünschen, denn er greift einen Punkt auf, der seit langem im argen liegt.

Erstens. Das Argument, das sehr häufig gegen die Einführung eines solchen Berufsbildes angeführt wird, ist das der Kostensteigerung auf diesem Gebiet. Ich behaupte das Gegenteil. Nehmen Sie an, ein Notarzt einschließlich des Einsatzes eines Rettungswagens kostet rund 600 DM. Ziehen Sie den Notarzt von dem Rettungswagen ab, halbieren sich die Kosten.

Zweitens. Es gibt eine sehr große Ungerechtigkeit zwischen den von den Kommunen angestellten hauptamtlichen Rettungssanitätern, die meistens unter dem Bereich der Feuerwehr geführt werden, einerseits, und denen, die bei den freien Hilfsorganisationen angestellt sind, andererseits. Hier gibt es immer noch eine ungleiche Bezahlung für gleiche Arbeit.

Des weiteren gibt es eine Ungerechtigkeit bei den Qualifikationen. Auch heutzutage kann bei verschiedenen Organisationen immer noch jeder auf einem Rettungswagen fahren.

Sehr geehrter Herr Minister Geißler, ich bitte Sie: Beenden Sie die Situation, Menschenleben mit Laienrettern und Rettungsrockern zu retten. - Danke schön.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Giersberg, für den Diskus-

sionsbeitrag. Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag G 19. Die Antragskommission schlägt Annahme in der von ihr vorgesehenen Fassung vor. Wer für den Vorschlag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich danke. Die Gegenprobe! - Einige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen.

Ich rufe den Antrag G 20 auf. Fundstelle für Antrag und Empfehlung der Antragskommission: Seite 79 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann bitte ich diejenigen, die der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Ich danke. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmige Annahme.

Meine Freunde, ich rufe den Antrag G 21 auf. Fundstelle für Antrag und Empfehlung der Antragskommission: Seite 79 der Antragsbroschüre. Das Wort hat Herr Böhr, Rheinland-Pfalz.

Christoph Böhr: Meine Damen und Herren! Ich wollte wirklich nur einen Satz sagen: Nachdem die Bundesregierung signalisiert hat, daß sie diesem Antrag Rechnung tragen will, und die Bundesregierung nicht Gefahr läuft, kritisiert zu werden - auch die Junge Union wird sie nicht kritisieren -, wollte ich mich bei dieser Gelegenheit bei Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner sehr herzlich dafür bedanken, daß es ihm gelungen ist, durch Umschichtungen in seinem Haushalt dem Anliegen, das wir seit langem vertreten, Rechnung zu tragen. - Ich bedanke mich.

(Vereinzelt Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Herr Böhr, vielen Dank für diesen Diskussionsbeitrag. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich komme damit zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Meine Damen und Herren, die Wehrpflichtigen werden sich freuen, daß dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

(Beifall)

Ich rufe den Antrag G 22 auf. Fundstelle für Antrag und Empfehlung der Antragskommission: Seite 80 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bedanke mich. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Soweit ich sehe, einstimmig angenommen.

Ich rufe dann die Anträge G 24 und G 25 auf. Die Antragskommission empfiehlt gemeinsame Behandlung. Fundstelle für Anträge und Empfehlung der Antragskommission: Seite 80 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überwei-

sung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann komme ich zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer für die Empfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Soweit ich sehe, einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag G 26 auf. Fundstelle für Antrag und Empfehlung der Antragskommission: Seite 81 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt auch hier die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich stelle die Empfehlung zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Ich bitte um die Gegenprobe. - Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Bei einer Gegenstimme angenommen.

Meine Freunde, ich rufe den Antrag G 29 auf. Fundstelle für Antrag und Empfehlung der Antragskommission: Seite 85 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung des Antrags an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich stelle die Empfehlung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen angenommen.

Ich rufe den Antrag G 30 auf. Fundstelle für Antrag und Empfehlung der Antragskommission: Seite 86 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer für die Annahme der Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich danke sehr. Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Soweit ich sehe, einstimmig angenommen.

Ich rufe dann den Antrag G 31 auf. Fundstelle für Antrag und Empfehlung der Antragskommission: Seite 86 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor.

Ich stelle die Empfehlung der Antragskommission somit zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich danke und bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Einstimmige Annahme.

Ich rufe den Antrag G 32 auf. Fundstelle für Antrag und Empfehlung der Antragskommission: Seite 87 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission hat zu diesem Antrag eine neue Empfehlung beschlossen. Der Antrag soll an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen werden. Die Abänderung erfolgt im Einvernehmen mit dem Antragsteller. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich bitte diejenigen um das Handzeichen, die der Empfehlung folgen wollen. - Ich danke und bitte um die Gegenprobe. - Danke. Stimmenthaltungen? - Einstimmige Annahme.

Ich rufe dann den Antrag G 33 auf; Fundstelle für Antrag und Empfehlung der Antragskommission ist die Antragsbroschüre auf Seite 88. Die Antragskommission

empfiehlt Annahme. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag sind, um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr den Initiativantrag G 35 auf. Die Antragskommission hat ums Wort gebeten. Herr Meyer, bitte sehr.

Gerd Meyer, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Antragskommission schlägt Ihnen auf Bitte des Antragstellers eine kleine sprachliche Änderung vor. Im letzten Teil des Antrags heißt es: "..., daß Städtepartnerschaften zwischen Städten der beiden deutschen Staaten möglich werden." Wir schlagen Ihnen vor, zu formulieren: "..., daß Städtepartnerschaften zwischen Städten der zwei Staaten in Deutschland möglich werden."

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben das Petikum der Antragskommission gehört. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann stelle ich den Antrag zur Abstimmung. Wer für den Antrag in der von der Antragskommission zuletzt mündlich vorgetragenen Fassung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Ich rufe nunmehr den Initiativantrag G 36 auf. Hier hat Herr Dr. Worms, Landesverband Rheinland, um das Wort gebeten.

Dr. Bernhard Worms: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie in Übereinstimmung mit den Antragstellern und dem westfälischen Vorsitzenden, Professor Kurt Biedenkopf, bitten, mit folgender kleiner Änderung des Vorschlages der Antragskommission einverstanden zu sein.

Im dritten Spiegelstrich, der mit "...rigorose Einschränkung von Tierversuchen..." beginnt, bitten wir, den letzten Satz zu streichen, nämlich den Satz: "Tierversuche in diesem Bereich sind nur noch zulässig, wenn der Nachweis wissenschaftlicher Neulandforschung erbracht ist;". Wir sehen ein, daß dies so nicht stehenbleiben kann. Statt dessen bitten wir, zu formulieren: "... Berufung von Tierschutzbeauftragten an wissenschaftlichen Einrichtungen und Bindung von Tierversuchen zu wissenschaftlichen Zwecken und zu Zwecken wissenschaftlicher Ausbildung an deren Zustimmung...".

Sodann bitten wir, als weiteren Spiegelstrich einzufügen: "... Einsetzung von Kommissionen, wie sie von der Max-Planck-Gesellschaft vorgeschlagen werden, zur Aufstellung von verbindlichen Richtlinien für die Zulässigkeit von Tierversuchen."

Ich würde Sie bitten, der so geänderten Fassung Ihre Zustimmung zu geben. - Vielen Dank.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Worms, für den Diskussionsbeitrag. - Das Wort hat die Vertreterin der Antragskommission, Frau Thoben.

Frau Christa Thoben, Antragskommission: Die Antragskommission schließt sich dem Petitum, das Herr Dr. Worms vorgetragen hat, an.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben das Petitum der Antragskommission gehört. Liegen weitere Wortmeldungen vor? - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich den Antrag mit der von Herrn Worms vorgetragenen Änderung, die die Zustimmung der Antragskommission gefunden hat, zur Abstimmung stellen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Einige Gegenstimmen. - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Liebe Freunde, ich rufe dann den Initiativantrag G 37 auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann stelle ich den Antrag zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Eine Gegenstimme. - Stimmenthaltungen? - Bei einer Gegenstimme angenommen.

Ich rufe den Initiativantrag G 39 auf. Die Antragskommission empfiehlt auch hier Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei einer Gegenstimme angenommen.

Ich rufe den Initiativantrag G 40 auf. Hier liegt mir eine Wortmeldung von Frau Thoben vor, Landesverband Westfalen.

Frau Christa Thoben: Ich möchte den Parteitag nicht unnötig verlängern, Ihnen aber doch kurz sagen, warum wir als Antragsteller gern möchten, daß der Antrag nicht überwiesen wird, sondern daß Sie ihm inhaltlich zustimmen.

Mit dem Antrag ist keine Verringerung des Umweltschutzes beabsichtigt; vielleicht wirkt das auf den einen oder anderen so. Wir haben hier heute mit großer Mehrheit die verstärkte Einführung marktwirtschaftlicher Instrumente beim Umweltschutz beschlossen. Vor diesem Hintergrund ist dieser Antrag zu sehen, der sich dagegen ausspricht, daß wir mit nachträglichen Anordnungen Betriebe in ihrer Existenz gefährden. Wir meinen, daß dieser Antrag sehr wichtig ist. Wir meinen auch, daß Sie ihm inhaltlich zustimmen können, wenn ich Ihnen ganz kurz sage, warum wir ihn stellen.

Es geht darum, daß im heutigen Bundes-Immissionsschutzgesetz bei nachträglichen Anordnungen verschärfender Art im Umweltschutz bei bereits genehmigten Anlagen die wirtschaftliche Vertretbarkeit berücksichtigt wird. Wir möchten gern, daß das auch in Zukunft der Fall ist, weil gerade kleine und mittlere Betriebe durch nachträgliche verschärfende Anordnungen bei Anlagen, die ihnen bereits genehmigt worden sind, sonst in ihrer Existenz gefährdet werden könnten. Wir halten das für unzumutbar und für keinen Verzicht auf zusätzlichen Umweltschutz.

Wir möchten Sie deshalb bitten, hier nicht dem Überweisungsvorschlag zu folgen, sondern dem Antrag inhaltlich zuzustimmen.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Ich danke Ihnen für den Beitrag, Frau Thoben. Da Sie sowohl Antragstellerin als auch Sprecherin der Antragskommission sind und hier einen Änderungsantrag für die Antragskommission stellen, bitte ich Sie, uns mitzuteilen, ob die Antragskommission als ganze mit Ihrem neuen Vorschlag einverstanden ist. - Ich höre gerade, Frau Thoben hat nicht für die Antragskommission gesprochen. Darf ich fragen, ob jemand da ist, der für die Antragskommission sprechen kann. - Meine Damen und Herren, es ist niemand da, der für die Antragskommission sprechen kann.

Ich stelle damit den Antrag in der Form der Antragskommission, die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion empfohlen hat, zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, und zwar in der empfohlenen Form, nämlich Überweisung an die Bundestagsfraktion, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war nach übereinstimmender Auffassung der Mitglieder des Präsidiums die Mehrheit. Damit ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe den Initiativantrag G 41 auf. Die Antragskommission empfiehlt auch hier Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Zwei Gegenstimmen. - Stimmenthaltungen? - Eine Stimmenthaltung. - Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe den Initiativantrag G 42 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der vorgesehenen Fassung. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Die Stimmenthaltungen? - Bei einer Reihe von Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Ich rufe den Initiativantrag G 43 auf. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle den Antrag zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenstimmen. - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir den Tagesordnungspunkt 15 -

(Zurufe: Was ist mit Antrag G 44?)

- Der Antrag G 44 ist schon bei anderer Gelegenheit behandelt worden, und zwar als wir die Ladenschlußdebatte führten.

Meine Damen und Herren, wir haben die Tagesordnung für heute damit erschöpft.

(Beifall)

Ich darf Ihnen im Namen des Präsidiums für die große Bereitschaft zum Engagement, für Ihre Mitarbeit an diesen schwierigen Tagesordnungspunkten, die wir heute erledigt haben, sehr herzlich danken.

Ich bitte Sie, alle Tagungsunterlagen mitzunehmen, da wir morgen zu Beginn der 4. Plenarsitzung die Tonbildschau sehen werden und der Saal daher etwas umgeräumt werden muß.

Ich schließe die heutige Sitzung und berufe die nächste Plenarsitzung für morgen früh 9 Uhr nach hier ein.

(Schluß der Sitzung: 22.22 Uhr)

Anhang

I. Präambel

1. Die Stuttgarter Leitsätze beruhen auf dem Grundsatzprogramm der CDU. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit fordern eine Ordnung der Wirtschaft, in der sich die Menschen frei und sozial entfalten können. Der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft erfüllt diese Forderung. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle, weil es Leistung mit sozialer Gerechtigkeit, Wettbewerb mit Solidarität und Eigenverantwortung mit sozialer Sicherheit in Einklang bringt. Die Soziale Marktwirtschaft hat ihr geistiges Fundament in der zum Menschenbild des Christen gehörenden Idee der verantworteten Freiheit.

Die CDU, die große Volkspartei der Bundesrepublik Deutschland, hat die Soziale Marktwirtschaft politisch durchgesetzt. Dies war die Voraussetzung für den erfolgreichen wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. Sie hat uns einen hohen Lebensstandard und soziale Sicherheit gebracht, die soziale Partnerschaft gefördert und den Menschen Selbstbestimmung und eigenverantwortliches Handeln ermöglicht. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet die Vorteile einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung mit der Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit. Mit der Sozialen Marktwirtschaft kann das Ziel der Vollbeschäftigung am ehesten erreicht werden.

Als einzige Wirtschaftsordnung ist die Soziale Marktwirtschaft auch den heutigen und zukünftigen Herausforderungen unseres Landes gewachsen. Dazu gehören neue technische Möglichkeiten, Schonung der natürlichen Umwelt, neue wirtschaftliche und soziale Bedingungen, aber auch neue Wertorientierungen, die neue Anforderungen an die Anpassungs- und Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft stellen. Diese Anforderungen begegnen uns im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Wandel, besonders in der Arbeitslosigkeit sowie in der Veränderung der internationalen Wettbewerbsbedingungen und im Nord-Süd-Gefälle.

Auch in einer Zeit neuer Herausforderungen, vor denen die Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren steht, müssen persönliche Freiheit, Gleichheit der Chancen, Eigentum, Wohlstand, Arbeit und sozialer Fortschritt für alle gesichert werden. Um diese Ziele zu erreichen, müssen in Zukunft vor allem die grundlegenden ordnungspolitischen Elemente der Sozialen Marktwirtschaft wieder stärker zur Geltung kommen. Dazu gehören:

- Wettbewerb und persönliches, sozialverpflichtetes Eigentum;
- dezentrale Steuerung durch Märkte und Tarifautonomie;
- Machtkontrolle durch Gewaltenteilung und staatliche Aufsicht;
- Freiheit der Verbraucher, der Unternehmen und des Berufes;
- Selbständigkeit und Risikobereitschaft;
- Teilhabe des einzelnen am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt.

Die Soziale Marktwirtschaft hat den Freiheitsspielraum des einzelnen erweitert. Sie hat daher auch Erwartungen ausgelöst, die über den materiellen Wohlstand hinausgehen. Die Menschen beurteilen wirtschaftlichen Fortschritt auch danach, ob er Raum läßt für das Empfinden, gebraucht zu werden und eine sinnerfüllte Aufgabe zu haben, ob er mit menschenwürdigen Arbeitsplätzen und der Anerkennung persönlicher Leistung und Verantwortung verbunden ist.

Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der CDU will die Bereitschaft zu Leistung, Unternehmungsgeist und Risiko fördern und eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität ermöglichen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der der einzelne Zuwendung, Vertrauen und Geborgenheit erfährt - eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

II. Analyse des Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft

Gesellschaftlicher und technischer Wandel

2. Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland haben sich in den vergangenen Jahrzehnten tiefgreifend verändert. Der Lebensstandard der Bürger hat sich gegenüber den 50er Jahren entscheidend verbessert. Das Ausbildungsniveau der Bevölkerung ist hoch entwickelt. Wohlstand ist für viele eine Selbstverständlichkeit geworden. Gleichzeitig ändern immer mehr Menschen ihre Bedürfnisse und Werthaltungen. Schutz der Umwelt, größere Beteiligungschancen an Entscheidungsprozessen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und erweiterte Gestaltungsspielräume im Arbeitsleben erhalten ein neues Gewicht. Die Möglichkeiten zur sozialen und kulturellen Betätigung sowie zur individuellen Weiterbildung haben sich erweitert.

Während die Produktion selbst immer mehr von Maschinen übernommen wird, steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften für Dienstleistungen. Das Ergebnis dieses Wandels der Arbeitsformen ist nicht nur eine Erweiterung des Dienstleistungsbereichs; auch innerhalb des Produktionsbereichs nimmt der Anteil solcher Arbeiten zu, die den Charakter von Dienstleistungen haben.

Neue Arbeitsplätze werden vor allem im Dienstleistungssektor entstehen. Die Zahl der dort Beschäftigten wird zunehmen. Im Produktionssektor wird die Zahl der Beschäftigten eher zurückgehen. Sein Beitrag zum Bruttosozialprodukt wird jedoch dank der technischen Entwicklung zunehmen und daher auch künftig seine herausragende wirtschaftliche Bedeutung behalten.

13. Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich auf dem Weg in eine informationsorientierte Gesellschaft, in der kreative Kenntnisse und Fertigkeiten eine größere Bedeutung erhalten. Die neuen Technologien sind daher nicht nur Ursache des Wandels der Beschäftigungsformen, sondern zugleich Anstoß für neue und zusätzliche Dienstleistungen in den Bereichen Information und Beratung, Bildung und Kultur, Freizeit und Sozialarbeit. Zugleich werden zusätzliche Arbeitsplätze im Natur- und Umweltschutz geschaffen. Ausmaß und Schnelligkeit dieser Veränderungen hängen allerdings auch davon ab, ob diese Dienst- und Serviceleistungen zu marktgerechten Preisen angeboten werden.

4. Zu den Faktoren des gesellschaftlichen Wandels gehört auch der Wandel der Bevölkerungsstruktur; insbesondere der Altersaufbau wird sich entscheidend verändern. Dies hat für die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik in den 80er Jahren ganz andere Konsequenzen als in den 90er Jahren. Während in den 80er Jahren geburtenstarke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen, werden hingegen in den 90er Jahren geburtenschwache Jahrgänge weniger Arbeit nachfragen. Der Anteil der arbeitenden Bevölkerung wird abnehmen, während der Anteil der Rentner stark zunehmen wird. Diese Veränderung der demographischen Rahmenbedingungen betrifft alle gesetzlichen Alterssicherungssysteme gleichermaßen. Deshalb müssen die notwendigen Anpassungen von allen Gruppen der Gesellschaft solidarisch getragen werden.

5. In der Bundesrepublik Deutschland werden nach wie vor erstklassige technische Produkte hergestellt. Ebenso hat die deutsche Wirtschaft international eine führende Stellung im Angebot von kompletten Produktionsanlagen und damit verbundenen Serviceleistungen. Diese Bereiche werden auch künftig von großer wirtschaftlicher Bedeutung sein. Bei der Entwicklung und Anwendung von wichtigen Schlüsseltechnologien wie in Teilbereichen der Mikroelektronik und Biotechnik besteht demgegenüber ein Nachholbedarf. Die Zahl der deutschen Patente stagniert. Auch wegen der Rohstoff- und Energieabhängigkeit muß die deutsche Wirtschaft auf technologischem Gebiet an der Spitze bleiben.

6. Als Folge sozialdemokratischer Politik in den 70er Jahren ist der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt zu stark gewachsen, haben sich die Staatsausgaben und die Staatsverschuldung in unvertretbarer Weise erhöht, haben Bürokratisierung und staatliche Reglementierung zugenommen. Die teilweise Lähmung der privaten Initiative in Staat und Gesellschaft, die Behinderung des wirtschaftlichen Strukturwandels, der Rückgang der Investitionen waren die Folgen, die die Arbeitslosigkeit mitverursacht haben.

Diese verhängnisvolle Entwicklung hat die Bundesregierung unter Führung der Union beendet. Die CDU wird den erfolgreich eingeschlagenen Weg der Konsolidierung der Staatsfinanzen konsequent fortsetzen, da dies eine wichtige Voraussetzung für die dauerhafte Gesundung der Wirtschaft ist. Weiter wird die CDU den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder Geltung verschaffen. Dadurch werden private Initiative, Kreativität und Leistungsbereitschaft der Bürger gestärkt und wird solidarisches Handeln ermöglicht.

Veränderung der internationalen Wettbewerbsbedingungen

7. In keinem anderen großen Industrieland hängen so viele Arbeitsplätze von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ab, wie in der Bundesrepublik Deutschland. Bei uns ist es jeder dritte Arbeitsplatz, in Japan nur jeder fünfte und in den USA weniger als jeder zehnte. Als exportorientiertes Industrieland hat die Bundesrepublik Deutschland nur dann eine Chance, den bestehenden Wohlstand zu erhalten und die Lebensverhältnisse zu verbessern, wenn sie auch in Zukunft Spitzenprodukte herstellt.

8. Unser wirtschaftlicher Wohlstand hängt in der Zukunft auch davon ab, ob sich die

Länder in der Dritten Welt wirtschaftlich zu leistungsfähigen Partnern entwickeln. Deshalb ist es unser Interesse, daß die Entwicklungsländer ihre Produktionskraft innerhalb einer marktwirtschaftlich orientierten und sozial ausgewogenen Wirtschaft entfalten. In manchen Entwicklungsländern werden heute schon Produkte, mit denen die Industrieländer bisher führend auf dem Welt- und Binnenmarkt vertreten waren, billiger hergestellt. Die CDU begrüßt diese Fortentwicklung der internationalen Arbeitsteilung, weil sie dazu beiträgt, daß sich die Länder der Dritten Welt zu leistungsfähigen Handelspartnern entwickeln können. Aufgabe unserer eigenen hochtechnisierten Industriewirtschaft ist es daher, sich diesen veränderten Wettbewerbsverhältnissen rechtzeitig anzupassen. Die Stärkung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist eine wichtige Voraussetzung, um den Ländern der Dritten Welt weiter helfen zu können.

III. Perspektiven und Ziele

9. Die mittel- und langfristig angelegte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der CDU orientiert sich an folgenden Zielen:

- Der nötige Freiraum, in dem sich Selbstbestimmung, Leistung und Kreativität verwirklichen können, muß für den einzelnen und für gesellschaftliche Gruppen gesichert und vergrößert werden.
- Technischer Fortschritt und Wirtschaftswachstum müssen mit dem Ziel der Erhaltung unserer natürlichen Umwelt in Einklang gebracht werden.
- Der notwendige Strukturwandel unserer Wirtschaft muß durch eine Steigerung ihrer Flexibilität und Dynamik und durch ihre erhöhte Bereitschaft zur Einführung neuer Produkte und erfahrung sowie neuer Formen der Organisation des Arbeitsmarktes angenommen und bewältigt werden. Dies sichert auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Nur mit einer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die sich an diesen Zielen orientiert und für verlässliche und dauerhafte wirtschaftliche Rahmenbedingungen sorgt, können wir die Arbeitslosigkeit überwinden, als führendes Industrieland langfristig bestehen und die soziale Zukunft unseres Landes sichern.

Leistung und Wettbewerb bestimmen die Wirtschaftspolitik der CDU in den 80er Jahren. Der Erhalt unserer Umwelt, der sparsame Umgang mit knapper werdenden Rohstoffen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gelingen am besten durch Wettbewerb, weil er neue und zukunftssträchtige Lösungen am ehesten gewährleistet. Grundsätzlich gibt es keine Wirtschaftsordnung, die Fehlentwicklungen völlig ausschließt. Allerdings ist die Soziale Marktwirtschaft das ordnungspolitische Konzept, das durch seine dezentralen Steuerungsmechanismen und das Leistungs- und Urteilsvermögen freier, verantwortlicher Bürger Fehlentwicklungen am ehesten vermeidet und am schnellsten korrigiert.

10. Die junge Generation braucht eine überzeugende Zukunftsperspektive. Bei jungen Menschen sind die negativen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit besonders schwerwiegend. Es bedarf daher einer außergewöhnlichen Anstrengung aller, um die Jugendarbeitslosigkeit in den 80er Jahren schrittweise abzubauen. Die CDU hat dazu im Februar 1984 ein eigenes Programm mit konkreten Vorschlägen vorgelegt. Jugendarbeitslosigkeit ist ein besonders ernstzunehmendes Teilproblem der allge-

meinen Arbeitslosigkeit, die nur abgebaut werden kann, wenn wir die modernen Technologien annehmen, unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken, die Eigenkapitalbasis unserer Unternehmen verbessern und vor allem die Fähigkeit unserer Wirtschaft erhöhen, auf wechselnde wirtschaftliche Daten schnell und flexibel zu reagieren. Wir müssen aber auch alle anderen vernünftigen Möglichkeiten nutzen, um Nachfrage und Angebot von Arbeitsplätzen wieder in Einklang zu bringen. Die flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit und die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen können dazu wesentlich beitragen.

11. Wir werden die Herausforderung der 80er Jahre nur bestehen, wenn der soziale Konsens in der Bundesrepublik Deutschland erhalten bleibt. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist dieser Konsens besonders wichtig. Wir verstehen Mitbestimmung als Ausdruck partnerschaftlicher Mitverantwortung. Die Tarifparteien, Gewerkschaften und Arbeitgeber, sind aufgefordert, sich ihrer Verantwortung gegenüber den Interessen aller Bürger bewußt zu sein. Dies gilt auch und gerade für die gemeinsame Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels.

Den Strukturwandel annehmen und gestalten

12. Der technische Fortschritt ist nur auf der Grundlage einer breiten Zustimmung der Menschen zu verwirklichen. Diese Zustimmung hängt in erster Linie davon ab, daß die Technik in ihrer dienenden Funktion für die Menschen positiv erfahrbar wird und daß sie in ihrer Anwendung, ihren Nebenwirkungen und Folgen beherrschbar bleibt.

Die CDU darf die Skepsis gegenüber technischen Entwicklungen und ihren Anwendungen nicht einfach ignorieren. Wir müssen den technischen Fortschritt nicht nur als politische und wirtschaftliche, sondern auch als ethische Herausforderung begreifen. Es gilt, eine Ethik der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation zu begründen, die uns glaubwürdige und konsensfähige Maßstäbe für unser Handeln und Entscheidungen liefert.

Nicht alles, was technisch möglich und ökonomisch vorteilhaft ist, ist unter humanen Gesichtspunkten wünschenswert. Der Mensch muß Herr der Technik bleiben. Wir müssen die Risiken beachten und berücksichtigen, statt sie zu dramatisieren. Die Gefahren der Zukunft liegen nicht im technischen Fortschritt selbst, sondern im Unvermögen, den technischen Fortschritt als Chance für den Menschen zu nutzen und seine Folgen politisch zu gestalten. Hierin liegt die entscheidende Herausforderung, der wir uns in der Bundesrepublik Deutschland stellen müssen. Die CDU tritt für ein nüchternes und vorurteilsfreies Verhältnis zur Technik ein, damit die Chancen erkannt und genutzt werden, die der technische Fortschritt zur Lösung ökonomischer und sozialer Probleme bietet. Indem der technische Fortschritt im Arbeitsleben und in der Freizeit ein höheres Maß an Vielfalt und individueller Selbstbestimmung ermöglicht, trägt er zum gesellschaftlichen Fortschritt bei. Des weiteren ermöglichen neue Technologien die Dezentralisierung von Produktion und Dienstleistungen, was strukturschwachen Regionen, insbesondere im ländlichen Raum, und der mittelständischen Wirtschaft zugute kommt. Die Entwicklung und Nutzung international konkurrenzfähiger Technologien ermöglicht wirtschaftliches Wachstum, schafft neue, zukunftssichere und gleichzeitig humane Arbeitsplätze, sichert das soziale Netz und ermöglicht den sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen und die Reduzierung von Umweltbelastungen.

13. Es gibt keine Alternative zum technischen Fortschritt. Wer ihn verhindert, gefährdet auf Dauer Wohlstand und Arbeitsplätze. Die Chancen der deutschen Industrie liegen insbesondere darin, die in aller Welt vorhandenen Erkenntnisse auf zukunftsweisenden Gebieten aufzunehmen und in Verfahren und Produkte umzusetzen. Die beschäftigungswirksamen Effekte technologischer Neuerungen müssen auch dadurch genutzt werden, daß die deutsche Wirtschaft selbst als Anbieter dieser neuen Techniken auftritt.

Die Bewältigung des mit einer dynamischen Wirtschaft verbundenen Strukturwandels ist in erster Linie Aufgabe der Unternehmen und ihrer Mitarbeiter. Der Staat kann lediglich durch entsprechende ordnungspolitische Rahmenbedingungen der Wirtschaft ihre Aufgabe erleichtern. Die Förderung überholter Wirtschaftsstrukturen durch Subventionen kann zwar kurzfristig die Arbeitsplätze bestimmter Industriebranchen erhalten, schafft aber keine neuen, zukunftssicheren Arbeitsplätze und ist auf Dauer nicht zu finanzieren. Es geht um unsere Zukunft als führender Industriestaat in den 80er und 90er Jahren. Die Subventionierung notleidender Industriebranchen muß daher zeitlich befristet und - unter Berücksichtigung sozialer Erfordernisse - schrittweise abgebaut oder angepaßt werden. Nur so läßt sich das Ziel verfolgen, den Strukturwandel zu erleichtern und negative soziale Auswirkungen struktureller Verschiebungen zu mildern. Andernfalls werden wir Krisen ohne Ende haben, statt ein Ende der Krisen.

Im internationalen Rahmen - insbesondere innerhalb der EG - müssen Übereinkommen getroffen werden mit dem Ziel, die staatliche Subventionierung ganzer Industriebranchen abzubauen bzw. zu beseitigen. Der Abbau dieser wettbewerbsverzerrenden Subventionen in Konkurrenzländern erleichtert den Verzicht auf Subventionen im nationalen Bereich.

14. Kleine und mittelständische Unternehmen passen sich erfahrungsgemäß den strukturellen Veränderungen schneller an. Damit sind diese Unternehmen ein wertvoller wirtschaftlicher Stabilitätsfaktor. Sie zeichnen sich auch durch überdurchschnittliche Innovationsbereitschaft und Kreativität aus. Im In- und Ausland gibt es heute genügend Beispiele dafür, daß kleine und mittelständische Firmen zu den wachstumstärksten gehören. In den letzten zehn Jahren sind mehr als 80 Prozent aller in den USA neu geschaffenen Arbeitsplätze von Unternehmen geschaffen worden, die nicht mehr als hundert Mitarbeiter haben. Die 80er Jahre werden deshalb auch in der Bundesrepublik Deutschland das Jahrzehnt der Selbständigen und des Mittelstandes sein müssen.

Technischer Wandel und gesellschaftlicher Fortschritt

15. Die neuen Technologien führen vielfach zu erhöhten Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten. Der Mangel an Fachkräften wird möglicherweise in den neunziger Jahren ein großes Problem für unsere Volkswirtschaft darstellen. Schon jetzt bestehen in bestimmten Branchen Engpässe an qualifizierten bis hochqualifizierten Arbeitskräften. Der Wandel der Tätigkeitsbereiche und Anforderungen ist das entscheidende Merkmal der vor uns liegenden Entwicklung. Der Schwerpunkt menschlicher Arbeit wird künftig stärker in der Planung, dem Aufbau und der Überwachung von Fertigungsprozessen und weniger in der Produktion selbst liegen. Die veränderten Anforderungen an Beschäftigte und Arbeitsplatzsuchende haben erhebliche Konsequenzen für das gesamte Bildungs- und Ausbildungssystem.

16. Ein vielfältiges und differenziertes Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten soll den unterschiedlichen Fähigkeiten und Interessen aller Bürger gerecht werden. Die CDU will durch ihre Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik dazu beitragen, daß individuelle Leistung und solidarisches Verhalten sich besser ergänzen.

17. Eine große Chance bietet der technische Fortschritt bei der Humanisierung unserer Arbeitsbedingungen. Roboter werden monotone und gesundheitsschädigende Arbeiten übernehmen; die gezielte Nutzung der neuen Informationstechniken ermöglicht vielfältige und flexible Übergänge zwischen bezahlter Arbeit und Freizeit. Sie erleichtert die Individualisierung der Arbeitszeit und ermöglicht die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen. Bestimmte berufliche Tätigkeiten können zunehmend auch zu Hause ausgeübt werden. Dabei ist allerdings darauf zu achten, daß flexiblere Arbeitszeiten nicht zu einem Verlust des arbeitsrechtlichen und sozialen Schutzes der Arbeitnehmer führen. Der technische Fortschritt gibt uns zum ersten Mal seit Mitte des 19. Jahrhunderts die Möglichkeit, Lebens- und Arbeitsrhythmus, Familie und Beruf wieder miteinander zu versöhnen.

Der Einsatz neuer Technologien ist nicht gegen die Arbeitnehmer möglich, sondern nur mit ihnen. Die Arbeitnehmer sollen bei der Entscheidung über Einsatz und der Verwendung neuer Techniken, die ihre Arbeit tiefgreifend verändern, im Sinne sozialer Partnerschaft mitwirken.

18. Neue Technologien ermöglichen Produktionsprozesse, die mit teuren Energien und knappen Rohstoffen sparsamer umgehen und die Umwelt bedeutend geringer belasten. Die Mikroelektronik spielt dabei als energiesparende und umweltschonende Technologie eine zentrale Rolle. Die Probleme des Umweltschutzes sind am ehesten mit Hilfe der neuen Technologien, keinesfalls aber gegen sie zu lösen. Die Soziale Marktwirtschaft ist dabei das ordnungspolitische Konzept, das die Anwendung umweltfreundlicher Technologien am schnellsten und am wirkungsvollsten ermöglicht und dadurch die Lebensbedingungen weiter verbessert.

19. Eine gesicherte und möglichst preisgünstige Energieversorgung ist Grundlage für eine hochentwickelte Industrie und Wirtschaft. Dazu sind langfristig verlässliche Rahmenbedingungen Voraussetzung, die den Markt stärken und dem Energieversorgungs- und -verbrauchsbereich die erforderlichen Anpassungsprozesse ermöglichen. Die Kohlepolitik ist Bestandteil der nationalen Energiepolitik. Dies gilt auch für den umweltgerechten und wettbewerbsfähigen Einsatz. Wesentlich für eine sichere Energieversorgung ist die Nutzung heimischer Vorräte, insbesondere der Kohle, und eine ausgewogene Struktur in bezug auf Sicherung der einzelnen Energieträger. Energie muß aus Gründen der Knappheit noch rationeller und sparsamer eingesetzt werden. Gleichzeitig muß die Energienutzung umweltverträglich erfolgen. Dies kann nur durch den raschen Einsatz neuer Techniken und deren Weiterentwicklung erreicht werden. Einen unverzichtbaren Beitrag zur Energieversorgung hat die Kernenergie zu leisten. Deshalb ist ein verantwortungsbewußter Ausbau der Kernenergie und der Entsorgung notwendig.

20. Die Technik an sich ist weder gut noch böse, es kommt auf die Art und Weise ihrer Anwendung an. Dabei geht es darum, Chancen und Risiken abzuwägen, mögliche negative Auswirkungen des technischen Fortschritts zu erkennen und

ihnen vorzubeugen, als sinnvoll erkannte Entwicklungen voranzutreiben, aber auch dort Grenzen zu setzen, wo die Technik ihre dienende Funktion gegenüber den Menschen nicht mehr begründen kann.

Im Bereich der Medien und der Datenspeicherung sind wirksame gesetzliche Regelungen erforderlich. Der Schutz des einzelnen vor Mißbrauch seiner persönlichen Daten und beispielsweise der Schutz der Jugend bei der Verbreitung von Videoprodukten sind dafür Beispiele. Mögliche Eingriffe in menschliches Erbgut erfordern neue Grenzen für das technisch Machbare, die den ethischen Maßstäben unseres christlichen Menschenbildes entsprechen.

Neues Verständnis von Arbeit und Wachstum

21. Wir brauchen ein neues Verständnis von Arbeit und von Wachstum:

- Arbeit ist nicht nur Arbeit und Leistung ist nicht nur Leistung, wenn sie im Rahmen der Erwerbsarbeit erbracht werden. Es gibt Arbeit nicht nur im Berufsleben, sondern auch in der Familie und im sozialen Dienst für andere, in der Selbst- und Nächstenhilfe. Es ist widersprüchlich, wenn beide Elternteile, von denen sich einer der Erziehung der Kinder ganz widmen will, oder Arbeitnehmer, die die Pflege kranker oder pflegebedürftiger Familienangehöriger übernehmen möchten, aus materiellen Gründen zur Erwerbsarbeit gezwungen werden. Diese Arbeiten müssen anerkannt, gefördert und bei der Einkommensverteilung und der sozialen Sicherung berücksichtigt werden.
- Der Fleiß der Bürger, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Politik bestimmen über den Wohlstand und das wirtschaftliche Wachstum unseres Landes. Wirtschaftliches Wachstum ist jedoch kein Ziel an sich, sondern eine wesentliche Hilfe für die Lösung gegenwärtig bestehender und künftiger ökonomischer, ökologischer und sozialer Probleme. Wir dürfen Wachstum aber nicht ausschließlich nach dem Umfang der Güter und Dienstleistungen bewerten, sondern müssen auch qualitative Veränderungen berücksichtigen. Einsparungen im Energieverbrauch durch neue Techniken und die Kontrolle sowie die Verringerung von Schadstoff-Emissionen sind Beispiele solchen qualitativen Wachstums, das unsere Lebensbedingungen verbessert und Ressourcen schont.

Europäische und weltwirtschaftliche Verantwortung

22. Die technologische und wirtschaftliche Herausforderung durch viele Staaten der Erde wirft die Frage nach Europas Stellung in der Welt von morgen auf.

In den Nord-Süd-Beziehungen kommt der Europäischen Gemeinschaft eine besondere Bedeutung zu. Damit Europa nach außen als wirtschaftliche Einheit auftreten kann, muß seine Einheit im Innern geschaffen werden. Wir sind noch ein gutes Stück von der Verwirklichung echter Binnenmarktverhältnisse in der Europäischen Gemeinschaft entfernt. Der EG-Binnenmarkt muß nach Beseitigung der Zölle von immer noch bestehenden nichttarifären Handelshemmnissen befreit werden. Ein vollgültiger Binnenmarkt mit 270 Millionen Verbrauchern stärkt auch die weltweite Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Wir wollen die politische Union in Europa und einen gemeinsamen europäischen Markt ohne Grenzen.

23. Die Soziale Marktwirtschaft erfordert die Freiheit des Handels und eine funktionierende internationale Arbeitsteilung. Die damit verbundenen Strukturveränderungen sind zu bewältigen. Der Freihandel innerhalb der Europäischen Gemeinschaft darf nicht durch Handelsbarrieren gegenüber Drittländern erkaufte werden. Die weltweit wieder auflebenden protektionistischen Tendenzen müssen zurückgedrängt werden. Nur die liberale Außenhandelspolitik eines politisch geeinten Europas, der USA und Japans kann dirigistischen Ansätzen im Rahmen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung entgegenwirken.

24. Entwicklungspolitik ist auch eine Investition in die Zukunft. Durch unsere Mitwirkung bei der Neugestaltung der weltwirtschaftlichen Ordnung wollen wir den freien Welthandel stärken. Die weltwirtschaftliche Verflechtung muß weiter vorankommen. Die Entwicklungsländer müssen daher noch stärker als bisher in den Welthandel einbezogen werden. Erforderlich sind aber auch verstärkte Anstrengungen in der Entwicklungszusammenarbeit, welche die außenwirtschaftliche Abhängigkeit vieler Entwicklungsländer verringern und zu einer Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur führen. Stark schwankende Rohstoffpreise behindern eine rasche Entwicklung der Dritten Welt und schaden der Wirtschaft in den Industrieländern. Allzu große Schwankungen können vorübergehend durch marktwirtschaftskonforme Ausgleichssysteme vermieden werden; auf Dauer jedoch muß die Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom Verkauf ihrer Rohstoffe durch die Hilfe beim Aufbau eines verarbeitenden Gewerbes gemindert werden. Zu diesem Prozeß können private Investitionen und know-how-Transfer aus der deutschen Wirtschaft noch mehr als bisher beitragen. Nur Industrieländer mit dynamischem Wachstum sind in der Lage, den Ländern der Dritten Welt durch personelle, finanzielle und technische Hilfe bei ihrer Entwicklung behilflich zu sein. Dabei muß der Hilfe zur Selbsthilfe besonderer Raum eingeräumt werden. Das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd darf nicht noch größer werden, das Europäische Engagement in der Entwicklungshilfe ist zu verstärken. Die CDU fordert alle Mitgliedsstaaten der EG auf, schrittweise mindestens 0,7 % ihres Bruttosozialproduktes für die Entwicklungshilfe bereitzustellen. Beim Dialog mit den politisch führenden Kräften der Entwicklungsländer sollte stärker als bisher die ordnungspolitische Frage der Brauchbarkeit des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft für die Länder der Dritten Welt berücksichtigt werden.

IV. Politische Folgerungen

25. Um den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft bestehen und die genannten Ziele verwirklichen zu können, hält die CDU die nachstehenden wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen für erforderlich. Manche dieser Maßnahmen berühren die öffentlichen Haushalte. Bund und Länder sollten deshalb sobald wie möglich aufzeigen, in welchen Grenzen und in welchen Fristen die vorgeschlagenen Maßnahmen durchgeführt werden können. Dabei muß die Notwendigkeit berücksichtigt werden, die öffentlichen Haushalte weiter zu konsolidieren.

Verbesserte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

26. Durch die Gesundung der öffentlichen Haushalte gewinnen Wirtschaft und Politik wieder mehr Handlungsspielraum. Ein geringerer Anstieg der Ausgaben soll dazu beitragen, daß der Staatsanteil zurückgeführt wird, um wieder mehr Raum für private Initiative zu schaffen. Die Sozialpolitik hat einen wichtigen Beitrag zur Haushaltskon-

solidierung geleistet. Sowohl für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte als auch für eine Rückführung zu Grundsätzen marktwirtschaftlicher Ordnung ist in den kommenden Jahren ein weiterer Abbau von Subventionen vordringlich. Eine weitere deutliche Verringerung der öffentlichen Kreditaufnahme muß den Spielraum für die stabilitätsorientierte Geldpolitik der Bundesbank erweitern. Finanz- und Geldpolitik sollen sich vor allem im Interesse der Preisstabilität und Förderung privater Investitionen ergänzen. Preisstabilität dient insbesondere den Sparern und Verbrauchern.

27. Sowohl für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte als auch für eine Rückführung zu Grundsätzen marktwirtschaftlicher Ordnung ist in den kommenden Jahren ein weiterer Abbau von Subventionen vordringlich. Generell führen Subventionen in der Sozialen Marktwirtschaft zu Fehlsteuerungen, Strukturverzerrungen und hemmen in den Unternehmen die Entwicklung eigener Problemlösungen.

Grundsätzlich müssen Unternehmen die Risiken der Fehlentscheidung selber tragen, ohne auf staatliche Hilfe hoffen zu können.

Staatliche Subventionierung hat sich u. a. an folgenden Kriterien zu orientieren:

- Eine eindeutige Definition des Subventionszieles und regelmäßige Erfolgskontrollen sind erforderlich.
- Subventionen sollen grundsätzlich zeitlich befristet und degressiv gestaltet werden.

28. Das Steuersystem ist wesentlicher Bestandteil der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Es hat Einfluß auf fast alle wirtschaftlichen Aktivitäten. Wir treten dafür ein: Lieber niedrigere Steuersätze und weniger Ausnahmen als hohe Steuersätze und viele Ausnahmen.

Eine Reform der Lohn- und Einkommensteuer soll die Leistung von Arbeitnehmern und Selbständigen wieder stärker anerkennen und vor allem von Familien mit Kindern nachhaltig entlasten.

Eine spürbare Steuerentlastung erfordert den weiteren Abbau von Steuervergünstigungen.

Eine erste Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer nach den genannten Grundsätzen soll zum 1. Januar 1986 erfolgen. Dabei ist die vorrangige Aufgabe der Konsolidierung zu beachten und der Finanzlage von Bund, Ländern und Gemeinden Rechnung zu tragen. Diese Steuersenkung soll einen ersten wesentlichen Schritt für die Verbesserung des Familienlastenausgleichs und den Abbau der inflationsbedingten heimlichen Steuererhöhungen bringen.

Um den leistungsfördernden Effekt dieser Korrekturen sicherzustellen und um die zu recht gewollte familienpolitische Wirkung zu erreichen, ist zu prüfen, ob beide Maßnahmen ohne Steuererhöhung zu finanzieren sind.

29. Die Bewältigung des Strukturwandels und die Erhaltung der internationalen Spitzenstellung der deutschen Wirtschaft setzen die Entwicklung und Anwendung

zukunftsorientierter Technologien sowie ausreichendes Eigenkapital unserer Unternehmen voraus. Eine Verbesserung der Eigenkapitalausstattung ist notwendig, weil die Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft die Risiken des Strukturwandels zu tragen haben und deshalb die Fähigkeiten haben müssen, diese Risiken zu übernehmen. Die Fähigkeit, Risiken zu übernehmen, ist dann gegeben, wenn genügend Eigenkapital als Risikokapital dem Unternehmen zur Verfügung steht.

Die ertragsunabhängigen Steuern sind bereits gesenkt worden; die Entlastungen bei der Einkommensteuer werden die Möglichkeiten zur Eigenkapitalbildung insbesondere auch der kleineren Unternehmen begünstigen. Auf längere Sicht muß die Struktur der Unternehmensbesteuerung so verändert werden, daß die heutigen steuerlichen Benachteiligungen der Eigen- und Beteiligungsfinanzierung abgebaut werden. Es muß attraktiver werden, Kapital im Unternehmen zu belassen, als es anderweitig risikolos und zinsgünstig anzulegen. Die Eigenkapitalausstattung wird dann wieder steigen, wenn die Gewinne der Unternehmen die Erträge auf risikolose Geldanlagen übertreffen.

30. Kleinere und mittlere Unternehmen haben eine besonders hohe Innovationskraft. Ihre Kapitalausstattung ist aber häufig zu gering. Die Bildung von Risikokapital muß in Zukunft deutlich begünstigt werden. Lösungen hierfür bieten

- eine Änderung des Börsenrechts, die auch kleineren Unternehmen einem leichteren Zugang zum Aktienmarkt verschafft, um somit Risikokapital finden zu können,
- die Vereinfachung bei der Übertragung von Unternehmensanteilen,
- die Beseitigung von steuerlichen Hemmnissen im Risikokapitalverkehr durch Abschaffung der Börsenumsatzsteuer und ein Abbau der Gesellschaftssteuer,
- jeweils zeitlich begrenzte steuerliche Besserstellung für neugegründete Kapitalbeteiligungsgesellschaften, die sich auf die Bereitstellung von Kapital zur Wagnisfinanzierung konzentrieren.

31. Ein leistungsfähiger Mittelstand ist eine Grundvoraussetzung für den Wettbewerb. Übermäßige Unternehmenskonzentrationen sind wettbewerbsfeindlich. Die CDU wird den geordneten Wettbewerb weiter gesetzlich sichern und im Bereich der Fusionskontrolle verbessern. Zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen muß das geltende Kartellrecht konsequent angewandt und das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb verbessert werden.

Die Wiederherstellung und dauerhafte gesetzliche Absicherung eines fairen Leistungswettbewerbs dient auch dem Verbraucherschutz.

32. Existenzgründungen stärken Wachstum und Beschäftigung. Die Gründung neuer Unternehmen wird heute schon durch eine Reihe von Programmen gefördert. Die Wirksamkeit und Koordinierung dieser Programme müssen verbessert werden, auch durch eine intensivere Abstimmung zwischen Bund und Ländern. Der Wille zur Existenzgründung soll vor allem durch verbesserte Rahmenbedingungen, insbesondere für mittelständische und technologieorientierte Unternehmensgründungen gefördert und ermutigt werden.

Bei der Gründung neuer Existenzen ist der Eigenkapitalmangel häufig der entscheidende Engpaß. Die bislang in Kraft befindlichen Existenzgründungsförderungsmaßnahmen des Bundes und der Länder konzentrieren sich im wesentlichen auf die Förderung der Finanzierung von Fremdkapital. Sie müssen daher umgeschichtet werden zugunsten gesetzlicher Möglichkeiten für ein erleichtertes und steuerbegünstigtes Ansparen von Eigenkapital durch Arbeitnehmer zur Gründung selbständiger Existenzen. Die materielle Förderung sollte zeitlich befristet und degressiv ausgestaltet sein. Durch die Gründung solide finanzierter zusätzlicher neuer selbständiger Existenzen werden zusätzliche Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt und somit ein wichtiger Beitrag zur langfristigen Entspannung auf dem Arbeitsmarkt geleistet. Die dadurch ausgelöste Existenzgründungswelle wird einen wichtigen Beitrag zur mittelfristigen Absicherung des begonnenen Wirtschaftsaufschwungs leisten.

33. Überflüssige Verordnungen und Gesetze hemmen den Strukturwandel und die Eigeninitiative der Wirtschaft und schränken die Freiheit des Bürgers unnötig ein. Deshalb sind weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung der Wirtschaft, der kommunalen Selbstverwaltung und unserer Lebensverhältnisse unerlässlich. Dies gilt insbesondere für das Baurecht, das Gewerbe- und Lebensmittelrecht, sowie für die Vorschriften zur Erstellung von Statistiken. Insbesondere das Ladenschlußgesetz sollte baldmöglichst überprüft werden. In diese Überprüfung sollte einbezogen werden, in welchem Umfang flexiblere Öffnungszeiten neben der Verbraucherfreundlichkeit mehr Möglichkeiten zur Arbeitsplatzteilung bieten.

34. Wir wollen den Staat auf seine wesentlichen Aufgaben konzentrieren. Daher sollen die staatlichen Aufgaben unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Effizienz und der gesellschaftlichen Notwendigkeit überprüft werden. In Bund, Ländern und Gemeinden wird die CDU staatliche Unternehmensanteile und Dienstleistungen so weit wie möglich privatisieren. Auch dadurch wird der Spielraum für private Initiative und Leistung erweitert und der Wettbewerb gestärkt.

35. Die Landwirtschaft ist ein wesentlicher Teil der Gesamtwirtschaft. Die Erzeugung hochwertiger und gesundheitlich unbedenklicher Nahrungsmittel, die Pflege und Erhaltung der Kultur und Erholungslandschaft sowie die Sicherung und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sind und bleiben ihre wesentlichen Aufgaben.

Auch in Zukunft bleibt der bäuerliche Familienbetrieb agrarpolitisches Leitbild der CDU. Er hat sich in der Vergangenheit bewährt und ist am ehesten in der Lage, die vielfältigen Aufgaben zum Wohle der Allgemeinheit erfolgreich wahrzunehmen.

Die bisher von der EG, den SPD/FDP-Bundesregierungen durchgeführte Agrarstrukturpolitik, die auf ein Wachsen oder Weichen landwirtschaftlicher Betriebe ausgerichtet war, vermochte die Einkommensprobleme der Landwirtschaft nicht wesentlich zu mildern. Sie hat im Gegenteil durch den Zwang zur Ausweitung der Produktion zu einem zunehmenden Ungleichgewicht auf einzelnen Teilmärkten geführt. Der Zwang zur Lösung der damit verbundenen Belastungen des EG-Haushalts bringt für die Landwirtschaft Einkommenseinbußen.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß der Landwirtschaft zur Bewältigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten ein besonderer Ausgleich gewährt wird. Sie fordert, daß bei der Neuausrichtung der Agrarpolitik regionalspezifischen Belangen Rech-

nung getragen wird. Der weiteren Konzentration der Tierhaltung muß sowohl im Interesse umweltpolitischer Belange als auch zur Sicherung der Produktionsanteile landwirtschaftlicher Betriebe wirksam begegnet werden.

Die CDU hält an der Sozialpflichtigkeit des landwirtschaftlichen Eigentums fest. Sie anerkennt aber auch deren Grenzen.

Verbesserte Rahmenbedingungen für Forschung und moderne Technik

36. Der Staat kann und soll Innovationen nicht verordnen. Er sollte aber die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung wesentlich verbessern. Dazu gehört eine Entbürokratisierung der universitären Forschung. Den Hochschulen muß mehr Freiraum zum flexibleren Einsatz der Mitarbeiter innerhalb eines gesicherten Personalbestands und beim Einsatz von Forschungsmitteln eröffnet werden.

Die aus den 70er Jahren herrührenden Berührungängste zwischen der universitären Forschung und der Wirtschaft müssen überwunden werden. Erforderlich ist der Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Die Drittmittelforschung ist daher weiter auszubauen und zu fördern. Dazu müssen insbesondere hemmende Vorschriften des Hochschulrahmengesetzes sowie der Landeshochschulgesetze geändert werden. Außerdem muß der Wechsel von Wissenschaftlern aus Forschungseinrichtungen in die Industrie und umgekehrt erleichtert werden. Wissenschaftlichen Mitarbeitern von Hochschulen und Forschungseinrichtungen muß die Möglichkeit zur Mitarbeit in technologieorientierten Unternehmen eröffnet werden.

37. Durch eine intensive Zusammenarbeit zwischen Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der staatlichen Verwaltung sollen die Berater- und Vermittlertätigkeit für die Unternehmen intensiviert und dadurch der Technologietransfer gefördert werden. Oft bleiben Forschungsergebnisse ungenutzt, weil insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen dazu keinen Zugang finden. Einrichtungen für die technische Entwicklung und Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse sollen deshalb modellhaft an geeigneten Standorten, wie beispielsweise in der Nähe von Hochschulen oder Instituten mit leistungsfähigen technischnaturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, angesiedelt werden.

Die soziale Beherrschung des technologischen Wandels erfordert auch eine begleitende Forschung hinsichtlich seiner sozial-, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Auswirkungen. Für die Arbeitnehmer sind die Auswirkungen des technologischen Wandels und die Bedingungen seiner sozialen Beherrschung von erheblicher Bedeutung.

38. Die Förderung und Chancen hochqualifizierter wissenschaftlicher Nachwuchskräfte müssen wesentlich verbessert werden. Die Grundlagenforschung muß intensiviert werden. Es ist unser Ziel, die Spitzenforschung, die den hohen internationalen Standards entsprechen muß, zu intensivieren. Im öffentlichen und privaten Bereich sollen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in wichtigen Schlüsseltechnologien weiterentwickelt werden, die auf Schwerpunktgebieten in Qualität und Quantität dem internationalen Vergleich standhalten.

Die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft wird nicht nur vom Niveau der akademischen Ausbildung abhängen, sondern entscheidend auch von dem Können und der Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer in den praktischen Berufen, der Handwerker und der Techniker. Deshalb dürfen die Bemühungen um eine qualifizierte, den Wandlungsprozessen der Wirtschaft entsprechende Berufsausbildung nicht hinter den Forschungsanstrengungen und der Hochschulausbildung zurückbleiben.

39. Das in den 70er Jahren bestehende Übergewicht der direkten Forschungsförderung führte häufig dazu, daß Unternehmen ihre Produktpalette stärker an staatlichen Förderungsprogrammen als an den Absatzmöglichkeiten und Bedingungen des Marktes orientierten. Deshalb muß die künftige Forschungsförderung zunehmend indirekt erfolgen. Leitgedanke der indirekten Forschungsförderung ist es, Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, den Freiraum für die Unternehmen zu vergrößern und ihre Eigenverantwortlichkeit bei der Durchführung von Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsprojekten zu stärken. Diesem Ziel dienen insbesondere die Wiedereinführung von Sonderabschreibungen bei Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie die Zuschußförderung für Personal im Forschungsbereich kleiner und mittelständischer Unternehmen.

Unternehmen sollen Anreize für höhere eigene Forschungsaufwendungen erhalten. Dies bewirkt eine intensivere Forschungstätigkeit der Unternehmen, die in erster Linie anwendungsorientiert ist und somit eine schnelle Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Entwicklung und Herstellung neuer bzw. verbesserter Produkte ermöglicht.

40. In den Bereichen, in denen der Staat als Unternehmer tätig ist, sollte er beispielhaft und innovationsfördernd handeln. Dies gilt insbesondere für die Deutsche Bundespost, die für die Entwicklung und Markteinführung verschiedener Informationstechniken in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft eine besondere Verantwortung trägt. Die Koppelung zweier Basisinnovationen, Mikroelektronik und Glasfasertechnik, soll in Zukunft zu einer Verbesserung der Infrastruktur beitragen; sie ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Investitionen und neue Arbeitsplätze. Wir brauchen flächendeckende, leistungsfähige Kommunikationsnetze. Dazu bedarf es in einer Reihe von Punkten einer Auflockerung des Postmonopols. Investitionen der Deutschen Bundespost sollten auf jeden Fall in der Weise erfolgen, daß die Belange strukturschwacher Gebiete berücksichtigt werden. Die Deutsche Bundespost wird vor allem beim Aufbau örtlicher Breitbandnetze die Zusammenarbeit mit dem Handwerk verstärken, die mittelständische Industrie stärker mit Entwicklungsarbeiten beauftragen.

Umweltschutz in der Sozialen Marktwirtschaft

41. Neben den wirtschaftspolitischen Zielen - hoher Beschäftigungsstand, Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei angemessenem Wachstum - ist für uns der Schutz der Umwelt gleichrangig. Unser Ziel ist es, die Bundesrepublik Deutschland zu einem der umweltfreundlichsten Industrieländer zu machen und alle Anstrengungen zu unternehmen, daß unsere europäischen Nachbarländer sich diesem Vorgehen anschließen. Grundvoraussetzung dafür sind strenge umweltpolitische Vorgaben des Staates und eindeutig gesetzte, langfristig zuverlässige Rah-

menbedingungen. Dann kann auch die Wirtschaft die erforderlichen Investitionen für technische Verbesserungen mit kalkulierbaren Zeit- und Kostenplänen vornehmen.

Neue ordnungspolitische Maßnahmen müssen dafür sorgen, daß in Zukunft die umweltbelastenden Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten in die Kalkulation eingehen. Die Inanspruchnahme von Umwelt, z.B. durch Schadstoffemissionen, darf keine wirtschaftlichen Vorteile bieten. Vielmehr ist zu erreichen, daß die Vermeidung von Schadstoffemissionen zu einem Ziel jedes gewinnorientierten Unternehmens wird. Nur auf diesem Wege kann das wirtschaftliche Eigeninteresse an der Förderung umweltfreundlicher Technologien und der Vermeidung von Umweltschäden geweckt werden. Dies gilt nicht nur für unternehmerische, sondern auch für private Verbraucherentscheidungen. Die Knappheit ökologischer Ressourcen muß ebenso selbstverständlich wie die der ökonomischen vom einzelnen als finanzielle Belastung erfahren werden. Auf solche Weise wird für staatliche und private Entscheidungen und Planungen die Prüfung der Umweltverträglichkeit selbstverständlich werden. Derjenige, der die Umwelt weniger belastet oder entlastet, muß hieraus wirtschaftliche Vorteile gegenüber dem erzielen können, der die Umweltgüter in stärkerem Maße beansprucht.

Wir befürworten den verstärkten Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente. Bei der Lösung von Umweltproblemen mit den Instrumenten der Sozialen Marktwirtschaft wird angestrebt, eindeutige und realistische umweltpolitische Ziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen. Obwohl sich viele marktwirtschaftlichen Instrumente zum Teil erst langfristig realisieren lassen, sollten schon heute Anreize zu vermehrtem Umweltschutz geschaffen werden. Zu denken ist hier besonders an das Ausgleichsprinzip, das besagt, daß neue Emissionen nur dort zulässig sind, wo an anderer Stelle in einem definierten Gebiet gleichzeitig die Belastungen abgebaut werden. Dabei ist auch zu prüfen, inwieweit Emissionsgenehmigungen, die bisher unentgeltlich erteilt werden, künftig für bestimmte Schadstoffe und Regionen nur gegen Zahlung eines Preises und in handelbarer Form mit der Möglichkeit einer Abwertung der zugelassenen Werte erteilt werden können.

42. Umweltforschung wird immer wichtiger und bedarf deshalb besonderer staatlicher Förderung. Ursachen und Wirkungen der Umweltbeeinträchtigungen müssen wissenschaftlich geklärt werden. Wenn diese bekannt sind, kann die neueste Technik für den Umweltschutz optimal eingesetzt werden und es kann so den verschärften Umweltschutzanforderungen auch tatsächlich entsprochen werden.

Aufgaben von Forschung und Entwicklung sind dabei die Abschätzung der Risiken einer sich dynamisch fortentwickelnden Technik und deren Beherrschung, die Erfassung gesicherter Daten über vorhandene und zu erwartende Umweltbelastungen sowie die Entwicklung von Überwachungsverfahren zum Schutz der Umwelt. Die derzeit größte Herausforderung im Umweltschutz ist das Waldsterben. Das Ausmaß der Waldschäden macht die intensive Erforschung der komplexen Ursachen- und Wirkungszusammenhänge des Waldsterbens erforderlich. Die Anstrengungen zur Minderung der Luftverschmutzung müssen konsequent fortgesetzt werden. Eine wirkungsvolle Verminderung der Luftverunreinigung kann nur in Zusammenarbeit mit den westlichen und östlichen Nachbarstaaten erreicht werden. Eine anzustrebende gemeinsame Umweltschutzpolitik der EG-Staaten muß durch gesamteuropäische Anstrengungen ergänzt werden. Die CDU schlägt eine ständige Umweltschutzkonferenz aller europäischen Staaten in Berlin vor. Die Bundesrepublik Deutschland muß auch in Zukunft ein Schrittmacher für europäische Lösungen sein.

Neugestaltung von Arbeitsmarkt und Arbeitszeit

43. Eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist, daß für die Betriebe das Verhältnis von Erlösen zu Kosten verbessert wird. Dies hängt neben anderen Kosten wie den Kapitalkosten, der Steuer- und Abgabenlast, den Bürokratiekosten auch wesentlich von der Entwicklung der Arbeitskosten ab. Wenn deren Zuwachs dem Produktivitätsfortschritt der Wirtschaft entspricht oder diesen in einer Übergangszeit zur Überwindung der Arbeitslosigkeit unterschreitet, können zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Tarifpartner sind aufgefordert, diesen Gesichtspunkt auch bei künftigen Lohnabschlüssen zu berücksichtigen. Um die Voraussetzungen für Wachstum, Beschäftigung und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, fordern wir die Tarifpartner auf, zusammen mit der Regierung eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln, wie eine weitere Steigerung der Lohnnebenkosten verhindert oder sogar eine teilweise Senkung erzielt werden kann.

Eine Senkung des Anteils der Lohnnebenkosten soll die Betriebe und die Arbeitnehmer von zu hohen Abgaben entlasten. Der Weg dahin führt nicht über den Abbau sozialer Leistungen, sondern über die Nutzung von Kostensenkungsspielräumen bei den Sozialversicherungssystemen. Das Gesundheitswesen ist so zu reformieren, daß das Verhältnis von Leistung und Kosten verbessert wird. Es ist zu prüfen, welche Aufgaben langfristig den Versicherungssystemen und welche der öffentlichen Hand zugeordnet werden sollen und wie die Finanzierung der verschiedenen sozialen Aufgaben künftig gerechter geordnet werden kann.

44. Die Tarifverträge herkömmlichen Musters bieten keine ausreichenden Möglichkeiten für differenzierte Lohnabschlüsse nach Branchen und Regionen, was angesichts deren unterschiedlicher wirtschaftlicher Lage sinnvoll wäre. Neue Formen von Rahmenvereinbarungen der Tarifparteien könnten einen zusätzlichen Spielraum für die Belegschaft und die Unternehmensführung einzelner Betriebe schaffen, Tarifabkommen individuell auszugestalten. Das würde zu flexibleren Arbeitsabläufen und -strukturen führen und den Arbeitnehmern die Möglichkeit einräumen, das Verhältnis zwischen Arbeitsentgelt, betrieblichen Sozialleistungen, Arbeitszeit und Vermögensbildung mitzubestimmen. Flexiblere Arbeitsabläufe können insbesondere diejenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlasten, die Erwerbstätigkeit und Familienaufgaben miteinander vereinbaren müssen.

45. Zu den wichtigsten Aufgaben der Sozialen Marktwirtschaft in den 80er Jahren gehört eine Neugestaltung des Arbeitsmarktes. Durch eine offensive Arbeitszeit-, Arbeitsmarkt- und Arbeitsrechtspolitik soll eine Spaltung der Gesellschaft in Arbeitsplatzinhaber und Arbeitsplatzsuchende verhindert werden. Die Einführung neuer Technologien muß dazu genutzt werden, erweiterte Spielräume für humanere Arbeitszeiten, -bedingungen und -strukturen zu schaffen. Arbeitsrechtliche Vorschriften müssen dort flexibler gestaltet werden, wo dies zu einer Erweiterung von Beschäftigungsmöglichkeiten führt. Was den Arbeitslosen nutzt, kann nicht als sozialer Abbau abgewertet werden. Die rechtlichen Voraussetzungen für befristete Arbeitsverträge und für die Einrichtung und Annahme von Teilzeitarbeitsplätzen sollten verbessert werden, wobei niemand gezwungen werden kann, einen Vollzeit-arbeitsplatz aufzugeben.

Frauen sind von den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit in Beruf und in der Familie

besonders betroffen. Die CDU wird darauf hinwirken, daß Männer und Frauen Beruf und Familie besser miteinander verbinden können. Auch immer mehr Frauen sehen im Beruf einen ebenso selbständigen Teil ihrer Lebensgestaltung wie in der Familie. Die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau bleibt eine wichtige Aufgabe im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft.

Staat und Tarifparteien tragen Verantwortung für die Verwirklichung der sozialen Gleichberechtigung von Männern und Frauen in der Arbeitswelt. Es ist daher auch erforderlich, die Arbeitsförderung so umzustellen, daß die Wiedereingliederung der Frauen in das Erwerbsleben wieder einen besonderen Schwerpunkt bildet. Die Möglichkeit, an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen, muß diesen Frauen bereits vor der endgültigen Wiedereingliederung angeboten werden. Wenn die Wiedereingliederung von Frauen in den 80er Jahren erfolgreich gefördert wird, macht sich diese Ausbildungsinvestition in den 90er Jahren bezahlt.

Der öffentliche Dienst sollte dadurch vorbildlich sein, daß Bestimmungen des Beamtenrechts überprüft werden und der Spielraum für Zeitverträge und Teilzeitarbeitsplätze genutzt wird.

46. Erhöhte Anforderungen an die Beschäftigten und deren veränderte Wünsche und Bedürfnisse erfordern neue Arbeitszeitregelungen. Die Möglichkeiten dazu werden durch steigende Produktivität und zunehmende Rationalisierung eröffnet. Darüber hinaus sind es insbesondere die neuen Technologien, die ihrerseits die Chance bieten, Arbeitsbedingungen flexibel zu gestalten. Gesetzgeber und Tarifparteien müssen dabei die Voraussetzungen schaffen, daß dem Bedürfnis, Arbeit und Freizeit in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen, entsprochen werden kann, ohne daß dies die individuellen Arbeitswünsche und die soziale Absicherung in unzumutbarer Weise gefährdet. Es kommt entscheidend auf die Ausgestaltung der Arbeitszeitregelung an:

- Je mehr Dauer und Formen der Arbeitszeit den individuellen Wünschen der Arbeitnehmer entsprechen, desto wirksamer ist die Entlastung auf dem Arbeitsmarkt.
- Arbeitszeitverkürzungen müssen auf die Organisations- und Produktionsstrukturen in den unterschiedlichen Bereichen und bei unterschiedlichen Betriebsgrößen Rücksicht nehmen, wenn sie dem Abbau der Arbeitslosigkeit dienen sollen.
- Die Kosten von Arbeitszeitverkürzungen können nicht in erster Linie von den Unternehmen getragen werden, weil damit als Folge erhöhter Arbeitskosten weitere Arbeitsplätze gefährdet würden. Diejenigen, die von Arbeitszeitverkürzungen profitieren, müssen bereit sein, die Kosten mitzuübernehmen.
- Für die CDU hat eine flexible Gestaltung der Lebensarbeitszeit Vorrang, weil sie dem Bürger ein größeres Maß an Wahlfreiheit einräumt. Die CDU begrüßt die Beschlüsse der Bundesregierung zur Vorruhestandsregelung, weil sie den Bedürfnissen vieler älterer Arbeitnehmer entgegenkommt und gleichzeitig dazu beiträgt, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern.
- Über Vereinbarungen zur Verkürzung der Arbeitszeit haben die Tarifvertragsparteien gemeinwohlverantwortlich, unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen, branchenspezifischen und einzelbetrieblichen Rahmenbedingungen und

Gegebenheiten zu entscheiden. Die generelle Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich schafft nicht neue, sondern gefährdet vorhandene Arbeitsplätze und ändert nichts an der bestehenden starren Arbeitszeitregelung.

Eine Verkürzung der Regelarbeitszeit ist - wie in der Vergangenheit - allerdings möglich, wenn

- dies der jährliche Produktivitätszuwachs erlaubt,
- statt Lohnerhöhungen eine Arbeitsverkürzung erfolgt, oder
- eine Kombination von beiden vorgenommen wird.

Damit würden die Tarifpartner in Zukunft einen Einkommensbegriff zugrunde legen, der Barlohn, Freizeit und auch Vermögensbildung umfassen kann.

47. Die Ausbildung für die Arbeitsplätze von morgen muß bereits heute beginnen. Hochqualifizierte Arbeitskräfte sind für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft von großer Bedeutung. Weil der technische Fortschritt unsere Tätigkeitsstrukturen stark verändert und dadurch neue Berufe entstehen, sind Bund und Länder innerhalb ihrer Zuständigkeiten aufgerufen, bei der Weiterentwicklung des Bildungswesens diese Veränderungen zu berücksichtigen. Dies macht eine verstärkte Berücksichtigung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken in Bildung und Ausbildung erforderlich. Künftig kommt es weniger darauf an, einen bestimmten Lehrstoff mit einer Fülle von Spezialwissen zu bewältigen; erforderlich ist vielmehr ein breiteres Grundlagenwissen, auf dem ein ständiges, lebenslanges Lernen aufbauen kann. Dies erfordert nicht nur eine größere Anpassungsfähigkeit der Lehrpläne an neue Entwicklungen, eine verstärkte Aufmerksamkeit für lebensnahe und praxisorientierte Ausbildung der Ausbilder und Lehrer sowie die Erhaltung eines ausreichenden Angebots an Berufsschulunterricht. Gefordert ist auch die Bereitschaft des einzelnen zur beruflichen Mobilität. Der Vielfältigkeit der Begabungen entspricht ein differenziertes, eigenständiges und durchlässiges System der beruflichen Bildung, das das "duale System" ebenso umfaßt wie die verschiedenen beruflichen Vollzeitschulen. Dem Ausbau der beruflichen Weiterbildung kommt künftig eine besondere Bedeutung zu. Die Ausbildung in einem Lehrberuf verdient die gleiche gesellschaftliche Anerkennung wie in der gymnasialen Oberstufe und an der Universität.

Reform des Familienlastenausgleichs

48. Die Familie ist die wichtigste Gemeinschaft in unserer Gesellschaft; gerade jüngste Erfahrungen zeigen, daß sie auch heute für alle, insbesondere junge Menschen, als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft der erste und wichtigste Ort individueller Geborgenheit ist. Die Familie hat eine unverzichtbare Bedeutung durch ihre verantwortliche Mitwirkung bei wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben, wie z.B. der Erziehung, der Gesundheitsvorsorge und den sozialen Diensten. Diese Funktionen der Familie sind unentbehrlich für eine menschlichere Gesellschaft in einer modernen Industriegesellschaft. Ein Abbau der materiellen und sozialen Benachteiligungen der Familien mit Kindern kann auch ein Beitrag sein, die ungünstige demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen und so auch einen Beitrag leisten, die negativen Konsequenzen für das System der sozialen Sicherung abzumildern.

Damit die Familie ihre Aufgaben erfüllen kann, brauchen wir eine grundlegende

Reform und Verbesserung des gesamten Familienlastenausgleichs. Sie muß die Leistungen und Lasten von Familien mit kleinen Kindern, heranwachsender Jugend und pflegebedürftigen alten Menschen auch wirtschaftlich anerkennen. Dabei muß vor allem die Lage einkommensschwacher Familien mit Kindern verbessert werden. Die Familienpolitik hat die Aufgabe, die Familie durch geeignete gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen ideeller und materieller Art in ihrer unverzichtbaren Aufgabe für die Gesellschaft, für die nachwachsende Generation und in ihrem Dienst am Menschen zu unterstützen. In diesem Rahmen müssen vor allem die bereits mehrfach beschlossene Einführung eines Erziehungsgeldes sowie die Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht verwirklicht werden.

Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen

49. Zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft gehört auch eine stärkere Teilhabe der Arbeitnehmer am Produktivkapital, wodurch die Arbeitnehmer zu Partnern und Teilhabern werden. Dies führt zu einer breiten Vermögensbeteiligung, erleichtert eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Lohnpolitik, verbessert die Kapitalausstattung und trägt zur Stärkung der Investitionsfähigkeit unserer Wirtschaft bei. Sie verbessert damit die Voraussetzungen für die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze. Tarifpolitik muß in Zukunft mehr sein als reine Nominallohnpolitik. Sie muß auch die Kapitalbeteiligung miteinbeziehen und zeitgerechte Einkommenspolitik mit zukunftsorientierter Beschäftigungspolitik verbinden.

Neben den betrieblichen und außerbetrieblichen Beteiligungsformen, die bereits das Vermögensbeteiligungsgesetz nachhaltig erleichtert hat, muß künftig die außerbetriebliche Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer an nicht-emissionsfähigen Unternehmen jeder Rechtsform über Kapitalanlagegesellschaften bzw. Kapitalbeteiligungsgesellschaften verstärkt gefördert werden. Insbesondere durch eine breite Risikostreuung soll dem Sicherungsbedürfnis der Arbeitnehmer verstärkt Rechnung getragen werden; zugleich soll die Eigenkapitalbasis gerade mittelständischer Unternehmen nachhaltig verbessert werden. Daneben sind Belegschaftsaktien besonders förderungswürdig. Eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen trägt somit zur Verbesserung der Kapitalstruktur unserer Wirtschaft bei. Sie erhöht die Kapitalausstattung, erleichtert die Finanzierungsmöglichkeiten und stärkt die Investitionskraft der Wirtschaft.

Internationale Verantwortung

50. Die Europäische Gemeinschaft soll gestärkt werden. Vorrangig sind der Ausbau des Binnenmarktes und die Beseitigung von Handelshemmnissen in der Gemeinschaft. Wir streben in der Europäischen Gemeinschaft integrierte Wirtschafts-, Technik- und Industriestrukturen an, die auch auf den Gebieten des Umweltschutzes und der Technologie- und Forschungspolitik eine grenzübergreifende Zusammenarbeit ermöglichen. Erfindungen und wissenschaftliche Erkenntnisse sollen verstärkt ausgetauscht werden. Bestehende Hindernisse für grenzüberschreitende Kooperation und freien Güteraustausch, wie zum Beispiel unterschiedliche Normen und Qualitätsstandards, müssen beseitigt werden. Die Europäische Gemeinschaft darf kein Wirtschaftsraum werden, der mehr und mehr von Marktverzerrungen, Subventionswettläufen und einzelstaatlichem oder gemeinschaftlichem Interventionismus bestimmt ist. Nur in einer wirtschaftlich leistungsfähigen Gemeinschaft kann auch ein sozialer Ausgleich stattfinden.

51. Damit der fortschreitende weltwirtschaftliche Integrationsprozeß nicht behindert wird, ist die Bewältigung der gegenwärtigen Schuldenkrise, die die Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen berührt, vorrangig. Neuer Protektionismus und Isolationismus würden die gegenwärtigen Probleme nur noch vergrößern. Jedes Land muß zu seiner Verantwortung stehen. Das verlangt Anpassungsanstrengungen von den Schuldnerländern, offene Märkte der Industrieländer für die Erzeugnisse aus der Dritten Welt und beschleunigte Strukturanpassungen auf Seiten der Industrieländer sowie stärkere gemeinsame Bemühungen um die Wiederbelebung der Weltkonjunktur und um die Senkung des internationalen Zinsniveaus. Die Banken dürfen ihre Kredite nicht überstürzt zurückziehen; die internationalen Finanzierungsinstitutionen müssen mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden.

V. Die Herausforderungen der Zukunft bestehen

52. Die Regierung Helmut Kohl hat einen neuen Anfang gemacht und die Sanierung der Staatsfinanzen, eine dauerhafte Gesundung der Wirtschaft sowie die Konsolidierung unserer Systeme der sozialen Sicherung eingeleitet. Die Bürger haben wieder Vertrauen gefaßt und durch ihre Arbeit und Opferbereitschaft entscheidend zum Aufschwung unserer Wirtschaft beigetragen.

Im nächsten Jahrzehnt stehen unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft vor neuen Herausforderungen, die ihre Ursache im Wandel der wirtschaftlichen, technischen und sozialen Gegebenheiten sowie in der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung haben. Auf der Grundlage der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft hat die CDU mit den "Stuttgarter Leitsätzen" die politischen Lösungen erarbeitet, mit denen wir diese Herausforderungen bestehen können.

SONSTIGE BESCHLÜSSE DES 32. BUNDESPARTEITAGES

Beschluß G 3

Die bessere Finanzlage der Bundesanstalt für Arbeit ist vorrangig für eine Senkung der Beiträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zur Arbeitslosenversicherung zu nutzen.

Beschluß G 4

Die Solidarität mit den Arbeitsuchenden erfordert eine weitgehende Begrenzung von Nebentätigkeiten und die Beschränkung von Überstunden auf das betrieblich unvermeidbare Ausmaß. Die Bekämpfung der Schwarzarbeit durch herkömmliche und neu zu entwickelnde Strategien bleibt eine ständige Aufgabe. Der Bundesparteitag begrüßt deshalb die Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hierzu ein Gesetz einzubringen.

Beschluß G 5

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf zu prüfen, ob von den Arbeitsämtern regelmäßig auch gemeindebezogene Arbeitslosen- und Lehrstellenstatistiken erstellt werden können.

Beschluß G 8

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die in Ziffer 39 der Stuttgarter Leitsätze vorgesehene Prüfung, welche Aufgaben langfristig den Versicherungssystemen und welche der öffentlichen Hand zugeordnet werden sollen und wie die Finanzierung der verschiedenen sozialen Aufgaben künftig gerechter geordnet werden kann, mit Nachdruck voranzutreiben.

Beschluß G 9

Der Bundesparteitag fordert Bundesregierung und Bundestagsfraktion auf, die von der sozialliberalen Koalition beschlossene Streichung des Kindergeldes für arbeitslose Jugendliche bis zum 23. Lebensjahr sobald wie möglich zu korrigieren.

Beschluß G 12

Der Bundesparteitag begrüßt die Absicht der Bundesregierung, die Wohngeldleistungen anzupassen.

Beschluß G 17

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion auf, auf der Grundlage des Berichts der interministeriellen Arbeitsgruppe ein umfassendes "Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens" vorzulegen und es sobald wie möglich zu verwirklichen.

Beschluß G 18

Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Konzept zu einer umfassenden Reform des Gesundheitswesens noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages vorzulegen.

Beschluß G 19

Die Bundesregierung wird aufgefordert, für Rettungssanitäter ein Berufsbild zu schaffen.

Beschluß G 20

Das Rechtsinstrumentarium gegen Import, Produktion, Vertrieb, Verleih, Vorführung

und Duldung von Vorführung von Videokassetten, die durch grausame und menschenverachtende Darstellungen die psychische Entwicklung junger Menschen aufs Schwerste stören, soll so verschärft werden, daß diese wirksam verboten und unter Strafe gestellt werden können.

Beschluß G 21

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Verschiebung der Wehrsolderrhöhung auf den 1. April 1985 zurückzunehmen, da die CDU/CSU in der Opposition den Wehrsold für Wehrpflichtige von derzeit DM 7,50 pro Tag (monatlich DM 225,-) zu Recht als zu niedrig angesehen hat. Der Wehrsold soll zum 1. Oktober 1984 um DM 1,- pro Tag erhöht werden.

Beschluß G 22

Die Anlage von privatem Kapital in den Unternehmen ist zu fördern. Dazu sind die rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen auszubauen (z.B. Erweiterung des 4. Vermögensbildungsgesetzes). Hierbei ist dem Beteiligungssparen gegenüber dem Kontensparen Vorrang einzuräumen.

Beschluß G 33

Im Leitantrag wird an verschiedenen Stellen zu Recht auf die große Bedeutung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit für unsere Wirtschaft und damit der Arbeitsplätze hingewiesen. In diesem Zusammenhang ist auch der Osthandel und der Handel mit der DDR zu erörtern. Dieser Handel und seine positive Weiterentwicklung sind grundsätzlich zu begrüßen, weil der Handel einen wichtigen und in seiner Bedeutung zunehmenden Teil unserer wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu diesen Ländern darstellt.

Die Bundesrepublik Deutschland setzt in ihren Handelsbeziehungen auf den freien Warenaustausch und widersetzt sich den weltweit zunehmenden protektionistischen Tendenzen. Die Einbindung des Osthandels in diese Ordnungsvorstellung ist jedoch nicht ohne Problem. Der Handel mit den Staatshandelsländern beruht daher auf eigenständigen Rechtsgrundlagen. Diese Grundlagen müssen überdacht werden, um wettbewerbsverzerrende Dumpingpraktiken und damit verbundene Marktschädigungen bei uns zu vermeiden. In einer Reihe von Märkten, vor allem im verarbeitenderfolgende Dumpingpraktiken der Staatshandelsländer bereits zur Vernichtung von Arbeitsplätzen geführt. Angesichts unserer Arbeitsmarktlage ist auch die Betätigung von Subunternehmen aus der DDR, Polen usw. bei uns spürbar und zu überprüfen.

Vor diesem Hintergrund wird der Bundesvorstand aufgefordert, die ordnungspolitischen Fragen im Zusammenhang mit dem Osthandel grundlegend aufzuarbeiten, um dem Osthandel und dem Handel mit der DDR eine dauerhafte Grundlage zu sichern.

Beschluß G 35

Der Parteitag bittet den Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Herrn Bundeskanzler Helmut Kohl, in seinen Gesprächen mit der Regierung der DDR darauf hinzuwirken, daß Städtepartnerschaften zwischen Städten der beiden Staaten in Deutschland möglich werden.

Beschluß G 36

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, bei der Beratung und Verabschiedung eines "Ersten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes" dafür Sorge zu tragen, daß die Zahl der Tierversuche in der Bundesrepublik Deutschland

auf das wirklich unerläßliche Maß eingeschränkt wird. Zu den erforderlichen Maßnahmen gehören u.a.

- die Einrichtung einer Datenbank für Tierversuche, damit Doppelt- oder Mehrfachexperimente soweit wie möglich vermieden werden können;
- Verbot von Tierversuchen zur Erprobung von Kosmetika und Waschmitteln, sofern die verwendeten Einzelsubstanzen schon in der Vergangenheit Tierexperimenten unterzogen wurden;
- rigorose Einschränkung von Tierversuchen zu Ausbildungszwecken und Zwecken der Promotion oder Habilitation. Berufung von Tierschutzbeauftragten an wissenschaftliche Einrichtungen und Bindung von Tierversuchen zu wissenschaftlichen Zwecken und zu Zwecken wissenschaftlicher Ausbildung an deren Zustimmung;
- Schaffung von gesetzlichen Voraussetzungen, die vermeiden, daß bereits durch Tierversuche erprobte Medikamente aus anderen EG-Ländern in der Bundesrepublik Deutschland erneut tierexperimentiell erprobt werden müssen;
- Einsetzung von Kommissionen, wie sie von der Max-Planck-Gesellschaft vorgeschlagen werden zur Aufstellung von verbindlichen Richtlinien für die Zulässigkeit von Tierversuchen.